

**Der deutsche und französische
Fremdspracherwerb im Schweizer
Bildungssystem im Hinblick auf die
Bildungsreform und die
Auswirkungen auf die inländische
Kommunikation**

Inauguraldissertation
zur Erlangung des Akademischen Grades
eines Dr. phil.,

vorgelegt dem Fachbereich Translations-, Sprach- und
Kulturwissenschaft (06)
der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

von
Chantal Gruber
aus Karlsruhe

2021

Referent: Univ.-Prof. Dr. Michael Schreiber

„Das Leben bildet und das bildende Leben ist nicht Sache des Wortes, sondern Sache der Tat, es ist ‚Tatsache‘.“

Johann Heinrich Pestalozzi

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	9
TEIL I: SOZIOLOGISCHER HINTERGRUND	12
2. POLITISCHE UND SPRACHPOLITISCHE GESCHICHTE DER SCHWEIZ	12
2.1 ENTSTEHUNG DER EIDGENOSSENSCHAFT	12
2.2 RELIGION UND REFORMATION	14
2.3 HELVETISCHE REVOLUTION, REPUBLIK UND ZERFALL	18
2.4 NEUTRALITÄT UND STAATENBUND	21
2.5 SONDERBUND UND SONDERBUNDKRIEG	22
2.6 GRÜNDUNG DES BUNDESSTAATES	23
2.7 POLITIK UND GESCHICHTE AB DEM 20. JAHRHUNDERT	24
2.8 SPRACHPOLITISCHE ENTWICKLUNG	25
2.9 SPRACHENGESETZ, MINDERHEITENSPRACHEN UND SPRACHEN IN DEN BEHÖRDEN	32
3. GEOGRAPHIE, TERRITORIALITÄTSPRINZIP UND SPRACHENFREIHEIT DER SCHWEIZ	37
3.1 GEOGRAPHIE DER SCHWEIZ	37
3.2 TERRITORIALITÄTSPRINZIP	39
3.3 SPRACHENFREIHEIT	42
4. SPRACHEN IN DER SCHWEIZ	43
4.1 MEHRSPRACHIGKEIT IN DER SCHWEIZ	43
4.2 ENGLISCH IN DER SCHWEIZ	50
4.3 SCHWEIZERDEUTSCH UND DEUTSCH IN DER SCHWEIZ	56
4.4 FRANZÖSISCH IN DER SCHWEIZ	61
4.5 ITALIENISCH IN DER SCHWEIZ	64
4.6 RÄTOROMANISCH IN DER SCHWEIZ	66
4.7 MIGRANTENSPRACHEN	69
4.8 SPRACHEN IN DEN SCHWEIZER MEDIEN	70
5. SPRACHPOLITIK IN DER SCHWEIZ	73
5.1 SPRACHPOLITIK – ALLGEMEIN	73
5.2 SCHWEIZER SPRACHPOLITIK	81
5.2.1 SPRACHPOLITIK IN EINSPRACHIGEN KANTONEN	83
5.2.2 SPRACHPOLITIK IN MEHRSPRACHIGEN KANTONEN	84
5.2.3 SPRACHENFRIEDEN	87
5.2.4 SPRACHENFRAGE	89
5.2.5 METHODEN DER SPRACHLENKUNG	90
6. ZWEITSPRACHERWERB	91
6.1 SCHLÜSSELKONZEPTE UND PROBLEME DES ZWEITSPRACHERWERBS	92
6.1.1 SPRACHNIVEAU	94
6.1.2 SPRACHENLERNPROZESS	94
6.1.3 LERNSTRATEGIEN	96
6.1.4 MOTIVATION, ANGST UND KOMMUNIKATIONSBEREITSCHAFT	96
6.1.5 ZIEL UND FEHLER DER LERNER	97
6.2 NEUERE GESCHICHTE DER ZWEITSPRACHERWERBSFORSCHUNG – EIN AUSZUG	98
6.3 ZWEITSPRACHERWERBSTHEORIEN – EINE ÜBERSICHT	100
6.3.1 CRITICAL PERIOD HYPOTHESIS	100

6.3.2 INDEPENDENT DEVELOPMENT HYPOTHESIS	101
6.3.3 KOGNITIVER ANSATZ	101
6.3.4 BEDEUTUNGSBASIERTE PERSPEKTIVE	104
6.3.5 SOZIOKULTURELLE PERSPEKTIVE	105
6.3.6 SOZIOLINGUISTISCHE PERSPEKTIVE	106
6.3.7 INTERAKTIONSTHEORIE	107
6.4 SPRACHUNTERRICHT	108
7. BILDUNGSSYSTEM IN DER SCHWEIZ	110
7.1 FREMDSPRACHERWERB IM SCHWEIZER BILDUNGSSYSTEM	113
7.2 REFORMEN: SPRACHENKOMPROMISS, LEHRPLAN 21	119
8. ZUSAMMENFASSUNG	134
TEIL II: FALLSTUDIE	137
9. EMPIRISCHE UNTERSUCHUNG	137
9.1 METHODISCHE VORÜBERLEGUNGEN, ORGANISATORISCHER AUFWAND, PROBLEME	137
9.2 EINFÜHRUNG IN DIE FALLSTUDIE	138
9.3 FORSCHUNGSDESIGN UND METHODE DER UNTERSUCHUNG	139
9.3.1 QUALITATIVE STUDIE	139
9.3.2 RÜCKLAUFQUOTE	140
9.3.3 ZIELSETZUNG DER ERHEBUNG	141
9.4 ERHEBUNGSGRUNDLAGE DER FRAGEBÖGEN	142
9.4.1 TEILNEHMERKREIS	142
9.4.2 TEILNEHMENDE SCHULEN	147
9.4.3 FÄCHER DER LEHRKRÄFTE	148
9.4.4 FREMDSPRACHLICHE KENNTNISSE UND AUSBILDUNG DER LEHRKRÄFTE	149
9.5 ERHEBUNGSERGEBNISSE UND -ANALYSE	150
9.5.1 SCHULSPRACHE UND FREMDSPRACHERWERB	150
9.5.2 SPRACHPOLITISCHE VORGABEN UND VERÄNDERUNGEN	158
9.6 ERHEBUNGSGRUNDLAGE DER EXPERTENFRAGEBÖGEN	170
9.6.1 TEILNEHMERKREIS	170
9.6.2 ARBEITSPLATZ DER TEILNEHMER	172
9.6.3 FREMDSPRACHLICHE KENNTNISSE	172
9.7 ERHEBUNGSERGEBNISSE UND -ANALYSE	173
10. FAZIT	182
ABSTRACT	187
LITERATURVERZEICHNIS	190
ANHANG	207

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die Eidgenossenschaft 1291-1536	13
Abbildung 2: Konfessionen in der Schweiz 1700	15
Abbildung 3: Dominierende Konfessionszugehörigkeit 2010	16
Abbildung 4: Konfessionszugehörigkeit von 2012-2014	17
Abbildung 5: Die alte Eidgenossenschaft von 1536-1798	18
Abbildung 6: Beitritt und Sprache der Schweizer Kantone	22
Abbildung 7: Ständige Wohnbevölkerung nach Hauptsprache(n), 1970–2018, in %	28
Abbildung 8: Als Hauptsprache genannte Sprachen 2018	29
Abbildung 9: Konfessionen und Sprachen im 19. Jahrhundert	30
Abbildung 10: Landkarte Schweiz mit Kantonen	38
Abbildung 11: Sprachgebiete der Schweiz	38
Abbildung 12: Personen nach Anzahl Sprachen, die sie regelmässig verwenden	46
Abbildung 13: Personen nach Anzahl Sprachen, die sie regelmässig verwenden und Altersgruppen	47
Abbildung 14: Personen nach Anzahl Sprachen, die sie regelmässig verwenden und Bildungsniveau	47
Abbildung 15: Personen nach den am häufigsten regelmässig verwendeten Sprachen und Sprachregionen	48
Abbildung 16: Sprachen, die gelernt werden	49
Abbildung 17: Am häufigsten gelernte Sprachen nach Sprachregionen	49
Abbildung 18: Sprachenlernen nach Gründen	50
Abbildung 19: Gründe für das Erlernen einer Sprache, nach gelernter Sprache	50
Abbildung 20: Hello, hello viersprachige Schweiz	52
Abbildung 21: Personen, die regelmässig Englisch verwenden, nach Bildungsniveau und Sprachregion	55
Abbildung 22: Personen, die regelmässig Englisch verwenden, nach Altersgruppe und Sprachregion	56
Abbildung 23: Personen, die regelmässig Schweizerdeutsch verwenden, nach Bildungsniveau und Sprachregion	61
Abbildung 24: Personen, die regelmässig Deutsch verwenden, nach Bildungsniveau und Sprachregion	61
Abbildung 25: Personen, die regelmässig Französisch verwenden, nach Bildungsniveau und Sprachregion	64
Abbildung 26: Personen, die regelmässig Italienisch verwenden, nach Bildungsniveau und Sprachregion	65
Abbildung 27: In der italienischen Schweiz wohnhafte Personen, die regelmässig einen Tessiner oder bündneritalienischen Dialekt verwenden, nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen	66
Abbildung 28: Traditionelle Gebiete der romanischen Idiome	68
Abbildung 29: Umfrage bei den Gemeinden des traditionell romanischen Gebiets, 2003	68
Abbildung 30: Varianten der Sprachpolitik	74
Abbildung 31: Modell einer Sprachpolitik zu Gunsten von Regionalsprachen	79
Abbildung 32: Spolsky's General Model of Second Language Learning	93
Abbildung 33: Das Schweizer Bildungssystem	111
Abbildung 34: Abschlüsse der höheren Berufsbildung	112
Abbildung 35: Üblicherweise bei der Arbeit gesprochene Sprachen, 2015-2017	118
Abbildung 36: Sprachunterricht in den Kantonen	126
Abbildung 37: Fachbereiche des Lehrplans 21	128
Abbildung 38: Sprachunterricht in der obligatorischen Schule im Schuljahr 2017/2018	131
Abbildung 39: Erste obligatorische Fremdsprache	132
Abbildung 40: Zweite obligatorische Fremdsprache	132
Abbildung 41: Männliche und weibliche Lehrkräfte	143
Abbildung 42: Altersgruppen Lehrkräfte	144
Abbildung 43: Heimatkantone	145
Abbildung 44: Kantone Arbeitsplatz	145

Abbildung 45: Muttersprachen	147
Abbildung 46: Teilnehmende Schulen	148
Abbildung 47: Anzahl der Sprachenlehrer	149
Abbildung 48: Frontalunterricht	154
Abbildung 49: Debatten/ Diskussionen	155
Abbildung 50: Gruppenarbeit/ Partnerarbeit	155
Abbildung 51: Referate	156
Abbildung 52: Computergestütztes Lernen	156
Abbildung 53: Lernspiele	157
Abbildung 54: Förderung der Landessprachen	160
Abbildung 55: Einstellung zu den Fremdsprachen	161
Abbildung 56: Sprachkenntnisse nach GER	164
Abbildung 57: Heimatkantone Experten	171
Abbildung 58: Kantone Arbeitsplatz Experten	172

1. Einleitung

Die Vier- bzw. Vielsprachigkeit in der Schweiz ist aktuell ein viel und intensiv diskutiertes Thema. Die vier Landessprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch werden in den verschiedenen Regionen bzw. Kantonen gesprochen und als Fremdsprache an Schulen unterrichtet¹. Die vier Landessprachen erlernen und beherrschen jedoch nur wenige Schweizer. Schulen bieten vermehrt Englisch und weitere moderne Sprachen an, die sich in Zeiten der Globalisierung zunehmender Beliebtheit erfreuen.

Die nationale und regionale Sprachpolitik stellt in der Schweiz und anderen mehrsprachigen Ländern wie Belgien, Finnland oder Kanada eine besondere Herausforderung dar. Reformen und Regelungen müssen an die lokalen Gegebenheiten angepasst werden und sollten sowohl die Minderheiten- als auch die Mehrheitssprache(n) fördern. Zudem haben die Kantone Einfluss auf die Umsetzung der Vorgaben und Gesetze.

Das Bildungssystem ist ein wichtiger Baustein hinsichtlich der angestrebten Multilingualität der Schweiz. Neben den mehrsprachigen Kantonen wie Graubünden und Bern, in denen die Bewohner mindestens zwei der vier Landessprachen erlernen, sind die Gebiete entlang der Sprachgrenzen ebenfalls durch den tatsächlichen Sprachkontakt zur jeweils anderen Sprache im Vorteil. Die Bevölkerung, die im Zentrum eines Sprachgebietes lebt, muss die Sprachen durch das Bildungssystem erlernen.

Der Spracherwerb ist unter anderem in öffentlichen Volksschulen, Privatschulen und Immersionsschulen möglich; letztere werden aufgrund der zweisprachigen Maturität, vergleichbar mit dem bilingualen Abitur, vermehrt frequentiert. Diese Entwicklung soll nicht zuletzt die Chancen der Schulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt verbessern.

Die Mehrsprachigkeit der Schweizer wird in der Presse und unter anderem in verschiedenen Forschungsprojekten immer wieder analysiert und diskutiert. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei die Bedeutung der englischen Sprache. In Zeiten

¹ Rätoromanisch bildet aufgrund der geringen Sprecherzahl eine Ausnahme und ist in den anderssprachigen Kantonen nicht relevant. Siehe Kapitel 2.8.

der Globalisierung hat Englisch weltweit Priorität und könnte deshalb die Sprachenauswahl und -verwendung der Schüler dahingehend beeinflussen, dass sie sich gegen eine der Landessprachen entscheiden und Englisch den Vorzug geben. Von Interesse sind hierbei auch die Einstellung und die Motivation der Eltern, die die sprachliche Entwicklung ihrer Kinder beeinflussen. Die einzelnen Kantone legten bis zur Einführung der neuen Lehrpläne die Reihenfolge der zu erlernenden Fremdsprachen in der Primar- und Sekundarstufe sowie den Beginn der ersten Fremdsprache fest. Das Englische wurde in einigen Deutschschweizer Kantonen dem Französischen vorgezogen und wird ab der 3. Klasse unterrichtet. Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind in Bezug auf das künftige Sprachverhalten der Schweizer von Bedeutung.

Die Sprach- und Bildungspolitik ist derzeit aufgrund der Schul- bzw. Bildungsreform, die nach längerer Planungsphase in der Romandie ab 2010 und in der Deutschschweiz ab 2014 schrittweise umgesetzt wurde, im Fokus der Öffentlichkeit. Zunächst von einigen Kantonen freudig begrüßt, stieß die Reform auf deutlichen Widerstand in der Bevölkerung. Im April 2016 fanden beispielsweise im Baselgebiet, das zuvor als Reform-Befürworter auftrat, erste gegenläufige Abstimmungen für eine veränderte Umsetzung statt². Im Frühjahr 2018 wurden die Initiativen gegen die Reform in der Deutschschweiz schließlich eingestellt und der neue Lehrplan umgesetzt.

Grundlegend ergeben sich jedoch einige Fragen bezüglich der allgemeinen wie sprachpolitischen Entwicklung des Schweizer Schulsystems und der daraus resultierenden Sprachkompetenzen der Schüler:

Welche Rolle spielt die französische Sprache gegenwärtig und wie wird sich ihr Stellenwert in Zukunft, insbesondere in den deutschen und den französischen Sprachgebieten, entwickeln bzw. verändern?

Wie werden Fremdsprachen im Schulunterricht vermittelt?

Liegen Kompetenzunterschiede in den jeweiligen Sprachgebieten vor?

Welche Rolle spielt die englische Sprache – auch hinsichtlich der Kommunikation der Schweizer untereinander?

² Cassidy, Tages Anzeiger 22.04.2016.

Welche Bedeutung hat der Spracherwerb für den zukünftigen Zusammenhalt der Schweiz und welche Folgen hat bzw. hätte eine mögliche Sprachbarriere? Ist es notwendig, alle Landessprachen zu sprechen? Wie soll die Kommunikation der Schweizer untereinander in Zukunft aussehen?

Im ersten Teil dieser Arbeit werden Einblicke in den soziolinguistischen Hintergrund der sprachpolitischen Geschichte, Geographie und Politik gegeben. Darüber hinaus werden die Sprachen der Schweiz, Grundlagen der Sprachpolitik sowie speziell die Schweizer Sprachpolitik betrachtet. Des Weiteren werden Spracherwerbstheorien und das Bildungssystem der Schweiz im Detail beleuchtet. Der Fokus soll hierbei auf der Bildungsreform Lehrplan 21 bzw. PER liegen, im Hinblick auf den Fremdspracherwerb in der Deutschschweiz und der Romandie.

Die Aktualität des Themas Sprachpolitik in der Schweiz wird neben zahlreichen Artikeln in der Presse³ durch das Forschungsprogramm des Schweizerischen Nationalfonds unterstrichen. Diverse Projekte unter dem Titel ‚Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz‘ wurden von führenden Wissenschaftlern der Schweizer Universitäten und Hochschulen geleitet und von der Regierung mit 8 Millionen CHF finanziert⁴.

Der zweite Teil der Arbeit umfasst eine empirische Erhebung zur Erfassung der Sprachkenntnisse im deutschen und französischen Fremdspracherwerb, der Spracheinstellung von Schülern an öffentlichen Schulen sowie weitere sprachpolitische Aspekte, die mit Hilfe von Fragebögen und Expertenfragebögen in ausgewählten ein- und zweisprachigen Kantonen der deutschen und der französischen Schweiz durchgeführt wurde.

Basierend auf diesen Informationen werden verschiedene Probleme und zukünftige Chancen strukturiert dargestellt.

³ Beispielsweise in der Neuen Zürcher Zeitung oder der Süddeutschen Zeitung erschienen in den letzten Jahren einige Artikel zum Thema Vielsprachigkeit in der Schweiz.

⁴ Für weitere Informationen siehe: Schweizerischer Nationalfonds 2006: 12.

An dieser Stelle soll zudem vermerkt werden, dass die Genderneutralität berücksichtigt wurde, sodass die verwendete männliche Form im Text inkludierend zu verstehen ist.

Teil I: Soziolinguistischer Hintergrund

2. Politische und sprachpolitische Geschichte der Schweiz

Die Geschichte der Schweiz wurde durch verschiedene Kulturen, Personen, Sprachen und Auseinandersetzungen geprägt und entwickelte sich im Laufe der Zeit hin zum heutigen Bündnis mit den bestehenden politischen Grenzen⁵.

2.1 Entstehung der Eidgenossenschaft

Die Schweizer Eidgenossenschaft wurde der Legende nach im Jahr 1291 durch den sog. ‚Rütlichwur‘ auf der Rütliwiese am Vierwaldstättersee, durch Landleute⁶ gegründet. Zunächst nur bestehend aus den Kantonen Uri, Schwyz und Unterwalden⁷. Das Bündnis sollte die Gebiete vor der Machtausübung und der Gerichtsbarkeit der Habsburger sichern. Der zunächst lose Bund festigte sich erst nach der Schlacht am Morgarten im Jahre 1315, in welcher die Eidgenossen die Habsburger besiegten⁸. Nach verschiedenen Schlachten und Kriegen verselbstständigte sich die Eidgenossenschaft schließlich nach dem errungenen Sieg im sog. ‚Schwabenkrieg‘ gegen Maximilian I. vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation im Jahr 1499 mit dem ‚Frieden zu Basel‘, der jedoch erst 1648 im Rahmen des ‚Westfälischen Friedens‘ offiziell anerkannt wurde. Bis 1513 folgten den Eidgenossen noch zehn weitere

⁵ Die geschichtliche und sprachgeschichtliche Entwicklung der Schweiz reicht bis ca. 600 v. Chr. zurück. Verschiedene Sprachen und Kulturen unter anderem der Kelten, Römer und Germanen waren Teil der Geschichte. Für weitere Informationen siehe: Haas 1982: Kapitel 2.

⁶ Werner Stauffacher (Schwyz), Walter Fürst von Uri, Arnold von Melchtal (Unterwalden). (vgl. Budde/ Zentner 2016: 21).

⁷ Unterwalden entspricht den heutigen Kantonen Obwalden und Nidwalden.

⁸ Soweit der Mythos. Heutige Untersuchungen der Dokumente und Rekonstruktionen der Abläufe werfen jedoch einige Unstimmigkeiten und Ungenauigkeiten auf. Für weitere Informationen siehe: Reinhardt 2013: Kapitel 2.

Kantone, teilweise durch Annektierung⁹ oder Eroberung¹⁰ in ihr Bündnis, die sich zu einem „lockeren Staatenbund“ (Maurer 2015: 4) zusammenschlossen. (vgl. Maurer 2015: 4 / Budde/ Zentner 2016: 21, 24, 32 / McRae 1983: 39 / Reinhardt 2013: 34-35, 46, 52, 93, 141-142)

Die Neutralität der Schweiz begann nach der verlorenen Schlacht bei Marignano im Jahr 1515. Die Eidgenossen wurden von Franzosen und Italienern bezwungen. Die Schweizer mussten ihre Gebietsvergrößerung beenden und die bereits eroberten Orte außerhalb der heutigen Landesgrenzen abgeben. Im Gegenzug wurde ewiger Frieden mit Frankreich geschlossen und die Unterstützung der französischen Truppen durch eidgenössische Söldner¹¹ festgelegt. (vgl. Budde/ Zentner 2016: 33 / Reinhardt 2013: 158-160 / McRae 1983: 40)



Abbildung 1: Die Eidgenossenschaft 1291-1536 (Reinhardt 2013: 72)

⁹ Thurgau.

¹⁰ Aargau.

¹¹ sog. Reisläufer. Spätmittelalterlich für Söldner im Dienste anderer Länder. (vgl. Duden online).

2.2 Religion und Reformation

In den Jahren 1527-1531 spalteten die Reformatoren Zwingli¹² und Calvin¹³ die bestehende Eidgenossenschaft in katholische und reformierte Gebiete auf. Zwingli reformierte in Zürich die katholische Kirche und erreichte nach einigen Auseinandersetzungen mit den Gegnern bzw. den Anhängern des alten Glaubens einen erfolgreichen politischen und kulturellen Durchbruch. Zunächst war die Mehrheit der Regionen und Städte katholisch, die ländlichen Gegenden blieben überwiegend katholisch wohingegen die strategisch und wirtschaftlich bedeutsamen Städte Basel, Bern und Schaffhausen sich der in Zürich praktizierten Lehre zuwandten. Die Reformation führte anderorts teilweise zu politischen Konflikten und bedrohte die bestehende Einheit der Eidgenossenschaft. In der Innerschweiz schlossen sich die fünf katholischen Orte Luzern, Schwyz, Unterwalden, Uri und Zug zusammen. Zwei Reformationskriege bei Kappel folgten; in der zweiten Schlacht im Jahr 1531 fiel Zwingli, dadurch wurde eine weitere Verbreitung der Reformation in der Deutschschweiz verhindert. Unter Zwinglis Einfluss wurde das Sittengesetz sowie das Kirchen-, Ehe- und Schulrecht modernisiert. (vgl. Reinhardt 2013: 172, 175, 177, 186 / Budde/ Zentner 2016: 34-35)

Durch den Franzosen Calvin, der ebenfalls als Reformator auftrat, wurde Genf im Jahr 1559 „zum geistigen Zentrum des französischsprachigen Protestantismus“ (Budde/ Zentner 2016: 36) in Europa. Die Trennung von einem geistlichen Gericht und der Politik gelang ihm jedoch nicht. Pastoren und eine festgeschriebene Anzahl gewählter politischer Vertreter bildeten das Gericht und die Politik behielt die Kontrolle über Recht und Ordnung. Calvins Aufenthaltsrecht und die Ausübung seiner reformierten Lehre hingen von der jeweiligen kantonalen politischen Führung ab. Calvin prägte besonders die Sittengesetze und die ausgezeichnete Ausbildung von Pastoren durch eine von ihm gegründete Akademie in Genf.¹⁴ Heute berufen sich die reformierten Kirchen in der Deutschschweiz vermehrt auf die Lehre Zwinglis und in der französischen Schweiz auf die Lehre Calvins. (vgl. Reinhardt 2013: 192-193)

¹² Huldyrch Zwingli (1484-1531).

¹³ Johannes Calvin (1509-1564).

¹⁴ Für weitere Informationen siehe: Reinhardt 2013: Kapitel 5.

Parallel zur Reformation durch Zwingli und Calvin brachte die katholische Kirche durch Carlo Borromeo¹⁵ in der Schweiz neue Reformen hervor, die die Ausbildung der katholischen Geistlichen verbessern sollten. Diese Nähe zu Rom stieß bei den lokalen Priestern nicht nur auf Zustimmung, insbesondere wegen der Wahrung und Sicherung ihrer Hoheitsrechte. (vgl Reinhardt 2013: 206)



Abbildung 2: Konfessionen in der Schweiz 1700 (Reinhardt 2013: 248)

Die reformierten Gebiete lagen vor allem in Teilen der heutigen Nord-, Ost- und Westschweiz. Die alten Orte in der Zentralschweiz sowie die Süd- und Südwestschweiz blieben katholisch. Dies korrelierte neben der religiösen Überzeugung der dortigen Bevölkerung auch mit den ländlichen Strukturen abseits größerer Wirtschaftszentren.

¹⁵ Carlo Borromeo (1538-1584) Neffe von Papst Pius IV.

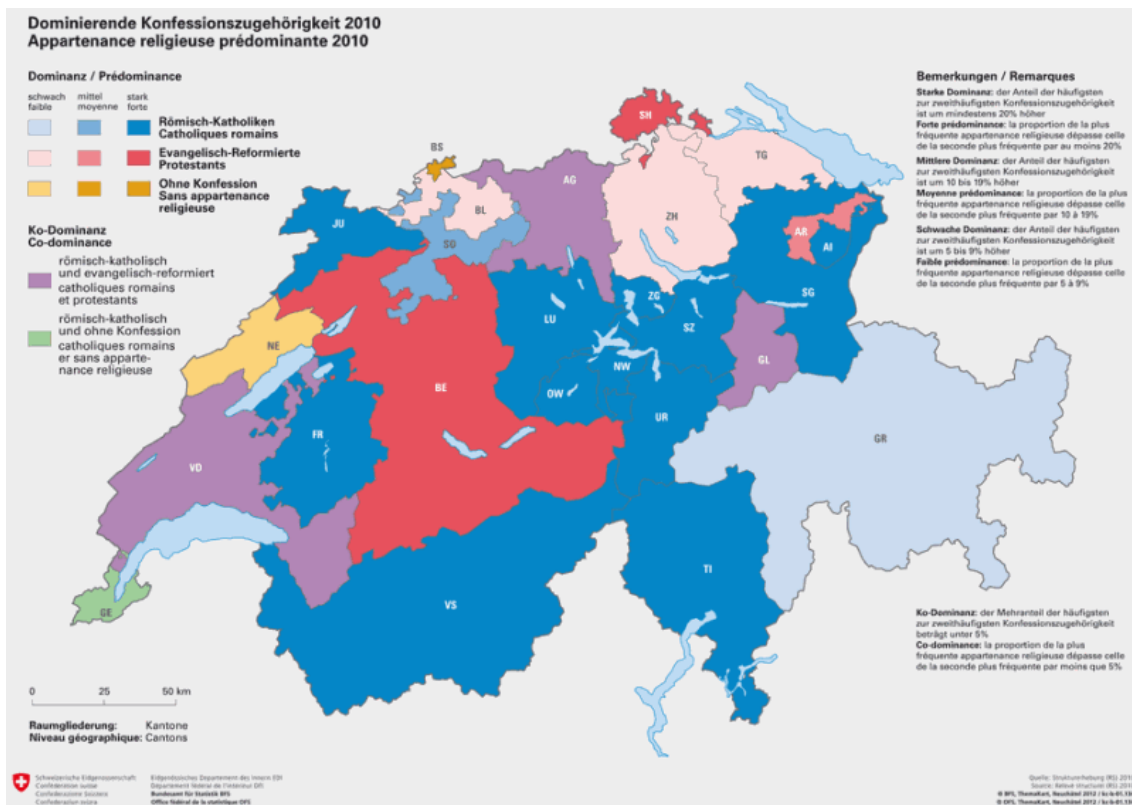


Abbildung 3: Dominierende Konfessionszugehörigkeit 2010¹⁶ (BFS Dominierende Konfessionszugehörigkeit)

Das Schweizer Bundesamt für Statistik (BFS)¹⁷ veröffentlichte 2010 ein Schaubild mit der Konfessionszugehörigkeit der Einwohner in den jeweiligen Kantonen. In dieser Abbildung wird zwischen Römisch-Katholiken, Reformierten-Protestanten und Konfessionslosen sowie Gebieten mit Ko-Dominanz unterschieden, in denen beide Religionen in gleicher Stärke vertreten sind. Zudem ist die Dominanz der jeweiligen Religion durch die Farbintensität markiert. Die Unterteilung in katholische und protestantische Gebiete hat sich insgesamt nach der Reformation grundlegend verändert. Heute ist jedoch festzustellen, dass der Anteil der reformierten Kirchen und Gebiete deutlich zurückgegangen ist. Die Zahlen anderer Konfessionen sind in den letzten Jahren jedoch deutlich angestiegen. Insgesamt sind die Ost- und die Südschweiz weitestgehend römisch-katholisch in unterschiedlich starken

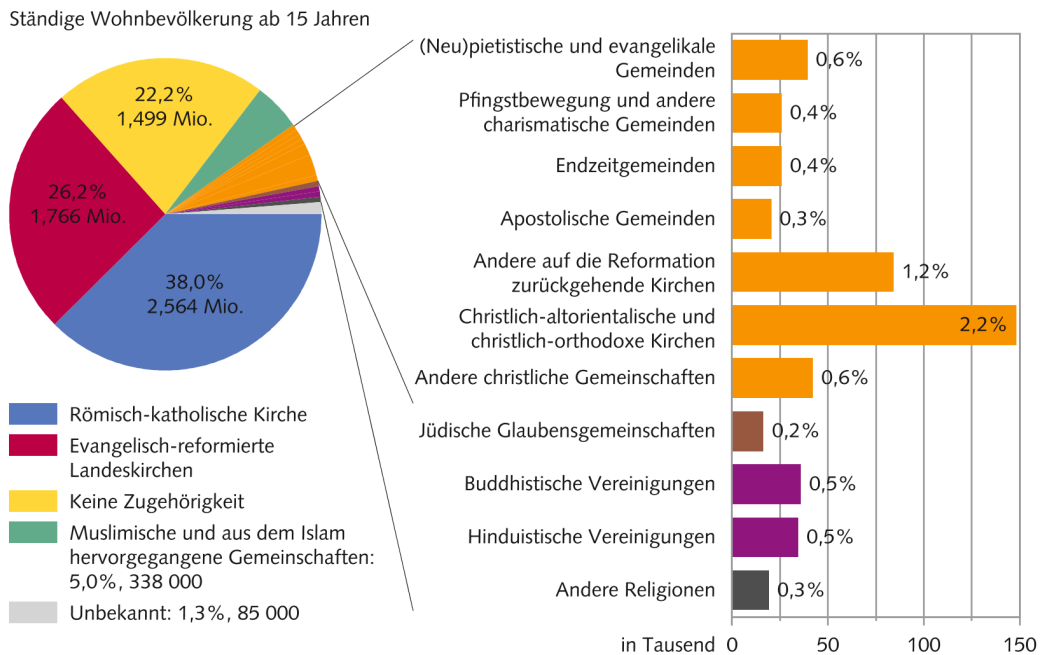
¹⁶ Interaktive Karte von 2014 siehe:

https://www.atlas.bfs.admin.ch/maps/13/de/11387_108_107_70/18897.html.

¹⁷ Das Bundesamt für Statistik führte von 1850 bis 2000 alle zehn Jahre eine Volkszählung und Befragung der Bürger durch. Seit 2010 wird jährlich eine Strukturhebung durchgeführt. Zur Vereinfachung des Prozesses werden viele Informationen aus öffentlichen Registern entnommen und nur ein Teil der Bevölkerung stichprobenartig untersucht. (vgl. BFS Volkszählung).

Ausprägungen, die Nordschweiz und Bern sind überwiegend evangelisch-reformiert. Die Westschweiz besteht sowohl aus Regionen mit katholischer oder evangelischer Dominanz als auch aus konfessionslosen Gebieten. (vgl. BFS Konfessionszugehörigkeit von 2012-2014)

Konfessionszugehörigkeit 2012–2014



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS, Neuchâtel 2016

Abbildung 4: Konfessionszugehörigkeit von 2012-2014 (BFS Konfessionszugehörigkeit von 2012-2014)

Die Römisch-katholische Kirche stellt mit 38 % bzw. 2,564 Millionen Menschen die stärkste Religion dar, gefolgt von 26,2 % bzw. 1,766 Millionen Protestanten. Der drittgrößte Teil der Bevölkerung 22,2 % bzw. 1,499 Millionen Bürger gehört keiner Konfession an.

Die Rivalität der beiden religiösen Lager dauerte über Jahrzehnte an und es wurden weitere Kriege geführt. Im Jahr 1656 wurde durch den Villmerger Landfrieden die religiöse Spaltung gewissermaßen manifestiert; jeder Ort konnte seine eigene Konfession wählen. Nach weiteren, langjährigen Konflikten wurden schließlich im Jahr 1712 die religiösen Auseinandersetzungen durch ein berufenes Schiedsgericht beendet. Die von 1536-1798 bestehende ,alte

Eidgenossenschaft' umfasste die sog. alten Orte¹⁸, die sieben neuen Orte¹⁹, die zugewandten Orte²⁰ und die Untertanengebiete²¹. (vgl. Budde/ Zentner 2016: 39 / Maurer 2015: 4)

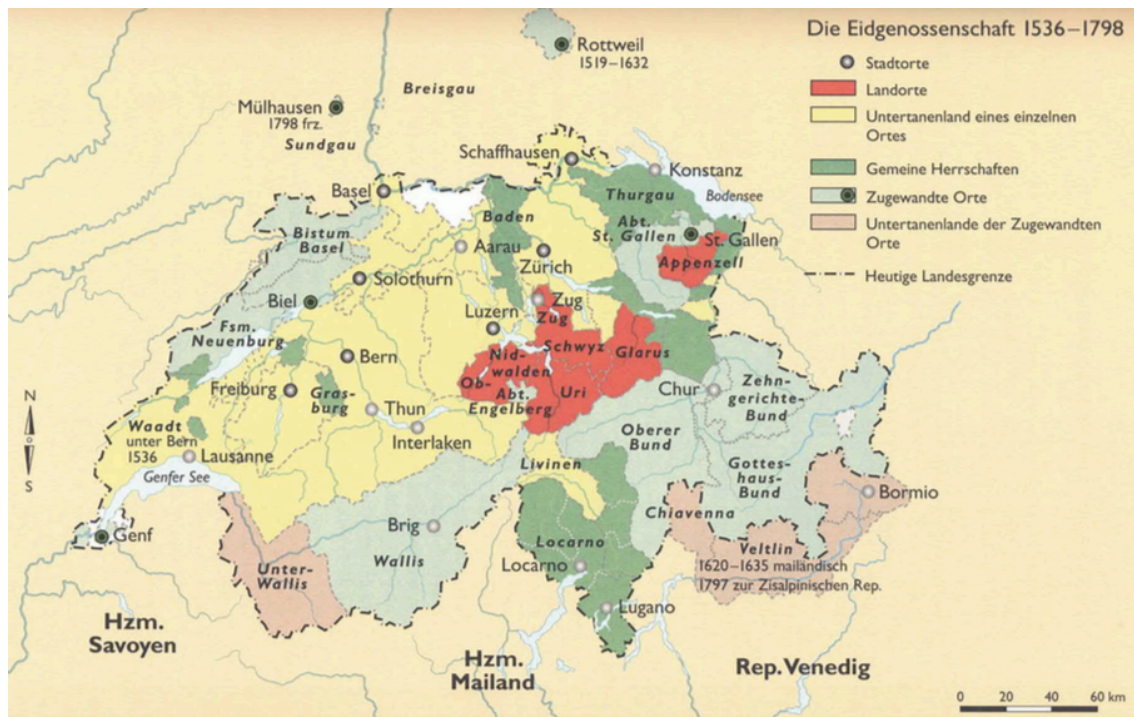


Abbildung 5: Die alte Eidgenossenschaft von 1536-1798 (Reinhardt 2013: 219)

2.3 Helvetische Revolution, Republik und Zerfall

Napoleon eroberte in den 1790er Jahren eine Vielzahl von Gebieten. Nach dem Sieg gegen die Österreicher in Italien wurde der Freistaat ‚Cisalpinische Republik‘ gegründet. Südliche Grenzregionen der Schweiz eruierten ihre Möglichkeiten, die einen Verbleib in der Eidgenossenschaft oder einen Beitritt in die Cisalpinische Republik eröffneten. Graubünden schloss sich dem neuen Freistaat an, wohingegen das Tessin ein Teil der Schweiz blieb. Die Kantone konnten sich trotz der realen Kriegsgefahr durch Frankreich nicht vereinen. Die neu gegründete Nationalversammlung wurde in Bern nicht akzeptiert und so wurde „am 24. Januar 1798 [...] in Lausanne die République du Léman [...]“ (Reinhardt 2013: 304-305) ausgerufen. Bereits vier Tage danach marschierten die Franzosen ein. Ein weiteres Vordringen in die Waadt führte zu einer

¹⁸ Bern, Luzern, Glarus, Schwyz, Unterwalden, Uri, Zug und Zürich.

¹⁹ Freiburg, Schaffhausen, Solothurn, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Appenzell und Basel schlossen sich anfänglich jeweils als vereinter Kanton an und spalteten sich später auf.

²⁰ Genf, Graubünden, Neuenburg, St. Gallen, Thurgau und Wallis.

²¹ Aargau, Tessin, Unterwallis und Waadt.

Unterwerfung der Gebiete, wobei einige Orte wie Schaffhausen, Zürich und Luzern nur durch den Zwang der lokalen Obrigkeit zustimmten. Solothurn, Freiburg und Bern setzten sich zur Wehr. Bern kämpfte bis zum Ende und musste sich am 5. März 1798 geschlagen geben. Der Untergang der alten Eidgenossenschaft wurde dadurch besiegelt. Frankreich vereinnahmte und kontrollierte die alte Eidgenossenschaft, marschierte mit Truppen in die Schweiz ein, besetzte Städte und wollte seine Verfassung durchsetzen. Einige Eidgenossen verweigerten die Mitarbeit und setzten sich erfolglos zur Wehr. Die Gründung der ‚Helvetischen Republik‘ konnte nicht aufgehalten werden. Die Gebiete wurden neu strukturiert. Teile der heutigen Westschweiz wurden annektiert, ehemalige Untertanengebiete zu gleichberechtigten Kantonen erklärt, Gebiete des heutigen Italiens fielen weg, der spätere Kanton Graubünden schloss sich an und Genf wurde Frankreich zugesprochen. Der ehemalige Kanton Bern wurde aufgrund des vehementen Widerstands stark verkleinert. Politisch wurde die Eidgenossenschaft nach französischem Vorbild zum Zentralstaat; die finanziellen Mittel der Helvetischen Republik waren begrenzt, die Neutralität der Schweiz ging zunächst durch den Zusammenschluss mit Frankreich verloren. Die katholische Innerschweiz rebellierte gegen Frankreich und der Volksaufstand dehnte sich aus. Außenpolitische Konflikte Frankreichs mit Russland und Österreich, die teilweise auf Schweizer Boden ausgetragen wurden, verstärkten den Widerstand des Volkes. (vgl. Budde/ Zentner 2016: 40-42 / Maurer 2015: 4 / McRae 1983: 40 / Reinhardt 2013: 303-305, 314, 320)

Im Jahr 1802 zogen die französischen Truppen nach weiterem Widerstand der Bevölkerung ab. Napoleon glaubte das Land damit ins Chaos zu stürzen und wollte sich danach als Helfer anbieten. Die Annahme bestätigte sich. Einige Kantone in der inneren Schweiz traten aus dem Bund aus. Konflikte zwischen den einzelnen Gebieten verstärkten sich. Napoleons Soldaten besetzten daraufhin erneut die Schweiz und geleiteten einige politische Anführer nach Paris. (vgl. Reinhardt 2013: 329-330)

Im Jahr 1803 wurde schließlich eine Mediationsverfassung von Napoleon ausgearbeitet und bewilligt, die den Streit zwischen den Befürwortern und Gegnern eines schweizerischen Zentralstaats beilegte. Frankreich behielt sich

jedoch ein Eingreifen in mögliche Konflikte innerhalb der Schweiz vor. Napoleons Nutzen dieser Gnade war die Rekrutierung von Schweizer Soldaten für seine Kriege. (vgl. Reinhardt 2013: 330, 334)

Das Land erhielt den Namen ‚Schweizerische Eidgenossenschaft‘ und wählte jährlich aus sechs Kantonen²² einen sog. Landammann, der jedoch nicht mehr als repräsentative Aufgaben erhielt. Zunächst wurde diese Aufgabe von Napoleons Vertrautem Louis d’Affry aus Freiburg²³ übernommen. Der ursprüngliche Zustand vor der Belagerung wurde, mit Ausnahme der Machtposition der alten Eliten, weitestgehend wiederhergestellt: die Politik wurde dezentralisiert, die ehemaligen Untertanengebiete blieben gleichberechtigt und neue Kantone²⁴ wurden in die Gemeinschaft aufgenommen bzw. gebildet. Die in der heutigen Schweiz verbleibenden Kantone wurden eingebettet mit Ausnahme des Kantons Jura²⁵, der erst 1979 gegründet wurde. Die Eidgenossenschaft war damit erstmals viersprachig, hervorgerufen durch die Gründung des rätoromanischsprachigen Kantons Graubünden. In der Bundesverfassung wurde die Schweiz jedoch erst 1938 offiziell zum viersprachigen Staat erklärt²⁶. (vgl. Budde/ Zentner 2016: 40-42 / Reinhardt 2013: 330-333)

Die von den Helvetiern abgeschafften Klöster bzw. Abteien wurden erneut instand gesetzt, allerdings ohne die ursprünglichen ‚Herrschaftsrechte‘ wiederherzustellen. In einigen ländlichen Gebieten wurde die katholische Religion wieder vorherrschend. Die Religionspolitik wurde strenger und stellte Andersgläubigkeit bzw. Abwesenheit während eines Gottesdienstes unter Strafe. Auch in Städten nahm der Katholizismus wieder zu. (vgl. Budde/ Zentner 2016: 40-42 / Maurer 2015: 4 / McRae 1983: 41 / Reinhardt 2013: 330-333)

²² Basel, Bern, Freiburg, Luzern, Solothurn und Zürich.

²³ Schweiz.

²⁴ Kantone Tessin und Graubünden.

²⁵ Der Kanton Jura bzw. das Juragebiet wechselt im Laufe der Geschichte einige Male seine Zugehörigkeit, was zu der sog. Jurakrise führte. Der nördliche Teil des Gebiets wurde nach politisch und religiös motivierten Aufständen zu einem eigenen Kanton erklärt. Das südliche Gebiet Laufental schlossen sich dem Kanton Basel Landschaft an und die verbleibenden südlichen Gebiete blieben dem Kanton Bern erhalten. Für weitere Informationen siehe: Reinhardt 2013: Kapitel 11.

²⁶ Siehe Kapitel 2.8.

2.4 Neutralität und Staatenbund

Auf dem Wiener Kongress im Jahr 1815 wurde die Schweiz neu strukturiert und die Neutralität wiederhergestellt. Die Großmächte Großbritannien, Österreich, Preußen und Russland unterstützten und förderten die neutrale Eidgenossenschaft, um so einen Pufferstaat zu Frankreich zu bilden, der weitere Konflikte verhindern sollte. „Am 20. März [1815] erklärt[e] der Kongress die immerwährende Neutralität und territoriale Unverletzlichkeit der Schweiz.“ (Budde/ Zentner 2016: 43) Zudem wurde die Eidgenossenschaft nach Napoleons Niederlage bei Waterloo und der Aufhebung des Mediationsvertrags um einige Gebiete erweitert. Die ehemals französischen Städte Genf, Neuenburg und Wallis wurden der Schweiz zugesprochen und der Kanton Bern wurde um Basel und Biel erweitert. Durch den Einfluss der Großmächte konnte der Bundesvertrag der 22 Kantone geschlossen und die Eidgenossenschaft zu einem ‚losen Staatenbund‘ erklärt werden. Dieser Vertrag forderte eine schweizerische Armee, ein zweijähriges Treffen der Vertreter der einzelnen Kantone, sowie die Sicherung der Klöster. Bei Streitigkeiten bezüglich Gebietsgrenzen sollte der Wiener Kongress in Form eines Schiedsgerichts eingreifen. Das Amt des Landammanns wurde abgeschafft und das Amt des Kanzlers erhielt erste Priorität. (vgl. Budde/ Zentner 2016: 43 / Maurer 2015: 4 / Reinhardt 2013: 340, 342)

Swiss cantons and half-cantons, by date of entry into Confederation and official languages

Canton (with usual abbreviation)	Date of entry	Official language(s)
Uri (UR)	1291	German
Schwyz (SZ)	1291	German
Obwalden (OW) ^a	1291	German
Nidwalden (NW) ^a	1291	German
Luzern (LU)	1332	German
Zurich (ZH)	1351	German
Glarus (GL)	1352	German
Zug (ZG)	1352	German
Bern/Berne (BE)	1353	German, French
Fribourg/Freiburg (FR)	1481	French, German
Solothurn (SO)	1481	German
Basel-Stadt (BS) ^a	1501	German
Basel-Land (BL) ^a	1501	German
Schaffhausen (SH)	1501	German
Appenzell Ausserrhoden (AR) ^a	1513	German
Appenzell Innerrhoden (AI) ^a	1513	German
St. Gallen (SG)	1803	German
Graubünden/Grigioni/ Grischun (GR)	1803	German, Italian, Romansh
Aargau (AG)	1803	German
Thurgau (TG)	1803	German
Ticino (TI)	1803	Italian
Vaud (VD)	1803	French
Valais/Wallis (VS)	1815	French, German
Neuchâtel (NE)	1815	French
Geneva (GE)	1815	French
Jura (JU)	1979	French

^a Half-cantons. Obwalden and Nidwalden, as parts of Unterwalden, emerged gradually as half-cantons in the fourteenth century. Appenzell was divided in 1697, Basel in 1833.

Abbildung 6: Beitritt und Sprache der Schweizer Kantone (McRae 1983: 42)

2.5 Sonderbund und Sonderbundkrieg

Die Volkssouveränität wurde in der Schweiz, durch revolutionäre Konflikte in Paris, thematisiert. Zehn Kantone erließen eine neue liberale Verfassung, um die Volkssouveränität und die Grundrechte der Bürger, die nicht im Bundesvertrag geregelt wurden, zu stärken. Zudem sollten die geschlossenen Klöster im Aargau wiedereröffnet und die Jesuiten akzeptiert werden. Diese

Entwicklung traf jedoch auch auf Widerstand und löste verschiedene Konflikte aus, wie die Trennung der heutigen Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Die konservativen²⁷ Kantone wehrten die revolutionäre Haltung ab. (vgl. Budde/ Zentner 2016: 44 / Maurer 2015: 4 / McRae 1983: 41 / Reinhardt 2013: 367)

Die katholisch-ländlich konservativen Kantone Freiburg, Luzern, Wallis und Zug sowie die Waldstätte²⁸ gründeten im Jahr 1845 einen Sonderbund, der die Einheit der Eidgenossenschaft festigen sollte. Der Bundesvertrag verbot den Zusammenschluss mehrerer Kantone zum Nachteil unbeteiligter Kantone. Der Konflikt wurde durch einen Artikel über die Trennung von Staat und Kirche auf eine konfessionelle Ebene gehoben. Die Auflösung des Sonderbundes wurde beantragt und erst nach einem Machtwechsel im Kanton Luzern zugunsten der Liberalen gewaltsam erzwungen. (vgl. McRae 1983: 43 / Budde/ Zentner 2016: 44 / Reinhardt 2013: 366)

2.6 Gründung des Bundesstaates

Der knapp vierwöchige Bürgerkrieg von 1847 zwischen den katholisch konservativen und den liberalen Kantonen, die einen Staatenbund bzw. einen Zentralstaat favorisierten, konnte durch die „Gründung der heutigen Schweiz als Bundesstaat mit einer föderalistischen Bundesverfassung“ (Maurer 2015: 4) beendet werden. Im Jahr 1848 wurde die neue Bundesverfassung durch die siegreichen Liberalen erarbeitet und akzeptiert.

Art. 2. Der Bund hat zum Zwe[c]k: Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen außen, Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, Schu[t]z der Freiheit und der Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt. (Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1848²⁹)

Der Bundesstaat bildete eine demokratische Republik mit den Befugnissen zur außenpolitischen Vertragsschließung mit anderen Staaten, der Aufrechterhaltung der militärischen Einheit der einzelnen Kantone, sowie der Interventionsmöglichkeit bei inneren und äußeren Unruhen. Der Schweizer Binnenmarkt entstand durch die Abschaffung der Binnenzölle und die Niederlassungsfreiheit der Bewohner. Die Kantone bewahrten jedoch

²⁷ Basel-Stadt, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Schwyz und Uri.

²⁸ Die Urkantone: Uri, Schwyz und Unterwalden.

²⁹ Verfassungen der Schweiz.

weitestgehend ihre Selbstständigkeit, insbesondere in den Bereichen Strafrecht, Jagdrecht, Handel und Banken, sowie Steuerwesen, Infrastruktur, Kirche und Bildung. (vgl. McRae 1983: 43 / Budde/ Zentner 2016: 45 / Maurer 2015: 4)

Die Bundesversammlung bildet die höchste Instanz im Staat und wurde 1848 erstmals gewählt. Das Parlament wurde als Zweikammersystem etabliert, bestehend aus der Volksvertretung durch den Nationalrat und der Kantonalvertretung durch den Ständerat. Im Ständerat waren alle Kantone unabhängig von der jeweiligen Einwohnerzahl gleichgestellt vertreten. Im Nationalrat kam auf 20.000 Bewohner ein Abgeordneter, der durch Mehrheitswahlrecht gewählt wurde. Beide Kammern wurden gleichgestellt und waren fortan für die Wahl des Bundesrates, des Bundeskanzlers, der Bundesrichter und des Generals zuständig. Die Freisinnigen³⁰ hatten in der Bundesversammlung und dem Bundesrat die klare Mehrheit und stellten den ersten Bundespräsidenten³¹. (vgl. Budde/ Zentner 2016: 46 / Reinhardt 2013: 374)

Im Jahr 1874 wurde die Totalrevision der Bundesverfassung durchgeführt. Die überarbeitete Version der Verfassung war als Kompromiss für diverse kritische Gruppierungen akzeptabel und schrieb unter anderem die Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie die Handels- und Gewerbefreiheit fest. Zudem wurde das fakultative Referendum beschlossen, welches ab diesem Zeitpunkt als Instrument der direkten Demokratie eingesetzt werden konnte. Insgesamt wurden die Rechte von Bund und Bürgern dadurch gestärkt und die Kantone verloren an Einfluss. (vgl. Maurer 2015: 4 / Budde/ Zentner 2016: 50-51 / McRae 1983: 43)

2.7 Politik und Geschichte ab dem 20. Jahrhundert

Im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert wandelte sich die Schweiz vom Agrar- zum Industriestaat und Ende des 20. Jahrhunderts schließlich zur Dienstleistungsgesellschaft. Im Jahr 1920 wurde die Schweiz als vollwertiges Mitglied in den Völkerbund aufgenommen. Die Eidgenossenschaft nahm

³⁰ Die Freisinnigen, später die Freisinnig-Demokratische Partei, sind eine liberale Partei und gingen als Sieger des Sonderbundkriegs hervor, siehe Kapitel 2.5.

³¹ Schaubild zum Wahlsystem siehe Anhang.

aufgrund ihrer Neutralität durch die beiden Weltkriege³² keine Kriegsschäden, einzelne Sprachgebiete sympathisierten jedoch mit den jeweiligen Nachbarländern; dies führte teilweise zu Unstimmigkeiten innerhalb der Bevölkerung. (vgl. Maurer 2015: 4 / Budde/ Zentner 2016: 21, 58)

Ab 1948 begann die Zusammenarbeit der Schweiz mit ‚ausgewählten‘ europäischen Organisationen und Institutionen bzw. die Beteiligung an einigen Abkommen. Trotz Bedenken seitens der Bevölkerung bezüglich der Aufrechterhaltung der Neutralität der Eidgenossenschaft, trat die Schweiz beispielsweise im Jahr 1963 dem Europarat bei, wurde 2002 in die Vereinten Nationen aufgenommen und akzeptierte das Schengener Abkommen im Jahr 2005. (vgl. Maurer 2015: 4 / Budde/ Zentner 2016: 21, 58, 64, 66, 71, 72)

2.8 Sprachpolitische Entwicklung

Die ersten Regionen der heutigen Schweiz waren, mit Ausnahme des teilweise französischsprachigen Freiburgs, deutschsprachig und Deutsch war bis 1798 die offizielle Sprache. Die Grenzgebiete wurden jedoch aus linguistischer Sicht durch ihre französischen, italienischen und rätoromanischen Nachbarn beeinflusst. Durch die Invasion der Franzosen im Zuge der helvetischen Revolution wurde die französische Sprache verbreitet und die Eidgenossenschaft um neu geschaffene französisch-³³ und italienischsprachige³⁴ Kantone bzw. Bezirke erweitert. Die durch die Franzosen geschaffene Verfassung begründete einen demokratischen Zentralstaat und gewährte den deutsch-, französisch- und italienischsprachigen Schweizern erstmals Gleichheit vor dem Gesetz. Die heutigen Kantone Wallis und Freiburg hatten erstmals eine französischsprachige Mehrheit. Ein Beschluss vom 20. September 1798 legte fest, dass ab sofort alle Gesetze in den drei Hauptsprachen veröffentlicht werden mussten. Der interimistischen Herrschaft der Franzosen bzw. der helvetischen Republik ist die heute existierende Mehrsprachigkeit und Gleichheit der Landessprachen geschuldet. Im Jahr 1815 wurde Deutsch zunächst wieder zur offiziellen Sprache. Die Deutschschweizer fürchteten eine Verdrängung ihrer Sprachkultur durch die französische

³² Für weitere Informationen siehe: Reinhardt 2013: Kapitel 10.

³³ Genfersee und Wallis.

³⁴ Lugano, Bellinzona und der heutige Kanton Graubünden, der ursprünglich aus drei Teilen bestand.

Sprache. Die neuen Kantone blieben jedoch unabhängig und der Kanton Bern wurde durch den Zusammenschluss mit einem Teil des Juragebiets zweisprachig³⁵. Mit dem Zusammenschluss zum Bundesstaat im Jahr 1848 wurden die Sprachen wieder gleichberechtigt und in ihrem jeweiligen Sprachgebiet verwendet, um die kulturelle Vielfalt zu erhalten. (vgl. McRae: 1983: 40-41 / Charnley 2002: 188)

Die Gründung des Deutschschweizerischen Sprachvereins^{36 37} im Jahr 1904, der die deutsche Sprache, Schriftsprache und Mundart pflegen, schützen und verbessern sollte, mit der Zielsetzung das Französische zu verdrängen, führte in den darauffolgenden Jahren zu Konflikten zwischen den Sprachgemeinschaften. Die französischen Schweizer gründeten daraufhin im Jahr 1907 die ‚Union romande‘, welche sich den Erhalt und die Pflege der französischen Sprache und Kultur zum Ziel setzte. Beide Vereine hatten jedoch nicht allzu große Wirkungskreise. Zudem wurde das Nationalgefühl der Schweizer beispielsweise durch große Projekte von internationaler Bedeutung wie den Gotthard-Tunnel gestärkt. (vgl. McRae 1983 : 44 / Reinhardt 2013: 411 / Richter 2005: 81, 161-162 / Rash 2002: 80)

Während des ersten Weltkriegs wurde der Sprachkonflikt durch die Ernennung eines germanischen Oberbefehlshabers verstärkt. Zur Zeit des zweiten Weltkriegs wurde ein romanischer Schweizer Oberbefehlshaber Henri Guisan ernannt, der in der gesamten Schweiz akzeptiert wurde, und somit blieb ein erneuter Disput zwischen den Sprachgruppen aus. (vgl. Reinhardt 2013: 411, 436, 438)

In der Verfassung von 1848 wurden die zunächst als Hauptsprachen festgelegten Sprachen Deutsch, Französisch und Italienisch als gleichberechtigte Nationalsprachen in Art. 109 verankert. Das Ziel der Schweiz war ein „friedliche[s] Miteinander der Sprachgruppen [...]“ (Reinhardt 2013: 431). Nach der letzten Totalrevision der Bundesverfassung im Jahr 1999 ersetzte der Begriff ‚Landessprache‘ die ‚Nationalsprache‘.

³⁵ Deutsch und Französisch.

³⁶ Heute: Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache. Der Verein ist im Bereich Sprachpflege tätig und gilt als offizieller Ansprechpartner des Dudens für Schweizerdeutsch. (vgl. Schweizerischer Verein).

³⁷ Für weitere Informationen siehe: Rash 2002: S. 80-86.

[...]

Art. 116. Das Deutsche, Französische, Italienische und Rätoromanische sind die Nationalsprachen der Schweiz.

Als Amtssprachen des Bundes werden das Deutsche, Französische und Italienische erklärt."

Durch Volksabstimmung vom 10. März 1996 über die Revision des Sprachenartikels (Art. 116) der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 wurde der Begriff "Nationalsprache" im Deutschen durch "Landessprachen" ersetzt und das Rätoromanische im Verkehr mit Personen rätoromanischer Sprache zur Amtssprache des Bundes erklärt.

[...]

(Schweizerische Nationalbibliothek)

Die letzte Teilrevision fand im März 2013 statt und behielt im Bereich Sprachen die bestehenden Gesetze bei. Der Artikel wurde unterteilt und die Nummerierung geändert. Der Art. 4 übernimmt die ‚Landessprachen‘ und Art. 70 die ‚Sprachen‘.

Art. 4 Landessprachen

Die *Landessprachen* sind Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch.

Art. 70 Sprachen

(1) Die Amtssprachen des Bundes sind Deutsch, Französisch und Italienisch. Im Verkehr mit Personen rätoromanischer Sprache ist auch das Rätoromanische Amtssprache des Bundes.

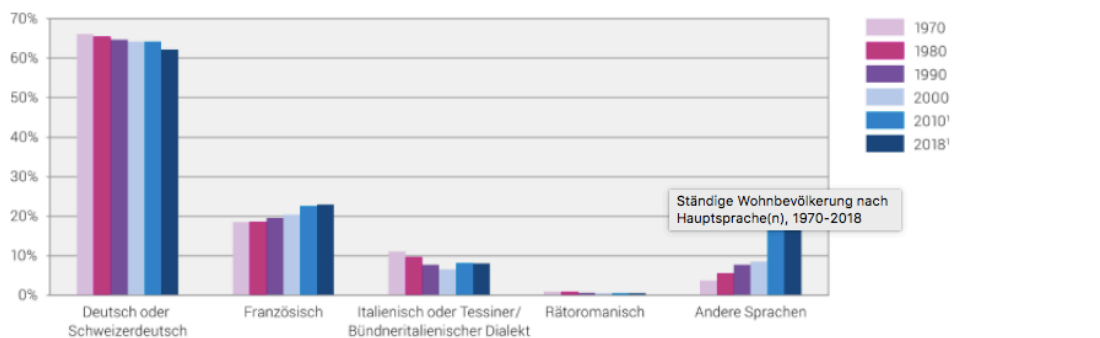
(Schweizerische Nationalbibliothek)

Die Schweizer stimmten im Jahr 1938 „für die Anerkennung des Rätoromanischen als vierte Landessprache“ (Budde/ Zentner 2016: 88). Schon Mitte des 18. Jahrhunderts wurde Rätoromanisch als Sprache akzeptiert. Rätoromanisch wird für Dienstleistungen und Verwaltungstätigkeiten im Kanton Graubünden angeboten, ist aber landesweit nicht vertreten. (vgl. Reinhardt 2013: 376 / Schweizerische National Bibliothek / Richter 2005: 263)

Zusätzlich garantiert Artikel 18 die Sprachfreiheit „und Artikel 69 verpflichtet den Bund zur Rücksicht auf die kulturelle und sprachliche Vielfalt des Landes.“ (Reinhardt 2013: 472) Die Kantone sind zudem verpflichtet „auf die traditionelle sprachliche Zusammensetzung und auf die Rechte der Sprachminderheiten zu achten und zusammen mit dem Bund Verständigung und Kommunikation zwischen den Sprachgruppen zu fördern.“ (Reinhardt 2013: 474) In

mehrsprachigen Kantonen mit Minderheitensprachen wie beispielsweise Rätoromanisch müssen die Kantone den Erhalt der jeweiligen Sprache fördern. (vgl. Reinhardt 2013: 474)

Ständige Wohnbevölkerung nach Hauptsprache(n), 1970–2018



¹ Das Total übersteigt 100%, weil die Personen mehrere Hauptsprachen angeben konnten. Das Vertrauensintervall ist in jedem Fall weniger als +/- 0,2%.

Quellen: BFS – Volkszählung (VZ) 1970–2000; Strukturerhebung (SE) 2010–2018

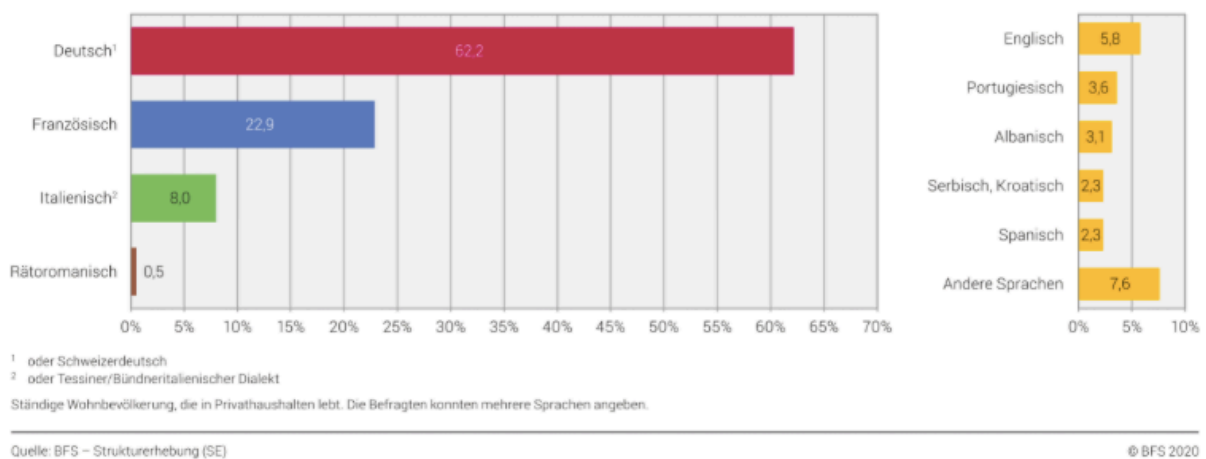
© BFS 2020

Das Total übersteigt 100 %, weil die Personen mehrere Hauptsprachen angeben konnten.

Abbildung 7: Ständige Wohnbevölkerung nach Hauptsprache(n), 1970–2018, in % (BFS 2020)

Der größte Teil der Bevölkerung spricht Deutsch bzw. Schweizerdeutsch mit einem Bevölkerungsanteil von 62,2 %. Die Anzahl der Deutschsprecher ist seit 1970 leicht gefallen. Französisch wird von 22,9 % der Bevölkerung gesprochen, die Zahl der Sprecher ist angestiegen. Italienisch, Tessiner und bündneritalienischer Dialekt wird von 8,0 % der Bevölkerung gesprochen und ist in den letzten 40 Jahren rückläufig, wobei in den letzten 14 Jahren wieder ein leichter Anstieg festzustellen ist. Anzumerken ist, dass die Erfassung der Italienischsprecher und der Sprecher regionaler italienischer Dialekte in einer Zahl angegeben wird und der Rückgang einer der drei Sprachen somit Auswirkungen auf die statistische Gesamtzahl hat. Die Anzahl der Romanischsprecher beträgt 0,5 % der Gesamtbevölkerung und war laut Statistik im letzten Jahrzehnt stabil.

Als Hauptsprachen genannte Sprachen, 2018



Das Total übersteigt 100 %, weil die Personen mehrere Hauptsprachen angeben konnten.

Abbildung 8: Als Hauptsprache genannte Sprachen 2018 (BFS 2020)

Eine Besonderheit der Schweizer Sprach- und Kulturentwicklung ist der sog. ‚Röstigraben‘³⁸ oder auch ‚rideau de rösti(s)‘. Dieser Graben bezeichnet die Abgrenzung der Romandie³⁹ bzw. der Westschweiz zur Deutschschweiz. Die Grenze kann durch den Kanton Freiburg entlang des Flusses Saane gezogen werden und umfasst die gesamte französische Schweiz. Der Röstigraben wird auf die Unterschiede⁴⁰ hinsichtlich der Sprache und Mentalität bezogen, wobei letztere umstritten sind. Im Jahr 2013 wurde eine Umfrage bezüglich der Existenz einer solchen Barriere durchgeführt: 22 % der Bürger verneinten dies, wobei der Anteil der Deutschschweizer höher lag als der der Westschweizer. Aus sprachlicher Sicht ist jedoch eine Abgrenzung kaum zu bestreiten. Aus politischer Sicht präsentieren sich die französischen Kantone insgesamt, im Gegensatz zu den anderen Landesteilen, offener und europazugewandt. Die deutschen und französischen Landesteile entfernten sich aus sprachlicher und politischer Sicht in den letzten Jahrzehnten voneinander, der innere Zusammenhalt hat sich jedoch verstärkt. Entlang der Sprachgrenze sind die

³⁸ Der Begriff ‚Röstigraben‘ wurde zur Zeit der Eigenständigkeit des Kantons Jura (1979) geprägt, obwohl die Rivalität der Sprachengruppen nicht als Grund für die Abspaltung angesehen wird. Durch die Schaffung des neuen Kantons wurde französisches Sprachgebiet des ursprünglichen Kantons Bern abgespalten und verringerte damit die Anzahl der französischsprachigen Berner signifikant. (vgl. Reinhardt 2013: 460-461).

³⁹ Oder Suisse romande.

⁴⁰ Für weitere politische Unterschiede zwischen der Deutsch- und der Westschweiz siehe: Reinhardt 2013: Kapitel 11.

Unterschiede bzw. möglichen Vorurteile deutlich geringer, da Kontakte zur Romandie bzw. zur Deutschschweiz bestehen, die häufig auch mit Kenntnissen der jeweils anderen Landessprachen einhergehen. Insgesamt besteht jedoch in der Romandie eine Furcht vor Germanisierung bzw. Überfremdung des französischen Sprachgebiets durch Deutschschweizer. (vgl. Eichenberger / Reinhardt 2013: 461, 468 / Richter 2005: 46-48 / Jurt 2008: 206 / Dürmüller 1996: 33)

Zwischen dem Tessin und der Deutschschweiz ist eine Abgrenzung dieser Art nicht zu beobachten, möglicherweise aufgrund der Tatsache, dass einerseits eine Vielzahl von Deutschschweizern im Tessin leben und andererseits viele Tessiner in der Deutschschweiz leben und arbeiten. (vgl. Dürmüller 1996: 42)

Religion und Sprache korrespondieren in der Schweiz miteinander. Insgesamt ist die sprachliche Einheit in den einzelnen Gebieten geschlossener als die religiöse. Dies trifft besonders auf die Romandie und die Deutschschweiz zu. Die italienische und die rätoromanische Schweiz sind durchgängig römisch-katholisch, wohingegen die Deutschschweiz und die französische Schweiz verschiedene Konfessionen beherbergen. (vgl. McRae 1983: 78)

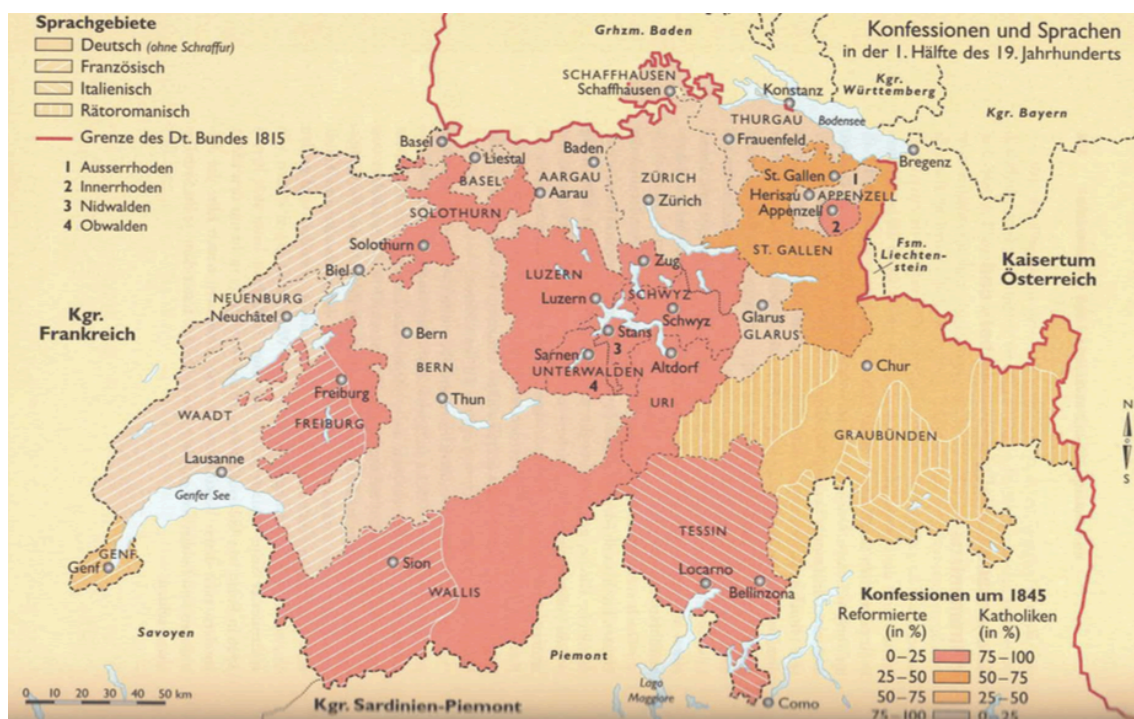


Abbildung 9: Konfessionen und Sprachen im 19. Jahrhundert (Reinhardt 2013: 360)

Texte und Untersuchungen, die Mitte des 20. Jahrhunderts erschienen sind, beschreiben den Sprachkontakt zwischen der deutschen und der französischen Schweiz als französisch geprägt, sowohl in Schrift als auch in Sprache. Mögliche Gründe könnten nach McRae die bessere Sprachkompetenz der Deutschschweizer oder der privilegierte Stand des Französischen als Sprache der Könige und des Adels sein. Zudem war das sog. ‚Welschlandjahr‘⁴¹, ein Au-Pair-Jahr in der Romandie, um die Sprache zu erlernen, bei Schulabgängern aus der Deutschschweiz sehr beliebt. Zur Zeit stagnieren die Zahlen der Au-Pair-Verträge, da Auslandsaufenthalte im englischen Sprachraum oder der Beginn einer Ausbildung für viele Jugendliche interessanter sind. Die veränderte Spracheinstellung und die gegenwärtig genutzte Kommunikationssprache soll im Verlauf dieser Arbeit eruiert werden und wird zu gegebenem Zeitpunkt erneut aufgegriffen. (vgl. McRae 1983: 72-73 / Aschwanden)

„[...] die Einführung des Englischen als erste Fremdsprache in Zürcher Primarschulen“ (Reinhardt 2013: 472) führte zu einem Konflikt, besonders in der Romandie. Diese Veränderung löste die in den 1970er Jahren getroffene Vereinbarung der Erziehungsdirektoren ab, in der festgelegt wurde, dass die Deutschschweizer als erste Fremdsprache Französisch erlernen und die Westschweizer als erste Fremdsprache Deutsch. Die Frage nach der Kommunikation der Schweizer untereinander und nach dem Stellenwert der einzelnen Landessprachen bzw. des Englischen wurde laut. (vgl. Reinhardt 2013: 472)

Schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts äußerte sich der Schweizer Politiker de Laharpe zum Zusammenhang zwischen Sprache bzw. Verständigung und Einheit: „Die künftige Schweizer Elite, so Laharpe, müsse alle drei Hauptsprachen beherrschen, um durch ihr Beispiel die Bildung und den inneren Zusammenhalt des Landes zu fördern. Auf diese Weise werde die Schweiz zeigen, wie sich nationale Vorurteile überwinden lassen und Europa als Vorbild dienen.“ (Reinhardt 2013: 338)

⁴¹ Das Pendant dazu ist das ‚Tessinjahr‘ oder das ‚Zwischenjahr‘ in der Deutschschweiz.

2.9 Sprachengesetz, Minderheitensprachen und Sprachen in den Behörden

Die Landessprachen Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch sind seit der Verfassung von 1848⁴² Teil des „Schweizer Selbstverständnis[es]“ (Lüdi/ Werlen 2005: 7). Die Viersprachigkeit, die in Art. 4⁴³ der Bundesverfassung festgeschrieben ist, wurde in der Europäischen Charta⁴⁴ der Regional- und Minderheitensprachen wie folgt beschrieben: „[...] le quadrilinguisme est une caractéristique essentielle de la Suisse“ (Tacke 2015: 258). Die Bedeutung der Mehr- bzw. Viersprachigkeit in der Schweiz wird durch das im Jahr 2010 in Kraft getretene Sprachengesetz unterstrichen und soll die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften fördern.

Sprachengesetz (SpG) vom 5. Oktober 2007 (Stand am 1. Januar 2017)

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

Dieses Gesetz regelt:

- a.
den Gebrauch der Amtssprachen durch die Bundesbehörden und im Verkehr mit ihnen;
- b.
die Förderung der Verständigung und des Austausches zwischen den Sprachgemeinschaften;
- c.
die Unterstützung der mehrsprachigen Kantone bei der Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben;
- d.
die Unterstützung von Massnahmen der Kantone Graubünden und Tessin zugunsten des Rätoromanischen und des Italienischen.

⁴² Siehe Kapitel 2.8.

⁴³ Siehe Kapitel 2.3.

⁴⁴ Die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen von 1992 wurde 1997 von der Schweiz anerkannt. Im Wesentlichen soll durch die Charta die sprachliche und kulturelle Vielfalt eines Landes gefördert werden bzw. erhalten bleiben. Alle drei Jahre müssen die Vertragsstaaten einen Zwischenbericht einreichen, der Informationen über die aktuelle Situation und die durchgeführten Maßnahmen gibt. (vgl. BAK Europäische Charta).

Art. 2 Zweck

Mit diesem Gesetz will der Bund:

- a.
die Viersprachigkeit als Wesensmerkmal der Schweiz stärken;
- b.
den inneren Zusammenhalt des Landes festigen;
- c.
die individuelle und die institutionelle Mehrsprachigkeit in den Landessprachen fördern;
- d.
das Rätoromanische und das Italienische als Landessprachen erhalten und fördern.

Art. 3 Grundsätze

1 Der Bund beachtet bei der Erfüllung seiner Aufgaben insbesondere folgende Grundsätze:

- a.
Er achtet darauf, die vier Landessprachen gleich zu behandeln.
- b.
Er gewährleistet und verwirklicht die Sprachenfreiheit in allen Bereichen seines Handelns.
- c.
Er trägt der herkömmlichen sprachlichen Zusammensetzung der Gebiete Rechnung.
- d.
Er fördert die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften.

2 Er arbeitet bei der Erfüllung seiner sprach- und verständigungspolitischen Aufgaben mit den Kantonen zusammen.

(Der Bundesrat: Bundesgesetz über die Landessprachen)

Das Sprachengesetz fördert die Wahrung der Sprache in den einzelnen Gebieten und den Austausch bzw. die Kommunikation untereinander. Die Gleichheit und Freiheit der Sprachen soll gewährleistet werden, sowohl auf institutioneller als auch auf individueller Ebene. Das Gesetz bezieht sich nicht auf mehrsprachige Bürger im Allgemeinen, sondern auf die Sprachgemeinschaft als Gruppe.

Aus dem 1. Staatenbericht der Schweiz von 1999 geht hervor, dass die Schweizer ihre Sprache unabhängig vom gegenwärtigen Sprachgebiet frei wählen können. (vgl. Tacke 2015: 259 / Marten 2016: 157)

En tant que droit individuel, la liberté de la langue n'est toutefois pas limitée à une aire géographique déterminée, mais elle appartient à toute personne où qu'elle se trouve. D'après la doctrine récente, la liberté de la langue a un contenu différent selon qu'elle s'applique aux relations entre particuliers ou aux rapports entre les particuliers et l'Etat. (Tacke 2015 : 259)

Auf Bundesebene ist eine Kommunikation in allen vier Amtssprachen möglich. Regionale und kantonale Behörden können ihre Amtssprache eigenständig festlegen, müssen jedoch die „herkömmliche[] sprachliche[] Zusammensetzung de[s] Gebiet[s] [...]“ (SpG, Art. 3c) beachten. Die Sprachgebiete in der Schweiz sind, mit Ausnahme der mehrsprachigen Kantone bzw. der Grenzgebiete, einsprachig. „En vertu de ce principe, les cantons sont compétents pour adopter les mesures nécessaires pour sauvegarder l'homogénéité et l'étendue des territoires linguistique de la Suisse.“ (Giorgio Malinverni in Tacke 2015: 260)

Zuwanderer aus dem Ausland oder anderen Sprachräumen der Schweiz erlernen bzw. verwenden nach kurzer Zeit die ortsübliche Sprache und assimilieren sich in die homogene Sprachgruppe. Die Verwendung der jeweiligen Sprache ist zwar nicht verpflichtend, dennoch kann der Spracherwerb der kantonalen Amtssprachen gesetzlich festgeschrieben sein; im Tessin müssen sich die Einwohner beispielsweise einem mündlichen und schriftlichen Italienischtest unterziehen. (vgl. Tacke 2015: 261)

Lüdi und Werlen beschreiben diese Gegebenheit folgendermaßen:

Es genügt, dass die Ortssprache ins sprachliche Repertoire aufgenommen wird. Dies beginnt in der Regel mit der Verwendung der Ortssprache am Arbeitsplatz, später wird die Ortssprache dann auch im privaten Umfeld gesprochen. [...] Wenn keinerlei Spuren der Herkunftssprache mehr vorhanden sind, kann kaum mehr von <Integration> sondern muss wohl eher von <Assimilation> gesprochen werden. (Lüdi/ Werlen in Tacke 2015: 261)

Nach der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen ist die Schweiz kein klassisches Land der Regional- und Minderheitensprachen, da alle vier Landessprachen einen offiziellen Status haben. Dennoch wird durch die Aufteilung und Trennung der Sprachen in unterschiedliche Regionen des Landes „eine sprachliche Minderheitensituation“ (Willwer 2006: 222) hergestellt. Die deutsche Sprache wird jedoch als dominante Sprache angesehen. Neben dem größten Bevölkerungsanteil⁴⁵ an Deutschsprechern ist die Hauptsprache in den meisten Bundesbehörden Deutsch. Die Sprachenlandschaft in der Schweiz lässt sich aber auch in zwei starke, überlegene Sprachen und zwei Minderheitensprachen einteilen. (vgl. Willwer 2006: 222-223)

Zwar befinde[t] sich die französischsprachige Bevölkerungsgruppe deutlich in der Minderheit in Bezug auf die deutschsprachige Mehrheit, machtpolitisch hingegen hat sie im Gegensatz zu den Tessinern und den Rätoromanen eindeutig eine privilegierte Stellung, weshalb sie als <nicht wirkliche Minderheit> gilt. (Willwer 2006: 223/ Coray 1999: 184)

Die Sprecherzahlen des Deutschen und des Französischen sind konstant bzw. steigen, wohingegen die Sprecherzahlen des Italienischen und des Rätoromanischen abnehmen.

Schweizer Beamten müssen über vorgeschriebene Sprachkenntnisse verfügen, um eine Anstellung zu erhalten. Neben einer Amtssprache müssen die Mitarbeiter in „[...] mindestens [...] einer zweiten Amtssprache über die passiven Kenntnisse (Hör- und Leseverständnis) verfügen, die [sie] zur Ausübung ihrer Funktion [...]“ (Richter 2005: 363) benötigen. Für höhere Verwaltungspositionen werden „gute Kenntnisse“ (Richter 2005: 363) vorausgesetzt und in leitenden Positionen sind seit 2003 die „aktive[n]“ (Richter 2005: 363) Sprachkenntnisse in zwei Amtssprachen sowie „[...] passive Kenntnisse in der dritten Amtssprache“ (Richter 2005: 363) vorgeschrieben. Die sprachlichen Fähigkeiten werden durch eine „anerkannte[], standardisierte[] Bewertungsmethode festgelegt“. (Richter 2005: 364 / BAK Erläuterung zur Verordnung über die Landessprachen: 5)

⁴⁵ Dies entspricht 62,2 % der Gesamtbevölkerung nach Stand 2018; siehe Kapitel 2.8.

Im Bundesgericht wird die Repräsentation der Landessprachen entsprechend einer Bestimmung ⁴⁶ geregelt. Die Landessprachen müssen angemessen vertreten sein, konkret muss in „jeder Abteilung des Bundesgerichts mindestens ein Mitglied aus dem französischsprachigen und ein Mitglied aus dem italienischsprachigen Landesteil [...]“ (Richter 2005: 365) vertreten sein.

Die Vertretung der Sprachgemeinschaften in den Departementen und in der Bundeskanzlei richtet sich nach dem folgenden Sollwert:

- a. Deutsch: 70%
- b. Französisch: 22%
- c. Italienisch: 7%
- d. Rätoromanisch: 1%

(BAK Erläuterung zur Verordnung über die Landessprachen: 6)

Dadurch kommt es zu einer ‚Überrepräsentation‘ der Minderheitensprachen im Verhältnis zu den tatsächlichen Sprecherzahlen. Es ist jedoch erlaubt, dass die Vertreter aus den romanischen Sprachgruppen den vorgegebenen Wert überschreiten. Rätoromanischsprachige Mitarbeiter sind allerdings kaum vertreten. Im Vorsitz des Nationalrates hat die deutsche Sprachgruppe eine überrepräsentierte Stellung inne. „Der Bundesrat besteht aus sieben Mitgliedern: normalerweise vier [deutschsprachige], zwei [französischsprachige] und ein [italienischsprachiges].“ (Rash 2002: 29) Die Sitzungen werden auf Deutsch und Französisch abgehalten, weswegen die sprachlichen Minderheiten Italienisch und Rätoromanisch auf eine der verwendeten Sprachen zurückgreifen müssen. Insgesamt entsprechen die Zahlen der landessprachlichen Vertreter in den verschiedenen Behörden aber weitestgehend der natürlichen Verteilung der Sprachen in der Schweiz. (vgl. Richter 2005: 365-366 / BAK Erläuterung zu Verordnung über die Landessprachen: 6 / Rash 2002: 30)

⁴⁶ Art. 107 Abs. 1 Satz BV 1874.

3. Geographie, Territorialitätsprinzip und Sprachenfreiheit der Schweiz

3.1 Geographie der Schweiz

Die Schweiz erstreckt sich über eine Fläche von 41.285 km², beheimatet ca. 8.606.033 Millionen⁴⁷ Einwohner und hat eine Bevölkerungsdichte von 194 Einwohnern pro km². Die Eidgenossenschaft grenzt an Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien und Liechtenstein und lässt sich in die drei Gebiete ‚Alpenraum‘, ‚Mittelland‘ und ‚Jura‘ mit zahlreichen Gewässern unterteilen. Die größten Ballungsgebiete befinden sich im Mittelland. Der Bundesstaat ist in 26 Kantone bzw. Halbkantone unterteilt, 18 deutschsprachige⁴⁸ und vier französischsprachige⁴⁹ Kantone, sowie einen italienischsprachigen⁵⁰ Kanton. Zudem drei zwei⁵¹ - bzw. dreisprachige⁵² Kantone. (vgl. Eisenschmid 2013: 17, 30 / Maurer 2015: 3 / Eidg. Departement des Innern 1989: 8-9, 26 / Rash 2002: 161)

⁴⁷ Stand 2019 (BFS: Bevölkerung 2020).

⁴⁸ Zürich, Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Aargau, Thurgau.

⁴⁹ Genf, Waadt, Neuenburg, Jura.

⁵⁰ Tessin.

⁵¹ Bern, Freiburg, Wallis.

⁵² Graubünden.



Abbildung 10: Landkarte Schweiz mit Kantonen (SwissKarte)

Insgesamt stellt die Deutschschweiz das größte Sprachgebiet der Eidgenossenschaft dar, gefolgt von der Romandie, der italienischen Schweiz und den rätoromanischen Gebieten in Graubünden.



Abbildung 11: Sprachgebiete der Schweiz (Reinhardt 2013: 473)

3.2 Territorialitätsprinzip

In der Schweiz besteht ein besonderer Zusammenhang zwischen Geographie und Sprache. Es „[...] liegt eine Gleichsetzung von Sprache und Raum in der Gleichsetzung von Sprache und Nation vor: Das staatliche Hoheitsgebiet und das Sprachgebiet der Nationalsprache werden miteinander identifiziert.“ (Tacke 2015: 89) In vielen Ländern wird die räumliche Abgrenzung, das Territorium, des Staates mit der entsprechenden Landessprache gleichgesetzt. Diese Sprache wird von den Einwohnern gesprochen und ist zentraler Bestandteil des Bildungssystems. Das „differenzierte“ Territorialitätsprinzip (vgl. Marten 2016: 155) ermöglicht eine bundesweite Mehrsprachigkeit, kantonale besteht jedoch meist eine offizielle Einsprachigkeit. Im Falle der Schweiz existieren vier Landessprachen. Die Sprachen sind gebietsgebunden bzw. koexistieren in einigen Regionen, wie beispielsweise im Kanton Graubünden. Die Sprachgebiete sind, mit Ausnahme der mehrsprachigen Kantone, einsprachig. Die verwendete Kommunikations-, Schul- und Verkehrssprache ist zum Beispiel in der Deutschschweiz Deutsch, in der Romandie Französisch usw. Die jeweilige(n) Kantonal(sprache(n)) wird/ werden anhand der Bevölkerungsstruktur und der gesprochenen Amtssprachen festgelegt. (vgl. Tacke 2015: 89-91 / Marten 2016: 155 / Richter: 2005: 145-146, 150) Das sprachliche Territorialitätsprinzip beschreibt die räumliche Geltung einer Sprache. Konkrete Auswirkungen hat das Territorialitätsprinzip wiederum erst in mehrsprachigen Staaten, die ihre Mehrsprachigkeit durch regional begrenzte Einsprachigkeit [...] oder durch die regional begrenzte Anerkennung weiterer Amtssprachen neben der Staatssprache [...] regeln. (Tacke 2015: 148)

Die Umsetzung des Territorialitätsprinzips hat auf Bundesebene die Gleichberechtigung und Verwendung der vier Landessprachen zur Folge. Auf kantonaler Ebene hingegen wird bzw. werden in den offiziellen Einrichtungen ausschließlich die jeweilige(n) Kantonal(sprache(n)) eingesetzt. Dennoch überwiegt der Einsatz des Deutschen und Französischen aufgrund der höheren Sprecherzahlen im Vergleich zu den anderen Landessprachen. (Marten 2016: 157)

Die Mehrsprachigkeit in der Schweiz soll nach Rudolf Viletta optimale Bedingungen schaffen, um jedem Bürger die gewährte Sprachenfreiheit zu ermöglichen. Die Sprachgrenzen sollen erhalten werden, um die Homogenität der Sprachgebiete zu erhalten und die friedliche Koexistenz der Landessprachen, den sog. ‚Sprachenfrieden‘, zu schützen. (vgl. Tacke 2015: 207 / Richter 2005: 109)

„Notre pays connaît en effet un établissement territorial des langues qui correspond aux zones de diffusion traditionnelles de ces langues“. (1. Staatenbericht der Schweiz 1999⁵³) Die Sprachen der Schweiz sind in den jeweiligen Verbreitungsgebieten seit jeher etabliert und verankert.

Insgesamt wird in 17 Schweizer Kantonen Deutsch gesprochen, in vier Französisch, in drei⁵⁴ Kantonen sind Deutsch und Französisch Amtssprache; Italienisch ist im Tessin alleinige Amtssprache und wird im dreisprachigen Kanton Graubünden neben dem Deutschen und dem Rätoromanischen verwendet. Die jeweilige Kantonsprache schafft eine regionale Identität innerhalb der ortsansässigen Bevölkerung. Dennoch sind die verschiedenen Sprachgebiete und der Austausch untereinander von großer Bedeutung für die Gesamtschweizer Identität und die Umsetzung des Sprachengesetzes⁵⁵. (vgl. Tacke 2015: 262-264 / Marten 2016: 156)

Das Territorialitätsprinzip ist in der Schweiz am Autochthonieprinzip orientiert, welches die historische Verteilung und Verbreitung der Landessprachen berücksichtigt. Im Vergleich zu anderen Ländern wie beispielsweise Spanien oder Belgien sind die Grenzen der Sprachgebiete jedoch dynamisch bzw. flexibel. Das Bundesamt für Statistik führt jährlich eine Volkszählung und eine Strukturhebung⁵⁶ durch, in der unter anderem die Hauptsprachen⁵⁷ der Bewohner abgefragt werden. Da die Gemeinden ihre jeweilige Amtssprache autonom wählen, kann auf eine sprachliche Veränderung der Bevölkerung eingegangen werden. Besonders im Bereich der Minderheitensprachen

⁵³ Tacke 2015: 262.

⁵⁴ Bern, Freiburg, Wallis.

⁵⁵ Siehe Kapitel 2.9.

⁵⁶ Die Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur wurde 2014 erstmals durchgeführt und wird alle fünf Jahre realisiert. (De Flaugergues, BFS 2016: 5, 27).

⁵⁷ Bei den Hauptsprachen sind Mehrfachnennungen möglich.

Rätoromanisch und Italienisch kann es diesbezüglich zu einem Wechsel des Sprachgebiets, beispielsweise zum Deutschen Gebiet, kommen. Durch den Ausbau der Infrastruktur⁵⁸ im 20. Jahrhundert und den damit verbundenen Bewegungen der Wohnbevölkerung ist es zu einigen sprachlichen Verschiebungen gekommen, die Lage wird aber insgesamt als stabil angesehen. Die Veränderung ist besonders in Graubünden mit der Ausbreitung des Deutschen zu bemerken, aber auch beispielsweise an der großen Zahl der Deutschschweizer, die heute im Tessin leben und in einigen Gemeinden die Mehrheit stellen. Dennoch muss aufgrund des Sprachengesetzes⁵⁹ die angestammte sprachliche Zusammensetzung bzw. Sprachminderheit erhalten bleiben und gefördert werden; „[...] die Sprache der Mehrheit in einem bestimmten Gebiet [muss] im öffentlichen Bereich angewendet werden [...]“ (Camartin 1982: 315). Dieser Artikel des Sprachengesetzes findet neben seiner Berücksichtigung in den mehrsprachigen Kantonen hauptsächlich entlang der Sprachgrenzen Anwendung. (vgl. Tacke 2015: 267-269 / Dürmüller 1996: 17-18)

Das Territorialitätsprinzip⁶⁰ fördert trotz der Viersprachigkeit der Schweiz nebeneinander existierende Sprachgemeinschaften; selbst in den mehrsprachigen Kantonen besteht eine gesellschaftliche Abgrenzung zwischen den Sprachgruppen⁶¹. (vgl. Marten 2016: 157)

Die Mehrsprachigkeit der Schweizer ist je nach Bildungsstand unterschiedlich ausgeprägt. Die Dominanz der englischen Sprache ist im Bereich des Bildungssektors bemerkbar und konkurriert mit den Landessprachen. Die Sprachenreihenfolge in den jeweiligen Kantonen hat sich in den letzten Jahren verändert und wurde durch die Bildungsreform von 2004 bzw. 2014 in den Fokus der öffentlichen Diskussion gerückt⁶². Durch die Reform und das Sprachengesetz⁶³ von 2010 sollen die Kommunikation der Sprachgemeinschaften untereinander und das Erlernen der Landessprachen

⁵⁸ Autobahnen, Gotthardtunnel.

⁵⁹ Siehe Kapitel 2.9.

⁶⁰ Für weitere Informationen zum Territorialitätsprinzip und der Einbettung in das Bundessprachenrecht siehe: Richter 2005: Kapitel 4.

⁶¹ Siehe Röstigraben Kapitel 2.8.

⁶² Siehe Kapitel 7.2.

⁶³ Siehe Kapitel 2.9.

gefördert werden. (vgl. Marten 2016: 155)

3.3 Sprachenfreiheit

Die Sprachenfreiheit soll den Einwohnern die freie Wahl der verwendeten Sprache ermöglichen. „Die Sprachenfreiheit schützt im Sinne eines klassischen Abwehrrechts das Recht eines jeden Einzelnen, eine oder mehrere Sprachen nach seiner Wahl zu gebrauchen, vor staatlichen Eingriffen. [...] Das Grundrecht wird verstanden als Freiheit zum Gebrauch jeder Sprache, derer sich jemand bedienen will.“ (Thürer/Burri 2006: 269 / Richter 2005: 219)

Artikel 18 der Bundesverfassung gewährleistet die Sprachenfreiheit. Durch die Sprachenfreiheit kann der Status quo in Bezug auf die Verteilung, Verwendung und Verbreitung der Landessprachen erhalten werden. (vgl. Moser 2020: 14)

Nach Lehre und Rechtsprechung gehört die Sprachenfreiheit, d.h. die Befugnis zum Gebrauch der Muttersprache, zu den ungeschriebenen⁶⁴ Freiheitsrechten der Bundesverfassung. [...] Soweit die Muttersprache gleichzeitig eine Nationalsprache des Bundes ist, steht deren Gebrauch zudem unter dem Schutz von Art. 116 Abs. 1 BV⁶⁵, der vier Nationalsprachen anerkennt. Diese Bestimmung verbietet es den Kantonen insbesondere, Gruppen, die eine Nationalsprache sprechen aber im Kanton eine Minderheit darstellen, zu unterdrücken und in ihrem Fortbestand zu gefährden. (Richter 2005: 224-225)

Es steht jedem Bürger frei, seine Sprache zu sprechen, sofern es sich um eine der Landessprachen handelt, kann diese auch zur Kommunikation mit den Ämtern und Behörden verwendet werden⁶⁶. Die staatlichen Einrichtungen bieten jedoch keinen Service in anderen Sprachen als den Landessprachen an. (vgl. Richter 2005: 227 / Altermatt 2008: 314 / Dürmüller 1996: 12 / Eidg. Departement des Innern 1989: 206-209)

„[...] Soweit es um den Gebrauch der Gebietssprache geht, schützt das Territorialitätsprinzip wie die Sprachenfreiheit den freien Sprachgebrauch. Ist eine andere Sprache betroffen, steht das Territorialitätsprinzip aber der individuellen Sprachenfreiheit entgegen.“ (Eidg. Departement des Innern 1989: 220) Im privaten Bereich steht es den Bürgern folglich offen, ihre bevorzugte

⁶⁴ Heute in Art. 18 der Bundesverfassung gewährleistet.

⁶⁵ Stand 1999. Seit 2013 Art. 4 und Art. 70. Siehe Kapitel 2.8.

⁶⁶ Siehe Kapitel 3. Das Territorialitätsprinzip gibt die Sprache im Umgang mit den Behörden entsprechend der sprachlichen Mehrheit des jeweiligen Standorts vor.

Sprache zu sprechen. Im Umgang mit öffentlichen Einrichtungen wie der Verwaltung, den Gerichten, Schulen etc. ist aber die Verwendung einer im jeweiligen Gebiet vorgegebenen Landessprache⁶⁷ notwendig.

4. Sprachen in der Schweiz

4.1 Mehrsprachigkeit in der Schweiz

Mehrsprachigkeit [...] betont die Tatsache, dass sich die Spracherfahrung eines Menschen in seinen kulturellen Kontexten erweitert, von der Sprache im Elternhaus über die Sprache der ganzen Gesellschaft bis zu den Sprachen anderer Völker (die er entweder in der Schule oder auf der Universität lernt oder durch direkte Erfahrung erwirbt). Diese Sprachen und Kulturen werden aber nicht in strikt voneinander getrennten mentalen Bereichen gespeichert, sondern bilden vielmehr gemeinsam eine kommunikative Kompetenz, zu der alle Sprachkenntnisse und Spracherfahrungen beitragen und in der die Sprachen miteinander in Beziehung stehen und interagieren. (Europarat in Schädlich 2020: 3)

Die Mehrsprachigkeit gilt als „wesentliches staatspolitisches Prinzip der Schweiz“. (Jurt 2008: 213) Die Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt sind ein charakteristisches Merkmal der Schweiz und essentiell für die Eigenständigkeit der Kantone. Die Existenz mehrerer Landessprachen erschwert allerdings auch die Vereinheitlichung bestimmter Prozesse, beispielsweise im Bildungssystem. In mehrsprachigen Kantonen wird die Mehrsprachigkeit durch finanzielle Unterstützung des Bundes in den Bereichen Übersetzung⁶⁸ und Terminologie, Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften sowie der Erstellung von Unterrichtsmaterialien, unterstützt. Durch die Sprachenfreiheit und die Regelung durch das Territorialitätsprinzip besteht jedoch kein größeres Konfliktpotenzial bezüglich der Amtssprache in einem jeweiligen Ort bzw. Kanton. Die Bereitschaft die Landessprache der entsprechenden Sprachregion

⁶⁷ In diesem Zusammenhang gab es bereits einige Klagen. Für Beispiele siehe: Eidg. Departement des Innern 1989: S. 223-231.

⁶⁸ Seit 2013 gilt die Sprachdienstverordnung, die die Sprachdienste innerhalb der Bundesverwaltung sowie die hohe Qualität der Übersetzungen sichern und die Mehrsprachigkeit der Eidgenossenschaft fördern soll. Für weitere Informationen siehe: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-46708.html>.

als Zugezogener mit einer anderen Muttersprache zu erlernen ist grundlegend für das Bestehen und die Entwicklung der Mehrsprachigkeit. Allerdings sind nicht alle Schweizer, in ein- oder mehrsprachigen Kantonen, mehrerer Landessprachen bzw. aller Kantonsprachen mächtig. (vgl. Jurt 2008: 213-216 / BAK Erläuterung zur Verordnung über die Landessprachen: 17)

Die kulturelle Vielfalt und die Mehrsprachigkeit sind ein Vorteil, wenn sie koordiniert, gebündelt werden. Die kulturelle und sprachliche Vielfalt ist dann so ein Reichtum, der den Weg zum andern, zu anderen Kulturen öffnet und so eine Bereicherung und zugleich eine Schule der Toleranz darstellt. (Jurt 2008: 219)

In der Schweiz kann zwischen territorialer und individueller Mehrsprachigkeit unterschieden werden. Durch die vier Landessprachen besteht in einigen Regionen bzw. Sprachregionen der Schweiz eine territoriale Mehrsprachigkeit; beispielsweise im dreisprachigen Kanton Graubünden⁶⁹ oder den zweisprachigen Französisch-Deutschen Kantonen wie Freiburg. Die individuelle Mehrsprachigkeit beschreibt die Sprachkompetenz eines einzelnen Einwohners, der in seinem Alltag zwei oder mehrere Sprachen zur Kommunikation nutzt. (vgl. De Flaugergues, BFS 2016: 6)

Die natürliche Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit ist in der Schweiz eher selten und wird durch einen Wohnort im zwei- oder mehrsprachigen Gebiet gefördert, sowie durch eine zweisprachige Familie. Meist wachsen die Schweizer einsprachig auf und erlernen die Fremd- bzw. Landessprachen in der Schule. (vgl. Dürmüller 1996: 50)

Es gibt keine allgemeingültige Definition des Kompetenzniveaus oder der Häufigkeit der Verwendung, anhand derer eine Person als zweisprachig, dreisprachig usw. beschrieben werden kann. Im weitesten Sinne ist eine Person dann zweisprachig, wenn sie sich in mindestens zwei Sprachen, sei es produktiv (Sprechen und Schreiben) oder rezeptiv (Hörverstehen und Lesen), verständigen kann. (De Flaugergues, BFS 2016: 6)

⁶⁹ In Graubünden sind die Landessprachen Deutsch, Italienisch und Rätoromanisch beheimatet. Nicht jeder Einwohner des Kantons beherrscht jedoch alle regional verwendeten Landessprachen.

Das Lernen und Lehren von Mehrsprachigkeit ist ein komplexer Vorgang, der zahlreiche Studien über den sekundären und tertiären Spracherwerb sowie die Funktion und Umsetzung bzw. Anwendung von grammatischen Strukturen im Rahmen des Fremdspracherwerbs innerviert⁷⁰.

Das Erlernen einer Fremdsprache erfolgt auf dem Wege der Verarbeitung der sprachlichen Zeichen der zu erlernenden Sprache mit denen der Muttersprache und etwaiger bereits beherrschter Fremdsprachen. Die neuen Inputs werden aufgenommen und anhand des linguistischen Vorwissens verarbeitet und interpretiert. (Moneta Mazza 2008: 151)

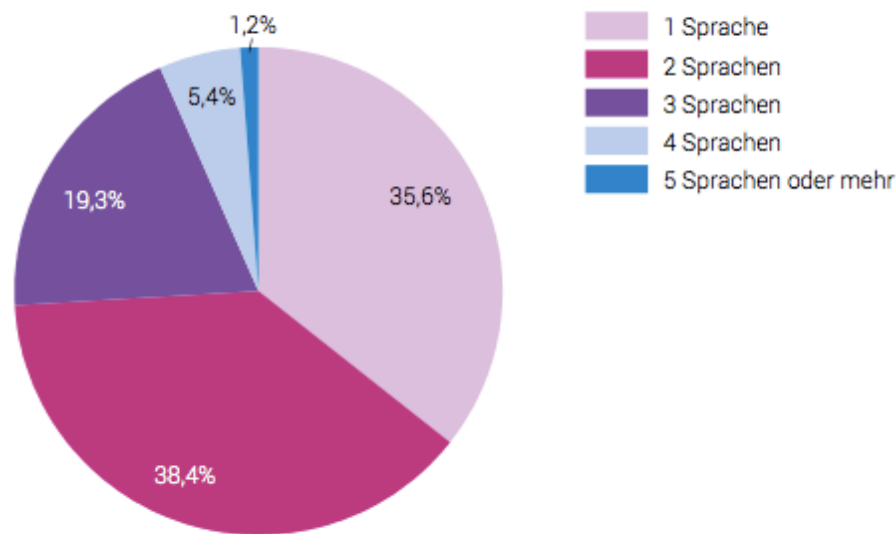
Ein Beispiel für gelebte Mehrsprachigkeit ist die Schweizer Armee. Bis zum zweiten Weltkrieg gab es kein großes Aufsehen um die verschiedenen Landessprachen. Jeder verwendete seine Muttersprache und wurde von den anderen verstanden. Dieses Phänomen ist auch aus anderen Ländern wie beispielsweise Belgien bekannt. Nach dem zweiten Weltkrieg veränderten sich die sprachlichen Verhältnisse. Deutsch wurde dominant, gefolgt von Französisch, die italienische und die rätoromanische Sprache wurden wenig eingesetzt. Die einzelnen Einheiten setzen sich heute aus homogenen Sprachgruppen bzw. aus einem Kanton zusammen und sind somit meist einsprachig. Zudem wird darauf geachtet, dass „auf allen militärischen Hierarchiestufen [...] die Angehörigen der Minderheiten gemäss ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung vertreten [sind]. [...] Der Schweizer Armee kommen ferner gute Sprachkenntnisse ihrer Angehörigen zugute, welche sie aus der zivilen Ausbildung mitbringen.“ (Haudenschild 2010: 1 / Rash 2002: 63)

Für Armeemitglieder, die an höherer Stelle in der Hierarchie stehen, sind Kenntnisse der Landessprachen eine Voraussetzung. Außerdem werden alle Dokumente, Regeln etc. in alle Landessprachen übersetzt. (vgl. Haudenschild 2010: 1 / Rash 2002: 63)

⁷⁰ Gibson, Hufeisen und Personne veröffentlichten in ihrem Sammelband „Mehrsprachigkeit: lernen und lehren (...)“ von 2008 diverse Studie, die die einzelnen Aspekte der Mehrsprachigkeit genauer betrachten.

Personen nach Anzahl Sprachen, die sie regelmässig verwenden

G 2



Quelle: BFS – Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur 2014 (ESRK)

© BFS 2016

Abbildung 12: Personen nach Anzahl Sprachen, die sie regelmässig verwenden (De Flaugergues, BFS 2016: 8)

Aus den Erhebungen des Bundesamts für Statistik geht hervor, dass 64,4 % der Einwohner häufig mehr als eine Sprache bzw. Landessprache verwenden. Neben den Landessprachen werden vermehrt die Muttersprachen der Zuwanderer gesprochen (z. B. Portugiesisch, Spanisch usw.).

Insgesamt werden mehr als zwei Sprachen mindestens einmal in der Woche von der jüngeren Generation, Altersgruppe 15-24 Jahre, verwendet. Dies kann der Tatsache geschuldet sein, dass die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen im Rahmen der sekundären und tertiären Ausbildung vermehrten Sprachkontakt durch Lehrveranstaltungen bzw. Schulunterricht und Austauschprogramme hat. Der Einsatz von zwei Sprachen hat seinen Höhepunkt in der Altersgruppe der 25- bis 39-Jährigen dies könnte berufliche Gründe haben und je nach Tätigkeit variieren. Mit zunehmendem Alter nimmt die Verwendung mehrerer Sprachen ab. Ein höheres Bildungsniveau führt laut Statistik ebenfalls zum vermehrten Einsatz von Landes- bzw. Fremdsprachen. (vgl. De Flaugergues, BFS 2016: 8)

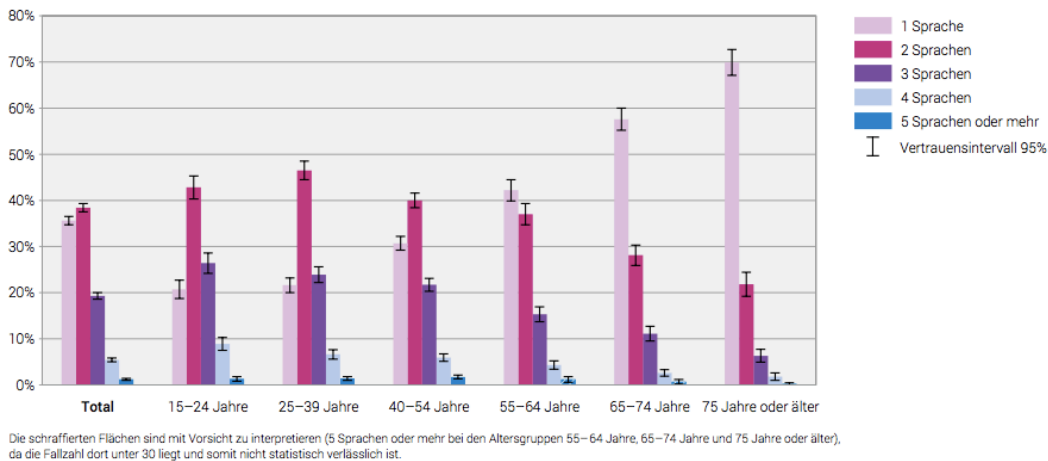


Abbildung 13: Personen nach Anzahl Sprachen, die sie regelmässig verwenden und Altersgruppen (De Flaugergues, BFS 2016: 9)

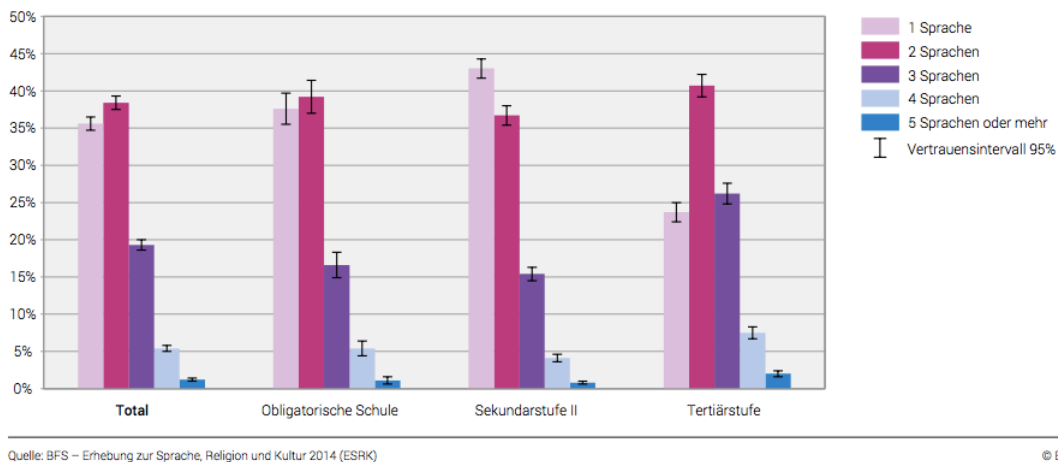


Abbildung 14: Personen nach Anzahl Sprachen, die sie regelmässig verwenden und Bildungsniveau (De Flaugergues, BFS 2016: 9)

In dem nachfolgenden Schaubild wird die Verwendung der Hauptsprachen nach Sprachgebiet untersucht. Die Statistik unterscheidet im Deutschen zwischen Schweizerdeutsch und Hochdeutsch und im Italienischen zwischen Italienisch, Tessiner und bündneritalienischem Dialekt. In der Deutschschweiz wird am häufigsten Hochdeutsch, gefolgt von Schweizerdeutsch und Englisch gesprochen. Französisch wird nur von 20 % der Bevölkerung in der Deutschschweiz angewendet. In der Romandie wird hauptsächlich Französisch gebraucht, gefolgt von Englisch und Deutsch, letzteres wird von 19 % der Einwohner verwendet. Im Tessin wird vorrangig Italienisch gesprochen sowie

Deutsch, Tessiner oder bündneritalienischer Dialekt, Englisch, Französisch, Schweizerdeutsch und Spanisch – in absteigender Reihenfolge. (vgl. De Flaugergues, BFS 2016: 12)

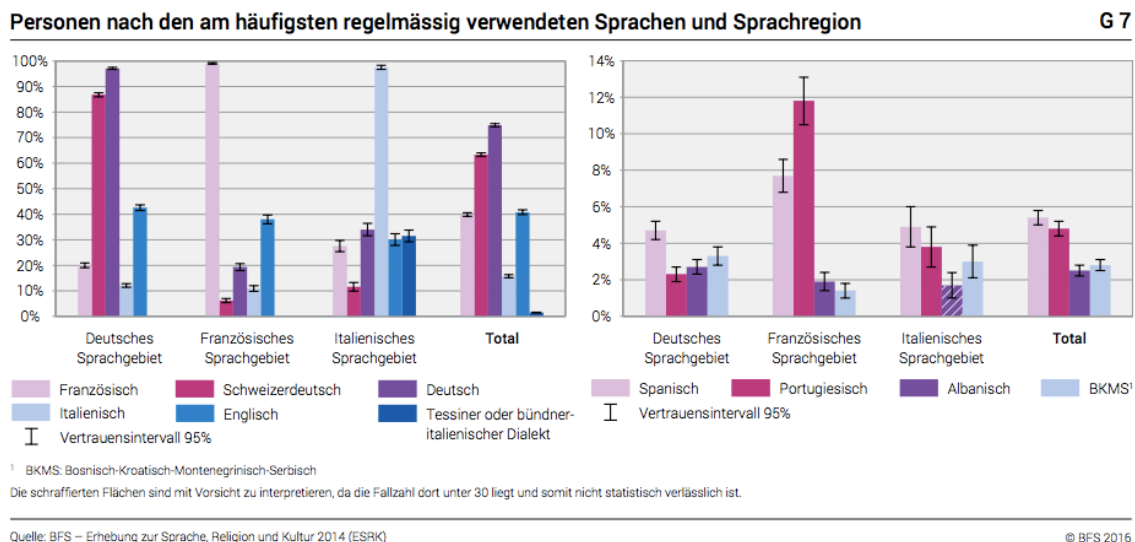


Abbildung 15: Personen nach den am häufigsten regelmässig verwendeten Sprachen und Sprachregionen (De Flaugergues, BFS 2016: 12)

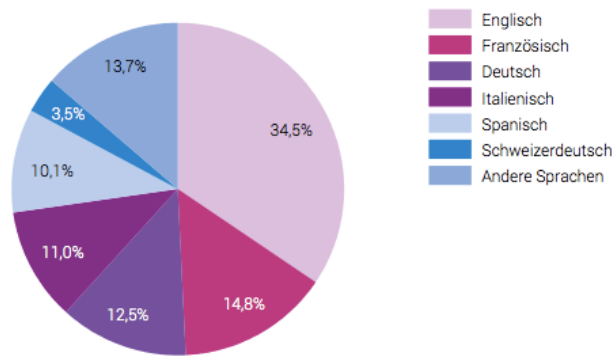
Das Deutsche ist im Verhältnis zu den anderen Landessprachen stärker vertreten und könnte aufgrund dieser Dominanz die lateinischen Landessprachen einschränken bzw. verdrängen. Daraus leitet sich die ‚solidarité latine‘ ab, die einen Zusammenschluss der drei lateinischen Landessprachen darstellt. Tatsächlich bilden die Sprachen aber keine einheitliche Gruppe gegenüber der deutschen Sprachgemeinschaft, sondern verfolgen alle ihre eigenen Ziele und agieren gesondert mit der Deutschschweiz. (vgl. Dürmüller 1996: 26)

Die Statistik untersucht neben den bereits aufgeführten Aspekten die Sprachen, die erlernt werden, sowie die Gründe für einen Fremdspracherwerb bzw. eine Verbesserung der bestehenden sprachlichen Fähigkeiten nach dem Beenden der Ausbildung ab 25 Jahren.

Am häufigsten wird die englische Sprache mit 34,5 % gelernt. Darauf folgen mit deutlichem Abstand Französisch mit 14,8 % und Deutsch mit 12,5 %. In der Deutschschweiz wird vorrangig Englisch gelernt (35 %), auf Platz zwei Französisch (15 %). In der Romandie wird ebenfalls Englisch als Fremdsprache

favorisiert mit 32 % und Deutsch als zweite Sprache mit 21 %. (vgl. De Flaugergues, BFS 2016: 23)

Sprachen, die gelernt werden G 24

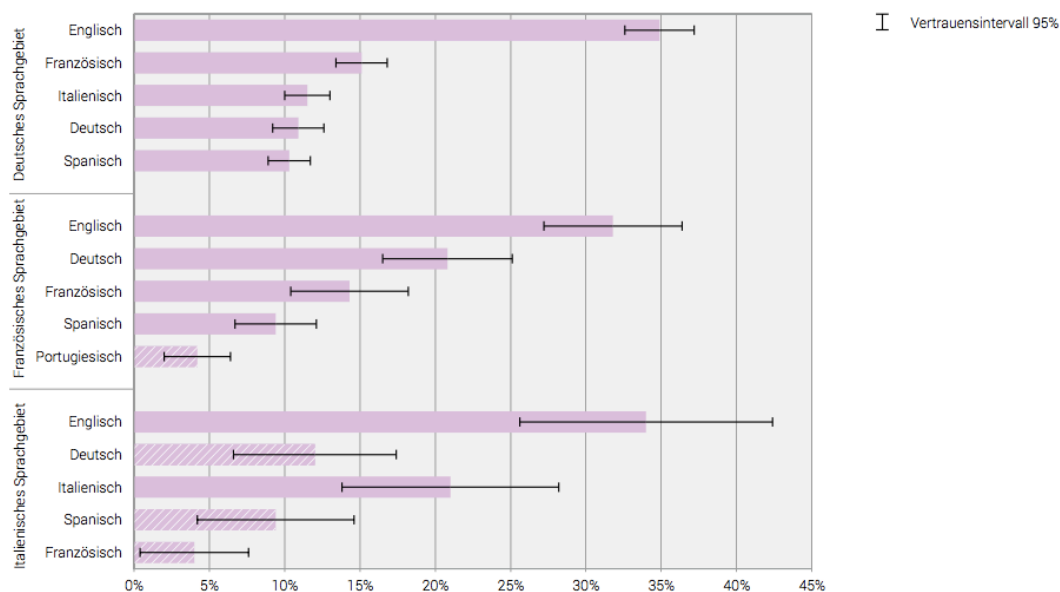


Quelle: BFS – Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur 2014 (ESRK) © BFS 2016

Abbildung 16: Sprachen, die gelernt werden (De Flaugergues, BFS 2016: 23)

Am häufigsten gelernte Sprachen nach Sprachregionen

G 25



Die schraffierten Flächen sind mit Vorsicht zu interpretieren, da die Fallzahl dort unter 30 liegt und somit nicht statistisch verlässlich ist.

Quelle: BFS – Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur 2014 (ESRK) © BFS 2016

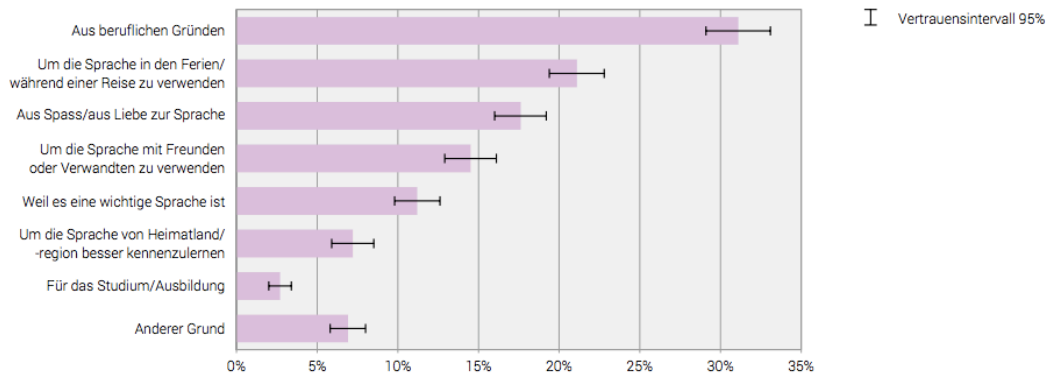
Abbildung 17: Am häufigsten gelernte Sprachen nach Sprachregionen (De Flaugergues, BFS 2016: 24)

Die Gründe für den Spracherwerb sind vielfältig. Der Beruf gilt jedoch laut Statistik als größte Motivation, gefolgt von der Verwendung in der Freizeit, dem Spaß und der Liebe zur Sprache sowie der Wichtigkeit der Sprache. Die Intention für den Fremdspracherwerb variiert je nach Sprache signifikant.

Deutsch, Französisch und Englisch werden in der Schweiz hauptsächlich aus beruflichen Gründen gelernt, wohingegen beispielsweise Spanisch als Kommunikationssprache auf Reisen erworben wird. (vgl. De Flaugergues, BFS 2016: 24)

Sprachenlernen nach Gründen¹

G 26



¹ Mehrere Antworten möglich.

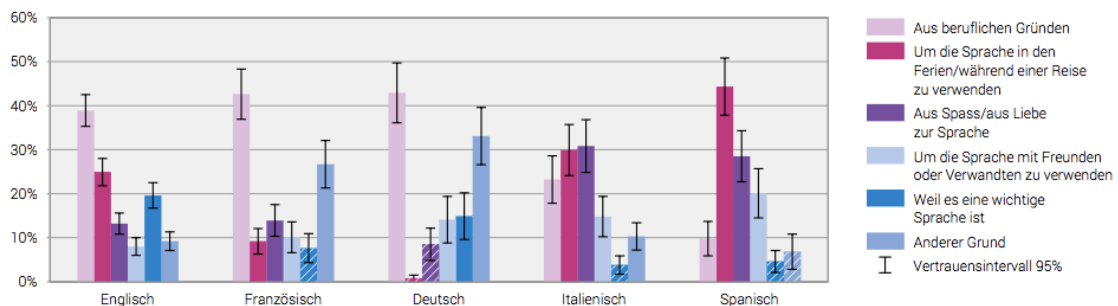
Quelle: BFS – Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur 2014 (ESRK)

© BFS 2016

Abbildung 18: Sprachenlernen nach Gründen (De Flaugergues, BFS 2016: 25)

Gründe für das Erlernen einer Sprache, nach gelernter Sprache

G 27



Die schraffierten Flächen sind mit Vorsicht zu interpretieren, da die Fallzahl dort unter 30 liegt und somit nicht statistisch verlässlich ist.

Quelle: BFS – Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur 2014 (ESRK)

© BFS 2016

Abbildung 19: Gründe für das Erlernen einer Sprache, nach gelernter Sprache (De Flaugergues, BFS 2016: 25)

4.2 Englisch in der Schweiz

Die englische Sprache erfreut sich in den letzten Jahrzehnten immer größerer Beliebtheit und verdrängt im Fremdsprachenunterricht zunehmend die Landessprachen. Durch die Globalisierung und die international operierenden Unternehmen erlangt das Englische in technischen, wissenschaftlichen und medienbasierten Branchen die Rolle einer lingua franca. Häufig erfolgt die

Kommunikation bzw. die Ausstellung von Dokumenten nur auf Englisch, um Zeit und Kosten einzusparen. Diese Dominanz des Englischen kann längerfristig den vollständigen Rückgang anderer europäischer Sprachen (z. B. Deutsch, Italienisch usw.) in den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen bedeuten und das teilweise über Jahrhunderte aufgebaute Glossar für verschiedene Branchen durch die Benutzung des Englischen abwerten bzw. die Funktion einzelner Sprachen einschränken. (vgl. Richter 2005: 51-54 / Stickel 2008: 123 / Dingwall/Murray 1999: 191)

Bereits im Jahr 1989 äußerte sich Urs Dürmüller zur Rolle des Englischen in der Schweiz:

Solange die Schweiz sich an einem Wirtschaftssystem und einem Zivilisationsmodell orientiert, die sich beide auf Englisch definieren, kann die englische Sprache in der Schweiz kaum verdrängt werden. Im Gegenteil: es ist anzunehmen, und die Gegenüberstellung bestätigt dies, dass der Vormarsch des Englischen weiter anhalten wird und de facto, wenn auch nicht de jure, als erste Zusatzsprache Verwendung finden wird. (...) Aufzuhalten ist [diese Entwicklung] mit rein sprachpolitischen Mitteln kaum. (Dürmüller in Jurt 2008: 207)



Abbildung 20: Hello, hello viersprachige Schweiz (vgl. Dürmüller 1996: 67)

Es stellt sich in der Schweiz die Frage nach einem polyglotten Dialog oder einer lingua franca. Die Abbildung veranschaulicht die Verständigung von verschiedensprachigen Schweizer Bürgern und bietet mit Hilfe des Englischen eine alternative Kommunikationssprache an, da der Austausch in den Landessprachen nicht immer möglich ist. Die Schweiz strebt einen polyglotten Dialog an, der auf aktiven und passiven Sprachkenntnissen beruht, um die Verständigung zwischen den Sprachgruppen zu ermöglichen. In der Praxis wird dieses Modell jedoch nicht so häufig umgesetzt. Gründe dafür können beispielsweise mangelnde Sprachkompetenz in der jeweiligen anderen Sprache sein oder die Verwendung des Schweizerdeutschen⁷¹, welches in den anderssprachigen Landesteilen nicht an den Schulen unterrichtet wird und so zu sprachlichen Barrieren führen kann. (vgl. Dürmüller 1996: 66, 69)

Die Europäische Union bemüht sich, die Mehrsprachigkeit in der Union zu fördern bzw. aufrechtzuerhalten. Insgesamt ist jedoch festzustellen, „dass trotz der Unterstützung der EU für eine Politik der Sprachenvielfalt die Tendenz zur

⁷¹ In der Romandie und dem Tessin wird Standarddeutsch in der Schule unterrichtet.

Benutzung des Englischen zu Lasten aller anderen Sprachen anhält und sich seit der letzten Erweiterung sogar noch beschleunigt.“ (Stickel 2008: 126)

Forscher befürchten, dass die Mehrsprachigkeit in der Schweiz sowie die kulturelle Identität der jeweiligen Sprachgemeinschaft durch die Verbreitung und vermehrte Verwendung des Englischen gefährdet sein könnten. Das Sprachengesetz fordert Fremdsprachenunterricht, „der gewährleistet, dass die Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer Landessprache und einer weiteren Fremdsprache verfügen.“ (Moraldo 2008: 20) Die weitere Fremdsprache ist in den meisten Fällen das Englische. Das Erlernen einer dritten oder möglicherweise vierten Landessprache wird durch diese Dominanz kaum umgesetzt. Die Politik diskutierte zudem im Jahr 2007 kurzzeitig über die Einführung des Englischen als vierte Amtssprache, um das Land für ausländische Unternehmen attraktiver zu gestalten und eine größere Rolle im internationalen Handel zu spielen. Die Idee wurde jedoch zum Wohle der bestehenden Landessprachen wieder verworfen. (vgl. Moraldo 2008: 20-21 / Werlen 1 2008: 196)

Aufgrund der sprachlichen Minder- und Mehrheitsverhältnisse in der Schweiz könnte die Verwendung des Englischen als mögliche lingua franca zu einer kommunikativen Abschottung führen und den Sprachenfrieden gefährden. (vgl. Müller 2008: 184)

Für eine mehrsprachige Nation wie die Schweiz wäre aber die Aussicht auf Englisch als jene Sprache, die die Schweizer in Zukunft im Gespräch mit anderen Landsleuten verwenden, alles andere als eine erfreuliche Entwicklung. Sprachliche Uniformisierung unter Verlust der sprachlichen Traditionen des eigenen Landes sollte nicht der Preis sein, den man für den Anschluss an die Fortschrittsgesellschaft zu entrichten hat. (Eidg. Departement des Innern 1989: 6)

Die zweisprachigen⁷² Universitäten der Schweiz verwenden zunehmend Englisch als akademische lingua franca, da die Sprache ohnehin in vielen Forschungsbereichen als Hauptsprache genutzt wird; dies bezieht sich

⁷² Deutsch-Französisch.

beispielsweise auf die Terminologie der Fachbereiche oder die Veröffentlichungssprache von Artikeln und Forschungsergebnissen. Englisch wird meist von Personen mit unterschiedlichen Muttersprachen und/oder Kulturen als Kommunikationssprache verwendet. Im Fall der Schweiz kann es sich dabei durchaus um Schweizer aus verschiedenen Sprachregionen handeln, die die jeweils andere Landessprache nicht erworben haben. Englisch wird als ‚neutralere‘ Sprache angesehen und akzeptiert und kann Standarddeutsch-Sprechern den Dialog mit Deutschschweizern erleichtern. Einige Disziplinen bieten jedoch weiterhin Vorlesungen und Kurse auf Deutsch und Französisch an. (vgl. Schaller-Schwane 2008: 255-257, 261 / Dürmüller 1996: 76 / Dingwall/Murray 1999: 194)

Das Interesse der Schüler am Erwerb der englischen Sprache ist seit den 1980er Jahren im Vergleich zum Erlernen weiterer Landessprachen deutlich angestiegen, unter anderem durch die Präsenz der englischen Sprache in der Musik- und Unterhaltungsbranche. Ende des 20. Jahrhunderts wurde die Diskussion über die Einführung von Frühenglisch in eidgenössischen Kindergärten entfacht. Die Frage, ob ein so früher Fremdsprachenunterricht die Kinder überfordern könnte, welche Sprache die erste Fremdsprache bzw. in welcher Reihenfolge die Sprachen unterrichtet werden sollten, beschäftigte die kantonalen Erziehungsdirektoren bis zur finalen Umsetzung der Bildungsreform. Die Bildungsreform von 2004 bzw. 2014⁷³ greift diese Problematik auf und versucht eine durchführbare Lösung umzusetzen. Die Realisierung gestaltete sich jedoch in einigen Landesteilen mühsam. (vgl. Richter 2005: 54-57 / Dingwall/Murray 1999: 198)

Aus verschiedenen Lösungsansätzen für die ‚Fremdsprachenproblematik‘ setzte sich der von Urs Altermatt favorisierte Vorschlag „2 plus Englisch“ durch. (Jurt 2008: 218) Diese Variante sieht neben der ersten Landessprache den Erwerb einer zweiten Landessprache und des Englischen vor. (vgl. Jurt 2008: 218)

⁷³ Siehe Kapitel 7.2.

Untersuchungen im Rahmen der Eidgenössischen Volkszählung von 2000 ergaben, dass die Anzahl der Einwohner mit englischen Fremdsprachkenntnissen und die Verwendung des Englischen in der Deutschschweiz höher ist als in den anderen Sprachgebieten. Dies hängt nicht zuletzt mit der Einstellung der deutschsprachigen Bevölkerung zur deutschen und englischen Sprache zusammen. Die französisch- und italienischsprachigen Landesteile halten stärker an ihrer Muttersprache fest und öffnen sich dem Englischen weit weniger, verglichen mit den Deutschschweizern. Zudem wirkt sich eine höhere Schulbildung positiv auf die Fremdsprachenkenntnisse aus. (vgl. Werlen 1 2008: 196, 199, 200)

Die Statistik von 2016 zeigt, dass der englische Sprachgebrauch in der Deutschschweiz im Vergleich zu den anderen Sprachregionen am höchsten ist. Der niedrigste Wert wurde im Tessin festgestellt. Zudem sind Absolventen der Tertiärstufe sowie Personen der Altersgruppe 15-24 Jahre die größte Verwendungsgruppe der englischen Sprache.

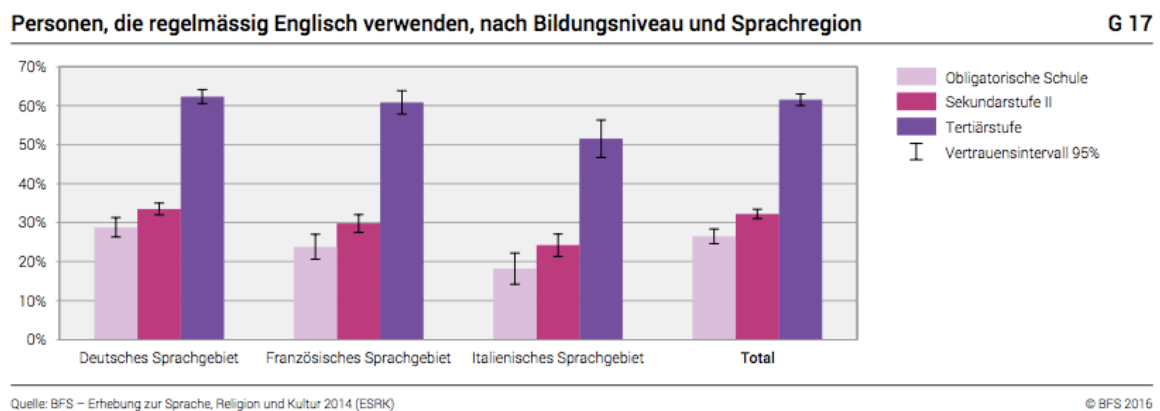
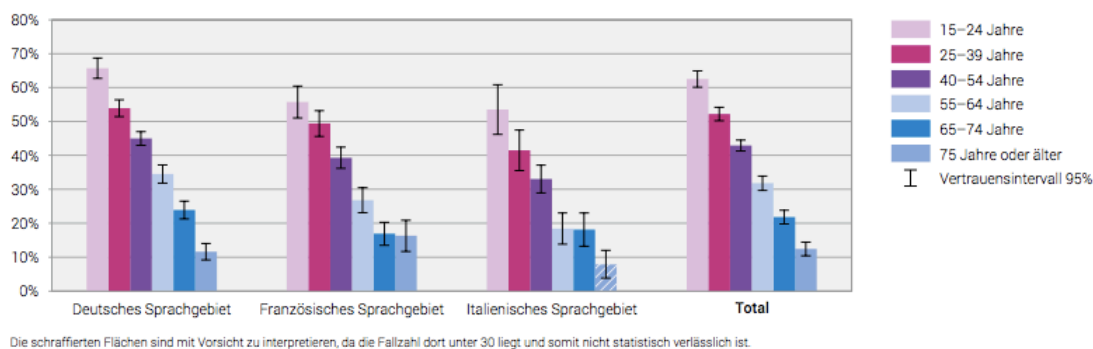


Abbildung 21: Personen, die regelmässig Englisch verwenden, nach Bildungsniveau und Sprachregion (De Flaugergues, BFS 2016: 18)



Quelle: BFS – Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur 2014 (ESRK)

© BFS 2016

Abbildung 22: Personen, die regelmässig Englisch verwenden, nach Altersgruppe und Sprachregion (De Flaugergues, BFS 2016: 19)

4.3 Schweizerdeutsch und Deutsch in der Schweiz

In der Literatur und der Sprachstatistik wird in der Schweiz zwischen Schweizerdeutsch (Schwyzertütsch) und Hoch- bzw. Standarddeutsch unterschieden. Aus Schweizer Sicht würde Hochdeutsch allerdings als Schriftsprache oder Schriftdeutsch bezeichnet werden. In der Schule wird auf Standarddeutsch unterrichtet, was auch der geschriebenen Sprache entspricht, es besteht eine Dichotomie zwischen Mündlichkeit und Schriftlichkeit. Die meisten Deutschschweizer erlangen durch das Schulsystem eine bilinguale Ausbildung und beherrschen sowohl Schweizerdeutsch als auch Deutsch. Im Alltag wird jedoch meist Schweizerdeutsch gesprochen – ein wichtiger Bestandteil der nationalen Identität. Die Mundart galt bis zum ersten Weltkrieg als gefährdet, doch als Zeichen der Zusammengehörigkeit und zur Abgrenzung gegen das Deutsche Reich entstand die erste Mundartwelle⁷⁴ – weitere folgten, beispielsweise in den 1930er⁷⁵ und 1940er Jahren sowie in den 1960er⁷⁶ Jahren. (vgl. McRae 1983: 69-70 / Schläpfer 1982: 16 / Jurt 2008: 209 / Ramseier 1988: 65)

Das Bestehen zwei verschiedener Sprachsysteme bzw. Sprachformen, die nebeneinander, mit unterschiedlicher Funktion, von einer Sprachgemeinschaft

⁷⁴ Für weiter Informationen siehe: Eidg. Departement des Innern 1989: S. 139-143.

⁷⁵ In den 1930er und 1940er Jahren wurde die zweite Mundartwelle als Teil der politischen Abgrenzung wahrgenommen.

⁷⁶ Dritte Mundartwelle: Schweizerdeutsch in den Medien.

verwendet werden, bezeichnet man als Diglossie. (Schläpfer 1982: 14) Schon im Mittelalter wurden durch die Verwendung des Lateinischen als Schrift- bzw. Gelehrtensprache und des Deutschen als gesprochene Sprache zwei Sprachen mit unterschiedlicher Funktion zeitgleich in einem Sprachraum bzw. Gebiet verwendet. Die Schriftsprache ist an die grammatischen Regeln gebunden und kann sich, anders als eine gesprochene Sprache bzw. Mundart, nicht stetig weiterentwickeln. „Mit Blick auf [die] funktionale Differenzierung spricht die Sprachwissenschaft davon, daß [sic] die Mundart eine andere Sprachdomäne als die sogenannte Hochsprache bezieht.“ (Richter 2005: 25) Die Verwendung der Mundart in alltäglichen Situationen, im Gegensatz zum Gebrauch der Schriftsprache im Bildungssystem oder in einem formellen Kontext. Wobei das Schweizerdeutsche auch in den öffentlichen Bereichen Verwaltung, Gerichte, Polizei usw. als ‚Hauptsprache‘ verwendet wird. Es ist allerdings im Gesetz verankert, dass auf Bundesebene im deutschsprachigen Raum die Standardsprache verwendet werden muss. Wenn an dem jeweiligen Vorgang jedoch nur Deutschschweizer beteiligt sind, wird die Mundart meist toleriert. Insgesamt wird Schweizerdeutsch jedoch auch vermehrt in Schulen, außerhalb des Deutschunterrichts, im tertiären Bildungsbereich sowie in Kirchen verwendet. Die mediale Diglossie beschreibt in diesem Zusammenhang die Verwendung der Schriftsprache bzw. Mundart je nach „Ausdrucksmedium“ (Haas 1982: 107). Die deutliche Unterscheidung zwischen Lesen und Schreiben bzw. die Trennung von Schriftsprache und gesprochener Sprachen verschwimmen in den letzten Jahren aufgrund der zunehmenden Digitalisierung im Bereich der digitalen Medien. Die Standardsprache führt in der Schweiz eine Nischenexistenz, sollte jedoch laut dem bildungspolitischen Ziel den Schülern im Rahmen des Unterrichts und darüber hinaus vermittelt werden. (vgl. Schläpfer 1982: 14-15 / Richter 2005: 24-25, 28 / Haas 1982: 101-102, 106-107 / Christen 2005: 86-88 / Rash 2002: 47)

Ogleich Hochdeutsch für uns keine Fremdsprache ist, weist sie Aspekte einer Lernaltersprache auf. Entsprechend sind manche neuen Erkenntnisse aus der Fremdsprachendidaktik durchaus auf den Deutschunterricht anwendbar, etwa, wenn es um spezifische Förderung der Bereiche Hören, Sprechen, Lesen, Schreiben geht oder um Immersion. (sprechlust in Christen 2005: 91)

In der Schweiz existiert Mundartliteratur seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Die Themen der Prosa bezogen sich meist auf die Natur und die Region. Ab dem 20. Jahrhundert wurde die Mundartliteratur noch beliebter; heute wird Schweizerdeutsch auch im Rahmen der Werbung verwendet. Entscheidend ist die Tatsache, dass Literatur auf Schweizerdeutsch zwar existiert, es aber keine einheitliche standardisierte „Verschriftlichungstechnik“ (Haas 1982: 111) gibt bzw. diese nicht gelehrt wird. Somit ist Schweizerdeutsch keine eigenständige Sprache, sondern eine Mundart innerhalb der deutschen Sprachfamilie. (vgl. Haas 1982: 111-112)

Das Schweizerdeutsche hat Einfluss auf die gesprochene und geschriebene Sprache in Bezug auf die Verwendung bestimmter Wörter oder Redewendungen. Die sog. Helvetismen sind „sprachliche Erscheinungen, die nur in standardsprachlichen Texten schweizerischer Herkunft verwendet werden, in [der Schweizer] Standardsprache aber durchaus üblich sind.“ (Haas 1982: 108, 113)

Zunächst gibt es die lexikalischen Helvetismen, die in standarddeutschen Texten verwendet werden, wie beispielsweise *Camion*⁷⁷ für LKW, *Velo* für Fahrrad oder *parkieren* für *parken*. Die semantischen Helvetismen unterscheiden sich nicht in ihrer Form, dafür aber in ihrer Wortbedeutung, wie beispielsweise *Ausläufer* für *Botenjunge* oder *Vortritt* für *Vorfahrt*. Zudem werden einige Wortverbindungen standarddeutschen Ursprungs in der Schweiz abgewandelt, wie „in Tat und Wahrheit [für] « in Wirklichkeit »“ (Haas 1982: 115). „Lexikalische und semantische Helvetismen, die ausschließlich in Schweizer Texten auftauchen, könnte man als « absolute Helvetismen » bezeichnen.“ (Haas 1982: 115) Frequenzhelvetismen entsprechen dem standarddeutschen Wort, werden aber in der Schweiz vermehrt verwendet, wie beispielsweise der ‚*Entscheid*‘. (vgl. Haas 1982: 114-116)

Die Schweizer Sprachen sind im Laufe der Geschichte auch durch ihre Nachbarländer und Eroberer beeinflusst worden. Beispielsweise wird in der Deutschschweizer Mundart das Wort ‚*Rüü(m)me*‘ für Schnupfen verwendet, was auf das französische Wort ‚*rhume*‘ zurückzuführen ist. Die deutsche

⁷⁷ Für weitere Informationen und Beispiele siehe: Löttscher 2017: Kapitel 2 und 6.

Sprache bietet im Vergleich zu anderen Sprachen, wie etwa dem Französischen, Raum für regionale Ausprägungen und Varianten, insbesondere im Bereich der Alltagssprache. Zudem gibt es einige speziell für die Schweiz geschaffene Bezeichnungen wie Nationalrat, Kanton oder Franken. (vgl. Lötscher 2017: 57 / Haas 1982: 117-118)

Es existieren verschiedene Schweizerdeutsche Wörterbücher: beispielsweise das Wörterbuch Schweizerdeutsch, das Baseldeutsch-Wörterbuch oder auch Schweizerdeutsch-Deutsch-Englisch und Français-Suisse-Allemand. Zudem veröffentlicht der Duden die Ausgabe Schweizerhochdeutsch, welches unter anderem in der Schweizer Standardsprache verwendete Helvetismen enthält.

Die Variante des Schweizerdeutschen⁷⁸ unterscheidet sich je nach Region. Es gibt kein einheitliches ‚Standardschweizerdeutsch‘. Die Eidgenossen übernahmen „das von der Bibelübersetzung Luthers geprägte Hochdeutsch“ (Thürer 1991: 7), welches jedoch den Schweizerdeutschen Dialekt nicht ersetzte. Wohingegen in vielen Sprachen die Verwendung eines Dialekts bzw. einer regionalen Mundart häufig im Zusammenhang mit dem Bildungsniveau gesehen wird, findet Schweizerdeutsch in allen sozialen Schichten sowie Altersklassen eine gleichmäßige Verwendung. (vgl. Thürer 1991: 7,9 / Eidg. Departement des Innern 1989: 17)

Problematisch ist die Verwendung des Schweizer- bzw. Standarddeutschen bezüglich der Kommunikation mit den anderen Sprachregionen der Schweiz. In der Süd- und der Westschweiz wird in der Schule Standarddeutsch unterrichtet, wohingegen in der Deutschschweiz Schweizerdeutsch gesprochen wird und somit ein Dialog zwischen verschiedensprachigen Schweizern in deutscher Sprache durchaus eine Herausforderung werden könnte. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob Schweizerdeutsch in den anderen Sprachgebieten zusätzlich bzw. als Teil des Deutschunterrichts angeboten werden sollte, oder ob die Deutschschweizer für eine mögliche Unterhaltung mit einem Süd- oder Westschweizer auf die Standardsprache zurückgreifen würden. (vgl. Schläpfer 1982: 19-20 / Dürmüller 1996: 28-30 / Christen 2005: 92-93 / Charnley 2002: 195) Der Bundesrat befand diese Entwicklung schon im

⁷⁸ Für weitere Informationen zu Wortbildung, Wortschatz, Sprachgrenzen innerhalb des Deutschschweizer Dialekts siehe: Schläpfer 1982: Kapitel 3.

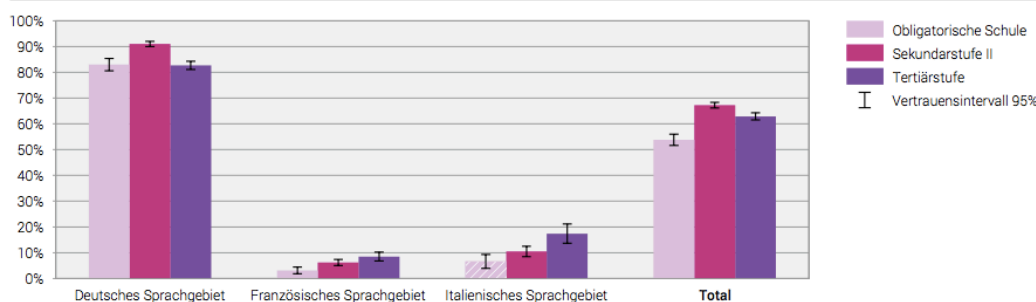
Jahre 1999 als Bedrohung für die in- und ausländische Kommunikation sowie für einen möglichen Kompetenzverlust in der Hochsprache. Die Bevölkerung verfügt heute über gute, zumindest passive Kenntnisse des Hochdeutschen⁷⁹, muss diese aber auch einsetzen wollen. Die Schweizer verbinden mit ihrer Mundart mehr Emotionen und Identitätsgefühle als mit der Schriftsprache. Dennoch sollte die Existenz von Dialekt und Schriftsprache „als präskriptives Konzept einer bewussten Pflege beider Varietäten des Deutschen [...]“ (Jurt 2008: 210) angesehen werden. (vgl. Jurt 2008: 209-210)

Dialekte und Mundarten gibt es in allen Kulturen bzw. Sprachen, da

es räumliche Unterschiede in der Sprachform gibt. Das gilt auch für den Wortschatz: Die gleiche Sache wird an verschiedenen Orten unterschiedlich bezeichnet. Dieses Phänomen wird [...] als ‚areale Diversität‘ bezeichnet. Sprachwissenschaftlich gesprochen wird damit zweierlei thematisiert: erstens die Verschiedenheit (Variation) des Wortschatzes als onomasiologisches Phänomen – für eine Sache gibt es mehrere variante Ausdrucksmöglichkeiten; zweitens der Umstand, dass diese Variation sich in der diatopischen Dimension (räumlich) realisiert, im Gegensatz zu anderen Dimensionen der Variation, etwa der diachronen (Variation in der Zeit), diastratischen (Variation zwischen sozialen Gruppen) oder der diaphasischen Dimension (Variation entsprechend der Kommunikationssituation). (Lötscher 2017: 19)

In der Deutschschweiz wirkt sich der Bildungsstand nur geringfügig auf die Verwendung des Schweizerdeutschen aus. Der Anteil der Schweizerdeutschsprecher liegt nach einem Abschluss der Sekundarstufe II mit 91 % am höchsten, mit einer tertiären Ausbildung liegt der Wert bei 83 % noch immer im oberen Bereich. In der Romandie und dem Tessin ist die Verwendung des Schweizerdeutschen zwischen ca. 10 % und 20 % deutlich geringer, nimmt aber durch ein höheres Bildungsniveau zu. (vgl. De Flaugergues, BFS 2016: 13)

⁷⁹ Im Jahr 1938 wurde der ‚Bund Schwyzertütsch‘ gegründet, mit dem Ziel, sich von Deutschland politisch abzugrenzen. Es entstanden eigene Wörterbücher und Grammatiken, dadurch rückte die Mundart stärker in den Fokus der Schweizer. (vgl. Jurt 2008: 209).



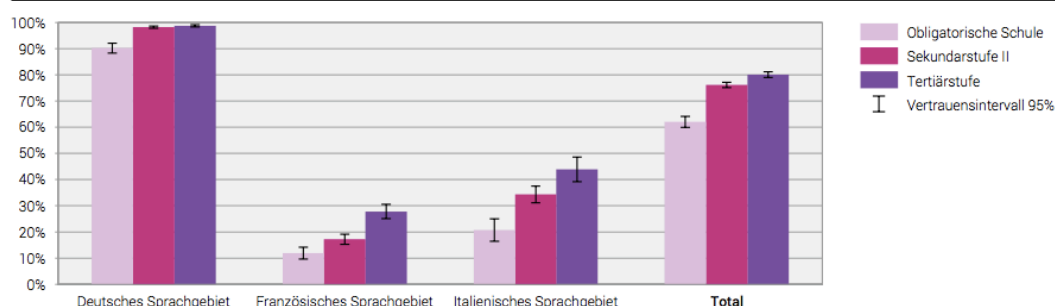
Die schraffierten Flächen sind mit Vorsicht zu interpretieren, da die Fallzahl dort unter 30 liegt und somit nicht statistisch verlässlich ist.

Quelle: BFS – Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur 2014 (ESRK)

© BFS 2016

Abbildung 23: Personen, die regelmässig Schweizerdeutsch verwenden, nach Bildungsniveau und Sprachregion (De Flaugergues, BFS 2016: 13)

Nach Angaben des BFS wird Deutsch in der Deutschschweiz prozentual häufiger verwendet als Schweizerdeutsch. Die Statistik bezieht sich allerdings auf die Verwendung des Deutschen mindestens einmal pro Woche. Im Alltag ist es durchaus möglich, dass häufiger Schweizerdeutsch gesprochen wird. Im Tessin wird Deutsch mit 34 % häufiger gebraucht als in der Romandie mit 18 %. Das Bildungsniveau beeinflusst in diesem Fall die Anzahl der Deutschsprecher und ist bei einer tertiären Ausbildung am höchsten. (vgl. De Flaugergues, BFS 2016: 14)



Quelle: BFS – Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur 2014 (ESRK)

© BFS 2016

Abbildung 24: Personen, die regelmässig Deutsch verwenden, nach Bildungsniveau und Sprachregion (De Flaugergues, BFS 2016: 14)

4.4 Französisch in der Schweiz

In der französischen Schweiz ist, im Gegensatz zu den anderen Sprachregionen der Schweiz, eine regionale Mundart weitestgehend verloren gegangen. Das in der Schweiz gesprochene Französisch weist kaum Unterschiede zur Standardsprache auf. Während der Besetzung der

Eidgenossenschaft durch Napoleons Truppen⁸⁰ wurde der regional französische Dialekt vom Hochfranzösischen verdrängt, welches als Bildungs- und Gelehrtensprache ein höheres Ansehen genoss. Die Zugehörigkeit zum französischen Sprachraum hatte eine einheitliche Sprache und Grammatik zur Folge, da regionale Varietäten bzw. die Mundart von Paris seit Jahrhunderten verpönt und somit unterdrückt wurde. Der Zwang, die Hochsprache zu verwenden, fand zwar in der Romandie nicht statt, wurde aber von den Bewohnern angestrebt. Zum einen, um die Zugehörigkeit zum französischen Sprachraum zu unterstreichen, und zum anderen, um eine eigene Identität gegenüber der übermächtigen und mundartlich geprägten Deutschschweiz zu untermauern. Dennoch bestehen einige Wörter, die ausschließlich in der Romandie vorkommen und beispielsweise schweizerische Institutionen und Einrichtungen⁸¹ beschreiben bzw. benennen. Zudem existieren Helvetismen, die in jeder Sprachregion das gleiche Konzept beschreiben, beispielsweise „cours de répétition“ / „militärischer Wiederholungskurs“ (Knecht 1982: 196) Einige Regionalismen in der Westschweiz galten ursprünglich im gesamten französischen Sprachraum und wurden irgendwann, im Zuge der Moderne durch andere Wörter ersetzt, wohingegen die Schweiz teilweise an den ‚alten‘ Begriffen festhielt, die heute als Regionalismen⁸² deklariert werden. In der Schweiz werden beispielsweise Komposita gebildet, die in Frankreich in dieser Form keine Verwendung finden, wie ‚cache-lunettes‘ für ‚étui à lunettes‘. Die Zahlwörter für 70, 80 und 90 entsprechen⁸³ in der Schweiz ebenfalls nicht in allen Regionen der französischen Norm. Zudem entspricht die Aussprache in der Schweiz teilweise den alten französischen Ausspracheregeln. Das Wörterbuch *Dictionnaire suisse romand*⁸⁴ listet die speziellen Wörter und

⁸⁰ Siehe Kapitel 2.3.

⁸¹ Verwaltungsorgane, Schulen, militärische Strukturen usw.

⁸² Für weitere Beispiele ‚Français Régionaux de Suisse‘ siehe: Doppagne 1978: S.69-80.

⁸³ Septante, Huitante, Nonante.

⁸⁴ Geschichtliche Hintergrundinformation: Die Entwicklung des ‚Unkonventionellen Französisch‘ ab dem 16. Jahrhundert setzt sich aus Patois (den regionalen französischen Dialekt der Romandie, der heute weitgehend ausgestorben ist) und der damaligen Umgangssprache, die in Paris gepflegt wurde, zusammen. Es sind außerdem Einflüsse aus dem Frankoprovenzalischen enthalten. Das Frankoprovenzalische besteht seit dem 14. Jahrhundert in der Schweiz, heute in Freiburg und Wallis; in Jura, Bern und dem Norden von Neuenburg existiert zudem Franc Comtois. Beide Sprachen wurden durch das Französische fast vollständig verdrängt, sind seit Dezember 2018 jedoch vom Schweizer Bundesrat als offizielle Minderheitensprachen in der Schweiz anerkannt worden. Dennoch spielen beiden Sprachen kaum eine Rolle in der heutigen Kommunikation der Schweiz. Für weitere Informationen siehe: Manno 1994: Kapitel 3.

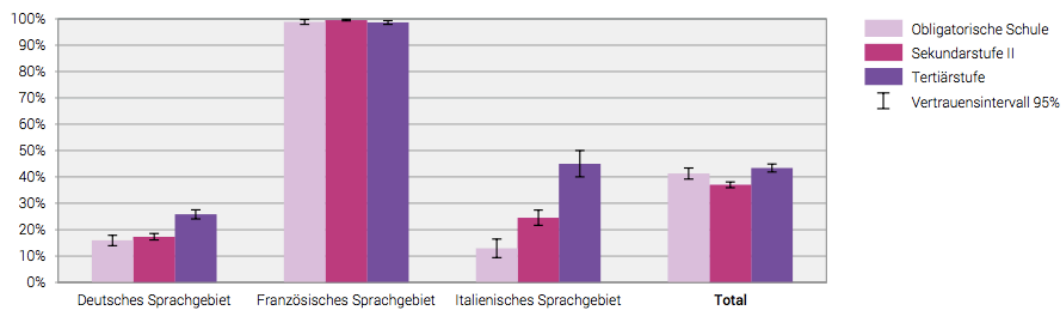
Redewendungen der Romandie auf und gibt Textbeispiele. (vgl. Knecht 1982: 163, 196-198 / Doppagne 1978: 26 / Richter: 2005: 23 / Thüerer 1991: 6-7 / Charnley 2002: 192)

In der Literatur der Romandie ist es häufig zu beobachten, dass die Autoren sich ganz bewusst für die in Frankreich verwendete Variante eines Wortes entscheiden, um von den Franzosen nicht als Sprecher einer regional französischen Variante wahrgenommen zu werden. Beispielsweise würde das Wort ‚lycée‘ anstatt des für die Romandie gebräuchlichen ‚gymnase‘ verwendet werden. (vgl. Lengert 1994: 26) Es muss jedoch ganz klar zwischen einem Dialekt und Regionalfranzösisch unterschieden werden. Im Fall der Romandie existieren aufgrund der bereits genannten Helvetismen usw. kleinere regionale Unterschiede.

Die Bestandteile des Regionalfranzösischen – im Gegensatz zum Dialekt – sind in Lexikon und Grammatik formal an die virtuellen Gegebenheiten der Norm angepaßt [sic]. [Zudem kann] das Regionalfranzösische [...] aus soziolinguistischer Perspektive dem Standardfranzösischen untergeordnet sein. Im Rahmen soziolinguistischer Variablen (Alter, Stadt-Land-Gegensatz, Beruf u.a.m.) können Elemente der regionalen Varietät allen oder einem Teil der Sprecher bekannt sein, von allen oder nur von Teilen genutzt werden. Phänomene des Regionalfranzösischen können unbewußt [sic] sein, aber auch als solche beim Sprecher bewußt [sic] existieren. (Lengert 1994: 30)

Insgesamt kann nicht von der ‚einen‘ Variante des Suisse Romand gesprochen werden. Ebenso gibt es in verschiedenen Regionen Frankreichs oder auch Belgiens regionale Varianten innerhalb einer Sprache bzw. innerhalb eines Sprachraums.

In der Romandie wird Französisch von 99 % der Bevölkerung gesprochen. Im Tessin verwenden 28 % Französisch und in der Deutschschweiz 20 %. Durch eine tertiäre Ausbildung steigt die Anzahl der Französischsprecher außerhalb der Westschweiz an; im Tessin signifikant auf 45 %. (vgl. De Flaugergues, BFS 2016: 15)



Quelle: BFS – Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur 2014 (ESRK)

© BFS 2016

Abbildung 25: Personen, die regelmässig Französisch verwenden, nach Bildungsniveau und Sprachregion (De Flaugergues, BFS 2016: 15)

4.5 Italienisch in der Schweiz

Italienisch wird in der Schweiz sowohl im Tessin als auch in einigen Bündner Tälern verwendet. Zunächst wurden in der Südschweiz regionale Mundarten gesprochen, der Gebrauch des Standarditalienischen hat sich erst im Laufe der Zeit entwickelt; Gründe dafür sind die gesellschaftliche Entwicklung und Verstädterung der Gebiete sowie die Verwendung der italienischen Sprache in den Medien. Mitte des 20. Jahrhunderts kamen vorwiegend Gastarbeiter aus Italien in die Schweiz. In den darauffolgenden Jahren folgten Einwanderer aus anderen Ländern wie Griechenland, Spanien und der Türkei. Die italienische Sprache wurde eine Art ‚Verbindungssprache‘ für die Einwanderer und ist heute noch in den Bereichen Tourismus und Gastronomie sowie dem Baugewerbe verbreitet. (vgl. Lurati 1982: 218, 226, 237 / Willwer 2006: 240)

„Im Gegensatz zur französischen Schweiz haben die Mundarten in Italien und in der Südschweiz eine starke Lebenskraft bewahrt. Sie haben aber – im Gegensatz zur Deutschschweiz – nie ein hohes Ansehen genossen.“ (Lurati 1982: 237) Der Tessiner Dialekt war kein Faktor der nationalen Identität, wie es in der Deutschschweiz der Fall ist, sondern das Zeichen eines niedrigen Bildungsniveaus und wurde zeitweise innerhalb des Bildungssystems bekämpft. Seit geraumer Zeit kehrt die Mundart teilweise in den Alltag der Südschweizer zurück und wird als Teil der Tradition und Geschichte wahrgenommen. Es existieren für beide Dialekte einige Online-Wörterbücher. (vgl. Lurati 1982: 238-239)

Das Italienisch im Tessin „weist nicht nur geographisch-regionale Züge,

sondern charakteristische Elemente auf, die durch die Einbettung in das schweizerische Staatsgefüge bedingt sind.“ (Lurati 1982: 245) Dies bezieht sich auf spezielle gesellschaftliche, kulturelle oder politische Strukturen, die in der Schweiz vorhanden sind. (vgl. Lurati 1982: 249)

In der Schweiz bestehen neben dem Italienischen der Tessiner und bündneritalienische Dialekt. Im Tessin wird Italienisch von 98 % der Bevölkerung regelmäßig, d. h. laut Statistik mindestens einmal pro Woche, gesprochen. In der Deutschschweiz wird Italienisch von 12 % und in der Westschweiz von 11 % der Bewohner regelmäßig verwendet. (vgl. De Flaugergues, BFS 2016: 15)

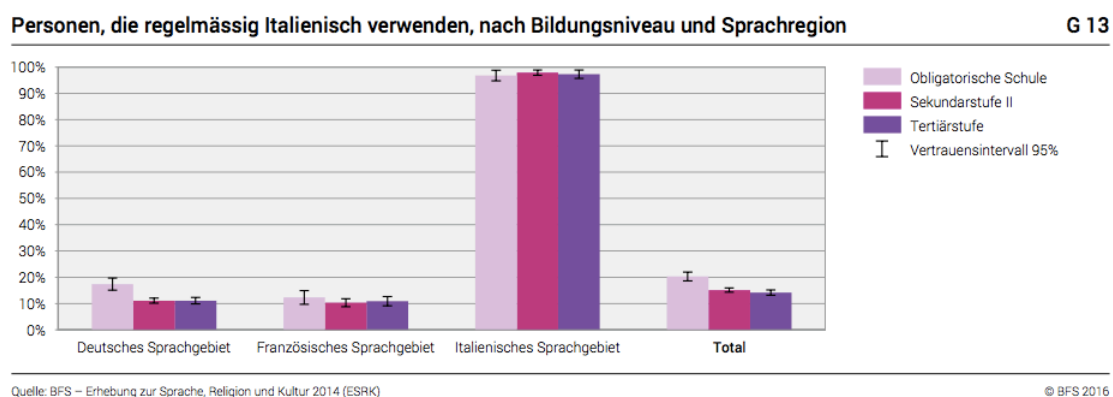
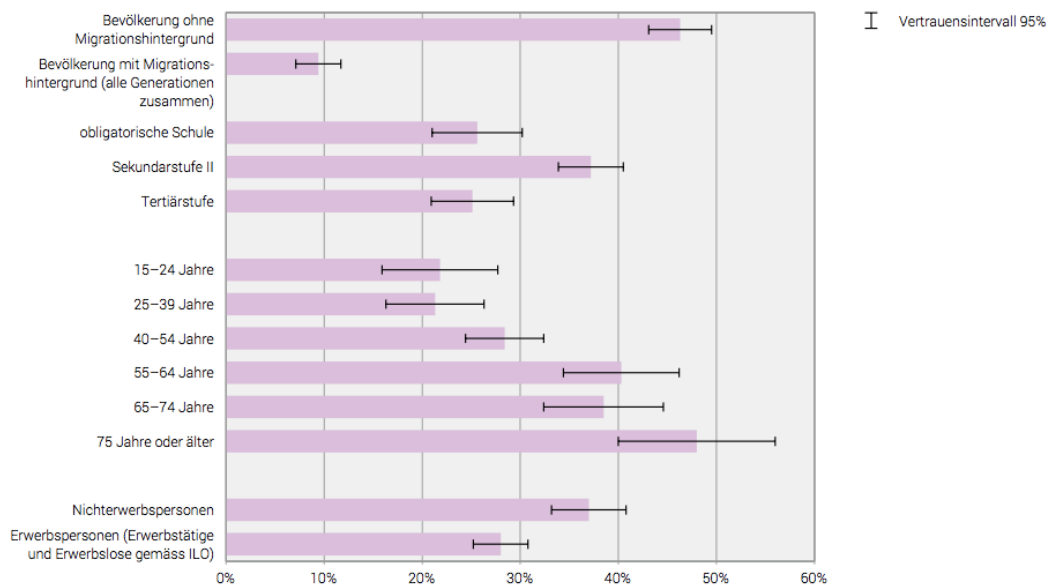


Abbildung 26: Personen, die regelmässig Italienisch verwenden, nach Bildungsniveau und Sprachregion (De Flaugergues, BFS 2016: 15)

Der Tessiner und der bündneritalienische Dialekt werden ausschließlich regional, in den Kantonen Tessin und Graubünden, gebraucht und finden national keine Anwendung. Insgesamt werden diese Dialekte nur von 1,5 % der Bevölkerung wöchentlich gesprochen. Die Dialekte werden hauptsächlich in ländlichen Gegenden verwendet und zunehmend von dem in den Städten gesprochenen Standarditalienisch verdrängt. Die Statistik zeigt, dass vor allem in der Altersgruppe ab 55 Jahren die Anzahl der Tessiner- bzw. Bündneritalienischsprecher mit 40 % signifikant höher ist als in der Altersgruppe unter 55. Bei Nichterwerbstätigen, beispielsweise Rentnern, ist die Zahl ebenfalls höher als bei Erwerbstätigen der Altersklasse über 55. (vgl. De Flaugergues, BFS 2016: 16-17 / Thürer 1991: 7)



Quelle: BFS – Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur 2014 (ESRK)

© BFS 2016

Abbildung 27: In der italienischen Schweiz wohnhafte Personen, die regelmässig einen Tessiner oder bündneritalienischen Dialekt verwenden, nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen (De Flaugergues, BFS 2016: 16)

4.6 Rätoromanisch in der Schweiz

Im Kanton Graubünden werden neben Deutsch und Italienisch in fünf Regionen je fünf Varianten⁸⁵, sogenannte Idiome, des Rätoromanischen⁸⁶ gesprochen. In Graubünden bestehen im Gegensatz zu den anderen Sprachregionen der Schweiz einige Sprachinseln. Die Sprachen werden nicht flächendeckend verwendet, sondern beispielsweise im Fall des Rätoromanischen, nur in bestimmten Tälern oder Gebieten, die jedoch geographisch nicht zusammenhängen, gesprochen. Durch diese geographische Gegebenheit sind die einzelnen romanischsprachigen Gebiete besonders durch die dominanteren Sprachen Deutsch bzw. Schweizerdeutsch und Italienisch gefährdet. Die ersten Verschriftlichungen des Rätoromanischen gehen auf das Jahr 1527 zurück und erfolgten kurz nach der „der Gründung des Freistaates gemeiner dreier Bünde (1524).“ (Richter 2005: 29) Die Übersetzung des neuen Testaments in drei der

⁸⁵ Sursilvan (Vorderrhein), Sutsilvan (Hinterrhein), Surmiran (Alvatal und Gelgital), Puter (Oberengadin) und Vallader (Unterengadin und Müntertal). (Budde/ Zentner 2016: 88).

⁸⁶ Für weiterführende Informationen zur Geschichte des Rätoromanischen sowie zu Textproben der verschiedenen Dialekte siehe: Rohlf's 1975.

romanischen Dialekte bildet einen weiteren Grundstein der frühen rätoromanischen Verschriftlichung. Durch die industriellen und wirtschaftlichen Entwicklungen und die dadurch bedingte Abwanderung der Bevölkerung in andere Landesteile, nahm die Anzahl der Romanischsprecher im 20. Jahrhundert deutlich ab. Die vornehmliche Verwendung innerhalb der Familie und ohne Vokabular für moderne Bereiche des Lebens führte zu einem deutlichen Rückgang der Sprecherzahlen. Zur Förderung der romanischen Sprache und Kultur wurde im Jahr 1919 die Lia Rumantscha gegründet, eine gemeinnützige Institution die sich auch außerhalb Graubündens für Projekte zum Erhalt des Rätoromanischen einsetzt und beispielsweise Übersetzungsdienste und Sprachferien organisiert. Im Jahr 1982 wird eine einheitliche Schriftsprache ‚Rumantsch Grischun‘ etabliert, die den Erhalt der vom Aussterben bedrohten Sprache retten soll. Viele Muttersprachler lehnen die neue geschaffene Sprache jedoch ab; sie ist zu weit von dem mündlich gesprochenen Rätoromanisch entfernt – andere sehen in einer einheitlichen Sprachvariante die einzige Überlebenschance. Es existieren sowohl Wörterbücher für die Schriftsprache Rumantsch Grischun als auch für die fünf Idiome. (vgl. Richter 2005: 29-31, 263 / Reinhardt 2013: 376 / Rohlf's 1975: 5 / Thürer 1991: 6 / Marten 2016: 159 / Charnley 2002: 189)

Im Laufe der Zeit haben viele ursprünglich rätoromanische Gebiete einen Sprachwechsel durchlaufen. Durch das Sprachengesetz bleibt Rätoromanisch zwar die „angestammte Sprache“ und ist auch im öffentlichen Bereich wie der lokalen Verwaltung präsent, wird aber faktisch nicht mehr aktiv verwendet. „Ist schliesslich eine Gemeinde amtlich deutsch, so kann das Romanische an symbolischer Stelle (Strassenbezeichnungen, Briefkopf oder wo es für Tourismus interessant ist) durchaus noch erscheinen.“ (Furer 2005: 79)

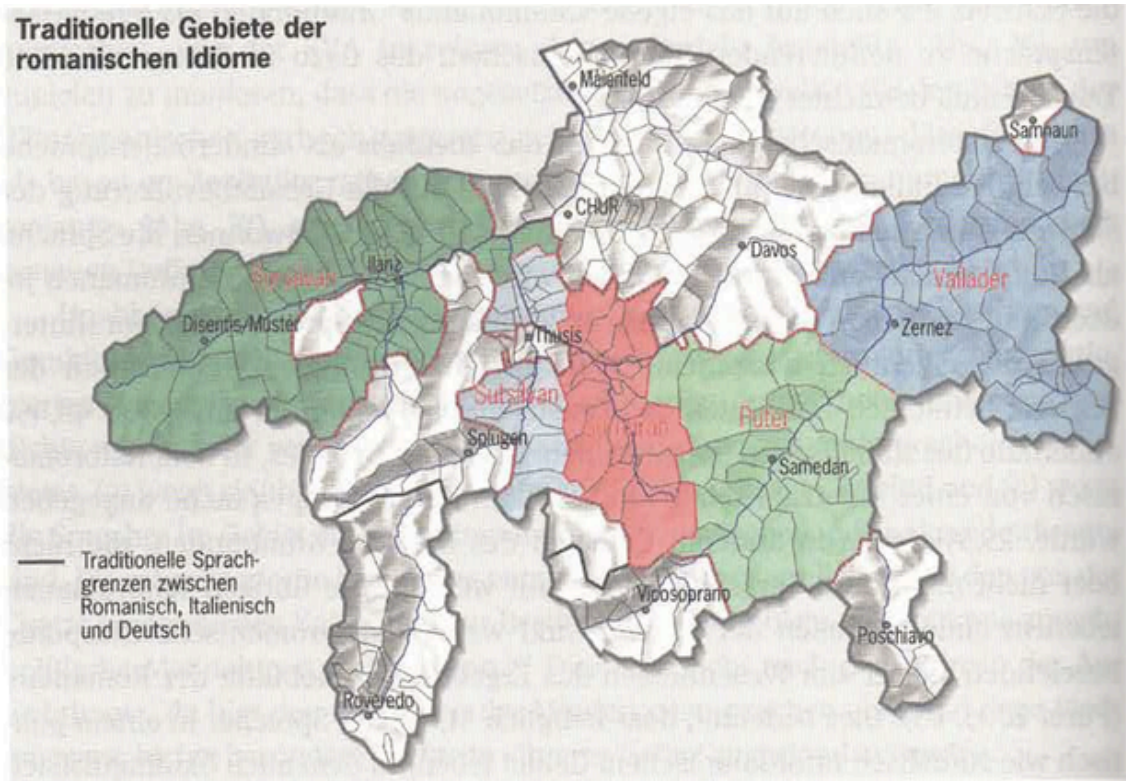


Abbildung 28: Traditionelle Gebiete der romanischen Idiome (vgl. Furer 2005: 22)

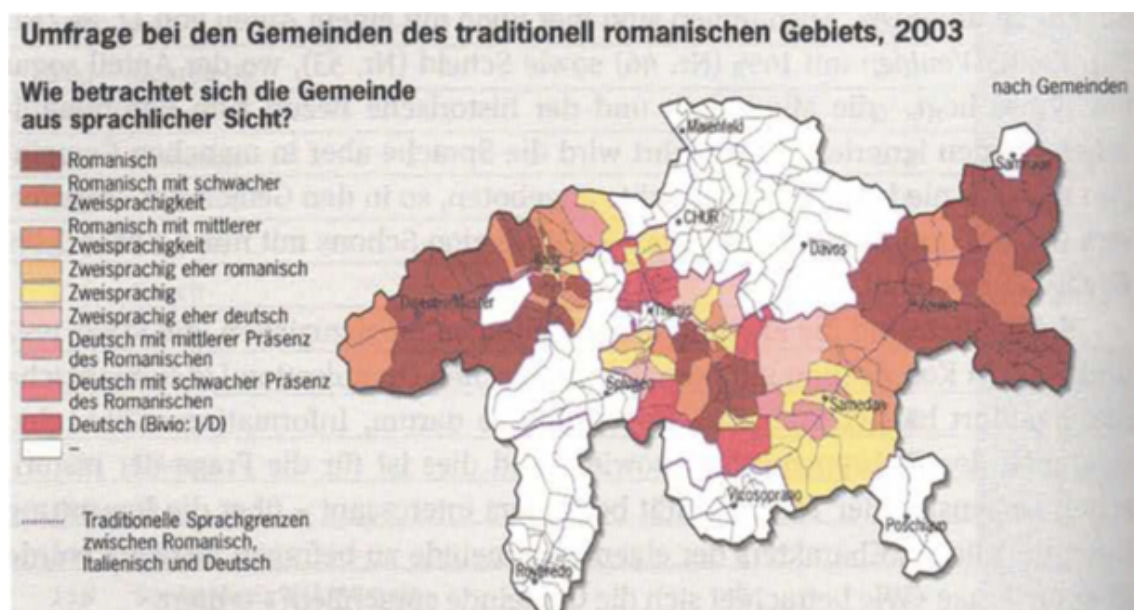


Abbildung 29: Umfrage bei den Gemeinden des traditionell romanischen Gebiets, 2003 (vgl. Furer 2005: 78)

Die vierte Landessprache wird in der gesamten Schweiz von 0,5 % der Bevölkerung gesprochen. In den rätoromanischen Sprachgebieten im Kanton Graubünden wird eine der fünf Varianten des Rätoromanischen von 77 % der Bewohner wöchentlich verwendet. Auffällig ist, dass die Verwendung in der

Altersgruppe von 65 bis 74 Jahren höher ausfällt als in jüngeren Altersgruppen. Zudem ist die Mehrsprachigkeit bei Sprechern des Rätoromanischen stärker ausgebildet, da außerhalb des Sprachgebietes meist eine andere Sprache verwendet wird. Hierbei wird Deutsch von 97 % bzw. Schweizerdeutsch von 90 % der Bevölkerung wöchentlich gesprochen. Englisch wird von 38 % der Einwohner mindestens einmal in der Woche eingesetzt und somit häufiger verwendet als Italienisch und Französisch in dieser Sprachregion. (vgl. De Flaugergues, BFS 2016: 17)

4.7 Migrantensprachen

Italienisch ist die häufigste Sprache der Migranten, gefolgt von Spanisch, Portugiesisch und Balkansprachen wie Bosnisch oder Kroatisch. Einwanderer aus dem spanischen und portugiesischen Sprachraum leben eher in der Romandie, wohingegen beispielsweise Italienischsprecher vermehrt in der Deutschschweiz zu finden sind. Personen mit höherer Schulbildung verwenden in ihrem Alltag vermehrt eine der Landessprachen anstatt ihrer Muttersprache. Die Balkansprachen sind vermehrt in der Deutschschweiz und dem Tessin zu finden. Bei den in der Schweiz geborenen Migranten ist die Verwendung ihrer Muttersprachen tendenziell geringer. Studien haben jedoch gezeigt, dass Migrantenkinder durchaus Probleme mit dem, für sie, bilingualen Spracherwerb haben können und dadurch beispielsweise eine schwächer ausgebildete Lese- und Schreibkompetenz entwickeln können, besonders wenn die Eltern die jeweilige Landessprache nicht beherrschen. Insgesamt nimmt der Einsatz der ursprünglichen Muttersprache mit den Generationen ab. Die Statistik deutet darauf hin, dass viele Migranten zunächst die Sprache der jeweiligen Sprachregion erwerben und danach die Fähigkeiten in ihrer Muttersprache verbessern. An den Schulen werden zusätzliche Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur für Migranten in vielen der jeweiligen Mutter- bzw. Herkunftssprachen angeboten, die bereits in der Vorschule bzw. im Kindergarten wahrgenommen werden können. In der regulären Schulzeit werden die Fremdsprachen entsprechend des Lehrplans unterrichtet und die Unterrichtssprache, die für die Migranten L2 darstellt, wird erlernt. Darüber hinaus wird ein Sprachförderungsprogramm für Migranten innerhalb der Familien in ihrer jeweiligen Muttersprache angeboten, mit dem Ziel, die

jeweilige Kultur und Sprache zu erhalten und an die nächste Generation weiterzugeben. Die Förderung der Erstsprache soll letztendlich eine positive Auswirkung auf den Erwerb der Landes- bzw. Unterrichtssprache L2 haben und sich vorteilhaft auf die Identitätsentwicklung der Kinder auswirken. (vgl. De Flaugergues, BFS 2016: 20, 23 / Moser/Bayer/Tunger/Berweger 2008: 5-9)

4.8 Sprachen in den Schweizer Medien

Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den meisten Zeitungen⁸⁷. Dies bezieht sich nicht auf die Anzahl der Auflagen, sondern auf die tatsächliche Anzahl der unterschiedlichen Zeitungen, die in den vier Landessprachen gedruckt werden. Auch in Rundfunk und Fernsehen wird in den Landessprachen gesendet. Den größten Anteil haben hierbei die drei Amtssprachen, wohingegen rätoromanische Sendungen nur vereinzelt und für ein weitaus kleineres Publikum produziert werden. (vgl. Thürer 1991: 25 / McRae 1983: 161)

Der Verein Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG⁸⁸ wurde 1931 gegründet und ist heute das größte Medienunternehmen in der Schweiz. Die SRG gliedert sich in regionale Tochterunternehmen⁸⁹, die in der jeweiligen Sprachregion senden und sich jeweils in kleinere Tochtergesellschaften unterteilen, die lokal aktiv sind. (vgl. McRae 1983: 152-153 / Richter 2005: 377-378)

Die Förderung, Verbreitung und Verständigung aller Landessprachen ist ein fester Bestandteil des Programms.

Concerning the media, the Swiss Broadcasting Company SRG is charged to promote understanding and exchanges between the linguistic groups. In accordance with its license, the SRG broadcasts regional programmes which inform the German-speaking population about the other language areas. (4.

⁸⁷ Inhaltlich schreiben die Zeitungen (beispielsweise die Neue Zürcher Zeitung oder der Tagesanzeiger) regelmäßig über sprachbezogene Themen in der Schweiz im Bereich Sprachpolitik, Bildung usw. Dies war besonders vor der Umsetzung der Bildungsreform stark ausgeprägt.

⁸⁸ Es handelt sich um die Rechtsform eines privaten Vereins, der aber nicht kommerziell arbeitet. Vergleichbar mit den deutschen öffentlich-rechtlichen Sendern, nur eben privat. (vgl. Richter 2005: 374-375).

⁸⁹ Die SRG setzt sich aus den folgenden regionalen Gesellschaften zusammen: Radio- und Fernsehgesellschaft der deutschen und rätoromanischen Schweiz (RDRS), Société de radio-télévision suisse romande (RTSR), Società cooperativa per la radiotelevisione nella Svizzera italiana (CORSI) und Cuminanza rumantscha radio e televisiun (CRR).

Unterstützt wird die Mehrsprachigkeit in den Medien und der kulturelle Austausch der Sprachregionen durch die vom Bund finanziell unterstützte Stiftung Pro Helvetia, die sich für die Förderung von Kunst und Kultur in der Schweiz einsetzt. (vgl. Richter 2005: 405)

„Die verschiedenen Landesteile müssen ausreichend mit Radio- und Fernsehprogrammen versorgt werden.“ (Eidg. Departement des Innern 1989: 106) Dies gilt im Zusammenhang mit der Sprachenförderung im ganzen Land, also auch in Regionen mit Minderheitensprachen. Die SRG ist verpflichtet, je einen deutschen, französischen und italienischen Radiosender sowie alle ‚sprachregionalen‘ Fernsehsender landesweit zu senden. Die Schweizer empfangen, je nach Region, auch ausländische Fernsehsender⁹¹ bzw. haben Zugriff auf entsprechende Printmedien. Die Einschaltquote für ausländische Fernsehsender lag in den vergangenen Jahren jeweils bei ca. 60 % in der Deutschschweiz, der Romandie sowie in der italienischen Schweiz. Der Versuch, Sendungen für die gesamte Schweiz anzubieten und teilweise mehrsprachig durch das Programm zu führen oder über die anderen Landesteile zu berichten, wurde von der Bevölkerung schlecht aufgenommen. Aus diesem Grund liegt der Fokus eher auf der Übersetzung verschiedener Formate bzw. Beiträge. Die Verwendung des sprachlichen Registers wird von der SRG festgelegt: „In wichtigen, über die Sprach- und Landesgrenzen hinaus interessierenden Informationssendungen ist in der Regel die Hochsprache zu verwenden; dies gilt insbesondere für alle sprachregionalen Nachrichtensendungen.“ (Richter 2005: 376)

(vgl. Richter 2005: 371-376, 383 / Schönhagen/Trebbe 2008: 8,13)

Im Radio und Fernsehen der deutschen und rätoromanischen Schweiz (Radio DRS) hat die Sendezeit der mundartlich gesprochenen Texte – Moderationen, Kommentare, Berichte, Vorträge usw. – bis vor kurzem kontinuierlich zugenommen. Und die seit 1983 zugelassenen privaten Lokalradios scheinen – abgesehen von Agenturmeldungen, die sie wenigstens zum Teil standardsprachlich weitergeben – konsequent nur die Mundart zu verwenden. (Ramseier 1988: 5)

⁹⁰ Tacke 2015: 264.

⁹¹ Deutsche, österreichische, französische und italienische.

Die Radiosendungen in der Deutschschweiz werden heute weitestgehend in Mundart moderiert. Lediglich die Nachrichten sowie der Verkehrsfunk werden bei den Sendern der SRF⁹² in Schweizer-Hochdeutsch, bei vielen privaten Radiosendern in Mundart verlesen. Kultursendungen bzw. -beiträge werden ebenfalls häufig in Schweizer-Hochdeutsch produziert. Nicht zuletzt, um die Schweizer aus den anderen Sprachregionen nicht aus dem Programm auszuschließen und die wichtigen Informationen über die Region hinaus verständlich zu präsentieren. Regionale Fernsehsendungen werden größtenteils in Mundart⁹³ moderiert, die überregionalen Nachrichtensendungen auf Schweizer-Hochdeutsch, wobei Beiträge auch teilweise in Mundart eingespielt werden. Werbeblöcke werden überwiegend in Mundart gesendet, einige Werbespots entsprechen aber auch der in Deutschland übertragenen Variante. Teilweise werden Deutschschweizer Dokumentationen, beispielsweise Reisesendungen, die auch in Deutschland ausgestrahlt werden, synchronisiert oder untertitelt, um im deutschsprachigen Ausland wiedergegeben werden zu können. Sportreportagen werden in Schweizer-Hochdeutsch übertragen, um ein größeres Publikum erreichen zu können. Ansprachen des Bundespräsidenten werden auf Schweizer-Hochdeutsch ausgestrahlt und für die anderen Sprachregionen übersetzt.

Eine starke Präsenz der Mundart in den Programmen von Radio und Fernsehen DRS⁹⁴ entspricht der allgemeinen Sprachsituation in der deutschen Schweiz. Das Hochdeutsche, als Schriftsprache unangefochten, ist auch in seinen gesprochenen Formen angemessen und zu berücksichtigen, um die ganze Breite der sprachlichen Ausdrucks- und Gestaltungsmöglichkeiten zu wahren. Von besonderer Bedeutung sind hochdeutsche Sendungen für das Verhältnis zu den anderen Sprachregionen⁹⁵ der Schweiz. (Ramseier 1988: 262)

In der Romandie und dem Tessin werden Radio- und Fernsehsendungen in der jeweiligen Standardsprache moderiert. Der rätoromanische Radiosender Radio

⁹² Schweizer Radio und Fernsehen, Zweigniederlassung der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR.

⁹³ Es besteht die Möglichkeit den deutschen Untertitel zu nutzen, um der Sendung auch ohne Kenntnisse der Mundart zu folgen.

⁹⁴ Radio der deutschen und rätoromanischen Schweiz.

⁹⁵ Siehe Kapitel 4.3.

Rumantsch sendet auf Rätoromanisch und spielt teilweise auch traditionelle Musik der Region. Bei rätoromanischen Fernsehsendungen kann der deutsche Untertitel aktiviert werden.

5. Sprachpolitik in der Schweiz

Die Sprachpolitik spielt in der Schweiz eine entscheidende Rolle im Hinblick auf die Mehrsprachigkeit und den Fremdspracherwerb innerhalb des Schulsystems. Zunächst soll ein kurzer allgemeiner Einblick in die Sprachpolitik erfolgen, bevor die Gegebenheiten bzw. Besonderheiten in der Schweiz genauer betrachtet werden.

5.1 Sprachpolitik – Allgemein

Nach Bochmann ist Sprachpolitik die:

Regelung der kommunikativen Praxis einer sozialen Gemeinschaft durch eine Gruppe, die die sprachlich-kulturelle⁹⁶ Hegemonie über diese ausübt bzw. anstrebt. Sprachpolitik ist wie jede andere Art von Politik den (sozialen, ökonomischen, ideologischen, kulturellen, religiösen) Interessen bestimmter sozialer Gruppen / Schichten / Klassen untergeordnet. (zit. nach Willwer 2006: 40)

Sprachpolitik arbeitet entsprechend einer jeweiligen Zielvorgabe bzw. verfolgt eine gewisse Zielsetzung, die den Interessen eines bestimmten Landes oder einer bzw. mehrerer Sprachgemeinschaften eines Landes entspricht. Sprachpolitik muss aber nicht zwingend von der Regierung eines Landes ausgehen, sie kann beispielsweise auch durch Organisationen oder Vereine geprägt werden. Zudem sind nicht alle sprachpolitischen Maßnahmen geplant, sie entstehen teilweise aus der Praxis, Kultur oder aus Traditionen heraus. (vgl. Dovalil/ Šichová 2017: 12 / Johnson 2013: 6-7)

⁹⁶ politische oder wirtschaftliche (Ergänzung von Willwer) (vgl. Willwer 2006: 41).

Genesis	<i>Top-down</i> Macro-level policy developed by some governing or authoritative body or person	<i>Bottom-up</i> Micro-level or grassroots generated policy for and by the community that it impacts
Means and goals	<i>Overt</i> Overtly expressed in written or spoken policy texts	<i>Covert</i> Intentionally concealed at the macro-level (collusive) or at the micro-level (subversive)
Documentation	<i>Explicit</i> Officially documented in written or spoken policy texts	<i>Implicit</i> Occurring without or in spite of official policy texts
In law and in practice	<i>De jure</i> Policy "in law"; officially documented in writing	<i>De facto</i> Policy "in practice"; refers to both locally produced <i>policies</i> that arise without or in spite of de jure policies and local language <i>practices</i> that differ from de jure policies; de facto practices can reflect (or not) de facto policies

Abbildung 30: Varianten der Sprachpolitik (Johnson 2013: 10)

Es gibt verschiedene Varianten der Sprachpolitik, die je nach Situation oder Sachverhalt angewendet werden. Es wird zu Beginn zwischen ‚Top-down‘ und ‚Bottom-up‘ Politik unterschieden, je nach dem, ob die Entwicklung innerhalb der Regierung stattfindet und ‚von oben‘ realisiert wird, oder ob der Anstoß aus der Bevölkerung kommt und ‚von unten‘ umgesetzt wird.

Es wird zwischen offener und verdeckter Sprachpolitik unterschieden. Offene Sprachpolitik ist eine bewusste politische Handlung in gesprochener oder geschriebener Form. Verdeckte Sprachpolitik findet auf einer Makro- oder Mikroebene statt und wird durch sprachliches Handeln oder Verhalten beeinflusst.

Die Unterscheidung zwischen expliziter und impliziter Sprachpolitik bezieht sich auf den offiziellen bzw. den inoffiziellen Status der Politik⁹⁷.

⁹⁷ Beispielsweise gibt es in den USA keine explizite Sprachpolitik, die Englisch zur offiziellen Sprache erklärt, implizit ist es aber die offizielle Sprache. (vgl. Johnson 2013: 10-11).

Eine weitere Unterscheidung besteht zwischen der im Gesetz ‚de jure‘ verankerten Politik und der aus der Praxis ‚de facto‘ entstandenen Politik.

(vgl. Johnson 2013: 10-11)

Die Unterscheidung zwischen Sprach- und Sprachenpolitik wird im deutschsprachigen Raum vorgenommen. Die Sprachpolitik bezieht sich auf „Eingriffe in eine Einzelsprache“ (Dovalil/ Šichová 2017: 12) und die Sprachenpolitik auf „das Verhältnis mehrerer Sprachen zueinander“ (Dovalil/ Šichová 2017: 12). Eine klare Trennung der beiden Begriffe ist allerdings nicht immer eindeutig, weshalb im folgenden der Begriff ‚Sprachpolitik‘ für den Umgang der Politik mit Sprache und Sprachen verwendet wird. Die Sprachpolitik bzw. die Sprachplanung⁹⁸ umfasst Sprachkorpus, Form und Struktur der Sprachen; Sprachstatus, Funktion, Stellung, Verbreitung und Gebrauch in der Sprachgemeinschaft; Spracherwerb und Image der Sprache(n). An der Planung der Sprachen sind oft Institutionen wie die Académie française oder das Leibniz-Institut für Deutsche Sprache beteiligt. (vgl. Dovalil/ Šichová 2017: 12-13)

Die Korpusplanung verfolgt die Standardisierung und Kultivierung einer Sprache „durch Eingriffe in den Wortschatz, in die Grammatik, Orthographie oder Aussprache.“ (Dovalil/ Šichová 2017: 13) Beispiele sind die Verwendung von Anglizismen, Eigennamen, Erneuerung der Terminologie, genderspezifische Sprache oder die deutsche Rechtschreibreform. Die Maßnahmen der Korpusplanung werden hauptsächlich im Bildungssystem umgesetzt und haben hier den größten Effekt. (vgl. Dovalil/ Šichová 2017: 13 / Spolsky 2012: 5-6)

Die Statusplanung bezieht sich auf den Kommunikationsbereich, zum Beispiel Verwaltung, Schulen, Wissenschaft usw.; zudem auf die Stellung der Sprache, wie Amts- oder Arbeitssprache usw. Der Status einer Sprache wird an der jeweiligen Sprecherzahl, der wissenschaftlichen Verwendung sowie dem kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Einfluss gemessen. „Statusplanung ist der Auswahlprozess, welche sprachlichen Varietäten welche Funktionen in der Gesellschaft und im Sprachgebrauch der Bevölkerung einnehmen sollen.“

⁹⁸ wird in der Literatur aufgrund der Nähe der Begriffe und der verschwimmenden Grenzen meist synonym verwendet.

(Marten 2016: 24) Die Spracherwerbsplanung fokussiert sowohl den Fremdsprachenunterricht, den Unterricht der Landessprache im eigenen Land sowie die Erstellung von Unterrichtsmaterial. Damit verbunden ist die Sprachgebrauchsplanung, die den Rahmen für die Verwendung einer Sprache schaffen soll, besonders wichtig für Minderheitensprachen. Im Bereich der Prestigeplanung geht es um die Attraktivitätssteigerung und den kulturellen ‚Wert‘ einer bestimmten Sprache. Dieser Aspekt ist besonders wichtig für den Erhalt bzw. den Ausbau einer Minderheitensprache die möglicherweise zusätzlich noch gefährdet ist. (vgl. Dovalil/ Šichová 2017: 13, 15-17 / Spolsky 2012: 5-6 / Marten 2016: 24, 26)

Im Bereich Sprachmanagement wird davon ausgegangen, „dass Sprache in einem natürlichen Prozess von den Sprechern kontinuierlich und zumeist unbewusst verändert wird und mit Hilfe bestimmter Maßnahmen auf diese Veränderungen reagiert werden kann, um Sprache in eine bestimmte Richtung zu lenken.“ (Marten 2016: 21) Es wird zwischen einfachem und organisiertem Sprachmanagement unterschieden. Das einfache Sprachmanagement bezieht sich auf alltägliche Situationen, wie beispielsweise die Korrektur der Sprache durch den Lehrer. Das organisierte Sprachmanagement beschreibt die Diskussion eines bestimmten sprachlichen Problems auf einer höheren offiziellen Ebene, beispielsweise im Bereich Grammatik oder Orthographie. (vgl. Marten 2016: 21)

Sprachpolitik wird von verschiedenen Akteuren ausgeführt: von der Regierung, Bildungseinrichtungen wie Schulen, Universitäten usw. und durch verschiedene Organisationen. Beispielsweise durch die Sprachen innerhalb einer Organisation, die je nach Tätigkeitsfeld oder Kundenstamm variieren können. Sprachpolitik findet auch im alltäglichen Rahmen innerhalb der Familie statt; die Entscheidung über die Muttersprache/n der Kinder sowie die Schulsprache und die Auswahl bzw. Reihenfolge der Fremdsprachen. Zudem kann Sprachpolitik auf Makroebene, die ganze Bevölkerung betreffend, oder auf Mikroebene, einzelne Gebiete, Bevölkerungsgruppen oder Schulen betreffend, stattfinden. (vgl. Marten 2016: 35-37, 41)

Die Medien sind ein wichtiges Instrument, um Sprachpolitik umzusetzen. Zeitungen betreiben häufig ihre eigene Sprachpolitik, in Bezug auf Schreibstil, Verwendung von Standardsprache oder einer Regionalsprache, Fremdwörter

bzw. Anglizismen etc. Das Internet und die sozialen Medien ermöglichen den erweiterten sprachlichen Austausch, beispielsweise durch Minderheitensprachen, und vereinfachen den digitalen Spracherwerb. (vgl. Marten 2016: 98-99)

Das nachfolgende Modell beschreibt eine Sprachpolitik zugunsten einer Regionalsprache. Zunächst wird die Unterteilung von Korpus- und Statusplanung vorgenommen. Beide Bereiche hängen eng zusammen und sind dennoch gesondert zu betrachten. „Die Statusveränderung einer Sprache oder Varietät in einer Gesellschaft ist u.U. nicht realisierbar, ohne daß [sic] durch Korpusplanung die Voraussetzung dafür geschaffen worden sind. Umgekehrt wird fast jede Korpusplanung auf Statusveränderung abzielen.“ (Coulmas in Willwer 2006: 49-50)

Der erste Schritt ist die Entwicklung eines Problembewusstseins in der Politik sowie der Bevölkerung bezüglich einer betroffenen Sprache. Das Aussterben bzw. die Bedrohung einer Sprache muss wahrgenommen werden. Die Sprache muss Anwendung im Alltag finden, um ihr Vokabular zu erweitern, Prestige zu erwerben, um schließlich einen autorisierten Gebrauch in der Gesellschaft zu erlangen bzw. wiederzuerlangen. (vgl. Willwer 2006: 50)

Der zweite Schritt umfasst das Handeln von Korpus- und Statusplanung. Die Korpusplanung muss „für alle Bereiche und Medien [eine] ausgebaute Regionalsprache [...] schaffen.“ (Willwer 2006: 50) Folglich eine Normierung von Schrift und Sprache, Festlegung von Nomenklatur und Namen sowie semantische Erweiterungen planen. Die Frage, „welche diatopischen, diachronischen und diastratischen Varietäten in welchem Ausmaß berücksichtigt werden“ (Willwer 2006: 51), muss je nach Fall entschieden werden. Allgemein gilt, die natürliche Form der Sprache nicht durch konstruierte Normen zu verändern oder den Erhalt der Sprache zu gefährden.

Die Statusplanung befasst sich zunächst, falls notwendig, mit der „öffentliche[n] Anerkennung der Regionalsprache“ (Willwer 2006: 51) sowie der Verwendung der Sprache in allen Bereichen: Schule, Verwaltung, Medien, Wirtschaft, Politik

und in den Familien. Die internationale Anwendung einer Regionalsprache ist ebenfalls möglich. (vgl. Willwer 2006: 50-51)

Im dritten Schritt werden die beschlossenen und erarbeiteten Maßnahmen umgesetzt, sowohl in der Politik als auch in Medien, Schulen und Verwaltung. (vgl. Willwer 2006: 51)

Im vierten Schritt sollte das Ergebnis die natürliche Verwendung der Regionalsprache in allen Lebensbereichen sein, also auch außerhalb des Bildungssystems. Damit wäre ein Überleben der Regionalsprache gesichert. (vgl. Willwer 2006: 51)

Modell einer Sprachpolitik zu Gunsten von Regionalsprachen

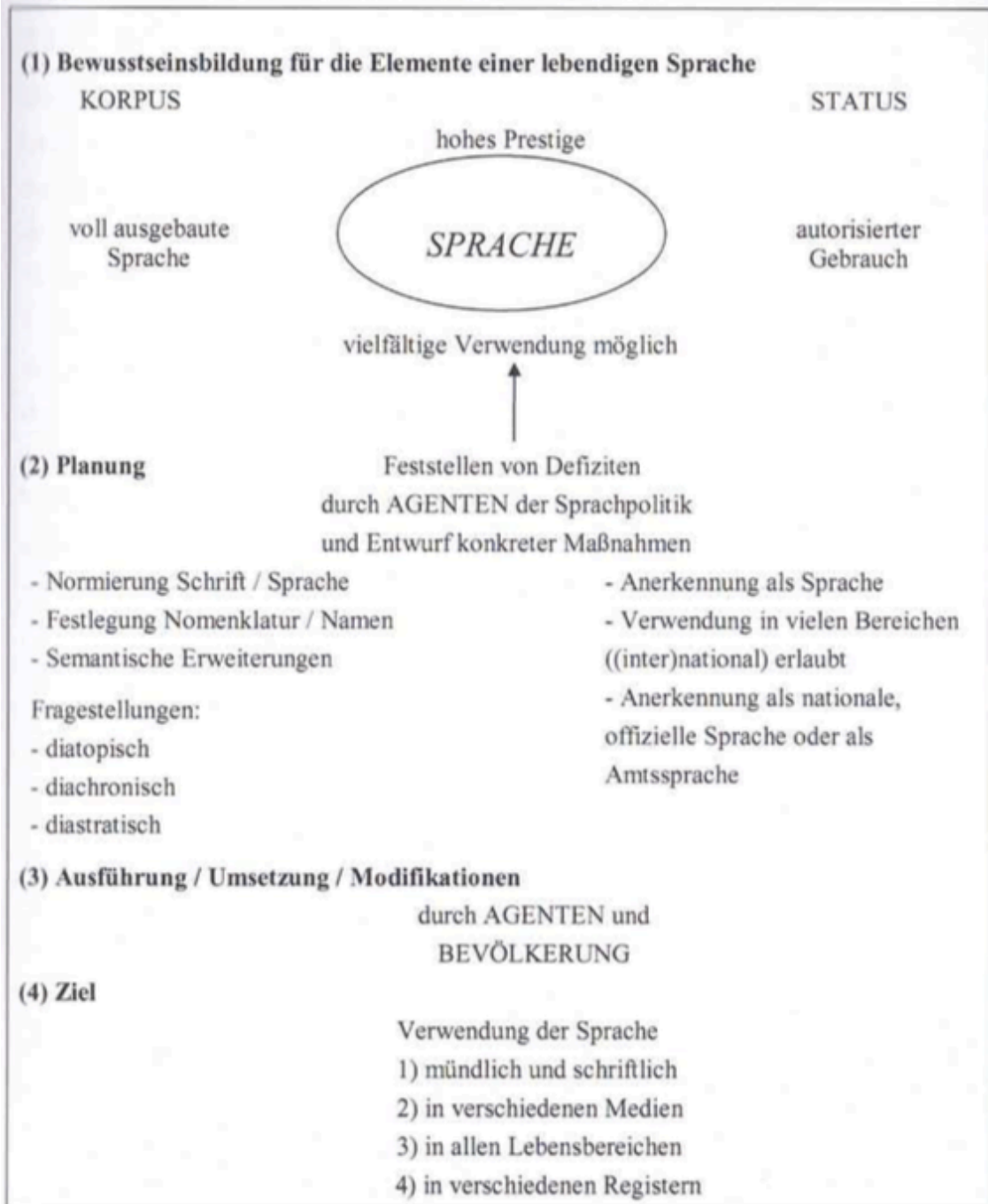


Abbildung 31: Modell einer Sprachpolitik zu Gunsten von Regionalsprachen (Willwer 2006: 53)

Im Kontext der Europäischen Union ⁹⁹ bzw. der europäischen Sprachengemeinschaft sind die Zielsetzungen der europäischen Sprachpolitik der Erhalt der einzelnen Sprachen des Kontinents bzw. der Sprachenvielfalt, die „Bewahrung des gemeinsamen sprachlichen Erbes“ (Willwer 2006: 59), die

⁹⁹ Für weitere Informationen zur Sprachpolitik in der EU siehe: Ammon 2012: Kapitel 28.

Sprachförderung im Hinblick auf den Spracherwerb und mögliche gemeinsame Strategien für den Fremdsprachenunterricht, auch in Bezug auf die Bewertungskriterien. Die EU fördert im Bereich des Spracherwerbs die Umsetzung von ‚Muttersprache plus zwei‘, das Ziel ist eine gute Verständigung, kein muttersprachliches Niveau. Dieses Ziel wird in kleineren EU-Ländern teilweise umgesetzt, in den größeren EU-Ländern sind es meist die Muttersprache und Englisch. Zudem werden sämtliche Dokumente der EU in allen Mitgliedssprachen verfasst und der Bevölkerung zugänglich gemacht. Diese Vorgaben sollen den Zusammenhalt der verschiedenen europäischen Länder, Sprachen und Kulturen festigen, den Arbeitsmarkt verbessern und die Kommunikation verstärken. (vgl. Willwer 2006: 58-60 / Dovalil/ Šichová 2017:25 / Ammon 2012: 589)

Ein Beispiel für konkrete Maßnahmen der europäischen Sprachpolitik ist SOKRATES, ein Aktionsprogramm im Bereich Bildung. Hierbei werden verschiedene Programme durch finanzielle Mittel der EU unterstützt wie beispielsweise das Studentenaustauschprogramm ERASMUS. Andere Programme greifen im Bereich Spracherwerb an Schulen, Aus- und Weiterbildung von Lehrern sowie der Erstellung von Lehrmitteln für den Fremdsprachenunterricht. Ein weiterer Aspekt sind programmatische Aktionen, wie das ‚Europäische Jahr der Sprachen‘ im Jahr 2001. In diesem Zusammenhang wurde auf die europäische Sprach- und Kulturvielfalt aufmerksam gemacht und der Fremdspracherwerb in den Ländern mit diversen Projekten gefördert. Studien, die regelmäßig in den einzelnen EU-Ländern durchgeführt werden, geben Einblicke und Vergleichsmöglichkeiten bezüglich des Sprachverhaltens der Bevölkerung und ihrer Wahrnehmung der eigenen fremdsprachlichen Fähigkeiten. Die sprachlichen Förderungen der EU basieren auf finanziellen Anreizen bzw. Aspekten und sind keine gesetzlich bindenden Vorgaben, die Mitgliedstaaten können freiwillig teilnehmen. Die EU setzt sich zudem für den Erhalt von Regional- und Minderheitensprachen¹⁰⁰ in Europa ein. Der Europarat hat im Zuge der kulturellen Zusammenarbeit in Europa, mit Hilfe der einzelnen Länder, den europäischen Referenzrahmen für Sprachen erarbeitet. (vgl. Willwer 2006: 62-65, 67-68 / Dovalil/ Šichová 2017: 27)

¹⁰⁰ Für weitere Informationen siehe: Willwer 2006: Kapitel 3.

Am Beispiel der Schweiz zeigt sich, dass die Kantone durch die Bildungshoheit an sprachpolitischen Entscheidungen beteiligt sind; wie in den rätoromanischen Sprachgebieten, in denen die Einwohner bilingual aufwachsen und somit den Erhalt bzw. die Verbreitung ihrer Muttersprache beeinflussen können. (vgl. Willwer 2006: 40-41)

5.2 Schweizer Sprachpolitik

„Die Erhaltung der viersprachigen Schweiz“ (Eidg. Departement. des Innern 1989: 313) ist das Hauptziel der Sprachpolitik¹⁰¹. Bestandteile dieser Intention sind die „Gewährleistung der individuellen Sprachenfreiheit“ (ebd.), die Gleichberechtigung der vier Landessprachen auf Bundesebene, die „Förderung der sprachlichen Vielfalt der Schweiz sowie einer angemessenen Vertretung aller Sprachgruppen in sämtlichen Bereichen von Politik, Bildung, Kultur und Öffentlichkeit gesamtschweizerischer Ausrichtung“ (Eidg. Departement. des Innern 1989: 314), die Verständigung zwischen den Sprachgruppen sowie Sprachkenntnisse der anderen Landessprachen, Erhalt von Sprachgebieten und Wahrung der Sprachgrenzen und des Sprachenfriedens, Förderung des Italienischen und des Rätoromanischen sowie ihrer Sprachräume und die Förderung der Zweisprachigkeit. (vgl. Eidg. Departement. des Innern 1989: 313-319)

Für die gegenwärtige Sprachregelung und die diesbezügliche Kompetenzverteilung zwischen Bund, Kantonen und Kommunen sind im Zuge dieses Prozesses drei Arten von Dokumenten von Bedeutung: erstens Bundes- und Kantonerlasse, zweitens die jeweilige Kantonsverfassung und schließlich die übergeordnete Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft [...]. (Willwer 2006: 244-245)

Die Sprachpolitik in der Schweiz besteht aus Sprachenplanung, -pflege und -lenkung. Auf nationaler Ebene greift hauptsächlich der Sprachenartikel, wobei die Kantone den Sprachgebrauch mit Hilfe des Territorialitätsprinzips kontrollieren. Die Schweiz wird, im Gegensatz zu vielen anderen Staaten, nicht durch eine gemeinsame Sprache oder Kultur zusammengehalten, das

¹⁰¹ Die Bundeskanzlei ist für die Umsetzung der Sprachpolitik bezüglich der Amtssprachen zuständig.

Bindeglied ist die Verfassung und ein gewisser Patriotismus. Es gibt keine einheitliche Sprachpolitik für die Deutschschweiz, die Romandie, das Tessin oder Graubünden. Jeder Kanton hat die Hoheit über die Sprachpolitik, sowie Bildung, Gerichtsbarkeit und Verwaltung, natürlich gemäß der Schweizer Verfassung. Dennoch sind die Sprachregionen überregional miteinander verbunden. Die französische Schweiz zeigt sich in vielen politischen Fragen geschlossen, beispielsweise in Bezug auf Europa oder die Bildungs-, Gesundheits- und Einwanderungspolitik. Die Schweiz hat die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen¹⁰² unterzeichnet und schafft dadurch einen zusätzlichen Rahmen für die Förderung und den Erhalt der Minderheitensprachen im Land. Die Eidgenossenschaft betont mit der Annahme dieses Vertrages die Gemeinsamkeiten mit der europäischen Sprachpolitik. Die Schweiz könnte anderen europäischen Ländern umgekehrt auch als Inspiration für den Umgang mit Mehrsprachigkeit dienen. (vgl. Rash 2002: 108 / Papaux 2015: 77-78, 80 / Willwer 2006: 272, 344-345)

„La mise en œuvre d’une politique linguistique suppose le choix entre deux grands modèles, qui peuvent d’ailleurs être combinés: le principe de la territorialité et le principe de la personnalité.“ (Papaux 2015: 79) Der Staat kann entweder am bewährten Prinzip festhalten, also die traditionellen Sprachgrenzen erhalten und die in der Region angestammte und dominante Sprache festlegen und diese als alleinige Amtssprache bei den örtlichen Behörden anbieten, oder die Sprachenfreiheit im öffentlichen Bereich¹⁰³ gewährleisten. In zwei- bzw. mehrsprachigen Kantonen ist die Sprachenfreiheit im Austausch mit der Verwaltung durchaus ein wichtiger Aspekt. In den mehrheitlich einsprachigen Kantonen ist jedoch das Territorialitätsprinzip vorherrschend. Auf Bundesebene kann die Landessprache von den Bürgern frei gewählt werden und muss von der jeweiligen Behörde angewendet werden, auch wenn es sich um eine Minderheitensprache handelt. Das Angebot der mehrsprachigen staatlichen Einrichtungen macht die Schweiz in erster Linie zu einem mehrsprachigen Land, die sprachlichen Fähigkeiten der Einwohner sind für diesen Status nicht von Bedeutung, es handelt sich dabei um eine

¹⁰² Für weitere Informationen siehe: Willwer 2006: Kapitel 5.

¹⁰³ Nur Schweizer Amts- bzw. Landessprachen.

„institutionelle Mehrsprachigkeit“. Zur Ausübung einer Tätigkeit im öffentlichen Bereich sind deswegen Kenntnisse¹⁰⁴ in den Landessprachen erforderlich. (vgl. Papaux 2015: 79-80 / Richter 2005: 295)

5.2.1 Sprachpolitik in einsprachigen Kantonen

In den einsprachigen Kantonen der Schweiz gilt das Territorialitätsprinzip, welches die Verwendung der entsprechenden Landessprache vorgibt.

Im größten französischsprachigen Kanton Waadt ist die offizielle und alleinige Amtssprache Französisch. Sie wird bei Behörden, vor Gericht und in der Schule verwendet. Die anderssprachigen Bewohner müssen sich im öffentlichen Raum der französischen Sprache bedienen. Ab der 5. Klasse¹⁰⁵ wird Deutsch als erste Fremdsprache unterrichtet, die zweite Fremdsprache ist Englisch und danach besteht die Möglichkeit, eine dritte Landessprache zu erwerben, in diesem Fall Italienisch. Zudem besteht die Möglichkeit die Matura zweisprachig, also auf Französisch und Deutsch, abzulegen. An den Universitäten bevorzugt der Kanton die Verwendung der Landessprachen. (vgl. Papaux 2015: 85-86 / McRae 1983: 172)

Im Kanton Genf ist die offizielle Sprache Französisch. Die zweitgrößte Sprachgruppe in Genf ist englischsprachig, weswegen der Kanton mit Nachdruck auf die Verwendung des Französischen im öffentlichen Raum pocht. Die erste Fremdsprache in der Schule ist Deutsch, gefolgt von Englisch. Es besteht die Möglichkeit der zweisprachigen Maturität in den Varianten Französisch-Deutsch oder Französisch-Englisch. (vgl. Papaux 2015: 87)

Im Kanton Neuenburg ist die offizielle Sprache Französisch. Neuenburg ist der einzige einsprachige Kanton der Romandie, der Immersionsunterricht auf Deutsch anbietet. Die Maturität kann zweisprachig auf Französisch und Deutsch abgelegt werden. (vgl. Papaux 2015: 88)

¹⁰⁴ Siehe Kapitel 2.9.

¹⁰⁵ Teilweise veränderte Zählweise der Schuljahre durch HarmoS. Siehe Kapitel 7.1/ 7.2.

Im kleinsten französischsprachigen Kanton Jura¹⁰⁶ ist die offizielle Sprache Französisch. Es existiert eine zweisprachige Gemeinde, in der der Schulunterricht auf Deutsch angeboten wird. Der Kanton setzt sich für die qualitativ hochwertige und korrekte Verwendung der französischen Sprache ein und fördert die Vermeidung von Anglizismen. Die Maturität kann zweisprachig auf Französisch und Deutsch abgelegt werden. (vgl. Papaux 2015: 88-89)

Im Kanton Tessin¹⁰⁷ ist die offizielle Sprache Italienisch. Es wurde per Regierungsbeschluss festgelegt, dass alle Eingaben an den Kanton auf Italienisch verfasst sein müssen. „Le istanze, i ricorsi, ecc. indirizzati al Consiglio di Stato o suoi Uffici e provenienti da enti o persone domiciliate nel Cantone, devono essere redatti in lingua italiana.“ (Foglio Ufficiale in Richter 2005: 975) Die Sprache an den Schulen bzw. Universitäten ist Italienisch, letztere bieten auch vereinzelt Veranstaltungen in anderen Sprachen an. (vgl. Richter 2005: 994)

5.2.2 Sprachpolitik in mehrsprachigen Kantonen

Die einsprachigen Kantone setzen ihre Sprachpolitik mit Hilfe des Sprachengesetzes und des Territorialitätsprinzips um. In den zwei- bzw. mehrsprachigen Kantonen gelten andere Regeln und Voraussetzungen.

Der Kanton Wallis¹⁰⁸ war zunächst mehrheitlich deutschsprachig, wurde aber 1844 gleichberechtigt Deutsch und Französisch, wobei der Anteil der französischsprachigen Bevölkerung größer war und ist. Die Sprachgebiete sind weitestgehend homogen. Heute sind zwei der Nationalräte des Kantons deutschsprachig und drei französischsprachig. Wallis gilt als Vorreiter des frühen Fremdsprachenunterrichts. Schon 1974 wurde die erste Fremdsprache, die jeweils andere Kantonssprache, in der 3. Klasse¹⁰⁹ eingeführt. Englisch wird ab der 5. Klasse unterrichtet. Einige Gemeinden bieten zweisprachige

¹⁰⁶ Für weitere Informationen zum kantonalen Sprachenrecht im Kanton Jura siehe: Richter 2005: Kapitel 8.

¹⁰⁷ Für weitere Informationen zum kantonalen Sprachenrecht im Kanton Tessin siehe: Richter 2005: Kapitel 13.

¹⁰⁸ Für weitere Informationen zum kantonalen Sprachenrecht im Kanton Wallis siehe: Richter 2005: Kapitel 11.

¹⁰⁹ Teilweise veränderte Zählweise der Schuljahre durch HarmoS. Siehe Kapitel 7.2.

Kindergärten und Grundschulen an. Es gibt in Wallis zweisprachige Hochschulen. (vgl. Rash 2002: 35, 109 / McRae 1983: 172-173)

Der Kanton Freiburg¹¹⁰ wechselte mehrmals die Sprache und ist heute mehrheitlich Französisch, Deutsch ist aber ebenfalls Kantonssprache. Freiburg besteht aus sieben Distrikten: fünf französischen, einem deutschen und einem zweisprachigen. Das Territorialitätsprinzip regelt die Verwendung der Sprachen innerhalb des Kantons. In den zweisprachigen Kantonen mit französischer Mehrheit wird die deutsche Sprache bzw. werden die ortsansässigen Deutschschweizer teilweise als Bedrohung für die französische Landessprache wahrgenommen. Der Kanton versucht die Zweisprachigkeit in einzelnen Gebieten bzw. Gemeinden zu vermeiden. „Du point de vue de la langue officielle, chaque commune est soit francophone, soit germanophone.“ (Richter 2005: 675) Dennoch bestehen zweisprachige Gemeinden, wie beispielsweise Murten. Im Schulrecht ist jedoch eine Liste zweisprachiger Gemeinden aufgeführt, die über die entsprechende Schulsprache der Schüler, je nach Wohnort, entscheidet. Über die Jahre gab es immer wieder die Bestrebung der deutschsprachigen Bevölkerung, die deutsche Sprache mehr in den Alltag der Freiburger zu integrieren. Daraufhin wurden nach diversen Volksinitiativen und Abstimmungen die meisten öffentlichen Schilder zweisprachig. Die Festlegung der Sprache dient dem Sprachenfrieden und verhindert eine ständige Verschiebung der Sprachgrenze. Zudem setzt sich eine Arbeitsgemeinschaft für die Rechte der deutschsprachigen Freiburger ein. In Freiburg lernen die Kinder bereits in der Primarstufe die jeweils andere Kantonssprache und somit die zweite Landessprache¹¹¹. Die Freiburger Universität ist ebenfalls zweisprachig. (vgl. Rash 2002: 36 / Papaux 2015: 90-92, 105 / Moser 2020: 21-23 / Richter 2005: 675-678, 709)

¹¹⁰ Für weitere Informationen zur geschichtlichen und sprachgeschichtlichen Entwicklung des Kantons siehe: Papaux/ Andrey/ Cherix/ Villard 2015: S.94-106, sowie Richter 2005: Kapitel 10.

¹¹¹ Im Gegensatz zu einigen Deutschschweizer Kantonen, die sich massiv gegen Frühfranzösisch zur Wehr setzten. Siehe Kapitel 7.2.

Der Kanton Bern¹¹² wurde nach der Abspaltung des Kantons Jura mehrheitlich deutschsprachig, nur ein Bezirk im Kanton Bern ist französischsprachig; zudem gibt es einige zweisprachige Gemeinden. Bern ist der einzige Kanton, der die offizielle Anerkennung der beiden Kantonsprachen, Deutsch und Französisch, in Biel in der Kantonsverfassung niederschreibt und auch offiziell, beispielsweise in der Bieler Stadtordnung, die Zweisprachigkeit bestätigt. Zweisprachigkeit wird im Kanton Bern aktiv gefördert. Dem Berner Jura wird eine Sonderposition eingeräumt, um die Sprache und Kultur der Region zu schützen. Bern sieht sich jedoch als Vermittler zwischen den Sprachgruppen.

La politique linguistique du canton bilingue de Berne tend à assurer l'existence et la coexistence pacifique des communautés germanophone et francophone. [...] Tout en affirmant le caractère bilingue du canton, cette politique consiste à garantir le respect de la répartition territoriale des communautés linguistiques et à équilibrer les intérêts divergents de celles-ci. [...] Le canton de Berne [joue] le rôle de pont entre Suisse alémanique et romande. (Papaux 2015: 110)

Auch die Verwaltung im Kanton Bern ist zweisprachig und verfügt über einen Übersetzungsdienst. In den Berner Schulen wird ab der 5. Klasse¹¹³ die erste Fremdsprache bzw. die jeweils andere Kantonssprache unterrichtet und ab der 7. Klasse Englisch. Die jeweilige Schulsprache orientiert sich an dem Territorialitätsprinzip. Eine Besonderheit ist die Existenz einer französischsprachigen Schule auf deutschem Gebiet, die unter anderem für französisch- bzw. italienischsprachige Kinder von Beamten und Diplomaten vorgesehen ist. Die Hochschule in Biel ist zudem zweisprachig. (vgl. Rash 2002: 37 / Papaux 2015: 110-112 / Moser 2020: 29-30 / Richter 2005: 593, 607-609)

Der Kanton Graubünden¹¹⁴ stellt mit seinen drei Sprachen einen Sonderfall dar. Deutsch dominiert seit 1880, das Sprachengesetz sollte das Rätoromanische zuungunsten des Deutschen bestärken, aber leider ohne Erfolg. Die rätoromanischsprachige Bevölkerung ist weitgehend zweisprachig und erlernt Deutsch schon in jungen Jahren, wodurch häufig eine muttersprachliche

¹¹² Für weitere Informationen zum kantonalen Sprachenrecht im Kanton Bern siehe: Richter 2005: Kapitel 9.

¹¹³ Teilweise veränderte Zählweise der Schuljahre durch HarmoS. Siehe Kapitel 7.2.

¹¹⁴ Für weitere Informationen zum kantonalen Sprachenrecht im Kanton Graubünden siehe: Richter 2005: Kapitel 12.

Kompetenz entsteht. Die drei Landessprachen haben in der Kantonsverfassung eine gleichberechtigte Stellung. Im Sprachenartikel des Bundes wird die Existenz aller drei Sprachen in Graubünden sowie der Erhalt des Rätoromanischen gesichert. Ein sprachpolitisches Mittel zur Existenzsicherung des Rätoromanischen war die Schaffung des Rumantsch grischun¹¹⁵. In Graubünden können die Gemeinden, im Gegensatz zu den anderen mehrsprachigen Kantonen, die Sprachgebiete und somit die jeweilige Schulsprache festlegen. Die Schulsprache entspricht der Sprache der Gemeinde. (vgl. Rash 2002: 37 / Richter 2005: 858, 874, 882, 886, 894, 911)

5.2.3 Sprachenfrieden

Der Sprachenfrieden ist ein wesentlicher Aspekt der öffentlichen Diskussion der Schweizer Sprachenpolitik. Nachdem der innere Zusammenhalt der Sprachgemeinschaften im ersten Weltkrieg zeitweise instabil geworden war, wurde der Frieden beispielsweise durch die Anerkennung des Rätoromanischen als vierte Landessprache im Jahr 1938 gefestigt. Im Laufe der Jahrzehnte war der Sprachenfrieden immer wieder gefährdet, so auch während der Jurakrise oder durch die Debatte über den Röstigraben¹¹⁶. (vgl. Altermatt 2008: 298-299)

Der Sprachenfrieden sollte jedoch nicht das Interesse an der Förderung der Mehrsprachigkeit schmälern bzw. in den Hintergrund drängen. Die Sprachenpolitik sollte trotz dieses ‚vermeintlichen‘ Friedens die Kommunikation der einzelnen Sprachgruppen bestärken und den sprachlichen Minderheitenschutz unterstützen. (vgl. Altermatt 2008: 300-302)

Bis zum Untergang der Alten Eidgenossenschaft 1798¹¹⁷ war die Schweiz deutschsprachig und die anderen heutigen Landessprachen wurden in einigen Untertanengebieten gesprochen. Napoleon stellte die Sprachen in der Verfassung gleich und verhalf so den vier Landessprachen ohne Konflikte und Kampf zu einem gleichberechtigten Status, welcher die heutige „friedliche Koexistenz der vier Landessprachen“ (Dürmüller 1996: 12) erklärt. Die verfassungsmäßig bestimmte Gleichberechtigung der Landessprachen¹¹⁸ ist

¹¹⁵ Siehe Kapitel 4.6.

¹¹⁶ Siehe Kapitel 2.8.

¹¹⁷ Siehe Kapitel 2.2 und 2.3.

¹¹⁸ Siehe Kapitel 2.8.

entscheidend für die Wahrung des Sprachenfriedens. Die freie Sprachenwahl¹¹⁹ ist ebenfalls ein wichtiges Konzept der Eidgenossenschaft, welches allerdings nicht im Gesetz niedergeschrieben wurde, aber dennoch einen festen und wichtigen Bestandteil des Sprachenfriedens darstellt. Zudem ist die Förderung und Wahrung der Minderheitensprachen eine wichtige Komponente. Ein weiterer Aspekt ist die religiöse Durchmischung der Sprachgruppen. Es gibt verschiedene religiöse und sprachliche Konstellationen, die die Grundlage für ein harmonisches Zusammenleben bilden. Darüber hinaus ist die Dezentralisierung bzw. die kantonale Hoheit in verschiedenen Bereichen, wie der Bildung und der Sprachenwahl ein entscheidender Baustein zur Erhaltung des Friedenszustands. Im Gegensatz zu anderen zwei- oder mehrsprachigen Ländern gefährden in der Schweiz somit keine alten sprachlichen Konflikte den Sprachenfrieden. (vgl. Dürmüller 1996: 12 / Rash 2002: 32-33 / Schmid 2001: 137-139)

Die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung trägt zum nationalen Sprachenfrieden bei. Der Sprachenfrieden ist neben der Mehrsprachigkeit ein Ziel der schweizerischen Sprachenpolitik. (vgl. Altermatt 2008: 307)

Une réglementation plus nuancée et détaillée de nature à favoriser la paix linguistique et la reconnaissance des droits de communautés linguistiques différentes est en revanche nécessaire dans les cantons où coexistent plusieurs langues nationales autochtones, comme dans les cantons Fribourg et du Valais. (Papaux 2015: 83)

Die Sprachenplanung ist ein weiteres Ziel der Sprachpolitik. Die verschiedenen Sprachgruppen sollen gleich behandelt werden. Ausländische Sprachen in der Schweiz, die von Einwanderern gesprochen werden, werden teilweise auch berücksichtigt, neben der immer dominanteren Rolle des Englischen. In vielen mehrsprachigen Ländern stellen soziale, politische und wirtschaftliche Unterschiede ein Konfliktpotenzial zwischen einzelnen Sprachgruppen dar. In der Schweiz bestehen zwar wirtschaftliche Metropolen wie beispielsweise Zürich, insgesamt besitzt das ganze Land aber eine florierende Ökonomie in verschiedenen Industrie- und Geschäftsbereichen. Dennoch besteht eine

¹¹⁹ Siehe Kapitel 3.3.

Abgrenzung des deutschen und französischen Sprachraums. „Die Sprachgemeinschaften leben in einer friedlichen, aber passiven ‘Koexistenz’ zusammen [...]“ (Rash 2002: 31) Für eine starke und nachhaltig bestehende, nationale Identität wäre ein aktiver kultureller Austausch der Sprachgruppen erforderlich bzw. sinnvoll. Bei politischen Abstimmungen sind häufig in den deutschen bzw. französischen Kantonen genau gegensätzliche Meinungen vertreten, die sich nach Ansicht von Hanspeter Kriesi auf die unterschiedlichen Sprachen zurückführen lassen, kulturelle Unterschiede könnten jedoch auch ein Grund für die abweichenden Ergebnisse sein. Dennoch findet die Schweiz eine Balance zwischen den einzelnen Gruppen. (vgl. Rash 2002: 30-32)

„The Helvetic strength lies in its solutions to the tensions in the three principles of equality: between individuals, between cantons, and between language groups.“ (Schmied 2001: 143)

5.2.4 Sprachenfrage

Die Sprachenfrage beschäftigt sich im Allgemeinen mit der „[...]Bedeutung eine[r] bestimmte[n] Sprache für die staatliche Ordnung, d.h. für die Formation der Gesellschaft [...]“ (Richter 2005: 59) Im Bezug auf die Schweiz steht besonders die Relevanz des Französischen und der minderheitlich vertretenen italienischen und rätoromanischen Sprechergruppen im Fokus. Zunächst spielte die Sprache und die kulturelle Identität Ende des 19. Jahrhunderts eine Rolle, im Zuge der Bildung einer mehrsprachigen Nation. Die größte Konkurrenz entstand durch die zunehmende Zahl der Französischsprecher und die leicht sinkenden Anteile der deutschen Sprache ¹²⁰. Insgesamt sind die Deutschschweizer eher bereit mit den Romands Französisch zu sprechen als umgekehrt, dies mag aber an der Mundart liegen, da in der Romandie Hochdeutsch unterrichtet wird. Die weitere Entwicklung in diesem Bereich bleibt nach der vollständigen Umsetzung der Bildungsreform abzuwarten. (vgl. Richter 2005: 80-81 / Rash 2002: 40 / Schmied 2001: 136)

Die Sprachenfrage wird öffentlich in der Presse diskutiert und bietet Raum für Diskurse und Analysen von Experten. (vgl. Jurt 2008: 206)

¹²⁰ Siehe Kapitel 2.8.

Der Schweizer Schriftsteller Friedrich Dürrenmatt äußerte sich im Jahr 1990 zur sprachlichen und kulturellen Situation der Schweiz wie folgt:

Ich glaube, daß [sic] der Schweizer in Gefahr steht, dieses Experiment [,als welches er das Zusammenleben der vier Kulturen betrachtet,] zu verspielen. Die Stärke der Schweiz, ihre Chance, bestand in der Übersichtlichkeit, im Zusammenspiel ganz verschiedener Sprachen, eigentlich in dem, was wir immer an der Schweiz lobten. Aber ich sehe immer mehr, daß [sic] wir dieses Experiment nur scheinbar verwirklicht haben, daß [sic] die Welschschweizer und die Deutschschweizer, aber auch die Tessiner, gar nicht zusammen leben, sondern nebeneinander leben. (Dürmüller 1996: 30)

5.2.5 Methoden der Sprachlenkung

Bildung fällt in der Schweiz in den Bereich der einzelnen Kantone. Aus diesem Grund können Gesetze und Bestimmungen auf nationaler Ebene nur bedingt den Sprachgebrauch lenken. Formelle Arbeitsgruppen und Gremien greifen auf dieser Ebene. Ein Beispiel ist die Schweizerische Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)¹²¹ sowie das Bundesamt für Kultur (BAK). Diese Gruppen bzw. Institutionen erarbeiten mit Hilfe staatlicher Fördergelder Statistiken und forschen im Bereich Sprachzustand und beeinflussen so die regionale und nationale Gesetzgebung, wie auch im Falle der Bildungsreform¹²². Der EDI-Bericht¹²³ ist wegweisend für die Sprachlenkung und beleuchtet die Verständigung der Schweizer Sprachgruppen sowie die Diglossie in der Deutschschweiz, in Bezug auf die Medien und das Bildungssystem. Die Mundart führt nach Angaben der EDK zu Kommunikationsproblemen innerhalb der Schweiz und die zunehmende Dominanz des Englischen beeinflusst den Erwerb einer zweiten Landessprache sowie die Mehrsprachigkeit nachhaltig. Die EDK spricht sich außerdem für Hochdeutsch im Schulunterricht und den Medien aus, wobei die Medien, Rundfunk und Fernsehen, diese Vorgabe kaum umgesetzt haben. Zudem wären die Möglichkeit eines Schüleraustausches in eine andere Sprachregion und der Zugang zum Schweizerdeutschen für Migranten wünschenswert. (vgl. Rash 2002: 38-40)

¹²¹ Die EDK übernimmt die politische Koordination des Bildungssystems in den Bereichen Bildung, Erziehung, Kultur, Sport und wird aus Regierungsratsmitgliedern aus allen Kantonen zusammengesetzt. (vgl. Henseler Stierlin 2015: 37).

¹²² Siehe Kapitel 7.2.

¹²³ Bericht des Eidgenössischen Departements des Innern.

Ein weiterer Aspekt der Sprachpolitik ist die Sprachpflege. Sie wird hauptsächlich durch Vereine¹²⁴ oder Gesellschaften betrieben, die die Reinheit, Normen und den Gebrauch der Sprachen, beispielsweise der Deutschschweizer Mundart, überwachen bzw. verbessern. (vgl. Rash 2002: 108)

6. Zweitspracherwerb

Im Schweizer Bildungssystem ist der Zweit- bzw. Fremdspracherwerb von zentraler Bedeutung. Der Erwerb einer zweiten Landessprache bzw. einer anderen Fremdsprache ist in der obligatorischen Schule verpflichtend und wird deshalb im Rahmen dieser Arbeit mit Hilfe einer empirischen Untersuchung genauer betrachtet. Verschiedene Unterrichts- bzw. Lehrmethoden können im Fremdspracherwerb eingesetzt werden, je nach Unterrichtsziel, Schulstufe und Schülerkreis. Die nachfolgenden Informationen zum Fremdspracherwerb sowie zu den Lehr- und Lernsituationen bilden die theoretische Grundlage und die notwendige Voraussetzung für die Auswertung der durchgeführten Studie.

Der Fremdspracherwerb beschreibt einen Prozess, bei dem eine oder weitere Sprachen erworben werden. Jede nach der Erstsprache (L1) erlernte Sprache wird als Zweitsprache (L2) bezeichnet. Die Zweitspracherwerbstheorien untersuchen die Voraussetzungen, wie beispielsweise die Bildungsmöglichkeiten und die Motivation sowie Prozesse, die für einen erfolgreichen Spracherwerb benötigt bzw. durchlaufen werden.

Der Erwerb einer Fremdsprache ist ein komplexer Vorgang, der auf dem Wege der Verarbeitung der Zeichen der Zielsprache mit denen der Muttersprache und anderer bekannter Sprachen erfolgt. Neusprachliche Inputs werden aufgenommen und, anhand des Vorwissens der Lernenden, aufbereitet und ausgelegt. Die zu erlernende Sprache und die bereits erlernten Sprachen [...] sind als Bestandteil eines offenen Systems zu betrachten, in dem Elemente einer Sprache analog in einer anderen verwendet werden können. (Moneta Mazza 2008: 153)

¹²⁴ Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache. Siehe Kapitel 2.8.

Die neuere Zweitspracherwerbsforschung wird seit Mitte des 20. Jahrhunderts betrieben; mit Hilfe verschiedener Methoden bzw. Hypothesen werden das Lernverhalten sowie Lernerfolge und mögliche Einflussfaktoren auf den Lerner überprüft. Es bestehen zahlreiche Theorien, denen diverse wissenschaftliche Ansätze zugrunde liegen.

Untersuchungen in den Bereichen Bilingualismus, Immersion, Fremdsprachenunterricht und -didaktik nutzen ebenfalls die theoretischen Grundlagen und Annahmen der Zweitspracherwerbstheorien. In den letzten Jahren wurden alternative Methoden wie beispielsweise der *Natural Approach* entwickelt, der auf das ‚natürliche‘ Erlernen einer Sprache, ohne Grammatikunterricht, ausgelegt ist.

6.1 Schlüsselkonzepte und Probleme des Zweitspracherwerbs

Die Spracherwerbstheorien umfassen einige Schlüsselkonzepte und daraus resultierende Probleme, die grundlegend für das Verständnis und das Funktionieren der Methoden sind. Für einen erfolgreichen Zweitspracherwerb sind verschiedene Voraussetzungen und Einflussfaktoren von Bedeutung, vor allem das Lernverhalten, Bildungsmöglichkeiten, Lernerfolge und kontextabhängige Faktoren wie Interesse und Motivation. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 1-2)

Ein frühes Modell von Spolsky aus dem Jahr 1989 beschreibt die kontextabhängigen Faktoren, lernerspezifische Unterschiede sowie die Möglichkeiten und Ergebnisse der Lerner. In den Kästchen werden die Faktoren vorgestellt, die für das Erlernen relevant sind. Eine Veränderung dieser Variablen kann sowohl positiven als auch negativen zu Abweichungen der Lernergebnisse führen. Die Pfeile kennzeichnen den gegenseitigen Einfluss der Faktoren. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 3-4)

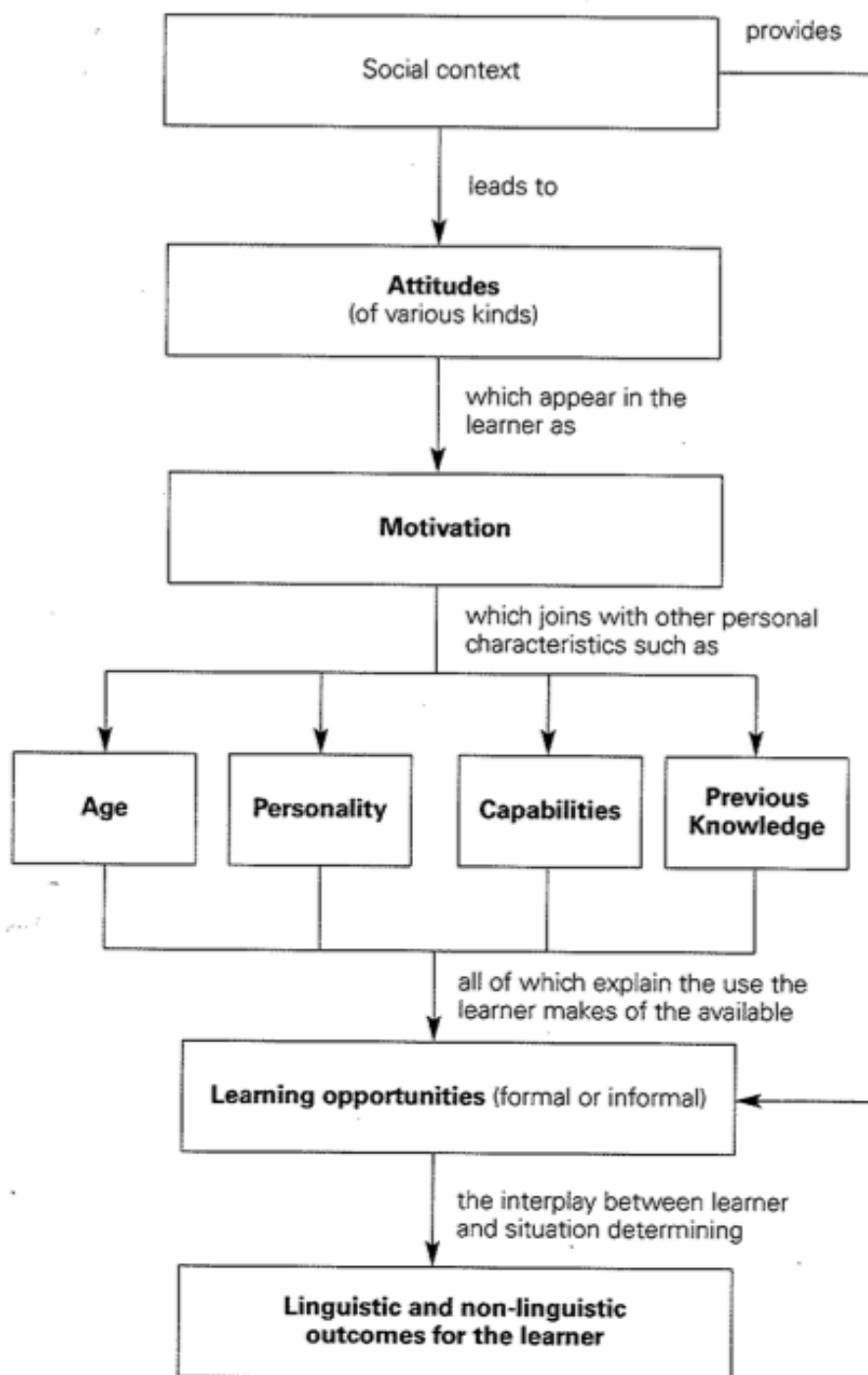


Abbildung 32: Spolsky's General Model of Second Language Learning (vgl. Spolsky 1989: 28)

Das soziale Umfeld, die Einstellung, die Motivation sowie Alter, Charakter, Fähigkeiten und Vorkenntnisse wirken sich nach Spolsky auf die Leistung der Lerner aus. Seit den 1990er Jahren wird das Modell jedoch kritisiert. Es beschäftigt sich demnach nur mit der Kognition des Lerners und vernachlässigt

beispielsweise soziokulturelle Dimensionen des Lernens. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 5)

6.1.1 Sprachniveau

Die Sprache bzw. das Sprachniveau sind für einen erfolgreichen Zweitspracherwerb von besonderem Interesse. Die Sprache ist ein vielschichtiges Kommunikationsmedium, bestehend aus den Elementen: Phonologie, Syntax, Morphologie, Lexik, Semantik, Pragmatik und Rede. Diese Grundlage – die Sprache – ist die Voraussetzung für alle Hypothesen. Verschiedene Theorien gehen davon aus, dass grammatische Strukturen angeboren sind und nicht erlernt werden müssen. Andere Ansätze unterstützen den Zusammenhang bzw. die Abhängigkeit von Grammatik und Lexik. Die meisten Zweitspracherwerbstheorien betrachten die Kontrolle von Syntax und Morphologie als wesentlichen Bestandteil des Zweitspracherwerbs. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 6-7)

6.1.2 Sprachenlernprozess

Die aktive Ausübung einer Sprache ist notwendig, um eine kommunikative Kompetenz zu entwickeln. Affektive Faktoren, wie Motivation als positive Verstärkung und Angst als hemmender Faktor, haben Auswirkungen auf die Schnelligkeit dieses Prozesses. Der Verlauf des Zweitspracherwerbs gestaltet sich anders als der Erstspracherwerb; mit Ausnahme von einem multilingualen Umfeld in Grenzgebieten und in Ländern mit mehreren Amtssprachen. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 11)

Die Lernentwicklung beim Zweitspracherwerb hat ebenfalls einen bestimmten Verlauf. Dieser ist jedoch nicht systematisch oder kontinuierlich, sondern ein variabler Prozess. Am Beispiel von verneinten Sätzen lässt sich die Bildung einer grammatischen Struktur über mehrere Schritte erkennen. Zunächst setzt der Lerner die Verneinung an den Satzanfang, „no you are playing here“ (Mitchell, Myles, Marsden 2013: 13). Im zweiten Schritt setzt der Lerner die Verneinung in den Satz ein, „Mariana not coming today“ (ebd.). Im dritten Schritt beginnt der Lerner Hilfsverben zu konjugieren und verwendet die korrekte Verneinung, „I can't play that *one*“ (ebd.).

Der systematische Spracherwerb weist in den frühen Phasen Parallelen zum Erstspracherwerb auf; die Schnelligkeit und Frequenz, in der die Sprache

angewandt wird, unterscheidet sich jedoch deutlich. Diese Unbeständigkeit im Lernprozess ist bei Erwachsenen aufgrund des Kurzzeitgedächtnisses ausgeprägter als bei Kindern. Die Muttersprache beeinflusst L2, dies geschieht besonders bei nahe verwandten Sprachen in Bezug auf Verständnis und Produktion der Sprache, dies kann sich sowohl positiv als auch negativ auswirken. Dieser Sprachtransfer wird beispielsweise durch *False Friends* deutlich. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 13-14, 16 / Ellis 1994: 301 / Towell/Hawkins 1994: 7)

Die Fähigkeiten der Lerner lassen sich durch den von John B. Carroll entwickelten Sprachtest *Modern Language Aptitude Test (MLAT)*¹²⁵ untersuchen. Die Lerner werden in vier Bereichen überprüft:

1. *Phonetic coding.*
2. *Grammatical sensitivity.*
3. *Inductive language learning ability.*
4. *Associative memory abilities.*

(vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 21)

In der ersten Kategorie werden die Fähigkeiten, Laute in Verbindung mit ihrer schriftlichen Form zu erlernen, beobachtet; die zweite Kategorie betrachtet das Erkennen grammatischer Funktionen innerhalb eines Satzes; die dritte Kategorie fokussiert die Fähigkeit, grammatische Muster induktiv zu erkennen, und die vierte Kategorie überprüft die Fähigkeit des Auswendiglernens. Das Ziel des Tests bestand darin, eine Verbindung zwischen der Entwicklung von L1 und der Kompetenz in L2, im Rahmen des Schulunterrichts, zu ermitteln. Neuere Studien bestätigen, dass gute Fähigkeiten in L1 die Kompetenz in L2 deutlich steigern bzw. die Lerngeschwindigkeit erhöhen. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 21)

¹²⁵ Dieser Test spiegelt die behavioristische Spracherwerbtheorie der 1950er Jahre wider: siehe Kapitel 6.2.

6.1.3 Lernstrategien

Durch die folgenden Lernstrategien kann das Lernziel bzw. können die angestrebten Sprachkenntnisse deutlich schneller und leichter erreicht bzw. erworben werden:

1. Die Gedächtnisstrategie: durch mentale Bilder werden das Erinnerungsvermögen und die Gedächtnisleistung verbessert.
2. Die kognitive Strategie: analysieren und schlussfolgern wird erleichtert.
3. Die Ausgleichstrategie: fundierte Vermutungen werden ermöglicht.
4. Die metakognitive Strategie: die Selbsteinschätzung wird verbessert, Aufgaben und Ziele können festgelegt werden.
5. Die affektive Strategie: Risikobereitschaft in Bezug auf sprachliche Kommunikation wird gesteigert.
6. Die soziale Strategie: die Zusammenarbeit mit Kollegen verbessert die eigene Kompetenz sowie die der gesamten Gruppe.

(vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 22)

Die Strategien ermöglichen den verschiedenen Lerntypen einen individuell angepassten Spracherwerb, der mit der entsprechenden Methode schneller und effizienter zum Ziel bzw. zu verbesserten Lernleistungen führen kann.

6.1.4 Motivation, Angst und Kommunikationsbereitschaft

Das komplexe Konzept der Motivation ist bezüglich des Zweitspracherwerbs ebenfalls von zentraler Bedeutung und kann über Erfolg oder Misserfolg des Spracherwerbs entscheiden. Die Motivation besteht aus drei wesentlichen Bestandteilen: dem Wunsch, das gesetzte Ziel zu erreichen, zielorientierte Anstrengungen zu unternehmen sowie Zufriedenheit mit den Ergebnissen herzustellen. Kanadische Studien ergaben, dass die Lernergebnisse der Schüler, in Bezug auf den Zweitspracherwerb, durch die entsprechende Motivation deutlich gesteigert werden. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 23)

Angst ist ebenfalls ein Phänomen, das häufig mit dem Spracherwerb verbunden ist. Außerhalb, manchmal auch innerhalb, des Klassenraums bzw. des Sprachunterrichts, fällt es Schülern zunächst schwer, die Zweitsprache zu sprechen. Gründe für dieses Verhalten können Versagensängste sein. Diese Ängste hemmen die Motivation und die sprachliche Kommunikationsfähigkeit

und wirken sich negativ auf den Lernprozess aus. Die Kommunikationsbereitschaft, der Wille und das Selbstbewusstsein, sich durch L2 mitzuteilen, ist von besonderer Bedeutung für die Sprachkompetenz und die Entwicklung des Lernprozesses. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 24)

6.1.5 Ziel und Fehler der Lerner

Das Ziel des Zweitspracherwerbs ist, entsprechend der Zielsetzung, eine schriftliche und mündliche Sprachkompetenz in L2 zu erlangen. Entscheidend für den erfolgreichen Spracherwerb, unabhängig vom Alter des Lerner, sind: gut ausgebildete Lehrer, das Zahlenverhältnis zwischen Schülern und Lehrern für jede Klassenstufe sowie geeignete Unterrichtsmaterialien. (vgl. Porcar 2013: 34)

Die häufigsten Fehler der Lerner sind Grammatikfehler in der Syntax und Fehler in der Verwendung der Vokabeln. Die Schüler verwenden im Vergleich zu Muttersprachlern keine natürlichen Sprachkonstruktionen. Fehler entstehen sowohl beim Hör- oder Leseverständnis als auch bei der eigenen Sprachproduktion. Die Art des Fehlers ist eine wichtige Information für den Lehrer, in Bezug auf die Sprachentwicklung, die verwendeten Lehr- und Lernmaterialien sowie die Lerngeschwindigkeit der Schüler. Es kann zwischen zwei psycholinguistischen Fehlerkategorien unterschieden werden. Zum einen die Fehler im Bereich Kompetenz, die auf Probleme bei der Umsetzung des Gelernten, interlinguale Schwächen oder einmalige Verwechslungen zurückzuführen sind. Zum anderen Ausführungsfehler, die durch Verarbeitungsprobleme oder Mängel bei der Kommunikationsstrategie entstehen. (vgl. Ó Duibhir 2009: 50-51 / Ellis 1994: 47-48, 58)

Insgesamt ist die Korrektur der Fehler und ein ‚Feedback‘ durch die Lehrer notwendig, um die Normen der Zielsprache zu erlernen und die interlingualen Fähigkeiten zu verbessern. Die Kommunikation in der Zweitsprache und mögliche Korrekturen festigen grammatische Strukturen und tragen zur Einprägung des Erlernten bei. (vgl. Ó Duibhir 2009: 53)

Der Fokus des Unterrichts liegt zunächst auf der Förderung der Kommunikation in der Zweitsprache. Auf diesem Niveau sollen besonders das Interesse und der Spaß der Lerner an der Sprache gefördert werden, um auf lange Sicht einen erfolgreichen Spracherwerb zu ermöglichen. (vgl. Ó Duibhir 2009: 51-53)

6.2 Neuere Geschichte der Zweitspracherwerbsforschung – ein Auszug

Die neuere Geschichte der Zweitspracherwerbsforschung der letzten 60 Jahre gibt Einblicke in die Ursprünge und die Entwicklungen relevanter Spracherwerbtheorien und deren Auswirkungen bzw. Einflüsse auf die aktuelle Theorienbildung.

Der Zweitspracherwerb war zu Beginn, in den 1950er und 1960er Jahren, eine Begleiterscheinung des Fremdsprachenunterrichts. Die Methoden waren jedoch veraltet und die Ergebnisse nicht zufriedenstellend. Zunächst wurden zur Verbesserung des Unterrichts die Grundlagen des von Palmer um 1920 entwickelten Strukturalismus angewandt. Dieser besagt, dass das Sprechen einer Sprache durch den Erwerb bestimmter Sprachmuster, wie Redewendungen, erlernt werden kann. Der Unterricht sollte nach einem strukturierten Lehrplan mit einer schrittweisen Steigerung, der induktiven Vermittlung von Grammatik und nach dem Prinzip der Fehlervermeidung durch Wiederholung verlaufen. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 28)

Die prägende Zweitspracherwerbtheorie dieser Zeit war jedoch der Behaviorismus. Berühmte Vertreter waren unter anderem Skinner und Watson, die das Erlernen von Sprachen als Prozess der Konditionierung¹²⁶ nach einem Reiz-Reaktionsmuster ansahen; um bestimmte Reaktion zu erhalten, wurden die Reize, zum Beispiel durch Belohnungen, positiv verstärkt. Die Reaktion wurde durch Wiederholung soweit verinnerlicht, bis der Reiz nicht mehr nötig war, um sie auszulösen. Im Fall des Spracherwerbs bedeutet das, dass die Sprache durch ständige Übung erlernt und Fehler sofort korrigiert werden müssen. Diese Methode wurde von Chomsky kritisiert. Kinder lernen demnach

¹²⁶ Beispiel: Pawlowscher Hund.

keine Sätze auswendig, sondern entwickeln neue Sätze durch ihre internalisierten Regeln. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 28-31)

Larry Selinker führte im Jahr 1972 die Fehleranalyse und Interimssprache ein. Demnach gehen ein Drittel aller Fehler in L2 auf L1 zurück. Zwei Drittel der Fehler sind durch die Interimssprache verursacht. Diese beschreibt die verschiedenen Sprachstufen eines Sprechers, der noch keine muttersprachlichen bzw. vergleichbaren Kompetenzen vorweisen kann. Die unterschiedlichen Interimsstufen erklären sich durch interlinguale Interferenzen und sind bei der Analyse in der Fehlerlinguistik von Interesse. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 35-36)

Ende der 1970er Jahre entwickelte der US-amerikanische Linguist Krashens das *Monitor Model*, ein Model zur Überprüfung des Zweitspracherwerbs, dass auf fünf Hypothesen basiert.

1. *Acquisition-Learning Hypothesis*.

2. *Monitor Hypothesis*.

3. *Natural Order Hypothesis*.

4. *Input Hypothesis*.

5. *Affective filter Hypothesis*.

(vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 41)

Bei der Acquisition-Learning Hypothese wird der Spracherwerb als Ergebnis eines natürlichen Umgangs mit der Sprache angesehen. Das Lernen erfolgt im Klassenraum durch die Vermittlung von grammatischen Regeln. Die Monitor Hypothese beschreibt den Spracherwerb als spontane und flüssige Verwendung der Sprache; Lernen wird als Kontrolleinheit betrachtet. Bei der Natural Approach Hypothese werden Regeln in einer vorgesehenen Reihenfolge, die nicht durch den Schwierigkeitsgrad festgelegt wird, ähnlich wie beim Erstspracherwerb gelernt. Die Input Hypothese ist ein zentraler Aspekt des Zweitspracherwerbs. Neues Wissen wird, teilweise unbewusst, in den vorhandenen sprachlichen Wissensbestand eingefügt. Wenn der Input verstanden wird, ist die benötigte Grammatik automatisch vorhanden. Insgesamt ist die zu erlernende Sprache dem Lernen immer einen Schritt

voraus; der Lerner befindet sich auf Level i und die Sprache auf Level i + 1. Die Affective Filter Hypothese beleuchtet mögliche Beeinträchtigungen des Zweitspracherwerbs, beispielsweise durch Emotionen oder eine negative Einstellung. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 41-45 / Towell/Hawkins 1994: 25-27)

Die Entwicklungen der Zweitspracherwerbsforschung in den 1980er Jahren markieren einen Wendepunkt. In dieser Zeit wurde die Grundlage für viele Theorien, die bis heute angewandt oder ergänzt werden, geschaffen. Long veröffentlichte die Interaktions- und Output Hypothese, welche die Kommunikation sowie die Kommunikationsmöglichkeiten der Lerner untersucht und analysiert, um die Sprachkompetenz zu verbessern bzw. zu erweitern. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 46-48)

6.3 Zweitspracherwerbstheorien – eine Übersicht

Die Zweitspracherwerbstheorien betrachten unterschiedliche Aspekte des Lernens bzw. der Lerner und entwickeln Methoden zur optimalen Etablierung der Sprachkompetenz. Im Folgenden werden verschiedene Theorien genauer vorgestellt.

6.3.1 Critical Period Hypothesis

Die von Eric Lenneberg entwickelte *Critical Period Hypothesis (CPH)* untersucht die Sprachverarbeitung im menschlichen Gehirn und die altersabhängige Fähigkeit, eine Zweitsprache akzentfrei zu erlernen. Das ‚optimale Alter‘, um eine Zweitsprache auf muttersprachlichem Niveau zu erwerben, ist nach Lennebergs Theorie das 12. Lebensjahr. Es herrscht jedoch in Expertenkreisen Uneinigkeit über das ideale Alter für den Zweitspracherwerb, das je nach Theorie zwischen 5 und 15 Jahren variiert. (vgl. Porcar 2013: 23-24)

Neurological material strongly suggests that something happens in the brain during the early teens that changes the prosperity for language acquisition. We do not know the factors involved, but it is interesting that the critical period coincides with the time at which the human brain attains its final state of maturity in terms of structure, function, and biochemistry (electroencephalographic patterns slightly lag behind, but become stabilized by

about 16 years). Apparently the maturation of the brain marks the end of regulation and locks certain functions into place. (Lenneberg 1969: 639)

Die Sprache sollte aufgrund der Gehirnentwicklung vor der Pubertät erworben werden, da die Aufnahmefähigkeit von grammatischen Strukturen während dieser Zeit erschwert wird. Der Zweitspracherwerb ist nach der vollständigen Entwicklung des Gehirns wieder unter leichteren Bedingungen möglich; das Erreichen eines muttersprachlichen Niveaus ist jedoch nur in wenigen Fällen realisierbar. (vgl. Lenneberg 1969: 639 / Ellis 1994: 201)

6.3.2 Independent Development Hypothesis

Die von Bergman entwickelte *Independent Development Hypothesis* untersucht die Spracherwerbsfähigkeiten aufgrund der Verwandtschaft der Sprachen. Entspringen die Erst- und Zweitsprache eines Lerners der gleichen Sprachfamilie, können die Sprachen durch die Verwandtschaft und Gemeinsamkeiten einfacher erworben werden. Ein Kind kann zwischen den Sprachen unterscheiden und entwickelt für jede Sprache ein eigenes System. Bei Erwachsenen werden Erst- und Zweitsprache durch verschiedene Gehirnaktivitäten verarbeitet, wobei L2 in den kognitiven Lernprozess eingebunden wird. (vgl. Porcar 2013: 25)

6.3.3 Kognitiver Ansatz

Die kognitiven Spracherwerbstheorien untersuchen das Lernen anhand der Auseinandersetzung des Lerners mit seiner Umwelt. Der Spracherwerb wird im Gegensatz zu behavioristischen Theorien als kreativer Prozess angesehen, bei dem neues Wissen auf der Basis von vorhandenem Wissen verarbeitet wird. Individuelle Informationsverarbeitungs-, Denk- und sonstige Verarbeitungsprozesse werden analysiert. Die zentrale Frage in der kognitiven Forschung ist: „to what extent can general cognition explain SLA¹²⁷ phenomena, without the need to define a predetermined linguistic architecture within the brain?“ (Mitchell, Myles, Marsden 2013: 98) Inwieweit kann das ‚Phänomen‘ des Zweitspracherwerbs ohne die Definition der linguistischen Konstruktion im Gehirn erklärt werden? (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 98)

¹²⁷ Second Language Acquisition.

Kognitivistische Lerntheorien gehen davon aus, dass Lernen durch Prozesse und Zustände beeinflusst wird. Entscheidende innerpsychische Vorgänge werden als Informationsverarbeitung betrachtet und können Lern-, Planungs-, Auffassungs- und Entscheidungsprozesse erklären. Die verschiedenen kognitiven Modelle folgen gemeinsamen Grundannahmen. Erstens haben kognitive Prozesse und Strukturen einen erheblichen Einfluss auf das Verhalten eines Menschen. Zweitens verarbeiten Lerner Informationen unter Einbeziehung bereits vorhandener Informationen in ein organisiertes Netz von vorhandenem Wissen. Die Kompetenz von L1 beeinflusst teilweise das Lernergebnis von L2, demzufolge sollte die sprachliche Entwicklung in L1 unterstützt und gefördert werden. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 98)

Die Grundannahme der inputbasierten Perspektive geht davon aus, dass Grammatikregeln und andere formale Aspekte der Sprache durch die Verwendung der Sprache und die sprachliche Erfahrung entstehen; die Regeln sind nicht angeboren bzw. werden nicht als abstrakte Struktur erlernt. Einige inputbezogene und lernerbezogene Faktoren beeinflussen diesen Prozess. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 99)

Die inputbezogenen Faktoren umfassen: die Frequenz des Inputs, sprachliche Auffälligkeiten bezüglich des Hörverständnisses, die die Lerngeschwindigkeit und das Verständnis beeinflussen können, den lexikalischen und semantischen Kontext, in dem das Merkmal auftritt, sowie die Redundanz, die untersucht, ob das Merkmal zum Verständnis beiträgt. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 99-102)

Die lernerbezogenen Faktoren beinhalten ebenfalls die Frequenz des Inputs sowie assoziatives Lernen, konstruktivistisches Lernen, implizites Lernen und die Aufmerksamkeitsspanne des Lerner. Das assoziative Lernen umfasst die abstrakte Darstellung des Erlernten im Gehirn und eine individuelle gedankliche Verknüpfung mit einem bestimmten Ereignis oder Gefühl. Das konstruktivistische Lernen setzt eine Reihe von Konstruktionen wie Strukturen und Redewendungen voraus, die erlernt werden müssen, um eine Sprache zu erwerben. Ein regelmäßiger Input bzw. eine kontinuierliche Wiederholung sind

die Voraussetzung für einen erfolgreichen Spracherwerb. Das implizite Lernen, bei dem die Bildungs- und Bedeutungsverbindungen im Fokus stehen, ist besonders für die Entwicklung von grammatischen Regeln von Bedeutung. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 103-104, 108-110)

Die verarbeitungsbasierte Perspektive stützt sich auf die Vereinbarkeitstheorie, bei der die Verwendung von lexikalisch funktionaler Grammatik und einer Verarbeitungskomponente für den Zweitspracherwerb interagieren. In dieser Perspektive wird der Schwerpunkt auf die Verarbeitung der formalen Eigenschaften der Zweitsprache gelegt. Insgesamt ist eine deutliche Anlehnung an technische Verarbeitungsprozesse zu erkennen. Die Struktur der Sprache entwickelt sich durch die effiziente Verarbeitung von Informationen. Diese effiziente Verarbeitung ermöglicht im Gegensatz zur Grammatik das bestmögliche Verständnis von Sätzen. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 115-116)

„A person can be said to have explicit knowledge when they are in a high order state of knowing something. They should be able to intentionally use this higher order knowledge to control actions, including verbal report.“ (Williams 2009: 321)

Explizites Wissen ist bei Menschen mit höherem Wissenstand bzw. Fachwissen in einem bestimmten Bereich vorhanden. Das Wissen ist bei bewusster Wahrnehmung zugänglich, dient zur Steuerung oder Kontrolle von Handlungen und kann in Worte gefasst werden. Die Charakteristiken von explizitem Wissen sind: es kann in jedem Alter ohne Zeitdruck erworben werden, beim Erlernen werden Regeln verwendet und die grammatische Form steht im Vordergrund. Im Gegensatz dazu steht das implizite Wissen, welches in früher Kindheit erworben werden sollte. In diesem Fall spielen Zeitdruck sowie die Bedeutung des zu Erlernenden und eine intuitive Verwendung bzw. das Gefühl des Lerners im Vordergrund. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 136-137)

Das explizite Wissen wird beim Lernen in drei Lernstufen erworben.

1. Stufe: die kognitive, deklarative Darstellung, bei der neues explizites Wissen durch Lehrer und Bücher anhand konkreter Beispiele vermittelt wird.

2. Stufe: die assoziative, prozessuale Übung, bei der erlerntes Wissen angewendet und weiterentwickelt wird.

3. Stufe: die selbstständige, automatische Produktion, bei der zuvor erworbenes Wissen durch Übung automatisiert werden kann.

(vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 139-140)

Learning Strategies are complex procedures that individuals apply to tasks; consequently, they may be represented as procedural knowledge which may be acquired through cognitive, associative, and autonomous stages of learning. As with other procedural skills at the different stages of learning, the strategies may be conscious in early stages of learning and later be performed without the person's awareness. (O'Malley/Chamot/Uhl 1990: 52)

Lernstrategien sind komplexe Vorgänge, die als prozedurales Wissen im Gehirn repräsentiert und durch kognitive, assoziative oder autonome Lernstufen erworben werden. Die Strategien sind in den anfänglichen Stadien bewusst, werden jedoch im Verlauf des Lernprozesses unbewusst ausgeführt.

6.3.4 Bedeutungsbasierte Perspektive

Die bedeutungsbasierte Perspektive ist ein funktionalistischer Ansatz und entwickelte sich in den 1970er Jahren aus dem Konzept der Interimssprachen. Die grundlegende Veränderung war ein Umdenken bezüglich der sprachlichen Qualität in L2. Die Sprache des Lerners wurde nicht länger als defekte Version der Zielsprache, sondern als organisches System mit internen Strukturen angesehen. Der Lerner entwickelt eine Thema-Rhema-Konstruktion in L2, die die Bildung einer konventionellen Struktur in der Zielsprache fördert. Die Lerner können semantische Konzepte wie Zeit und Stimmung ausdrücken, wobei Codeswitching¹²⁸ möglich ist. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 189-190)

Ein Beispiel der Lernstrategien in der bedeutungsbasierten Perspektive ist das Erlernen der grammatischen Zeiten, bei der drei Stufen durchlaufen werden:

¹²⁸ Codeswitching: die Sprecher vermischen bei der Kommunikation die beiden Sprachen miteinander und wenden die Grammatik der zweiten Sprachen auf beide Sprachen an. (vgl. Clyne 2000: 258).

1. pragmatische Stufe: in der Schlussfolgerungen aus dem Kontext, kontrastive Ereignisse und die chronologische Reihenfolge Auskunft über die verwendete Zeitform geben.
2. lexikalische Stufe: in der temporale Adverbien die Zeit bestimmen.
3. morphologische Stufe: in der der Lerner die korrekte morphologische Form der Verben verwendet.

(vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 201)

Aktuelle Forschungsgebiete im Bereich der bedeutungsbasierten Perspektive sind Studien zur Pragmatik der Zweitsprache, die die Übertragung von Kompetenzen aus L1 in L2 untersuchen, wie beispielsweise Höflichkeitsformen, Entschuldigungen oder Komplimente. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 210)

6.3.5 Soziokulturelle Perspektive

„The co-construction of linguistic knowledge in dialogue is language learning in progress.“ (Swain, Lapkin 1998: 321)

Die Bildung von linguistischem Wissen und Kommunikation sind ein Teil des Spracherwerbsprozesses. Die Interaktion mit anderen Sprechern der Sprache verbessert den Lernprozess bzw. die Erfolge deutlich.

Soziokulturelle Theorien untersuchen mentale Funktionen in einem kulturellen und historischen Kontext, wie beispielsweise Wissen, das über mehrere Generationen weitergegeben wird. Die wichtigsten Vertreter dieser Perspektive waren Vygotsky und Piaget, die die Entwicklung von Kindern, unter anderem in Bezug auf die Sprache, untersuchten. Diese Perspektive wird durch zwei grundlegende Konzepte geprägt, die Mediation und die Regulierung. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 220-221)

Die Mediation oder Vermittlung ist der zentrale Ansatz bei Vygotsky. Sprache wird als Werkzeug der Gedanken, Mittel der Mediation und mentale Aktivität angesehen. Durch Sprache kann die eigene oder die Aufmerksamkeit Dritter auf bestimmte Merkmale in der Umgebung, auf Informationen oder Problemlösungen fokussiert werden. Aus soziokultureller Perspektive ist Lernen ein zu vermittelnder Prozess. Der Lehrstoff wird durch die Verwendung und Kontrolle der mentalen Werkzeuge vermittelt. Der soziale Aspekt des Lernens ist aus soziokultureller Perspektive eine persönliche Interaktion mit anderen

Lernern, sowie eine gemeinsame Lösungsfindung und Diskussion mit Experten und Kollegen. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 221-222)

Die Regulierung kann als Selbstregulierung oder Regulierung durch andere erfolgen. Die Selbstregulierung beinhaltet selbstständiges Arbeiten und Selbstverwaltung. Kinder oder ungeübte Lerner müssen jedoch von Lehrern angeleitet werden, in diesem Fall erfolgt die Regulierung durch andere. Erfolgreiches Lernen erfordert eine Verschiebung von inter-mentalene Aktivitäten, innerhalb einer Gruppe, zu selbstständigen intra-mentalene Aktivitäten, die in jedem Individuum innerlich ablaufen. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 222)

Ein weiteres Konzept im Bereich der soziokulturellen Perspektive ist die sogenannte ‚Zone der proximalen Entwicklung‘. Es handelt sich um ein produktives Lernumfeld, in dem der Lerner noch nicht über das gesamte Wissen bzw. die Fähigkeiten verfügt oder diese noch nicht selbstständig anwendet, was aber durch Unterstützung erlernt werden kann. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 223)

Die private und innere Sprache sind ebenfalls ein wichtiger Aspekt der soziokulturellen Theorie. Sprache dient zur Vermittlung bzw. ist ein wichtiges Werkzeug zur Entwicklung des Bewusstseins. Kleine Kinder verwenden oft die private Sprache, d. h. sie sprechen vor sich hin bzw. mit sich selbst. Nach Piaget ist diese Entwicklung der Beweis für das egozentrische Sprechen des Kindes. Kinder sehen ihre Umgebung zunächst nur aus ihrer Perspektive und können keinen anderen Blickwinkel einnehmen. Andere Vertreter des soziokulturellen Ansatzes sehen diesen Prozess als die zunehmende Fähigkeit der Kinder, ihr Verhalten zu regulieren. Aus privater Sprache wird im Laufe der Zeit die innere Sprache, die interne Gedanken reguliert, ohne eine externe Sprachproduktion. Die private Sprache kann jedoch auch bei Erwachsenen beim Erwerb neuer Fähigkeiten wieder auftreten. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 225-226)

6.3.6 Soziolinguistische Perspektive

Language and literacy learning involves explicit or implicit socialization through linguistic and social interaction into relevant local communicative practices or

ways of using language and into membership in particular cultures or communities. (Duff 2007: 310)

Das soziale Umfeld, der Sprachgebrauch der sozialen Gemeinschaft, das Bildungsniveau sowie Traditionen und die kulturelle Zugehörigkeit beeinflussen den Spracherwerb und die sprachliche Entwicklung des Lerners sowie die Motivation bzw. die Bereitschaft, eine Zweitsprache zu erwerben.

Die Soziolinguistik untersucht die Verwendung der Sprache in verschiedenen sozialen Kontexten. Der soziale Status und die Funktion der Sprache sind von Interesse. Insgesamt wird meist ein eingeschränktes Vokabular verwendet, da in bestimmten Situationen, wie beispielsweise in der Schule, bei der Arbeit oder beim Sport, nur ein begrenzter Wortschatz benötigt wird. (vgl. Mitchell, Myles, Marsden 2013: 251 / Ellis 1994: 204, 207)

6.3.7 Interaktionstheorie

Die Forschung im Bereich der Interaktionstheorie hat sich in den letzten Jahren als sehr ergiebig erwiesen. Die Theorie „interpretiert den L2-Erwerb als Prozess, der durch externe Einflüsse wie sprachliche, individuelle und soziale Variablen beeinflusst wird.“ (Bossart 2011: 29) Die Kenntnisse aus L1 sind ausschlaggebend für die Ergebnisse in L2 bzw. beeinflussen das Lernverhalten, da die Lernsituation von L1 auf L2 übertragen wird. Die Interaktionstheorie toleriert Fehler im Spracherwerb und sieht diese als Teil des Lernprozesses an. Die Art der Fehler verändert sich im Laufe der Zeit bis hin zum korrekten Sprachgebrauch. (vgl. Bossart 2011: 29-30)

Darüber hinaus existieren noch zahlreiche weitere Zweitspracherwerbtheorien, die die verschiedenen Voraussetzungen und Ergebnisse der jeweiligen Vorgehensweise genauer betrachten und umstrittene Themen wie das optimale Alter für den Spracherwerb, die Verarbeitung des Sprachwissens sowie die Relevanz der sprachlichen Bedeutung im Gegensatz zur grammatikalischen Korrektheit diskutieren.

6.4 Sprachunterricht

Die Zweitsprache kann durch verschiedene Methoden an den Lerner vermittelt werden. Zum einen im Bildungsumfeld und zum anderen im natürlichen Sprachumfeld. Unterschiedliche Angebote ermöglichen den klassischen Schulunterricht, bei dem die Sprache hauptsächlich durch Schulbücher und Grammatikübungen vermittelt wird, wie beispielsweise an Immersionsschulen. (vgl. Ellis 1994: 214, 222)

Das natürliche Sprachumfeld für den Zweitspracherwerb kann durch die Mehrsprachigkeit eines Landes wie beispielsweise in der Schweiz oder Kanada; durch die Entkolonialisierung, zum Beispiel in einigen afrikanischen Ländern, in denen die Sprache der ehemaligen Kolonialmacht noch immer einen offiziellen Status im Land hat; durch die Verwendung der Zweitsprache für die interpersonelle Kommunikation, wie beispielsweise Englisch im Wirtschafts- und Geschäftsbereich in Japan gegeben sein. Diese Formen des natürlichen Sprachumfelds ermöglichen die Kommunikation des Lerners mit Muttersprachlern oder anderen Lernern. (vgl. Ellis 1994: 214, 216-217)

Zudem wird etwa Englisch im internationalen Kontext in verschiedenen Bereichen wie Handel, Wissenschaft, Medien, Tourismus und Literatur von Lernern in Ländern mit anderen Amtssprachen gesprochen, wie beispielsweise der Schweiz. (vgl. Ellis 1994: 220)

Die Immersionsschulen verschmelzen das Bildungsumfeld mit dem natürlichen Sprachumfeld. Die Schaffung eines natürlichen fremdsprachigen Umfelds ermöglicht den Zweitspracherwerb, ohne herkömmliche Sprachlernmethoden anzuwenden. Die Immersion kann in verschiedenen Entwicklungsstadien des Kindes beginnen. Durch frühen Immersionsunterricht können Kinder im Grundschulalter eine zweite Sprache auf muttersprachlichem Niveau erwerben, im späteren Schulverlauf kann dieses Ergebnis jedoch kaum erzielt werden. „L2 proficiency outcomes from early immersion being more closely associated with memory ability and late immersion outcomes with analytic language ability.“ (Ó Duibhir 2009: 24) (vgl. Ó Duibhir 2009: 48-49 / Porcar 2013: 43)

Der Zweitspracherwerb bzw. der Immersionsunterricht muss jedoch deutlich vom Bilingualismus abgegrenzt werden, da die Sprache nicht im frühesten Kindesalter, zeitgleich mit der Muttersprache, erlernt wird. Die Zweitsprache muss zeitlich nach der Erstsprache erlernt werden, um von Zweit- oder Fremdspracherwerb zu sprechen.

Die zahlreichen Zweitspracherwerbstheorien wenden verschiedene Lehr- und Lernmethoden an und setzen unterschiedliche Schwerpunkte. Der Erfolg der einzelnen Theorien hängt von den jeweiligen Vor- und Nachteilen sowie dem individuellen Lernverhalten bzw. dem Lerntypus ab. Die Theorien unterliegen einer stetigen Weiterentwicklung, die durch aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse diverser Fachgebiete beeinflusst werden. Einige Theorien interagieren miteinander, werden kombiniert oder ersetzt.

Neben der Spracherwerbstheorie sind auch das Lernumfeld, Lernmaterialien und Gruppengröße entscheidende Aspekte bezüglich eines erfolgreichen Spracherwerbs. Die optimale Spracherwerbstheorie, die allen Faktoren gerecht wird und jeden Lerner ideal unterstützt bzw. fördert, existiert nicht. Zudem ist die Art der Vermittlung, in der Schule oder in einem natürlichen sprachlichen Umfeld, für die Entwicklung der Sprache von Bedeutung.

Die Meinungen der Experten variieren bezüglich des optimalen Alters für den Zweitspracherwerb. Je früher eine Sprache erlernt wird, desto besser sind die Ergebnisse. Für erwachsene Lerner ist es im Gegensatz zu Kindern kaum möglich, eine Sprache akzentfrei zu erwerben. Zudem spielen die soziokulturellen und soziolinguistischen Aspekte eine wichtige Rolle. Die Kommunikation und der soziale Kontakt zu anderen Lernern bzw. Sprechern sowie die Regulierung des Lernprozesses wirken sich positiv auf den Spracherwerb aus. Die kulturelle Herkunft, die Bildung und der soziale Kontext der Lerner kann sich ebenfalls auf das Erlernen der Zweitsprache auswirken und den Lernprozess, je nach Voraussetzung, beispielsweise durch Sprachverwandtschaften, beschleunigen oder verlangsamen.

Insgesamt wird im Bereich der Zweitspracherwerbtheorie und der allgemeinen Lerntheorien weiterhin aktiv geforscht. Die Vorgänge im Gehirn, die beim Erwerben einer Zweitsprache ablaufen, sind nicht vollständig untersucht und könnten möglicherweise Aufschluss über das Lernverhalten, die Verarbeitung des Erlernten und altersabhängige Lernmöglichkeiten bzw. -defizite geben.

7. Bildungssystem in der Schweiz

„Die Schule ist der Ort der grössten Wirksamkeit der Sprachpflege. Einzig hier genießt die Sprachpflege den Schutz des Staates, und ihre Normen haben einzig hier verbindlichen Charakter, vorausgesetzt, dass der Lehrer sie billigt und übernimmt.“ (Weber 1984: 1)

In der Schweiz beginnt die Schulpflicht im Alter von vier Jahren, es handelt sich zunächst um zwei Jahre Kindergarten, die der Primarstufe zugeordnet werden. Die Schulzeit in der Primarstufe beträgt acht Jahre. Darauf folgt die Sekundarstufe I mit drei Jahren, hierbei bestehen kantonale Unterschiede. Je nach Leistung der Schüler können Klassen in verschiedene Schulformen aufgeteilt werden, Gymnasium, Realschule usw. Insgesamt beträgt die Schulzeit elf Jahre. Nach dieser Zeit können die Schüler in der Sekundarstufe II zwischen verschiedenen Angeboten wählen: den gymnasialen Maturitätsschulen, den Fachmittelschulen oder einer Lehre. Darauf folgt die Tertiärstufe A im Bereich Hochschule: Universität und Eidgenössische Technische Hochschule. Im Bereich höhere Berufsbildung: Fachhochschule, Eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen, wobei letztere in die Tertiärstufe B fallen, keine hochschulische Ausbildung. Zudem stehen den Schülern Brückenangebote zur Verfügung, die sie nach der Sekundarstufe I besuchen können, um Defizite aufzuholen, sich zu orientieren und/oder sich auf die Sekundarstufe II bzw. eine Lehre vorzubereiten. (vgl. Frommberger/Schmees: 2-4 / EDK 1 2020)

Das Schweizer Schulsystem gilt als durchlässig und offen. Es ist möglich, Zusatzqualifikationen zu erwerben oder Ausbildungen und Abschlüsse nachzuholen, um mit der entsprechenden Qualifikation eine berufliche oder

universitäre Ausbildung zu absolvieren. In der Schweiz entscheiden sich viele Schüler für eine Lehre, also eine duale Ausbildung oder eine Fachmittelschule. Mit letzterem Abschluss besteht der Zugang zu einer höheren Fachschule bzw. mit Fachmaturität, die durch ein weiteres Schuljahr erworben werden kann, der Zugang zu Fachhochschulen. Zudem besteht die Möglichkeit, eine Berufsmaturität als Ergänzung zur Lehre abzuschließen. Dieser Schulabschluss qualifiziert für die Fachhochschule und mit einer weiteren Prüfung auch für die Universität. (vgl. Frommberger/ Schmees: 2-4, 6 / EDK 1 2020)

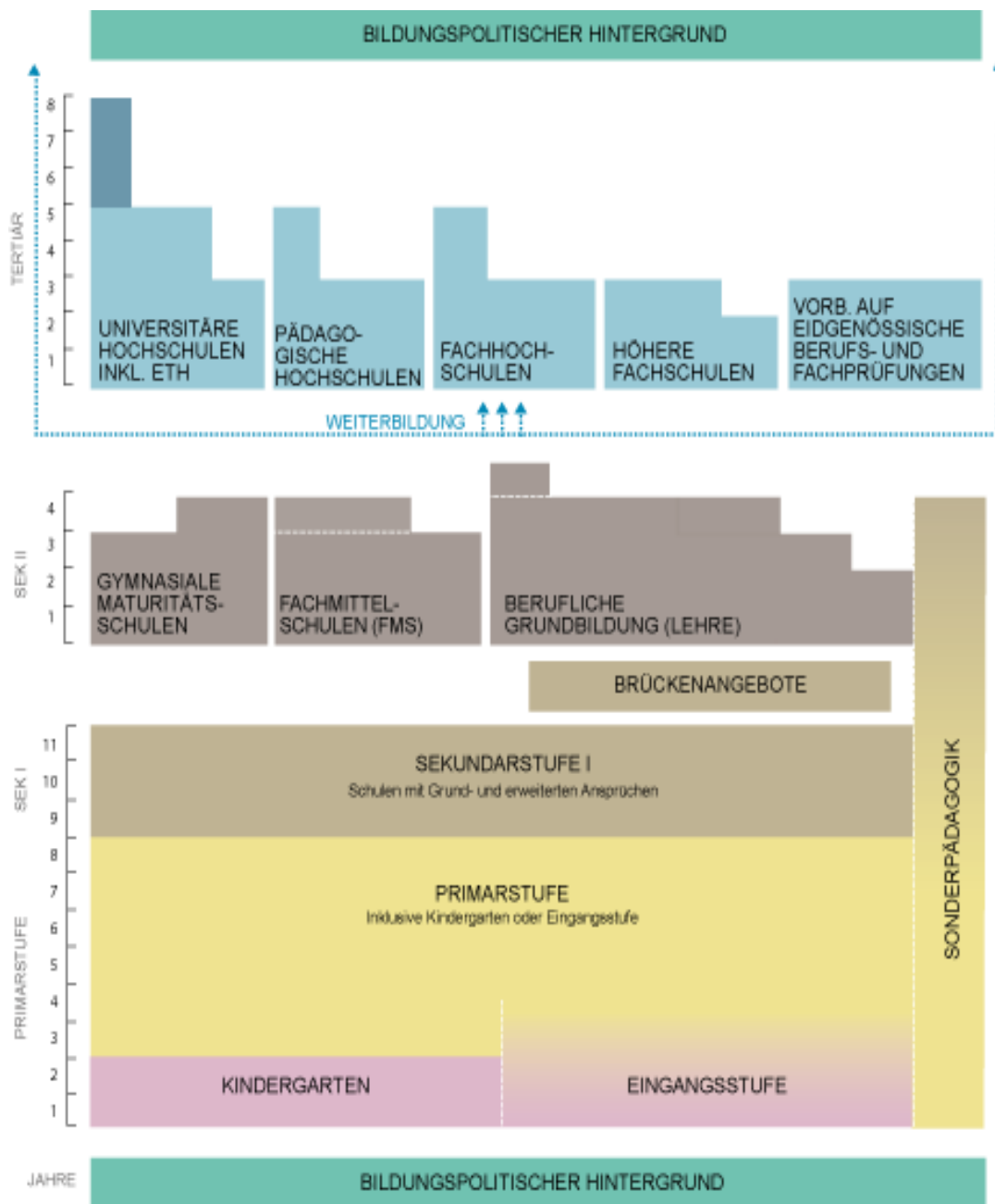


Abbildung 33: Das Schweizer Bildungssystem (vgl. Edcua 1 2016)

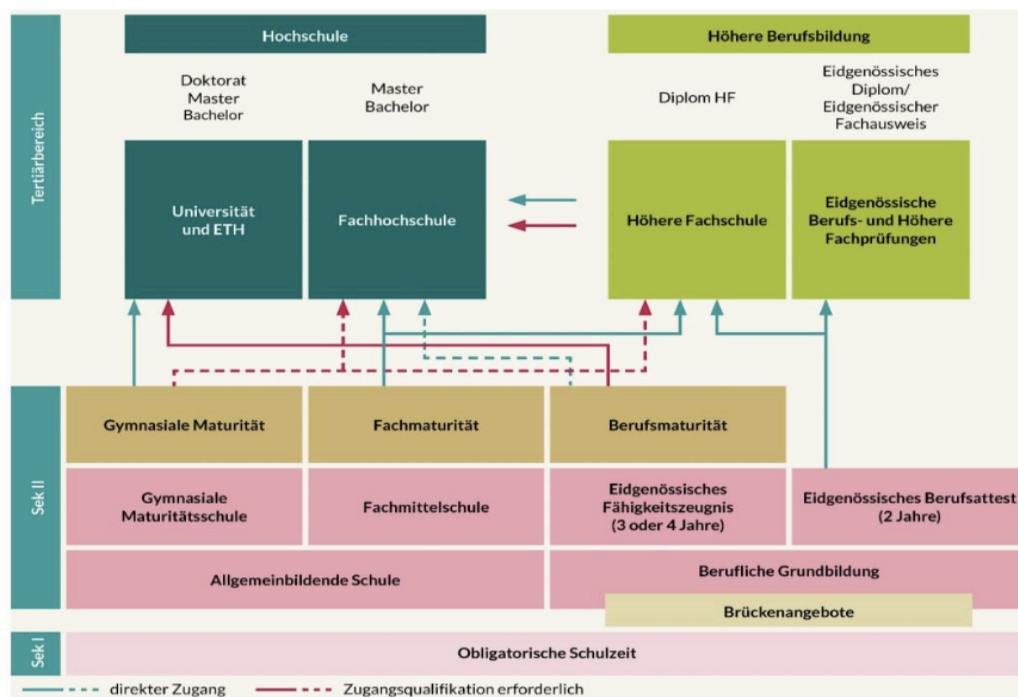


Abbildung 34: Abschlüsse der höheren Berufsbildung (vgl. Frommberger/Schmees 2011)

Das Bildungssystem unterliegt in der Schweiz der Kantonshoheit, teilweise haben auch einzelne Gemeinden Mitspracherecht, beispielsweise bei der Schulsprache in zweisprachigen Gebieten. Gewisse Bereiche werden jedoch in der Verfassung festgelegt und gelten kantonsübergreifend. Die Kantone und Gemeinden sind für die obligatorische Schulzeit zuständig, d. h. Primarstufe und Sekundarstufe I. Bund und Kantone arbeiten zusammen im Bereich Sekundarstufe II und Tertiärstufe. Es bestehen unterschiedliche Regelungen in den Kantonen in Bezug auf Beginn der Schulzeit, also Alter, Dauer der Sekundarstufe II, Ferienzeiten sowie Lehrpläne. Durch den ‚Lehrplan 21‘ wurden die Lehrpläne in der Deutschschweiz angepasst. Bundesweit wird die Schulsprache durch das Territorialitätsprinzip bestimmt und Bürger aus dem Ausland bzw. aus anderen Sprachregionen der Schweiz werden durch das Schulsystem integriert bzw. erlernen die jeweilige Landessprache. Privatschulen haben teilweise eine andere Schulsprache und sind, je nach Kanton, nicht an das Territorialitätsprinzip gebunden. Aus diesem Grund existieren beispielsweise ‚International Schools‘, in denen zweisprachig auf Deutsch und Englisch unterrichtet wird. Zudem ist der Erwerb einer zweiten

Landessprache seit 1975 verpflichtend. (vgl. McRae 1983: 147-149 / Schläpfer 1982: 324-325 / Eidg. Departement des Innern 1989: 73-78)

Der Bund ist zuständig für die Eidgenössischen Technische Hochschulen ETH, Berufsbildung, Schweizerschulen im Ausland und die Unterrichtssprache.

Bei der Maturitätsprüfung werden „die Beherrschung einer Landessprache und grundlegende Kenntnisse in anderen nationalen und fremden Sprachen“¹²⁹ vorausgesetzt. Außerdem sind kulturelle Kenntnisse des jeweiligen Sprachraums von Nöten. Die Prüfung beinhaltet Tests in der Erstsprache¹³⁰, einer zweiten Landessprache und wahlweise einer dritten Landessprache oder einer anderen Fremdsprache.

An den ETH sind die Amtssprachen bevorzugte Unterrichtssprachen, Englisch wird als internationale Wissenschaftssprache ebenfalls eingesetzt.

An den Fachhochschulen sind die Landessprachen Unterrichtssprache, das bedeutet, dass die Fachhochschulen in Graubünden Romanisch als Unterrichtssprache verwenden dürfen. Zudem wird die Mehrsprachigkeit an diesen Schulen gefördert. (vgl. Richter 2005: 334-336)

Die EDK empfiehlt eine „Förderung des Bildungswesens und [die] Harmonisierung des entsprechenden kantonalen Rechts.“ (Richter 2005: 333) In diesem Zusammenhang werden/ wurden auch Reformen und Probleme diskutiert, wie die Sprachenreihenfolge und der Beginn des Fremdspracherwerbs in der Schule. (vgl. Richter 2005: 333-334)

7.1 Fremdspracherwerb im Schweizer Bildungssystem

Der Beginn des Zweitspracherwerbs variiert je nach Sprachregion. In den 1970er und 1980er Jahren waren die Fremdsprachen in den Schulen folgendermaßen festgelegt: In der Deutschschweiz und dem Tessin war die erste Fremdsprache Französisch mit Beginn in der Primarstufe oder Sekundarstufe I, je nach Kanton. Im Tessin werden, im Vergleich zu den anderen Sprachregionen, verpflichtend drei Landessprachen erlernt und gefördert. Heute wird die erste Fremdsprache Französisch ab der 5. Klasse¹³¹ unterrichtet, gefolgt von Deutsch und Englisch. In der Romandie war die erste

¹²⁹ Art. 8 Abs. 2 lit. b MatPrüfV in Richter 2005: 333.

¹³⁰ Eine der Landessprachen.

¹³¹ Entspricht nach HarmoS dem 3. Schuljahr. Siehe Kapitel 7.2.

Fremdsprache Deutsch, in der Primarstufe oder Sekundarstufe I. In den meisten Deutschschweizer Kantonen startete der Erwerb der zweiten Landessprache im 7. Schuljahr. Der späte Beginn des Zweitspracherwerbs hatte verschiedene Gründe. Zum einen die Festigung der Muttersprache und zum anderen die Unterscheidung zwischen Dialekt und Hochsprache in der Deutschschweiz. An der Sprachgrenze der deutschen und französischen Schweiz, wurden/ werden in zweisprachigen Gebieten, Städten oder Gemeinden, wie beispielsweise in Biel, in den Schulen deutsche und französische Klassen angeboten, die in sich einsprachig sind. Mittlerweile gibt es einige Projekte, die die Mehrsprachigkeit und den Austausch in diesem Bereich fördern. In der Tertiärstufe sind einige Einrichtungen zweisprachig ausgerichtet. Graubünden stellt einen Sonderfall dar, da die Schüler des deutschen Sprachgebiets Französisch erlernten, mittlerweile ist es Italienisch, wohingegen die Schüler des italienischen und romanischen Sprachgebiets zunächst Deutsch lernten und Französisch als dritte Fremdsprache. Für die Schüler dieser Sprachgruppe wurde nur bis zur 4. Klasse ausschließlich in ihrer Muttersprache unterrichtet, danach wurden einige Wochenstunden Deutsch unterrichtet, die Anzahl dieser Stunden nahm mit den Schuljahren zu. In der Sekundarstufe I wechselte die Schulsprache zu Deutsch, Romanisch bzw. Italienisch wurden lediglich zu Fächern. Aus diesem Grund wurde Französisch erst im späteren Verlauf der Sekundarstufe I angeboten. In Graubünden wird die jeweilige Unterrichtssprache von den Kommunen bestimmt, beispielsweise im romanischen Sprachgebiet für Rätoromanisch. Es existieren einige Immersionsprojekte in Kindergärten und Primarschulen, um die romanische Sprache bzw. die Zweisprachigkeit zu fördern. Mittlerweile ist die Maturaprüfung auf oder mit Rätoromanisch als Zweitsprache teilweise möglich. (vgl. McRae 1983: 147-149 / Schläpfer 1982: 324-325 / Eidg. Departement des Innern 1989: 73-78 / Willwer 2006: 258-259, 262, 327 / Gut/ Badertscher 2002: 173-174)

In der Romandie beginnt der Fremdsprachenunterricht in der zweiten Landessprache im 3. Schuljahr, Englisch beginnt in der 5. Klasse. In der französischen Schweiz wird als erste Fremdsprache Deutsch unterrichtet. Der Fremdspracherwerb in der Primarstufe soll zum einen die Vorteile des frühen Lernens nutzen und zum anderen den Zeitraum des Spracherwerbs im

schulischen Umfeld verlängern. Am Ende der Schulzeit sollten die Schüler in der zweiten und dritten Fremdsprache über vergleichbare Kenntnisse verfügen. Die Unterschiede in der Reihenfolge der Fremdsprache, zuerst eine zweite Landessprache oder Englisch, können zu Problemen bei kantonsübergreifenden Schulwechselln führen und sowohl Schüler als auch Lehrer vor eine Herausforderung stellen. Zudem muss der Lehrkörper in der Primarstufe aufgestockt werden, da es nur wenige Lehrkräfte in dieser Stufe gibt, die zwei Fremdsprachen unterrichten. Zusätzlich stellt sich die Frage, ob zwei Sprachen in der Primarstufe notwendig sind und ein späterer Beginn der zweiten Fremdsprache, etwa in der 7. Klasse, von Vorteil wäre.

(vgl. Elmiger 2008: 177-179)

Niemand zweifelt daran, daß [sic] der Unterricht der zweiten Landessprache an den Schulen die entscheidende Voraussetzung für eine später geübte Mehrsprachigkeit bildet. Uneinig ist man sich hingegen darüber, in welchem Schuljahr man den Fremdsprachenunterricht am erfolgversprechendsten beginnt. (Schlöpfer 1982: 324)

Ein entscheidender Aspekt bei diesen Überlegungen war unter anderem die Lehrmethode im Fremdsprachenunterricht, ein klassischer Frontalunterricht mit Grammatik und Hör- und Leseverstehen im Fokus, oder moderne Lernspiele mit selbstständigen Lernmöglichkeiten. (vgl. Schlöpfer 1982: 325)

„Die Sprachdidaktikerin Le Pape Racine kommt (...) zum Fazit, dass « zwei Fremdsprachen in der Primarschule die Kinder nicht überfordern. Geschieht der Unterricht altersgemäß und nach entwicklungspsychologischen Erkenntnissen, so werden sie in ihrer Entwicklung sogar gefördert. »“(vgl. Jurt 2008: 217) Das menschliche Gehirn ist bis zum zehnten Lebensjahr sehr aufnahmebereit für einen nahezu akzentfreien Fremdspracherwerb und kann beispielsweise durch Immersionsunterricht vermittelt werden. (vgl. Jurt 2008: 216-217)

Je früher die Fremdsprachen erlernt werden, desto sicherer sind die Schweizer im Umgang mit der jeweiligen Sprache und verbessern damit auch die Kenntnisse der Muttersprache. Im Gegenteil dazu gestaltet sich ein späterer Spracherwerb für den Lernenden deutlich anspruchsvoller als in früheren

Jahren, sowohl aus Sicht des Lernens, als auch aus Sicht des Ergebnisses.
(vgl. D-EDK 1 2014: 11)

Schon 1985 gaben Schüler bei einer Befragung an, dass Englisch als erste Fremdsprache an den Schulen unterrichtet werden sollte, da sie „weltweit gesehen die nützlichste Sprache [sei] und [...] es [...] leichter erlernbar [sei als Deutsch, Französisch oder Italienisch].“ (Rash 2002: 45)

Altermatt unterbreitet 2006 den Vorschlag:

«2 plus Englisch»: «Erstsprache plus eine weitere Landessprache, zu denen das Englische als dritte Sprache hinzukommt. Damit wird ein additives Sprachenmodell angestrebt, das Englisch neben den jeweiligen Landessprachen als internationale Fremdsprache oder anders ausgedrückt als lingua franca der heutigen Welt integriert, ohne dabei die Landessprachen zu diskriminieren. Ein subtraktives Verständnis, bei dem Englisch auf Kosten einer anderen Landessprache erworben wird, würde die multikulturelle Schweiz in ihrem Selbstverständnis erschüttern.» (Altermatt in Jurt 2008 : 218)

„Im Vordergrund des Fremdsprachenunterrichts stehen heute das Verstehen und das sich-Verständlich-Machen-Können in mehr als einer Sprache (funktionale Mehrsprachigkeit), und viel weniger der fehlerlose Gebrauch einer Sprache.“ (Europarat in Kofler/Peyer/Barras 2020: 101) Das Thema Mehrsprachigkeit spielt im Schweizer Lehrplan eine wichtige Rolle. Das Ziel des Unterrichts soll eine möglichst schnelle Verwendung der Fremdsprachen begünstigen. Dabei stehen Hör- und Leseverständnis im Vordergrund, Schreib- und Sprachkompetenz sind von sekundärem Interesse. Aus diesem Grund gewinnt Mehrsprachigkeitsdidaktik immer mehr an Bedeutung, nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen europäischen Ländern. Neben dem klassischen Spracherwerb werden auch anderen Werte an die Schüler vermittelt, wie Aspekte bezüglich des Sprachenvergleichs und der Sprachenvielfalt, Interkulturalität und soziolinguistische Verknüpfungen mit den Sprachen. Teilweise werden in den Lehrmaterialien bereits kulturelle und sprachvergleichende Themen bzw. Lektionen eingearbeitet. Mitunter greifen die Lehrbücher für die zweite Fremdsprache gewisse Erwerbsstrategien aus der ersten Fremdsprache auf und können somit den Einstieg in die zweite Sprache

erleichtern. (vgl. Kofler/Peyer/Barras 2020: 105-106, 111 / Grossenbacher/Vögeli-Mantovani 2010: 12)

Die Kantone arbeiten konkret an der verbindlichen Harmonisierung der obligatorischen Schule auf gesamtschweizerischer Ebene. [...] Dies verdeutlicht, dass die EDK auf eine Angleichung der Bildungssysteme und Inhalte Wert legt. Zugleich wird aber auch klar, dass trotz einheitlicher Eckwerte wie des obligatorischen Schuleintrittsalters oder der Dauer der Schulpflicht die Kantone für Organisation und Ausgestaltung ihrer Schulformen verantwortlich sind: bis auf die Bereiche Berufsbildung und Hochschulen fällt die Gestaltung des Schulwesens [...] in ihre Zuständigkeit, und sie tragen auch das Gros der Kosten, die im Schulwesen anfallen. (EDK in Willwer 2006: 253)

Die EDK kann nur allgemeine Richtlinien erarbeiten und Empfehlungen abgeben, die von den Kantonen geprüft werden. Die Umsetzung und Auslegung liegt jedoch bei den einzelnen Kantonen. Diese Struktur entstand durch das ‚Konkordat über die Schulkoordination‘ von 1975. Aus heutiger Sicht war die verpflichtende Einführung der zweiten Landessprache sowie die Verlegung der zweiten Fremdsprache, zu diesem Zeitpunkt in die 4. oder 5. Klasse, wegweisend für die darauffolgenden Entwicklungen im Bereich des Fremdsprachenunterrichts und der Strukturierung der Schulen. Ein weiterer wichtiger Aspekt des Fremdsprachenunterrichts in der Schweiz war das ‚Sprachenkonzept Schweiz‘ von 1998. Das Ziel war die Erarbeitung verschiedener Modelle im Bereich des Fremdspracherwerbs in der Schule, in Bezug auf Sprachenwahl, -reihenfolge, Beginn, Lehrpläne, Unterrichtsmaterial usw. Der Ausgangspunkt war die geplante Einführung des Englischunterrichts in einigen Deutschschweizer Kantonen in die Sekundarstufe I, zulasten des Französischen. Englisch wurde Ende des 20. Jahrhunderts in der Schweiz zunehmend genutzt und im universitären Umfeld von einigen Kantonen auch als Unterrichtssprache zugelassen. Aus diesem Grund strebte der Bund eine geordnete und einheitliche Strategie für die Eidgenossenschaft an. Vor allem in der Wirtschaft und der Wissenschaft waren Englischkenntnisse von Bedeutung, im Gegenteil zu den ‚kleineren‘ und vermeintlich unwichtigen Landessprachen. Eine Studie von Grin aus dem Jahr 2000 kam jedoch zu dem Ergebnis, dass Englisch besonders in der Deutschschweiz Vorteile bringt. „In der

französischsprachigen Schweiz zahlen sich Deutschkenntnisse besser aus [...], in der italienischsprachigen Schweiz wirken Deutsch und Französisch stärker einkommenssteigernd.“ (Gut/ Badertscher 2002: 177)
(vgl. Willwer 2006: 253-254 / Gut/ Badertscher 2002: 173, 176-179)

Aktuelle Untersuchungen von 2015 bis 2017 zeigen, dass 66 % der Eidgenossen Schweizerdeutsch bzw. 34 % Hochdeutsch am Arbeitsplatz sprechen. Gefolgt von Französisch mit 29 %, Englisch mit 19 %, Italienisch mit 9 % und Rätoromanisch mit 0,35 %. (vgl. BFS 2019)

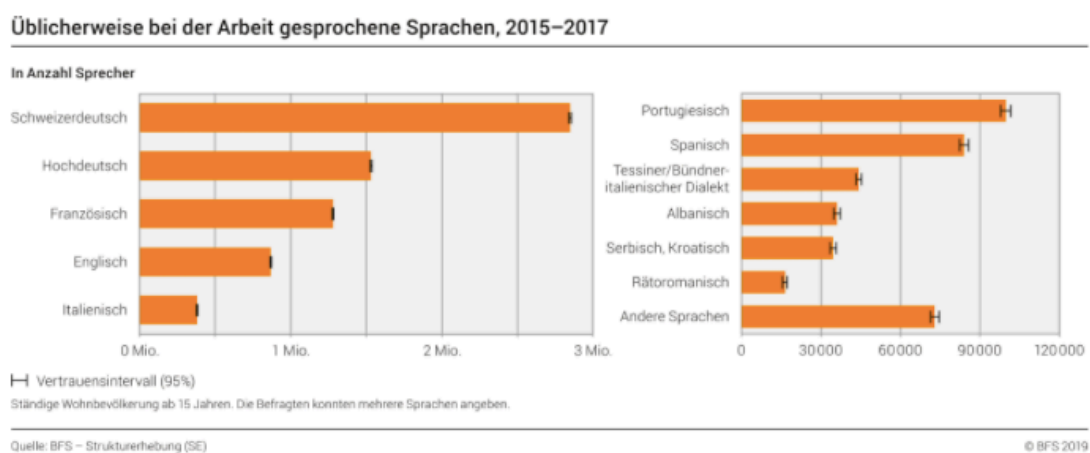


Abbildung 35: Üblicherweise bei der Arbeit gesprochene Sprachen, 2015-2017 (BFS 2019)

Werlen führte eine 2008 veröffentlichte Studie zu den „Sprachkompetenzen der erwachsenen Bevölkerung in der Schweiz“ durch. Die Ergebnisse legen nahe, dass ein Großteil der erwachsenen Schweizer ein bis zwei Fremdsprachen erlernt hat. In der Deutschschweiz ist die häufigste Fremdsprache Englisch, wohingegen im Tessin und der Romandie vermehrt andere Landessprachen erworben werden. Die Kenntnisse sind, nach Angaben der Befragten, bei über 50 % in einem guten bis sehr guten Bereich. Englisch wird als nützlichste Fremdsprache angesehen, Deutsch und Italienisch sind nicht besonders prestigeträchtig. „Je höher das Bildungsniveau, desto mehr und bessere Fremdsprachenkenntnisse sind vorhanden.“ (Werlen 2 2008: 14) Der Erwerb weiterer Fremdsprachen außerhalb des Bildungssystems erfolgt meist aus kulturellem Interesse oder beruflichen Gründen. Die Notwendigkeit, eine weitere Landessprache zu sprechen, erscheint nach dieser Studie innerhalb der

Schweiz eine größere Bedeutung zu haben als Englisch. Englisch wird hauptsächlich in den Ferien im Ausland, bei der Arbeit oder in den elektronischen Medien verwendet. (vgl. Werlen 2 2008: 13-14)

Nach der PISA-Studie aus dem Jahr 2000 wurden in der Schweiz besonders Defizite in der Lesekompetenz festgestellt, die Bereiche Lese- und Sprachkompetenz wurden daraufhin vermehrt gefördert. Dieses Ergebnis führte zu einer Diskussion über das Schulsystem und gab einen entscheidenden Anstoß für die Reformierung des Bildungssystems sowie der Lehrpläne. (vgl. Grossenbacher/ Vögeli-Mantovani 2010: 7)

7.2 Reformen: Sprachenkompromiss, Lehrplan 21

Am 25. März 2004 wurde von der EDK der Sprachenkompromiss, das 3/5 bzw. das 5/7¹³² Modell, vorgestellt, welches einen Sprachenbeschluss im Bereich der schulischen Bildung darstellt. Die Ziele dieser Reform¹³³ bestanden neben der Verbesserung des Fremdspracherwerbs, um am Ende der Schulzeit „vergleichbare Kompetenzen“ (Pressedienst Generalsekretariat EDK 2018: 2) in den Sprachen zu erlangen, darin die Mehrsprachigkeit zu fördern sowie das „Potenzial des frühen Sprachenlernens“ (Pressedienst Generalsekretariat EDK 2018: 2) zu nutzen und im europäischen Vergleich konkurrenzfähig zu bleiben. Demnach sollten in der Primarstufe zwei Fremdsprachen unterrichtet werden. Die erste ab der 3. und die zweite ab der 5. Klasse, eine dieser Sprachen sollte eine zweite Landessprache sein, die andere Sprache Englisch. Für die Umsetzung des Sprachunterrichts wurden Erkenntnisse aus den zwei- bzw. mehrsprachigen Kantonen sowie dem Kanton Tessin herangezogen. Welche Fremdsprache jedoch als erste unterrichtet werden sollte und ob dies eine Landessprache sein sollte, konnte nicht einheitlich beschlossen werden. Daraufhin entstand eine bunte Mischung zwischen Sprachenwahl, -reihenfolge und Anzahl der Sprachen in der Primarstufe. Die Romandie, Tessin, Graubünden, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Solothurn, Bern, Freiburg und

¹³² Das ‚fünfte‘ Schuljahr entspricht im Schweizer Schulsystem der 3. Klasse, entsprechend das ‚siebte‘ Schuljahr der 5. Klasse, da die ersten beiden Jahre in der Primarstufe den Kindergarten bzw. eine Vorstufe darstellen.

¹³³ Für Informationen zu Reformströmungen und Schulreformen im Mehrebenensystem siehe: Appius/ Nägelin 2015.

Wallis wählten eine Landessprache als erste Fremdsprache. Die Ost- und Zentralschweiz, sowie Aargau und Zürich wählten Englisch als erste Fremdsprache. Einige Kantone wie Appenzell Innerrhoden verlegten Französisch in die Sekundarstufe II und beispielsweise Thurgau war entschieden gegen zwei Fremdsprachen in der Primarstufe. „Im Grunde ist es immer eine Abstimmung gegen das Französische.“ (Jurt 2008: 217) Diese Einstellung könnte das Verhältnis der Deutschschweizer zu den Romands erheblich belasten. „Es geht nicht darum, gegen das Englische zu sein. Landessprachen und Englisch lautet für uns in der Schweiz die Herausforderung.“ (Chassot in Jurt 2008: 218) Der Französischunterricht wird von vielen Schülern als schwierig wahrgenommen. Die Sprache müsste durch eine Umstrukturierung des Lehrplans für dieses Fach attraktiver gestaltet werden und beispielsweise durch Klassenfahrten, Austauschprogramme oder auch einen Zugang in den Medien, wie z. B. durch Serien oder in den sozialen Medien, verbessert werden. Ebenso wichtig sind gut ausgebildete und motivierte Lehrkräfte, die das Verständnis für die Sprache und Kultur fördern und die Motivation zum Spracherwerb steigern. Durch die Entscheidung einiger Kantone für Englisch als erste Fremdsprache musste ein Kompromiss mit den anderen Kantonen gefunden werden, der die Wahl der einzelnen Kantone bezüglich der ersten Fremdsprache, entweder eine Landessprache oder Englisch, zur Folge hatte. Die Romandie beklagte sich über diese Lösung und kam darüber mit dem Kanton Zürich in Konflikt, welcher sich klar für Englisch als erste Fremdsprache aussprach.

(vgl. Jurt 2008: 217-218 / Altermatt 2008: 304-305 / De Pietro 2020: 32 / Pressedienst Generalsekretariat EDK 2018: 2 / D-EDK 1 2014: 13)

Insgesamt ist von der EDK vorgesehen, dass die Schüler mit Beendigung der Sekundarstufe I über Kenntnisse in zwei Landessprachen, also der Sprache ihres Sprachgebiets sowie einer weiteren Landessprache, und Englisch verfügen. Ein wichtiger Aspekt ist der Erhalt der kulturellen und sprachlichen Vielfalt in der Schweiz, sowie die Kommunikation der einzelnen Sprachregionen. In der Sekundarstufe II können an vielen Schulen verschiedene Fremdsprachenzertifikate wie beispielsweise Cambridge First

Certificate oder Diplôme d'études en langue française erworben werden, die für eine weitere Ausbildung in der Tertiärstufe anerkannt werden. (vgl. Willwer 2006: 254-255 / EDK 8)

Das Erlernen einer nichtnationalen Fremdsprache [...] im Kindergarten oder zu Beginn der Primarschule, vor dem Erlernen einer zweiten Landessprache, soll möglich sein, wenn gewährleistet ist, dass dadurch das spätere Erlernen der letzteren nicht beeinträchtigt, sondern im Gegenteil unterstützt wird. (Gesamtsprachenkonzept in Willwer 2006: 254)

Die EDK entwickelte HarmoS, ein Projekt, das das Kompetenzniveau nach Vorgaben des europäischen Referenzrahmens, unter anderem für den Fremdspracherwerb an Schweizer Schulen, festlegt. Eine Aufgabe dieses Projekts ist die Harmonisierung des Lehrplans und der Lehr- und Lernmaterialien für die gesamte Schweiz. (vgl. Willwer 2006: 328)

Die Harmonisierungspflicht ist für alle Schweizer Kantone in der Bundesverfassung als Koordinationspflicht¹³⁴ verankert. Die Umsetzung des HarmoS-Konkordats von 2007 wurde von einem Großteil der Kantone angenommen, jedoch haben sich einige Kantone durch Volksabstimmung oder das Kantonsparlament gegen einen Beitritt¹³⁵ entschieden. Dennoch muss der durch den Bund erarbeitete Kompromiss der Koordinationspflicht umgesetzt werden. Das HarmoS-Konkordat regelt sämtliche relevanten Strukturen in den obligatorischen Schulen, mit dem Zweck, den Unterricht zu harmonisieren und die Qualität zu sichern. Die Grundbildung der Schüler erfolgt in den Bereichen Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaften, Sozial- und Geisteswissenschaften, Musik, Kunst und Gestaltung sowie Sport. Im Sprachenunterricht ist der Beginn, die Dauer und die Reihenfolge der Fremdsprachen, die Ziele der Bildungsstufen von der EDK, sowie ergänzend eine regionale Absprache der ersten Fremdsprache festgelegt und muss von den Kantonen entsprechend der sprachregionalen Lehrpläne umgesetzt werden. Der Unterricht der zweiten Landessprache umfasst auch kulturelle Einblicke in die jeweilige Sprachregion. Eine dritte Landessprache muss in der

¹³⁴ Die Bildungsziele und Dauer der Schulstufen, die im Rahmen von HarmoS festgelegt werden, sind auch für Nicht-HarmoS-Kantone durch die Koordinationspflicht obligatorisch.

¹³⁵ Aargau, Appenzell Ausserrhodens, Appenzell Innerrhodens, Obwalden, Schwyz, Graubünden, Luzern, Obwalden, Nidwalden, Thurgau, Uri und Zug.

Sekundarstufe I optional angeboten werden. Zudem werden die Einschulung und die Dauer der einzelnen Schulstufen festgelegt. Bildungsstandards werden in Bezug auf die Leistung der Schüler und die Inhalte des Unterrichts vorgegeben. Wie bereits erwähnt werden die Lehrpläne und -mittel harmonisiert und auf die jeweilige Sprachregion abgestimmt. Das Schulsystem wird regelmäßig überprüft, bei Bedarf werden Maßnahmen zur Verbesserung der Leistung und Entwicklung der Schulstruktur bzw. der Schülerleistungen ergriffen. Für die Lehrerausbildung werden bestimmte Sprachkompetenzen vorgeschrieben, sowohl für die Zulassung als auch bei Abschluss des Studiums. Die EDK empfiehlt außerdem eine gute Aus- bzw. Weiterbildung der Lehrkräfte. Fast alle Kantone haben eine Weiterbildungspflicht für Lehrkräfte für die obligatorische Schule vorgesehen. Der Austausch in andere Sprachregionen, sowohl für Schüler als auch für Lehrkräfte wird von den Kantonen und vom Bund¹³⁶ unterstützt bzw. finanziert, um neben der Sprache die jeweils andere Kultur zu erfahren. (vgl. EDK 2 2007: 1-6 / EDK 3 2017: 3-4 / EDK 4 2004: 4-5)

Die französischsprachigen Kantone haben HarmoS bereits vor 2014 umgesetzt und beginnen in der Grundschule mit der zweiten Landessprache, in den einsprachigen Kantonen Deutsch und in den zweisprachigen Kantonen Deutsch und Französisch. Zudem gibt es teilweise zweisprachige Klassen, die aber auf freiwilliger Basis ausgewählt werden können. (vgl. Papaux 2015: 112-113)

Art. 9 Schulischer Austausch (Art. 14 SpG)

1 Zur Förderung des schulischen Austauschs werden Finanzhilfen Organisationen gewährt, die die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- a. Ihr Zweck muss die Förderung des nationalen und internationalen Austauschs von Schülerinnen und Schülern sowie von Lehrkräften aller Schulstufen sein, mit dem Ziel, die Kompetenzen in den Landessprachen zu verbessern.*

¹³⁶ Seit dem revidierten Bildungsartikel von 2006 arbeiten Bund und Kantone in einigen Bereichen bzw. Bildungsstufen zusammen, um die Ziele von HarmoS umzusetzen. (vgl. Fuchs 2014: 20).

(vgl. Bundesamt für Kultur 2014: 9)

Art. 10 Förderung der Landessprachen im Unterricht (Art. 16 Bst. a und b SpG)

Zur Förderung der Landessprachen im Unterricht werden den Kantonen Finanzhilfen gewährt für:

- a. innovative Projekte zur Entwicklung von Konzepten und Lehrmitteln für den Unterricht einer zweiten und dritten Landessprache;*
- b. Projekte zur Förderung des Erwerbs einer Landessprache über zweisprachigen Unterricht;*
- c. die Förderung der Kenntnisse Anderssprachiger in der lokalen Landessprache vor dem Eintritt in die Primarschule.*

(vgl. Bundesamt für Kultur 2014: 10)

In der Schweiz wurden die Lehrpläne entsprechend den Sprachregionen entwickelt. Die Lehrpläne gelten für die Primarstufe und die Sekundarstufe I, in der Sekundarstufe II kommen kantonale Lehrpläne zum Einsatz, die auf den Vorgaben der EDK beruhen. Die Lehrpläne orientieren sich an nationalen Bildungszielen¹³⁷, d. h. Grundkompetenzen¹³⁸ in den Bereichen Sprachen, Naturwissenschaften und Mathematik. In den Fremdsprachen bilden drei Stufen die Grundkompetenz¹³⁹. Erstens Hör- und Leseverstehen, Gesprächsteilnahme, „zusammenhängendes Sprechen und Schreiben [...] [sowie] Sprachmittlung¹⁴⁰“. (EDK 5 2011: 5) Zweitens „Diskurstypen Informieren/Beschreiben, Erzählen/Berichten, Auffordern/Veranlassen, Meinungsäußerung/Argumentieren und Unterhalten von Beziehung.“ (EDK 5 2011: 5) Drittens „sprachlich-kommunikative (Kompetenz-)Ressourcen“ (EDK 5 2011: 5). „Mit der

¹³⁷ Die Bildungsziele werden von Fachleuten erarbeitet und dienen der Erstellung von Lehrplänen und –mitteln, sowie entsprechenden Überprüfungen der umgesetzten Maßnahmen (vgl. Generalsekretariat EDK 2018: 3).

¹³⁸ Grundlegende Fertigkeiten, Fähigkeiten und Wissen (vgl. Generalsekretariat EDK 2018: 1).

¹³⁹ Für Informationen zum Kompetenzprofil für das 8. und 11. Schuljahr siehe Anhang.

¹⁴⁰ Die Sprachmittlung wurde neu in den Lehrplan aufgenommen.

Anwendung der Bildungsziele leisten die Kantone einen wichtigen Beitrag zur Harmonisierung der obligatorischen Schule [...].“ (Generalsekretariat EDK 2018: 1) Die Bildungsziele gelten national über die Sprachregionen hinaus und sind in den jeweiligen Lehrplänen verankert. Der Lehrplan für die Romandie ‚Plan d’études romand¹⁴¹‘ PER wurde ab 2010 schrittweise eingeführt und seit dem Schuljahr 2014/2015 an allen Schulen in der Romandie unterrichtet. Im Tessin wurde der Lehrplan ‚Piano di studio¹⁴²‘ ab dem Schuljahr 2015/2016 graduell eingeführt und in der Deutschschweiz bzw. den mehrsprachigen Kantonen für die deutschsprachigen Teile, wird der Lehrplan 21, der seit 2014 freigegeben wurde, je nach Kanton, im Zeitraum Schuljahr 2015/2016 bis Schuljahr 2020/2021 umgesetzt. (vgl. De Pietro 2020: 24-25 / Edcua 2 / Edcua 3 / Generalsekretariat EDK 2018: 1, 3 / Fuchs 2014: 22)

Die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) verpflichtet die Kantone zur Harmonisierung der Lehrpläne und zur Koordination der Lehrmittel auf sprachregionaler Ebene. Die sprachregionalen Lehrpläne richten sich an den nationalen Bildungsstandards aus. (Edcua 2)

Die obligatorische zweite Landessprache als erste Fremdsprache war in der Schweiz lange Bestandteil im Fremdsprachenunterricht. Die Entwicklung hin zum Englischen als erste Fremdsprache ist eine Neuerung, ebenso ist der Fremdspracherwerb in der Primarstufe in einigen Kantonen erst kürzlich eingeführt worden. (vgl. Pressedienst Generalsekretariat EDK 2018: 1 / Fuchs 2014: 21)

Der Lehrplan PER ist kompetenzorientiert, setzt Art. 62 der Bundesverfassung bezüglich der Harmonisierung um und weist in vielerlei Hinsicht Übereinstimmungen zur Struktur des Lehrplans 21 auf. Der Lehrplan sieht regelmäßige Leistungsüberprüfungen der Fächer bzw. Fachinhalte vor. Zudem stehen den Kantonen 15 % der Unterrichtszeit zur freien Verfügung, in der auch Fächer, die nicht im Lehrplan integriert sind, unterrichtet werden können. Der

¹⁴¹ Für weitere Informationen siehe: <https://www.plandetudes.ch/pg2-sommaire>.

¹⁴² Für weitere Informationen siehe: https://scuolalab.edu.ti.ch/temieprogetti/pds/Documents/Piano_di_studio_della_scuola_dell_obbligato_ticinese_COMPLETO.pdf.

PER besteht aus fünf Fächergruppen, darunter Sprachen, Natur- und Gesellschaftswissenschaften, Mathematik und Sport, sowie Wahlfächer. Entsprechend den Neuerungen des Lehrplans wurden neue Unterrichts- und Lehrmaterialien entwickelt. Der Lehrplan umfasst im Bereich ‚Sprache‘ sowohl die Mutter- und die zu erlernenden Fremdsprachen als auch mögliche andere Familiensprachen der Schüler. Die Mehrsprachigkeit soll gefördert werden. Neben dem Sprachenlernen ist auch die Entwicklung kommunikativer Fähigkeit ein Teil der schulischen Ausbildung. (vgl. CIIP)

La domaine „Langues“, en cohérence avec les finalités et objectifs de l'école publique, vise à favoriser chez l'élève la maîtrise du français (règles de fonctionnement et capacités à communiquer) ainsi que le développement de compétences de communication dans au moins deux langues étrangères. Le domaine contribue ainsi à la constitution d'un répertoire langagier plurilingue, dans lequel toutes les compétences linguistiques – L1, L2, L3, mais aussi celles d'autres langues, les langues d'origine des élèves bi- ou trilingues en particulier – trouvent leur place. (PER in DE Pietro 2020: 39)

Im nachfolgenden Schaubild von 2016 wird die Umsetzung bzw. die Nichterfüllung des Sprachenkompromisses von 2004 dargestellt. In der Romandie wurden die Vorgaben umgesetzt. In der Deutschschweiz gab es allerdings einige Ausnahmen oder Veränderungen, auch aufgrund diverser Initiativen gegen einen frühen Fremdsprachenunterricht bzw. gegen Frühfranzösisch sowie gegen zwei Fremdsprachen in der Primarstufe.

Die Diskussion um die Einführung von Englisch als Fremdsprache vor einer Landessprache wurde intensiv und emotional geführt. Die Kantone der Westschweiz, jene an der Sprachgrenze sowie das Tessin sahen die nationale Kohäsion bedroht, während die Ostschweizer Kantone mit den Anforderungen der Wirtschaft und einer globalisierten Welt argumentierten. (Stotz 2008: 2)

In den Medien bzw. der Presse wurde die Reform, insbesondere im Bereich der Fremdsprachen, ausführlich betrachtet. Die Stimmung in der Bevölkerung war mitunter sehr aufgeheizt und führte über einen längeren Zeitraum zur täglichen Berichterstattung, beispielsweise in der Neuen Zürcher Zeitung und dem Tagesanzeiger.

Kantonale Volksinitiativen wie die Initiative ‚Nur eine Fremdsprache in der Primarschule (Fremdspracheninitiative)‘ im Kanton GR (...) widersprechen dem HarmoS-Konkordat und damit dem interkantonalen Harmonisierungsstandard, laufen aber auch den bundesrechtlichen Harmonisierungsvorgaben zuwider, falls diese Fremdsprache keine Landessprache ist. Einzelne Kantone können deshalb nicht aus der Harmonisierungspflicht aussteigen und eigene, vom Harmonisierungsstandard abweichende Fremdsprachenregelungen für die Grundschule treffen. (Fuchs 2014: 22, Art. 62)

Sprachenunterricht in den Kantonen

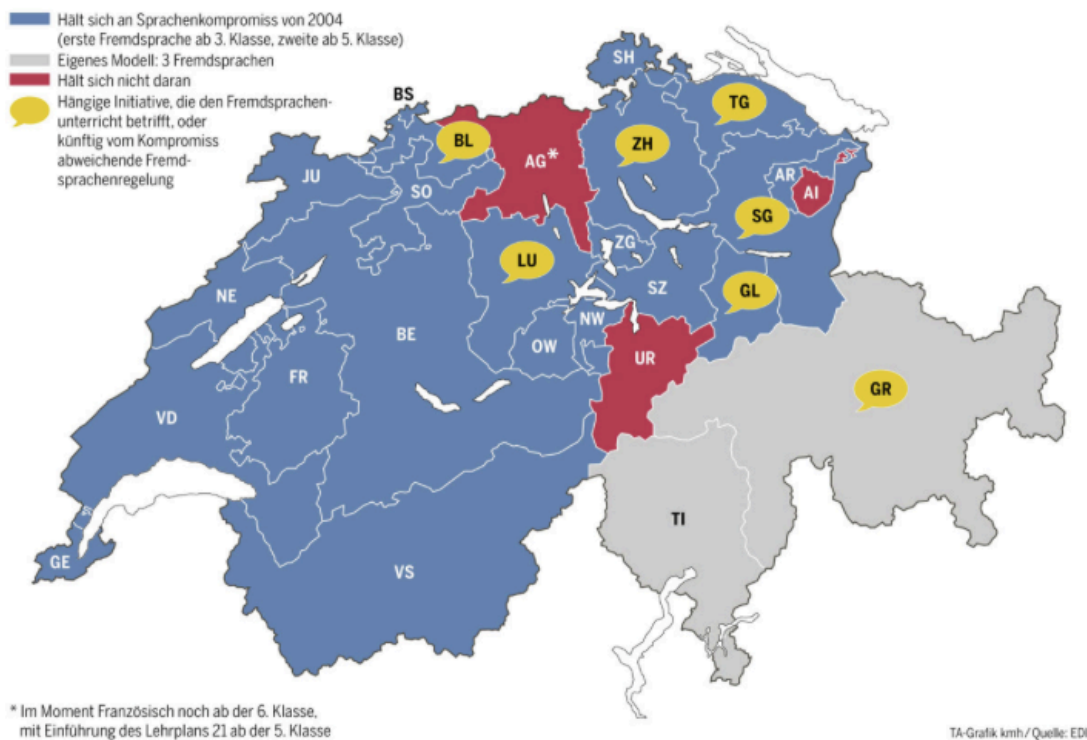


Abbildung 36: Sprachunterricht in den Kantonen (vgl. Häfliger/ Burri 2016)

Letztendlich wurde der Lehrplan 21 jedoch durchgesetzt und gilt verpflichtend für die obligatorische Schulzeit.

Das Konzept eines gemeinsamen Lehrplans in der Deutschschweiz wurde nach positiver Resonanz 2006 begonnen und bis 2014 vollständig ausgearbeitet. Der Lehrplan 21 „vereinheitlicht die Ziele und Inhalte für den Unterricht an der

Volksschule und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Harmonisierung¹⁴³ der obligatorischen Schule. Die Bezeichnung des neuen Lehrplans lautet in Anlehnung an die 21 Projektkantone und das 21. Jahrhundert [...]“ (Moser 2012: 89) Lehrplan 21. Das Ziel des Lehrplans 21 ist die Umsetzung und Durchsetzung des Art. 62 der Bundesverfassung, der eine Harmonisierung der Volksschulen in allen Stufen vorschreibt. Die Kantone haben trotz der einheitlichen Vorgaben nach wie vor Einfluss auf die jeweilige kantonale Bildungspolitik in Bezug auf die Ausarbeitung der Stundentafeln¹⁴⁴, die Benotungsvorgaben und die Unterrichtszeit. Sie entscheiden über die Einführung des neuen Lehrplans und erarbeiten anhand der Vorlage des Lehrplans 21 eine kantonale Variante. Zudem wird die Gleichwertigkeit des Unterrichts in den Kantonen gewährleistet und erleichtert damit einen Umzug der Schüler und Lehrkräfte in einen anderen Kanton, wobei die Sprachenreihenfolge je nach Kanton durchaus variieren kann. Ein weiterer Aspekt ist die Vereinfachung bei der Aus- und Weiterbildung von Lehrern. Durch den Lehrplan 21 wird der Schulunterricht durch weitere Fächer wie Wirtschaft, Arbeit und Haushalt ergänzt. Bereits bestehende Fächer werden teilweise in Gruppen eingeteilt, wie Geographie und Geschichte in Räume, Zeiten, Gesellschaft. Das Ziel ist eine fächerübergreifende und praktische Anwendung des erlernten Stoffes, sowie überfachliche Kompetenz, die parallel zum Unterricht vermittelt werden soll, wie beispielsweise „Sozialkompetenz, Handlungs- und Problemlösungskompetenz“ (Loukuvitou 2014: 2). Der Lehrplan umfasst elf Schuljahre, die in drei Zyklen eingeteilt sind, Kindergarten bzw. Vorschulzeit inbegriffen, die Primarstufe sowie die Sekundarstufe I. Die Fächer werden in sechs Bereiche eingeteilt: Sprachen, Mathematik, Natur/Mensch/Gesellschaft, Gestalten, Musik, Bewegung und Sport. Zusätzlich werden die Module Medien und Informatik, nachhaltige Entwicklung¹⁴⁵ und berufliche Orientierung sowie überfachliche Kompetenzen eingeführt. (vgl. Moser 2012: 89-90 / Loukuvitou 2014: 1-2)

¹⁴³ Der Lehrplan 21 kann aufgrund seiner Struktur auch in Nicht-HarmoS Kantonen umgesetzt werden.

¹⁴⁴ Der Lehrplan 21 gibt keine Stundentafel (Stundenplan) vor.

¹⁴⁵ In diesem Fach wird Nachhaltigkeit in verschiedenen Bereichen beleuchtet, sowohl im ökologischen als auch im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext.

1. Zyklus KG / 1.–2. Klasse Primarschule	2. Zyklus 3.–6. Klasse Primarschule	3. Zyklus 1.–3. Klasse Sekundarstufe I
Deutsch		
	Französisch 1. Fremdsprache	
		Englisch 2. Fremdsprache
		Italienisch
		Latein
Mathematik		
Natur, Mensch, Gesellschaft (1./2. Zyklus)		Natur und Technik [mit Physik, Chemie, Biologie]
		Wirtschaft, Arbeit, Haushalt [mit Hauswirtschaft]
		Räume, Zeiten, Gesellschaften [mit Geografie, Geschichte]
		Ethik, Religionen, Gemeinschaft [mit Lebenskunde]
Gestalten: Bildnerisches Gestalten / Textiles und Technisches Gestalten		
Musik		
Bewegung und Sport		
Medien und Informatik		
Berufliche Orientierung		
Bildung für Nachhaltige Entwicklung		
Überfachliche Kompetenzen Personale · Soziale · Methodische Kompetenzen		

Lehrplan 21: Ein Produkt der **D-EDK**

Abbildung 37: Fachbereiche des Lehrplans 21 (D-EDK 2)¹⁴⁶

Der Lehrplan sieht am Ende der einzelnen Schulstufen bzw. Schulzeit ein gewisses Kompetenzniveau der Schüler in den jeweiligen Fächern vor. Nach Weinert definiert sich Kompetenz als

die bei Individuen verfügbaren oder durch sie erlernbaren kognitiven Fähigkeiten und Fertigkeiten, um bestimmte Probleme zu lösen, sowie die damit verbundenen motivationalen, volitionalen und sozialen Bereitschaften und

¹⁴⁶ Beispiel: Lehrplan Basel-Stadt.

Fähigkeiten, um die Problemlösung in variablen Situationen erfolgreich und verantwortungsvoll nutzen zu können. (Weinert in Balz/ Limbach 2017: 97)

Nach Richter, unter Berufung auf Chomsky, kann der Kompetenzbegriff durch Sprachkenntnisse ersetzt werden. Ein weiterer Aspekt ist das Sprachverhalten bzw. die ‚Performanz‘, die Auskunft über die Verwendung der Sprache gibt. Kompetenz und Performanz hängen nach Chomsky zusammen. Im Vordergrund stehen das Wissen und die Fähigkeit, sprachliche Kenntnisse zu erwerben und diese zu erweitern bzw. zu verbessern. (vgl. Richter 2005: 16)

Damit bleibt auch für den vorliegenden Lehrplan die kulturelle Dimension von Wissen und fachlicher Bildung zentral. Wissen als Kompetenz¹⁴⁷ wird in einem breiten Sinne verstanden: als direkt nutzbares Verfügungswissen, als Reflexionswissen und als Orientierungswissen. [...] Durch die Beschreibung von Lernzielen in Form von Kompetenzen werden Kulturinhalte mit daran zu erwerbenden fachlichen und überfachlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten verbunden; Wissen und Können, fachliche und personale, soziale und methodische Kompetenzen werden miteinander verknüpft. (Lehrplan 21 2016)

Der Unterricht sollte so gestaltet sein, dass die Schüler im Laufe der Schuljahre die angestrebten Lernziele bzw. Kompetenzen erreichen, wie beispielsweise das entsprechende Sprachniveau nach GER, und sich mit dem erworbenen Wissen und den Fähigkeiten auseinandersetzen können. Ebenso sollten die Lehrmittel entsprechend auf die Lernziele abgestimmt sein und den Lernprozess in der jeweiligen Entwicklungsphase optimal unterstützen. Es existieren verschiedene Lehrmittel für die entsprechenden Fachbereiche, wobei einige verpflichtend eingesetzt werden müssen und andere als optionale Ergänzung verwendet werden können. Der einheitliche Lehrplan ermöglicht die Erarbeitung von Lehrmitteln für den gesamten deutschsprachigen Raum der Schweiz, was zum einen kosteneffizienter ist, und zum anderen die Leistungen der Schüler in den einzelnen Kantonen vergleichbarer macht. (vgl. Balz/ Limbach 2017: 97-98)

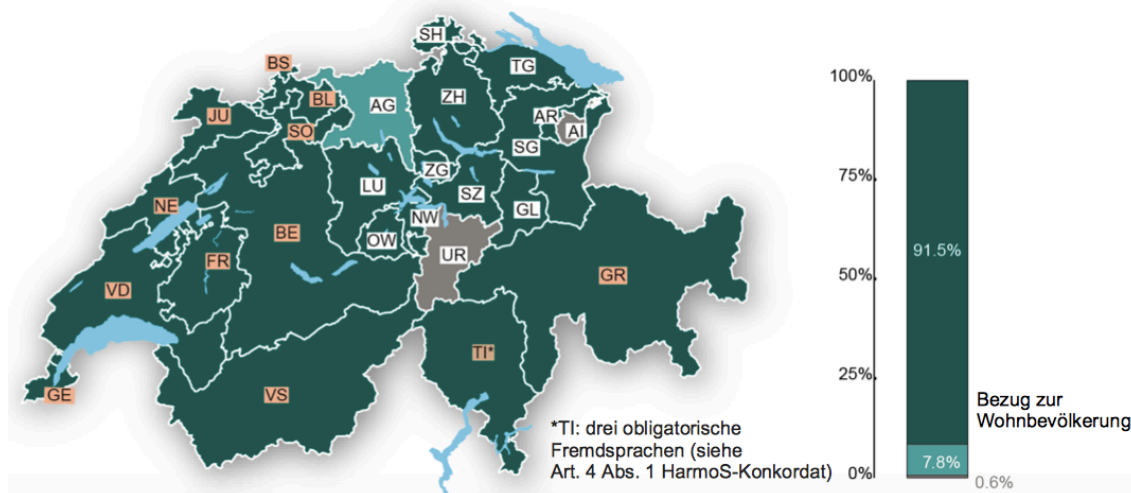
¹⁴⁷ Für weitere Informationen siehe: <https://v-fe.lehrplan.ch/index.php?code=e|200|2>.

Eine Studie von Stotz über die Einführung des Englischen als erste Fremdsprache kommt zu dem Ergebnis, dass Englisch global gesehen sicherlich von Bedeutung ist, aber innerhalb der Schweiz besitzen andere Sprachen Relevanz, insbesondere Deutsch und Französisch. Der Kontakt zur englischen Sprache ist in der Schweiz im Alltag verhältnismäßig gering und sollte aus diesem Grund die Änderung der Sprachenreihenfolge nicht rechtfertigen. Dennoch wurde in einigen Kantonen das Frühenglisch eingeführt und Französisch als zweite Fremdsprache unterrichtet. (vgl. Stotz 2008: 1-3)

In den meisten Kantonen werden in der Primarstufe zwei Fremdsprachen unterrichtet, mit Ausnahme von Uri und Appenzell Innerhoden, die die zweite Fremdsprache erst in der Sekundarstufe I einführen. Die Reihenfolge der Fremdsprachen findet in regionaler Abstimmung statt. Ein Großteil der Deutschschweiz beginnt mit Englisch als erster Fremdsprache, wobei die sogenannten Passepartout-Kantone¹⁴⁸ eine Sonderstellung einnehmen. In diesen Kantonen wird zuerst eine zweite Landessprache und dann Englisch unterrichtet. Die anderen Sprachregionen beginnen mit einer zweiten Landessprache. (vgl. Pressedienst Generalsekretariat EDK 2018: 3 / Fuchs 2014: 22)

¹⁴⁸ Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Solothurn, Bern, Freiburg und Wallis. Diese Kantone haben aufgrund ihrer Sprachgrenze zur Romandie bzw. aufgrund ihrer Zweisprachigkeit bereits im Jahr 2004 ein Konzept für den frühen Französischunterricht bzw. Deutschunterricht entwickelt, in Abstimmung mit dem Lehrplan 21 bzw. dem PER werden damit die Vorgaben der EDK umgesetzt. Für weitere Informationen siehe: <https://www.nwedk.ch/projekt-passepartout>.

**Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule im Schuljahr 2017/2018
(entspricht der Situation seit Schuljahr 2015/2016)**



Zwei Fremdsprachen ab Primarstufe
5. (ZH: 4.) / 7. Schuljahr*
2. Landessprache vor Englisch
Englisch vor 2. Landessprache

Zwei Fremdsprachen ab Primarstufe
AG: Englisch ab 5., Französisch ab 8. Schuljahr*

Zweite Fremdsprache ab Sekundarstufe I
AI, UR (Englisch ab 5., Französisch ab 9. Schuljahr)*
UR: Italienisch als Wahlpflichtfach (ab 7. Schuljahr)*

* Es werden die Jahre der obligatorischen Schule CH gezählt (1- 11). Darin enthalten sind zwei Jahre Kindergarten oder die ersten beiden Jahre einer Eingangsstufe.

- **Kanton Tessin:** Im Kanton Tessin werden drei Fremdsprachen obligatorisch unterrichtet. Gemäss Artikel 4 des HarmoS-Konkordats⁴ kann der Kanton entsprechend von der Staffelung 5/7 abweichen.

⁴ Art. 4 Abs. 1 (HarmoS-Konkordat): «... Sofern die Kantone Graubünden und Tessin zusätzlich eine dritte Landessprache obligatorisch unterrichten, können sie bezüglich der Festlegung der Schuljahre von der vorliegenden Bestimmung abweichen.»

Französisch ist vom 5. bis 9. Jahr der obligatorischen Schule ein obligatorisches Unterrichtsfach, Deutsch ab dem 9. Jahr und Englisch ab dem 10. Jahr.

- **Kanton Graubünden:** Mit drei Kantonssprachen, darunter Rätoromanisch, das in mehreren Idiomen gesprochen wird, kennt der Kanton Graubünden eine besondere und speziell anspruchsvolle Sprachensituation. Eine zweite Kantonssprache (je nach Sprachregion_Deutsch, Italienisch oder Rätoromanisch) wird ab dem 5. Jahr der obligatorischen Schule unterrichtet. Rätoromanisch als zweite Kantonssprache kann auch bereits im 3. Jahr einsetzen. Das Erlernen von Englisch als zweiter Fremdsprache ab dem 7. Jahr der obligatorischen Schule wurde 2008 beschlossen und ab 2012/2013 in den Schulen eingeführt.

Abbildung 38: Sprachunterricht in der obligatorischen Schule im Schuljahr 2017/2018 (vgl. Pressedienst Generalsekretariat EDK 2018: 3)

In den beiden nachfolgenden Schaubildern wird die erste und zweite Fremdsprache in den jeweiligen Kantonen nochmals verdeutlicht.

Erste obligatorische Fremdsprache

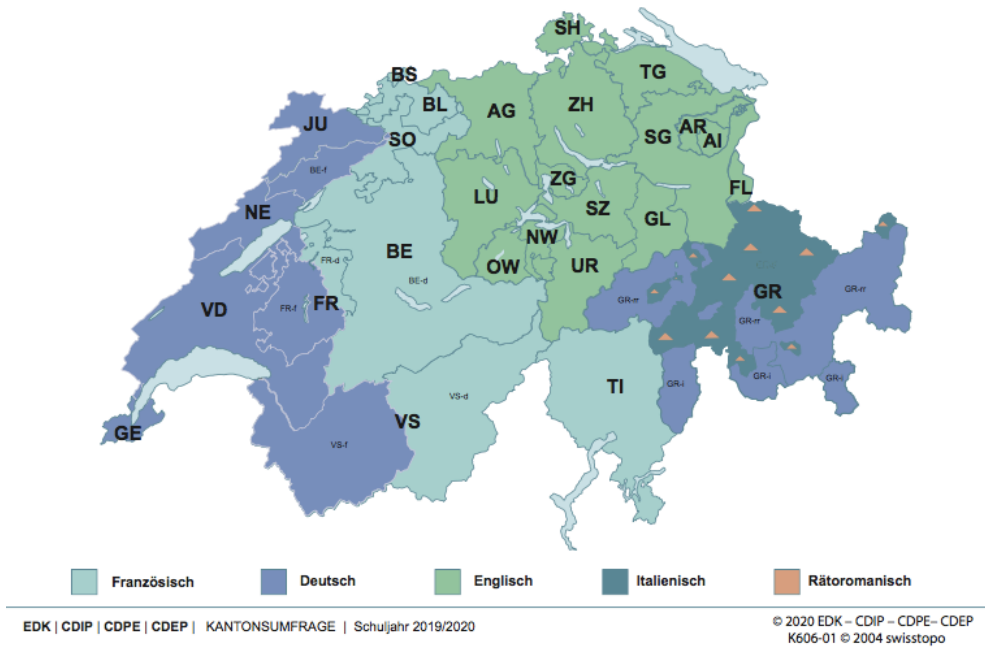


Abbildung 39: Erste obligatorische Fremdsprache (EDK 6 2020)

Zweite obligatorische Fremdsprache

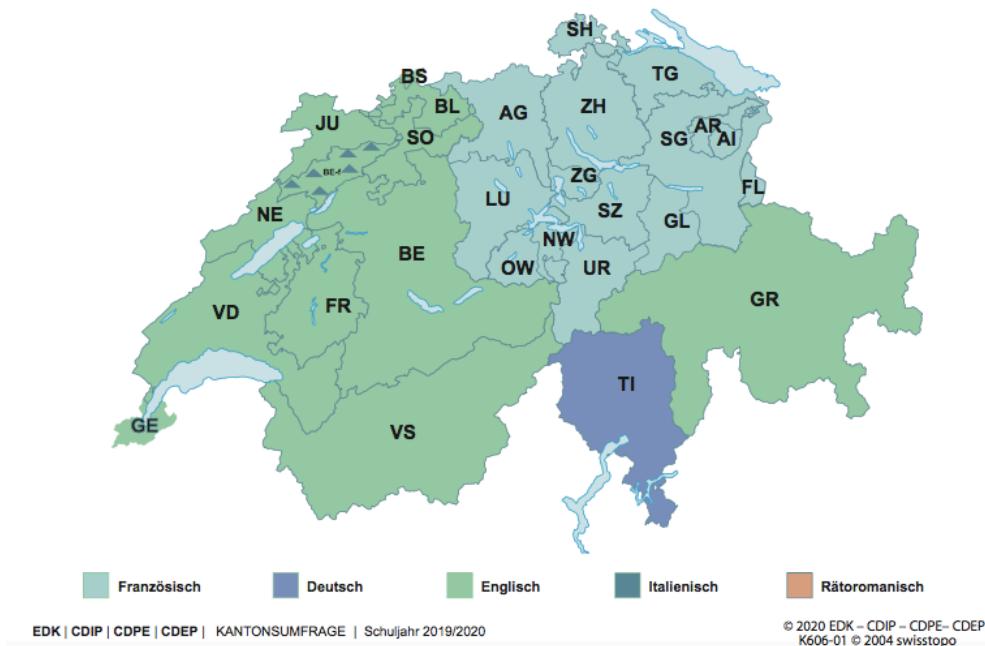


Abbildung 40: Zweite obligatorische Fremdsprache (EDK 7 2020)

Eine 2009 veröffentlichte Studie von Haenni Hoti und Werlen untersucht den ‚Einfluss von Englisch auf das Französisch Lernen‘ und kommt zu dem Ergebnis, dass Schüler von Englisch beim Erwerb der zweiten Fremdsprache profitieren. Sie können bereits erarbeitete Lernstrategien anwenden und

bessere Resultate in Französisch erzielen. Schüler mit Migrationshintergrund, die bereits eine weitere Sprache beherrschen, lernen meist schneller und einfacher Französisch, da sie auf ein „breiteres Repertoire an metasprachlichem Vorwissen“ (D-EDK 1 2014: 10) zurückgreifen können. Die Lesekompetenz in der Muttersprache Deutsch beeinflusst ebenfalls die Entwicklung der Sprachkompetenz in den Fremdsprachen. Durch den früheren Spracherwerb werden nach Erkenntnissen der Studie die sprachlichen Fähigkeiten bei einem Großteil der Schüler nachhaltig verbessert. Die neuen Lehrbücher und -mittel sollten

die Lernprozesse der Kinder unterstützen und im Sinne einer Tertiärsprachendidaktik bzw. einer integrativen Sprachendidaktik dazu anregen, Transfers zwischen Erst-, Zweit- und Drittsprache herzustellen und bereits vorhandene sprachliche Ressourcen (inklusive Migrationssprachen) zu nutzen. Darüber hinaus sollten sie Aufgabenstellungen und Materialien mit unterschiedlichen Ansprüchen und Niveaus enthalten, um den Lehrpersonen den Umgang mit der Leistungsvielfalt in ihrer Klasse zu erleichtern. (Haenni Hoti/ Werlen 2009: 30)

Insgesamt wurde die Neuerung im Schweizer Schulsystem nach einigen Überarbeitungen und Initiativen umgesetzt und durch stetige Evaluierung ständig verbessert sowie an die aktuellen Bedürfnisse der Schüler angepasst. Die Umstellung verlief progressiv und ist mittlerweile in allen Kantonen, einheitlich und doch individuell, umgesetzt. Neuere Studien verweisen auf eine positive Auswirkung des frühen Sprachenlernens bzw. der frühen zweiten Fremdsprache, deren Erwerb von den Kenntnissen aus L2 profitiert und auch Verbesserungen der Struktur in der Muttersprache mit sich bringen kann, auch bezüglich der Lernstruktur und kulturellen Einstellung zu den Sprachen. Englisch bleibt eine wichtige und dominante Fremdsprache in der Schweiz, konnte die zweite Landessprache jedoch nicht aus der Schule verdrängen.

8. Zusammenfassung

Sprachen sind ein wichtiges und viel diskutiertes Thema in der Schweiz. Nach der Invasion der Franzosen unter Napoleon wurden die Schweizer Landessprachen erstmals vor dem Gesetz gleichgestellt und um die vierte Landessprache Rätoromanisch erweitert – die offizielle Anerkennung erfolgte erst 1938. Die mehrsprachige Schweiz regelt unter anderem durch das Sprachengesetz den Verwendungsrahmen und die Förderung der Landes- bzw. Minderheitensprachen. Regelmäßige statistische Erhebungen geben Auskunft über die Anwendung der Landessprachen bzw. der regionalen Varietäten. Besonders für die Minderheitensprachen Italienisch und Rätoromanisch werden Programme zur Förderung und zum Erhalt der Sprachen initiiert. Zudem werden beispielsweise Fernseh- und Radiosendungen in allen Landessprachen produziert und eine Auswahl dieser Sendungen in der gesamten Schweiz ausgestrahlt. Neben dem Sprachengesetz ist das Territorialitätsprinzip maßgeblich für die Sprachräume. Die angestammten Sprachen sollen in ihrer Region erhalten werden, es ist jedoch ein dynamisches Prinzip, welches den Sprachwechsel eines Gebiets bei signifikanten Veränderungen der Bevölkerungszusammensetzung zulässt. Tatsächlich sind die Sprachregionen der Eidgenossenschaft aber stabil, mit Ausnahme von Graubünden. In diesem Kanton unterliegen rätoromanische Sprachgebiete zunehmend dem deutschen Sprachwechsel. Die Sprachenfreiheit ermöglicht jedoch jedem Einwohner, in seiner Muttersprache zu kommunizieren. Im Umgang mit Behörden muss es allerdings eine der Landessprachen sein. Die Schweizer Sprachpolitik unterstützt durch Sprachplanung, -pflege und -lenkung die Förderung der Minderheitensprachen sowie die Mehrsprachigkeit der Eidgenossenschaft. Die einzelnen Kantone regeln in ihrer jeweiligen Verfassung die Verwendung der Sprachen bzw. die Schulsprache/n etc. Durch das Bildungssystem können bildungspolitische Maßnahmen realisiert werden. Im Rahmen der Bildungsreform wurden für die gesamte Schweiz neue, sprachregionale Lehrpläne entwickelt, die unter anderem den Fremdspracherwerb optimieren sollen. Einige Veränderungen, die durch die neuen Lehrpläne umgesetzt werden sollten bzw. wurden, stießen zunächst besonders in der Deutschschweiz auf Kritik und Widerstand. Der Erwerb einer zweiten

Landessprache vor dem Englischen in der Primarstufe sowie insgesamt zweier Fremdsprachen in der Primarstufe führten zu einer Welle von Initiativen mit ausgedehnter medialer Berichterstattung. Im Frühjahr 2018 konnten die Unstimmigkeiten beigelegt werden und der Lehrplan 21 wurde schließlich in der gesamten Deutschschweiz umgesetzt. Die anderen Sprachregionen hatten ihre Lehrpläne bereits eingeführt. Durch die adaptierten Lehrpläne sollen die Leistungen der Schüler verbessert und vergleichbarer gemacht werden. Unterstützt wird dieses Vorhaben durch die Entwicklung neuer bedarfsangepasster Lehrmittel sowie entsprechender Weiterbildungen der Lehrkräfte.

Im nachfolgenden Teil II sollen im Rahmen einer empirischen Untersuchung eigene und möglicherweise neue Erkenntnisse über den Spracherwerb der Schweizer Schüler sowie die Umsetzung des Lehrplans 21 gewonnen werden. Die Datenerhebung kann in diesem Bereich zum einen durch eigenes Interesse an der Kommunikationssprache der Schweizer begründet werden, zum anderen durch die Einführung des Lehrplans 21 bzw. PER. Es wurden im Rahmen von nationalen Forschungsprogrammen zahlreiche Studien durchgeführt, beispielsweise in den Bereichen des englischen Spracherwerbs, Sprachen bei Erwachsenen etc. Der Fokus der folgenden Untersuchung liegt auf den Landessprachen Deutsch und Französisch, Englisch ist aber trotzdem ein wichtiger Aspekt der Studie.

Teil II: Fallstudie

9. Empirische Untersuchung

9.1 Methodische Vorüberlegungen, organisatorischer Aufwand, Probleme

Im Rahmen der methodischen Vorüberlegungen wurde eine Befragung von fünf Kantonen geplant, zwei deutschsprachige, zwei französischsprachige und ein zweisprachiger. Pro Kanton sollten in fünf bis zehn Schulen Lehrkräfte der Primarstufe sowie der Sekundarstufe I und II befragt werden. Zudem waren drei bis vier Experteninterviews mit Lehrern oder Mitarbeitern der Bildungsdirektionen der jeweiligen Kantone geplant. Zunächst startete etwa zwei Monate vor Beginn der Studie eine Pilotstudie. Die Fragebögen wurden mit Survey Monkey erstellt und verschickt. Leider ergab sich im Pretest kein Rücklauf. Die Fragebögen wurden bei eigener Nachforschung als Spam markiert und erreichten somit die Teilnehmer nicht. Daraufhin wurde das gesamte Konzept der Studie überarbeitet und verändert. Zunächst wurden die Fragebögen in ein Word-Dokument umgewandelt und per Mail verschickt. Bei der Auswahl der teilnehmenden Schulen wurde teilweise auf persönliche Kontakte zurückgegriffen und diese durch eine zufällige Auswahl ergänzt. Es wurden durch zufällige Auswahl Mails an die Sekretariate der jeweiligen Schulen verschickt. Manche Schulen nehmen grundsätzlich nicht an Umfragen teil, andere Schulen schickten einen oder mehrere ausgefüllte Fragebögen zurück.

In der Romandie waren die Kontaktdaten der Schulen auf der offiziellen Webseite der Kantone mit einer Liste der Schulen teilweise veraltet oder nicht vorhanden. Dementsprechend war der Kontakt zu den Schulen in der Romandie schwieriger herzustellen. Zudem nahmen einige der angefragten Schulen an der Befragung nicht teil. Aus den angeführten Gründen sind insgesamt weniger Teilnehmer aus der Romandie in der Studie vertreten. Durch die ursprünglich nicht geplante Verwendung der persönlichen Kontakte, wurde die Anzahl der Kantone erweitert. Daraufhin entstand ein Ungleichgewicht

zwischen den teilnehmenden Schulen zugunsten der deutschsprachigen Kantone.

Die Experteninterviews wurden in Expertenfragebögen umgewandelt, um die Umsetzung und Durchführung zu gewährleisten und die Zeit der Probanden nicht über Gebühr zu strapazieren.

Insgesamt war die Rekrutierung der Probanden mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Durch die veränderte Vorgehensweise bei der Auswahl der Schulen ist eine vielseitigere Mischung aus Kantonen und Schulstufen entstanden, beispielsweise durch Lehrkräfte von Berufsschulen. Diese Entwicklung ist positiv zu bewerten.

9.2 Einführung in die Fallstudie

Die Erhebung wurde im Frühjahr/ Sommer 2018 in zwei Teilen, in Form von Fragebögen sowie Expertenfragebögen durchgeführt. Im Rahmen der Studie mit Fragebögen wurden ausschließlich Lehrkräfte von öffentlichen Schulen befragt, die in der Primarstufe, Sekundarstufe I oder der Sekundarstufe II unterrichten. Die teilnehmenden Lehrer arbeiten in deutsch- bzw. französischsprachigen sowie zweisprachigen Kantonen. Es handelt sich hauptsächlich um Sprachlehrer, wobei diese teilweise auch andere Fächer zusätzlich unterrichten. Das Ziel der Untersuchung bestand darin Erkenntnisse und Informationen über den deutschen und französischen Fremdspracherwerb an Schweizer Schulen zu erhalten.

Die Lehrkräfte, die als Bindeglied zwischen den Vorgaben der Regierung bzw. der Kantone und den Schülern stehen, sind von besonderer Bedeutung hinsichtlich des Fremdspracherwerbs und der Förderung der Landessprachen. Ihre Antworten und Einschätzungen bezüglich der eigenen Ausbildung, der sprachlichen Entwicklung der Schüler sowie deren Leistungsprofil werden in den folgenden Kapiteln genauer betrachtet.

Im ersten Teil soll zu Beginn das Forschungsdesign und die Methode dargestellt werden, die Auskunft über die angestrebten Ziele geben. Darauf folgt die Erhebungsgrundlage, die Hintergrundinformationen über die Teilnehmer und die Rahmenbedingungen liefert. Im dritten Teil werden die Erhebungsergebnisse und anschließend die Analyse erläutert.

9.3 Forschungsdesign und Methode der Untersuchung

Der Gegenstand der Untersuchung ist der deutsche und französische Fremdspracherwerb, der durch die Bildungsreform und die Präsenz in den Medien, über den Zeitraum der Einführung, sehr aktuell ist.

Die Untersuchung sollte auf ihrer Basis wiederholbar sein, und in den nächsten Jahren sicher neue Erkenntnisse bezüglich der Umsetzung des Lehrplans 21 bzw. PER liefern. Sichtbar werden diese Ergebnisse aber voraussichtlich erst, wenn der Lehrplan in allen Kantonen über fünf Jahre umgesetzt ist. Die jeweiligen Kantone führen fünf Jahren nach der Einführung der Reform eine Überprüfung in den Bereichen Qualität des Unterrichts, Vor- und Nachteile durch die Reform, mögliche Maßnahmen zur Verbesserung und Weiterentwicklung durch. Da der letzte Kanton den Lehrplan 21 erst im Schuljahr 2020/2021 umgesetzt hat und die Neuerungen teilweise stufenweise eingeführt wurden, werden belastbare Ergebnisse erst in einigen Jahren möglich sein, idealerweise wenn alle Kantone den Lehrplan in allen Schulstufen mindestens fünf Jahre realisiert haben.

9.3.1 Qualitative Studie

Durch die Aktualität des Themengebietes und einige Studien, die durch die Forschung des Schweizerischen Nationalfonds zu Sprachenvielfalt, -kompetenz und Mehrsprachigkeit durchgeführt wurden, musste eine geeignete Untersuchungsmethode gewählt werden.

Zunächst kann zwischen einer quantitativen und einer qualitativen Untersuchung unterschieden werden. Bei einer quantitativen Erhebung ist eine große Anzahl von befragten Personen entscheidend. Diese Art der Befragung wird durch standardisierte Fragebögen durchgeführt. Das Ziel dieser Methode ist, ein bestimmtes Verhalten durch große Zufallsstichproben zu beschreiben bzw. vorherzusagen. Diese Art der Erhebung dient oftmals der Überprüfung einer zuvor aufgestellten Hypothese. Zudem sollten vergleichbare Bedingungen für die Bearbeitung des Fragebogens vorliegen. Die Vorteile dieses Verfahrens sind quantifizierbare Ergebnisse, ein geringerer Zeit- und Kostenaufwand sowie eine große Gültigkeit der Ergebnisse. Die Nachteile sind ein starrer Untersuchungsrahmen, der keine spontane Anpassung an individuelle Gegebenheiten zulässt. Zudem können die Ursachen oder Gründe für

bestimmte Reaktionen der Teilnehmer nicht eruiert und keine Verbesserungsvorschläge angegeben werden. (vgl. Lettau/Breuer: 3-4,7)

Die qualitative Untersuchung ist kein standardisiertes Verfahren. Die Fragen werden offen gestellt und die Teilnehmer können durch eigene Texte bzw. Kommentare individuell antworten. Untersuchungsmethoden sind beispielsweise Interviews und Gruppendiskussionen. Die Befragung zielt auf subjektive Meinungen und Erfahrungen ab und orientiert sich an einem Leitfaden, der flexibel umgestaltet und ohne Einschränkungen beantwortet werden kann. Diese Methode begünstigt eine höhere Inhaltsgültigkeit. Die qualitative Umfrage dient insbesondere der Erfassung von subjektiven Eindrücken und/oder Meinungen. Die Vorteile dieser Methode sind eine geringere Teilnehmerzahl, die Entdeckung neuer Aspekte und Informationen durch die Flexibilität bei der Erhebung sowie die offenen Fragestellungen. Die Nachteile sind ein hoher Kosten- und Zeitaufwand sowie ein aufwendiges Teilnehmerauswahl- und Datenauswertungsverfahren. Eine Kombination beider Untersuchungsmethoden kann die jeweiligen Vorteile der Verfahrensweisen vereinen. (vgl. Lettau/Breuer: 4-5,7)

Die Befragung erfolgte in Form einer Erhebung mit qualitativen Merkmalen und einigen quantitativen Aspekten, um möglichst detaillierte Informationen zu erhalten. Die Fragebögen enthalten sowohl offene Fragen, die individuell beantwortet werden konnten, als auch einen Fragenkatalog mit vorgegebenen Antworten, die durch Ankreuzen auszuwählen waren. Zusätzlich wurden Fragen mit eingeblendetem Prioritätsraster gestellt, die auf eine bestimmte Signifikanz von Merkmalen abzielen. Die Expertenfragebögen bestehen hauptsächlich aus offenen Fragen, um die subjektive Meinung der Befragten einzufangen und die Antworten bzw. Inhalte zu vertiefen. Einige Fragen konnten auf diese Weise ausführlicher und ergänzend beantwortet werden.

9.3.2 Rücklaufquote

Insgesamt wurden 50 Fragebögen verschickt, mit einem Rücklauf von 26 Fragebögen. Die Rücklaufquote beträgt in diesem Fall 52 %. Da die Studie

mehr auf detaillierte Informationen und gehaltvolle Aussagen setzt, ist die Anzahl der Probanden für diesen Zweck absolut ausreichend.

Die geringe Anzahl der Expertenfragebögen, die rein qualitativen Recherchen dienen und eine Ergänzung der Fragebögen darstellen, rechtfertigt keine Angabe der Rücklaufquote, dennoch ist zu vermerken, dass acht Fragebögen verschickt wurden und fünf zurückgesendet wurden.

9.3.3 Zielsetzung der Erhebung

Die Zielsetzung der Erhebung war zunächst, Antworten auf die übergreifenden Forschungsfragen zu erhalten:

- Welche Rolle spielt die französische Sprache gegenwärtig und wie wird sich ihr Stellenwert in Zukunft, insbesondere in den deutschen und den französischen Sprachgebieten, entwickeln bzw. verändern?
- Wie werden Fremdsprachen im Schulunterricht vermittelt?
- Liegen Kompetenzunterschiede in den jeweiligen Sprachgebieten vor?
- Welche Rolle spielt die englische Sprache – auch hinsichtlich der Kommunikation der Schweizer untereinander?
- Welche Bedeutung hat der Spracherwerb für den zukünftigen Zusammenhalt der Schweiz und welche Folgen hat bzw. hätte eine mögliche Sprachbarriere?
- Ist es notwendig, alle Landessprachen zu sprechen?
- Wie soll die Kommunikation der Schweizer untereinander in Zukunft aussehen?

Die Informationen und Erkenntnisse der Erhebung sollen die bereits erläuterte Theorie in Bezug auf die Schweizer Sprachpolitik und die Reformen im Bereich Bildung, insbesondere in Bezug auf den Fremdspracherwerb im schulischen Kontext, untermauern sowie die Einstellung der Bevölkerung zu den Landessprachen innerhalb der Schweiz, auch im Hinblick auf die kantonalen Unterschiede, genauer betrachten.

Schlussendlich soll die gestellte Hypothese: „Der Fremdsprachenunterricht hat Auswirkungen auf die gegenwärtige und zukünftige Kommunikationssprache innerhalb der Schweiz, insbesondere zwischen den Deutschschweizern und

den Romands', betrachtet werden. Eine Befragung der Lehrkräfte bzw. eine Untersuchung innerhalb des Schulsystems bietet sich im Rahmen einer sprachpolitischen Untersuchung an und ermöglicht einen Einblick in die sprachliche Situation der Schweiz, sowie die Spracheinstellung der Schüler bzw. Lehrkräfte stellvertretend für die Meinungsbildung einzelner Sprachregionen. Der Spracherwerb findet hauptsächlich innerhalb des Schulsystems statt und bildet den Grundstein für spätere Sprachkenntnisse und den Umgang mit anderen Fremd- bzw. Landessprachen.

9.4 Erhebungsgrundlage der Fragebögen

Auf Grundlage der strukturierten Fragebögen bzw. Expertenfragebögen wurde die im Folgenden ausgewertete und beschriebene Fallstudie durchgeführt. Zunächst umfassen die Fragebögen 16 Fragen, inklusive einer Abfragung von Metadaten der Teilnehmer. Die Fragen lassen sich in verschiedene Bereiche unterteilen: Zunächst wurden Informationen zu den Schülern in Bezug auf die Schulsprache und den Fremdspracherwerb erhoben, dieses Hintergrundwissen war eine wichtige Basis für den weiteren Aufbau des Fragebogens. Darüber hinaus waren die verwendeten Unterrichtsmethoden sowie Lehrmittel, die im Lehrplan 21 sowie in der vorangegangenen öffentlichen Diskussion eine große Rolle spielten und spielen, besonders in Bezug auf die Qualität von Interesse. Fragen bezüglich sprachpolitischer Vorgaben bzw. Veränderungen, sowohl bundesweit als auch kantonale, bildeten den letzten Abschnitt der Befragung. In diesem Teil der Studie wurden ausschließlich Lehrkräfte befragt.

Nicht beantwortete Fragen wurden in beiden Befragungen bei der Auswertung nicht berücksichtigt bzw. bei Fragen, bei denen ‚Keine Information‘ als Antwortmöglichkeit zur Verfügung stand, in diese Kategorie gezählt.

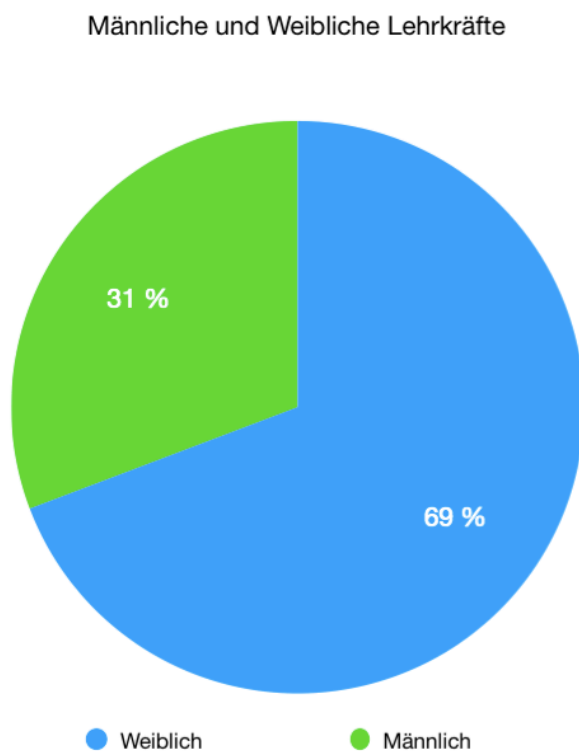
Die Wahl der Fragen entstand durch die Hintergrundrecherche für den ersten Teil dieser Arbeit: welche Aspekte könnten interessant sein, wo werden zusätzliche Informationen benötigt, welche Problemstellungen sollten untersucht werden?

9.4.1 Teilnehmerkreis

Die Teilnehmer der Studie wurden durch das Anfragen ausgewählter Schulen in verschiedenen Kantonen sowie durch die Nutzung persönlicher Kontakte innerhalb des Schweizer Bildungssystems ausgewählt.

Die Teilnehmer der Befragung durch Fragebögen waren ausschließlich Mitglieder des Lehrkaders öffentlicher Schulen, die in der Primarstufe, Sekundarstufe I oder der Sekundarstufe II unterrichten und die Fragen basierend auf den praktischen schulischen Erfahrungswerten aus ihrer eigenen Sicht sowie aus der der Schüler erläutern.

Insgesamt wurden 26 Lehrkräfte befragt. Der Großteil der Lehrer war mit 69,2 % weiblich gegenüber 30,8 % männlich. Die Altersgruppen 25-65 waren vertreten, wobei die Altersgruppe der 40er überwiegt.



149

Abbildung 41: Männliche und weibliche Lehrkräfte (eigene Darstellung)

¹⁴⁹ Das verwendete Grafikprogramm arbeitet mit ganzen Zahlen, im Text ist aber die genaue Prozentzahl vermerkt.

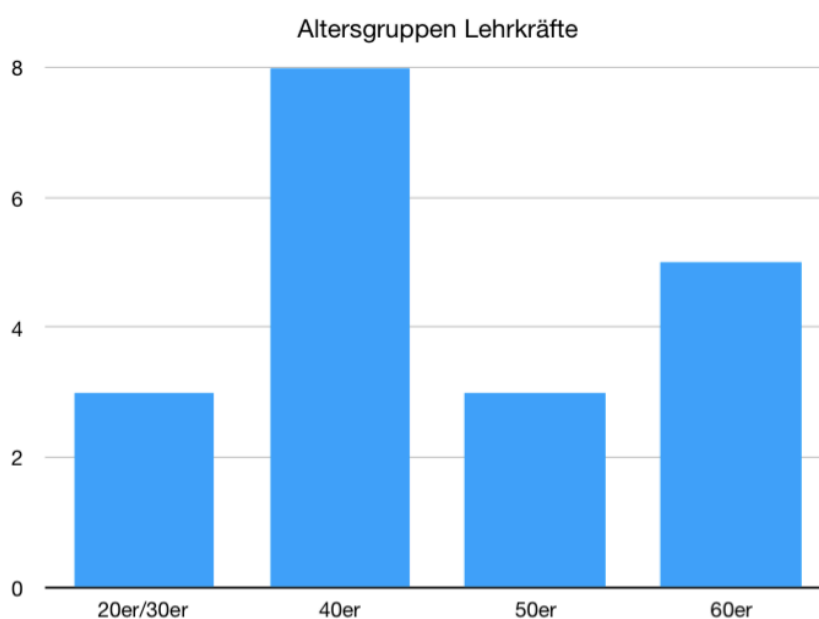


Abbildung 42: Altersgruppen Lehrkräfte (eigene Darstellung)

Die befragten Lehrkräfte stammen mehrheitlich aus der Schweiz, mit der Ausnahme einer deutschen und einer französischen Person. Einige Lehrkräfte arbeiten jedoch außerhalb ihres Heimatkantons, teilweise auch außerhalb ihrer ursprünglichen Sprachregion. Insgesamt waren sechs Deutschschweizer Kantone, drei zweisprachige Kantone und zwei französische Kantone vertreten.

Heimatkantone (Geburt)

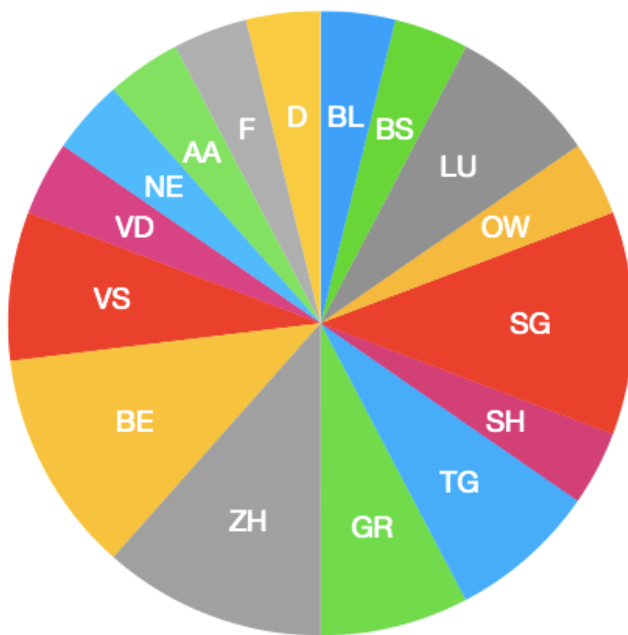


Abbildung 43: Heimatkantone (eigene Darstellung)

Kantone Arbeitsplatz

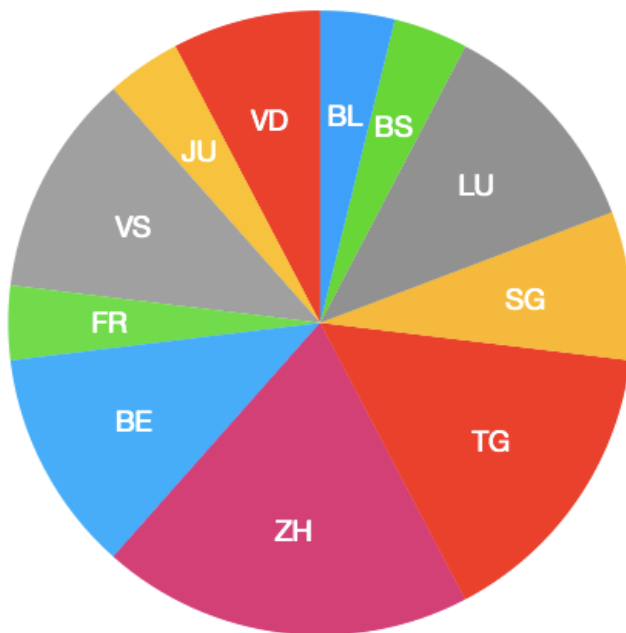


Abbildung 44: Kantone Arbeitsplatz (eigene Darstellung)

Zwei Lehrkräfte arbeiten an einer interkantonalen Schule in den Kantonen Freiburg bzw. Waadt.

Die Lehrpläne¹⁵⁰ der in der Studie vertretenen Kantone sind aufgrund ihrer individuellen Anpassung an die jeweiligen Situationen bzw. Verfassungen der Kantone von Interesse.

Es existieren Variationen bezüglich einzelner Fächer, sowohl Bezeichnung als auch die Auswahl von Kombinationsfächern im Wahlbereich können sich unterscheiden. Der Kanton Basel-Landschaft bietet beispielsweise das Fach MINT im Wahlbereich an, welches eine Kombination aus den naturwissenschaftlichen Fächern sowie gestalterischen Fächern abdeckt. In der Sekundarstufe wird auf die Grundlagen des Lehrplans 21 aufgebaut und es werden einzelne Themen und Inhalte für verschiedene Fächer ergänzt. (vgl. Basel Landschaft)

Der Lehrplan 21 wurde in den Kantonen teilweise in verschiedenen Schuljahren¹⁵¹ umgesetzt bzw. beanspruchte eine unterschiedliche Umsetzungsdauer. Zudem wurde der Lehrplan in einigen Kantonen zuerst in der Primarstufe und danach in der Sekundarstufe I gestaffelt oder aufsteigend eingeführt. Einige Kantone setzen die Neuerungen zeitgleich in der Primarstufe und Sekundarstufe I um.

In den Lehrplänen werden zudem der Beginn, die Dauer sowie die Auswahl der dritten Fremdsprachen festgelegt. In beiden Basel-Kantonen, Bern, Freiburg und Wallis ist die erste Fremdsprache Französisch, in den zweisprachigen Kantonen innerhalb des deutschsprachigen Gebiets. In St. Gallen, Luzern, Thurgau und Zürich ist die erste Fremdsprache Englisch. In Bern, Wallis, Jura und Waadt ist die erste Fremdsprache Deutsch, in den zweisprachigen Kantonen innerhalb des französischsprachigen Gebiets. In den zweisprachigen

¹⁵⁰ Für weitere Informationen zu den jeweiligen Lehrplänen siehe: <https://www.lehrplan21.ch>.

¹⁵¹ Der neue Lehrplan wurde in Basel-Landschaft für die Primarstufe im Schuljahr 2015/2016 und für die Sekundarstufe im Schuljahr 2018/2019 eingeführt. Die Umsetzung erfolgt innerhalb von drei Jahren und soll durch die Rückmeldung und Bewertung am Ende der Schuljahre optimiert werden. In Thurgau und St. Gallen wurde der Lehrplan beginnend im Schuljahr 2017/2018 bis 2020/2021 umgesetzt. In Zürich und Luzern wurde der Lehrplan für die Primarstufe 2017/2018 und für die Sekundarstufe I 2019/2020 eingeführt. In Basel-Stadt wurde der Lehrplan 2015/2016 mit einer sechsjährigen Einführung gestartet. Bern begann 2018 in Primar und 2019/2020 in Sekundar. Wallis setzte im Schuljahr 2018/2019 den Lehrplan um. Freiburg begann 2015 mit der Einführung, als Ende wird 2022/2023 angegeben.

Kantonen gilt im deutschsprachigen Teil der Lehrplan 21 und im französischsprachigen Teil der PER.

In einigen Kantonen wie Bern, Luzern und Zürich wird in der Sekundarstufe I im Wahlbereich der Fremdsprachen nur Italienisch angeboten, nicht jedoch Latein. Im Kanton Wallis werden nur die verpflichtenden Fremdsprachen Französisch und Englisch im Lehrplan aufgeführt, die Fremdsprachen im Wahlbereich sind nicht vorhanden. Die beiden teilnehmenden französischsprachigen Kantone Jura und Waadt unterrichten nach dem PER.

Die Lehrer gaben als Muttersprachen Deutsch, Französisch und Elsässisch an. Mehrfachnennungen waren möglich.

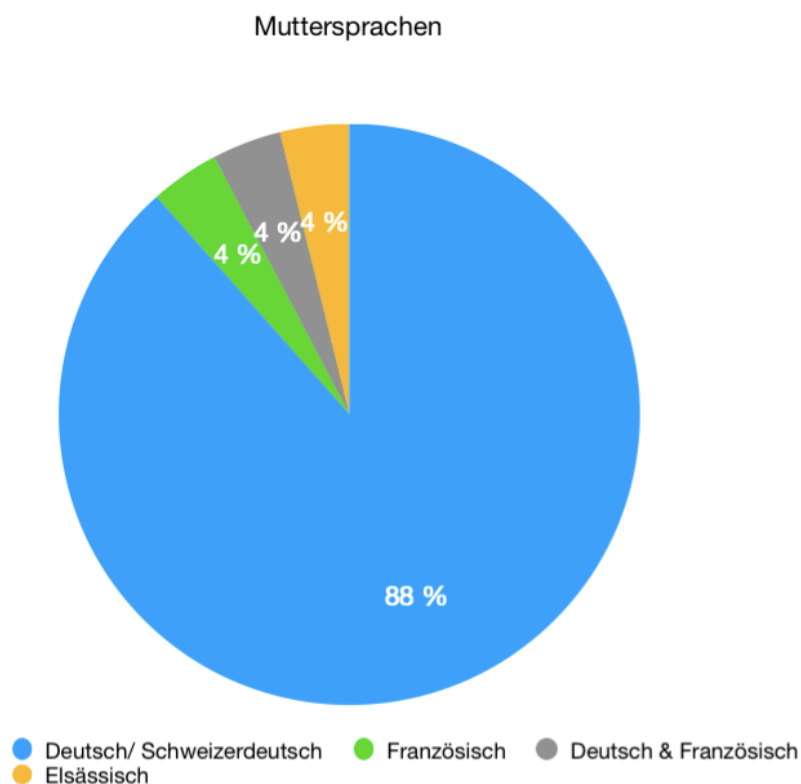


Abbildung 45: Muttersprachen (eigene Darstellung)

9.4.2 Teilnehmende Schulen

Bei den teilnehmenden Schulen handelt es sich um öffentliche Schulen in den Bereichen Primar, Sekundar I und Sekundar II. Die Primarstufe und

Sekundarstufe I sind an den Lehrplan 21 gebunden, wohingegen die Sekundarstufe II lehrplanunabhängig agiert, d. h. hier gelten kantonale Vorgaben, die unabhängig von den Entscheidungen des Bundes getroffen werden.

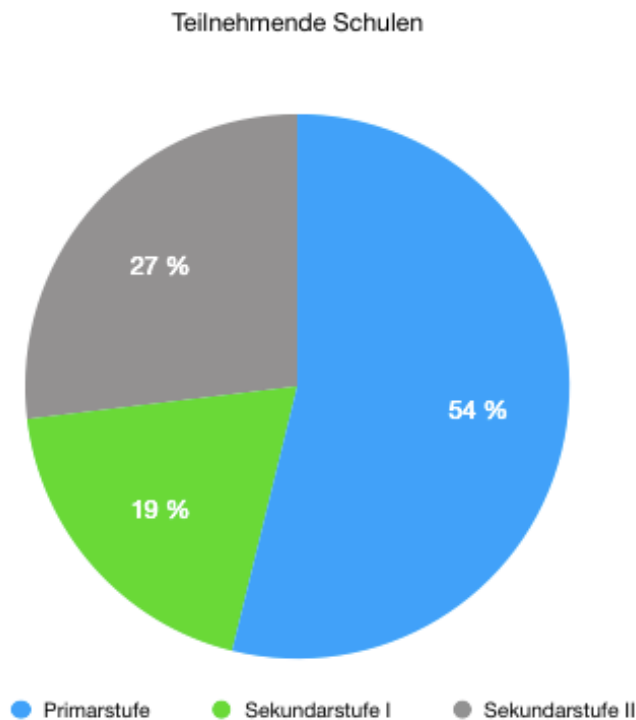
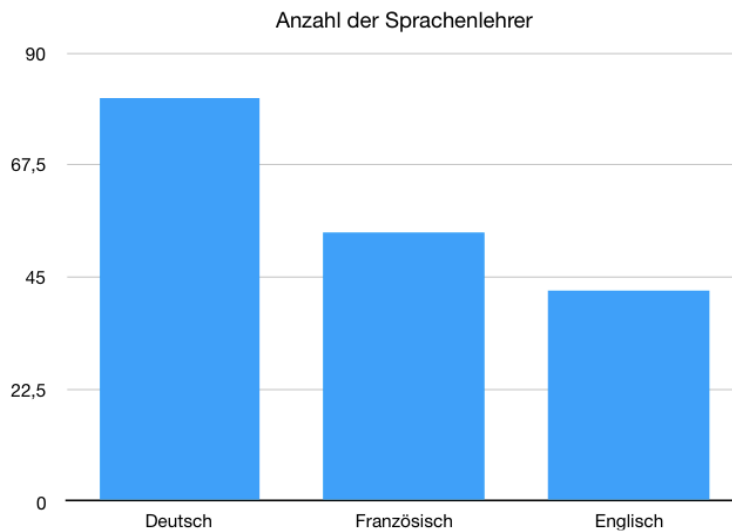


Abbildung 46: Teilnehmende Schulen (eigene Darstellung)

9.4.3 Fächer der Lehrkräfte

Die teilnehmenden Lehrkräfte sind allesamt Sprachlehrer, wobei häufig zusätzliche andere Fächer unterrichtet werden. Besonders in der Primarstufe ist die Bandbreite der Fächer am größten. Die meisten Lehrer unterrichten nahezu alle Fächer in dieser Stufe, wohingegen sich in der Sekundarstufe die Anzahl der unterrichteten Fächer pro Lehrperson verringert. In der Sekundarstufe II werden häufig nur ein bis zwei Fächer unterrichtet.

Der größte Anteil der befragten Lehrer unterrichtet Deutsch mit 80,8 % gefolgt von Französisch mit 53,85 % und Englisch mit 42,3 %. Unter den Teilnehmern befanden sich keine Italienischlehrer. Mehrfachnennungen waren möglich.



(Das Total übersteigt 100 %, Mehrfachnennungen waren möglich.)

Abbildung 47: Anzahl der Sprachenlehrer (eigene Darstellung)

Die sonstigen Fächer waren Natur, Mensch und Gesellschaft (NMG), Musik, Geographie, Geschichte, Mathematik, Turnen, Zeichnen, Werken, Gestalten (bildnerisches, technisches), Sport, Religion, Medien und Informatik, Berufswahl, Allgemeinbildender Unterricht (ABU), integrierte Förderung und Teamteaching. Teilweise variieren die Bezeichnungen der Fächer je nach Kanton.

9.4.4 Fremdsprachliche Kenntnisse und Ausbildung der Lehrkräfte

Die Lehrer gaben unterschiedliche Fremdsprachenkenntnisse, Zertifikate, Diplome etc. an. Teilweise wurde das Sprachniveau nach GER angegeben, beispielsweise C1 für Französisch und B2 für Englisch, außerdem wurden regionale und nationale Ausbildungen wie die kantonale Lehrerausbildung Thurgau, das Lehrerseminar oder das Sekundarlehrerdiplom angegeben. Zudem Master bzw. Diplome in Englisch, Französisch, Deutsch und Latein. Einige nationale und internationale Zertifikate wurden ebenfalls erwähnt wie: Alliance française, DALF, Proficiency, Cambridge Certificate, BULATS und DILI. Ein weiterer Aspekt für den Fremdspracherwerb der Lehrkräfte waren ein Selbststudium sowie Auslandsaufenthalte zur Verbesserung und Vertiefung der jeweiligen Sprachkenntnisse.

9.5 Erhebungsergebnisse und -analyse

Die Ergebnisse der Erhebung werden im Folgenden dargestellt.

9.5.1 Schulsprache und Fremdspracherwerb

Frage 1: Welche Fremdsprachen erlernen die Schüler/innen¹⁵² an Ihrer Schule?

Der Fremdsprachenunterricht entspricht den Vorgaben des überregionalen Lehrplan 21 bzw. dem PER. Zur Zeit der Erhebung war der Lehrplan 21 gerade in der Umsetzung bzw. noch nicht in allen befragten Kantonen eingeführt. Einige der befragten Lehrer konnten dementsprechend noch nicht alle Neuerungen nennen bzw. beurteilen oder unterrichteten noch in einem Klassenzug nach altem Lehrplan. Zudem wurden Lehrkräfte aus der Primarstufe, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II befragt, weswegen die Antworten teilweise variieren bezüglich des Fremdsprachenunterrichts der jeweiligen Stufe.

In der Deutschschweiz wird in den befragten Kantonen in der Primarstufe Englisch gefolgt von Französisch unterrichtet bzw. in den Pässepartout-Kantonen Französisch gefolgt von Englisch. In der Romandie wird in den befragten Kantonen Deutsch gefolgt von Englisch unterrichtet, in den zweisprachigen Kantonen zuerst die jeweilige andere Landessprache, Deutsch oder Französisch, danach Englisch. Diese Sprachen werden in der Sekundarstufe I und II weiterführend unterrichtet. Es besteht zudem sowohl in der Deutschschweiz, wie auch in der Romandie, in den meisten Kantonen die Möglichkeit, in der Sekundarstufe I eine dritte Sprache zu erwerben, sowohl Italienisch als dritte Landessprache als auch Latein. Andere Sprachen wie Spanisch, Griechisch und Russisch werden in der Sekundarstufe II wahlweise angeboten. Diese Sprachen können je nach Leistungsprofil der Schule abweichen.

¹⁵² Die Fragen innerhalb des Fragebogens bzw. des Expertenfragebogens sind gegendert, um Irritationen seitens der Teilnehmer der Studie zu vermeiden. Die gesamte Arbeit, inklusive der Auswertung der Fallstudie, ist wie bereits in der Einleitung erwähnt unter Verwendung des generischen Maskulinums verfasst, um den Lesefluss zu erleichtern.

Frage 2a: Erlernen die Schüler/innen in der Schulsprache und den Fremdsprachen die Schriftsprache oder eine regional eingefärbte Varietät?

Bei dieser Frage standen zwei Antwortmöglichkeiten zu Auswahl: Schriftsprache oder regionale Varietät. Diese Frage wurde in die Erhebung aufgenommen, da in der einschlägigen Sekundärliteratur immer wieder von einer Veränderung der Schulsprache hin zur regionalen Varietät berichtet wurde, hauptsächlich in der Deutschschweiz.

Die Volkszählung von 2000 ergab einen deutlichen Anstieg des Schweizerdeutschen in den Schulen im Vergleich zu 1990, von ca. 33 % auf 39 %, Tendenz steigend. Der Anteil der Hochdeutschsprecher nimmt dementsprechend ab. Insgesamt gaben aber 62 % der Schüler im Jahr 2000 an, sowohl Hochdeutsch als auch Schweizerdeutsch in der Schule zu verwenden, im Vergleich zu 67 % im Jahr 1990. Die Statistik zeigt, dass vor allem im Bereich der tertiären Bildung, Hochschulen und Universitäten, vermehrt Hochdeutsch verwendet wird. (vgl. Lüdi/ Werlen 2005: 83-85)

Bei dieser Frage bestätigten die Lehrkräfte die Verwendung der Schrift- bzw. Standardsprache im Sprachunterricht (Deutsch, Englisch, Französisch etc.). Bereits im Kindergarten wird die deutsche Standardsprache als Vorbereitung auf die Schule vermittelt, wobei natürlich auch die Mundart verwendet wird.

Im Fach Deutsch in der Deutschschweiz bzw. Französisch in der Romandie kommen Helvetismen zum Einsatz, die in der Schweiz aber als Teil der Hochsprache angesehen und verwendet werden. In anderen Fächern kann in der Deutschschweiz durchaus Mundart gesprochen werden, das variiert je nach Lehrkraft, Fach und Schule bzw. Herkunft der Schüler. In der Romandie wurde als mögliche regionale Varietät das Waadt Französisch angeführt. Insgesamt ist eine regionale Varietät in der Romandie aber zu vernachlässigen.

Frage 2b: Verfügen die Schweizer Schüler/innen über Kenntnisse der Schriftsprache, obwohl eine lokale Varietät im Unterricht vermittelt wird?

Diese Frage schließt an die vorherige Frage 2a an. Es standen drei Antwortmöglichkeiten zur Wahl: Ja, nein oder keine Information. Die Mehrheit

der Befragten gab an, dass die Schüler über Kenntnisse der Schriftsprache verfügen, obwohl teilweise im Unterricht sowie im Alltag die lokale Varietät verwendet wird. Die Schriftsprache ist eine Voraussetzung, um den Schulabschluss zu erhalten.

Frage 3a: Erlernen Schüler/innen mit Migrationshintergrund die deutsche Schriftsprache oder die Schweizerdeutsche Varietät?

Diese Frage ist von Interesse, da in der Volkszählung von 2000 der Anteil an ausländischen Bürgern, die Schweizerdeutsch sprechen, bei über 85 % lag, gegenüber 53 %, die Hochdeutsch sprachen. Diese Entwicklung ließ die Autoren darauf schließen, dass der Hochdeutschunterricht bzw. der Gebrauch der deutschen Schriftsprachen in den Schulen der Deutschschweiz nicht ausreichend behandelt wird und in Zukunft gefördert werden sollte. (vgl. Lüdi/Werlen 2005: 85)

Die Mehrheit der Befragten gab an, dass die Schüler mit Migrationshintergrund die deutsche Schriftsprache in der Schule erlernen. In den Pausen, auf Exkursionen oder im Alltag werden Varietäten bzw. Dialekt innerhalb der Schülergruppen bzw. des Klassenverbands verwendet. Entsprechend wird in der Romandie die französische Standardsprache erlernt, wobei diese sowohl in der Schule als auch im Alltag gleich verwendet wird.

Frage 3b: Falls die Schüler/innen mit Migrationshintergrund eine Schweizer Sprachvarietät erlernen: Fällt ihnen der Spracherwerb leichter oder schwerer im Vergleich zum Erlernen einer Standardsprache (bspw. Englisch)?

Diese Frage konnte mit drei Antwortmöglichkeiten beantwortet werden: leichter, schwerer, keine Information.

Die Mehrheit der befragten Lehrkräfte konnte keine Information zu dieser Frage geben. Aus den Kommentaren wurde jedoch ersichtlich, dass der Spracherwerb der regionalen Varietät abhängig von der jeweiligen Muttersprache der Schüler sei. Schweizerdeutsch wird nebenbei im Umgang

mit anderen Kindern erlernt, wobei auf Hochdeutsch gelesen und geschrieben wird. Zudem ist die Familien- und Freizeitgestaltung der Schüler für die jeweilige Ausprägung des Dialekts entscheidend.

Frage 4: In welcher Sprache kommunizieren die Schüler/innen im Unterricht mit zugezogenen Mitschülern aus einem anderssprachigen Land bzw. einer anderen Sprachregion der Schweiz?

Zur Auswahl standen: in einer Landessprache oder in einer dritten Sprache. Die Schüler kommunizieren in der Deutschschweiz auf Deutsch und Schweizerdeutsch, tendenziell aber eher Hochdeutsch bzw. Schriftsprache, und in der Romandie auf Französisch oder teilweise auch auf Deutsch; in einer dritten Sprache findet ebenfalls Anwendung. Englisch wird eher selten eingesetzt, wohingegen beispielsweise Portugiesisch eine häufig verwendete dritte Sprache ist, insbesondere in der Romandie. Zudem sprechen Schüler in vermeintlich unbeobachteten Momenten mit Schülern derselben Sprachherkunft ihre Muttersprache, wie zum Beispiel Albanisch.

Frage 5: Welche Sprachen verwenden die Schüler/innen außerhalb des Unterrichts (z. B. auf dem Pausenhof)?

Außerhalb des Unterrichts verwenden die Schüler mit Migrationshintergrund, sowohl in der Deutschschweiz als auch in der Romandie, häufig ihre Muttersprache im Umgang mit Landsleuten bzw. Familienmitgliedern. Die Deutschschweizer bzw. deutschsprachigen Gebiete in den zweisprachigen Kantonen, verwenden diverse Deutschschweizer Dialekte, wie Züri-Deutsch, Berndeutsch oder Walliserdeutsch. Teilweise kann auch eine Mischung aus Hochdeutsch, Schweizerdeutsch und der jeweiligen Muttersprache vorkommen. In der Romandie wird hauptsächlich Französisch gesprochen.

Frage 6: Welche Unterrichtsmethoden werden im Fremdsprachenunterricht verwendet?

Bei dieser Frage konnten die Lehrer in den einzelnen Kategorien zwischen: häufig, gelegentlich, kaum und nie verwendet wählen. Die Verwendung der nachfolgenden Unterrichtsmethoden im Fremdsprachenunterricht ist von Interesse, um sowohl die Art des Spracherwerbs, als auch beispielsweise den Einsatz von technischen Hilfsmitteln besser einschätzen zu können. Die Auswahl der jeweiligen Lehrmethoden kann auch bezüglich der Schulstufe variieren und entsprechend des Alters bzw. des Leistungsstandes der Schüler eingesetzt werden. Keine Angaben wurden in die Kategorie ‚nie‘ gezählt.

Die Unterrichtsmethode Frontalunterricht wird von der Hälfte der Befragten Lehrer mit 50 % häufig eingesetzt. 38,5 % wenden diese Methode gelegentlich an.

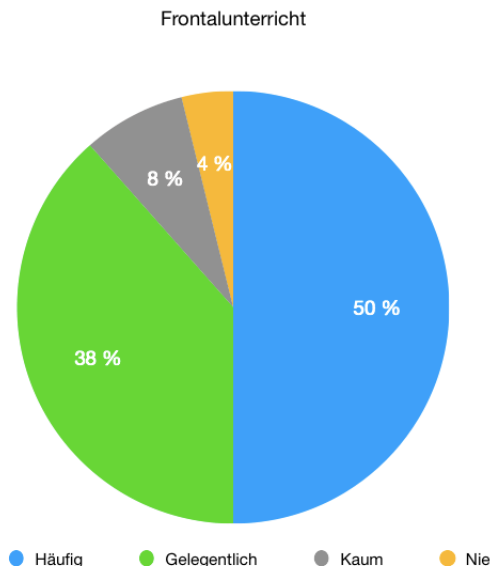


Abbildung 48: Frontalunterricht (eigene Darstellung)

Debatten und Diskussionen werden von der Hälfte der Befragten, 50 %, gelegentlich durchgeführt.

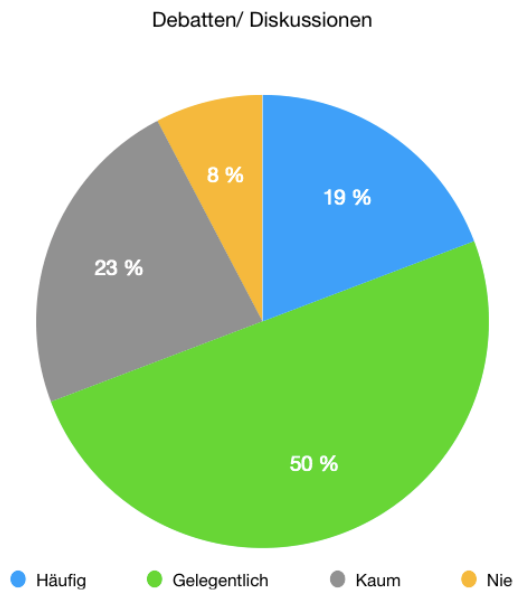


Abbildung 49: Debatten/ Diskussionen (eigene Darstellung)

Gruppen- und Partnerarbeiten werden von mehr als der Hälfte der Befragten Lehrkräfte mit 61,5 % häufig und etwa einem Drittel mit 34,6 % gelegentlich in allen Schulstufen eingesetzt.

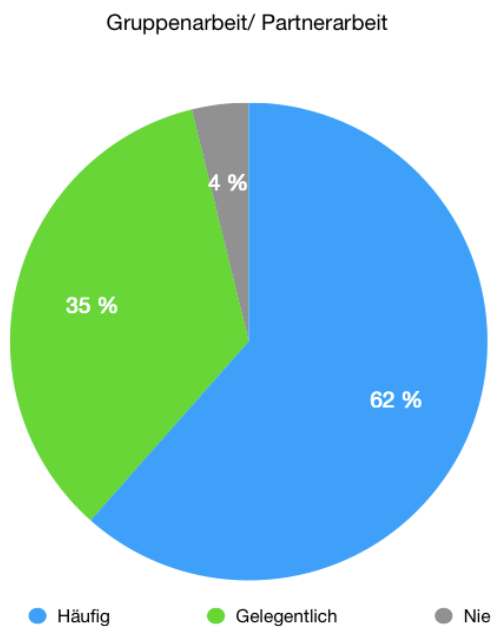


Abbildung 50: Gruppenarbeit/ Partnerarbeit (eigene Darstellung)

Referate werden von etwas weniger als der Hälfte der Befragten mit 46,2 % gelegentlich und von 34,6 % kaum eingesetzt.

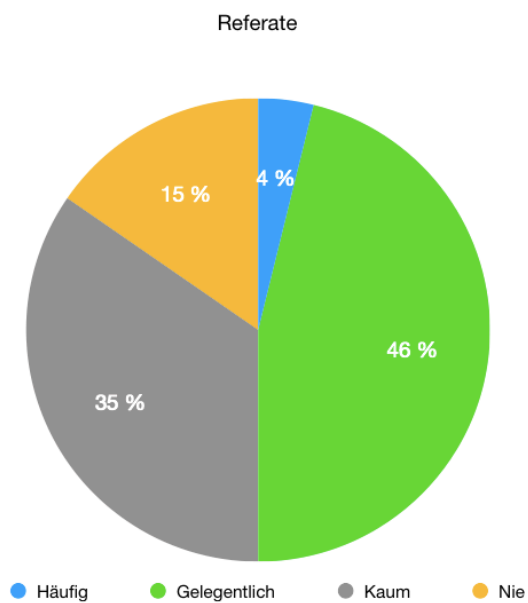


Abbildung 51: Referate (eigene Darstellung)

Computergestütztes Lernen wird von 42,3 % gelegentlich angewandt.

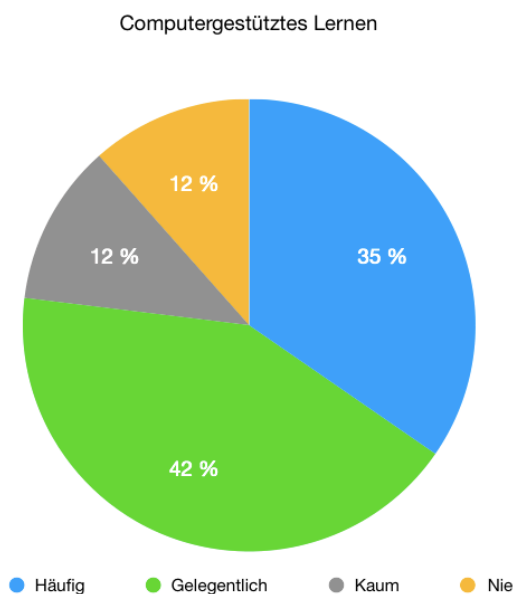


Abbildung 52: Computergestütztes Lernen (eigene Darstellung)

Lernspiele werden von etwas mehr als der Hälfte der Befragten mit 57,7 % gelegentlich eingesetzt.

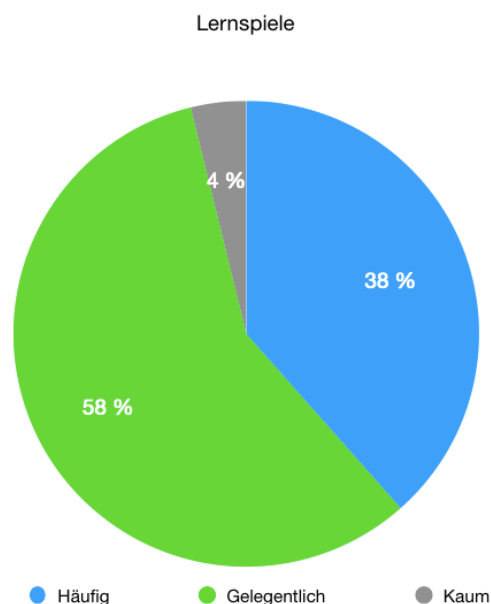


Abbildung 53: Lernspiele (eigene Darstellung)

Tendenziell werden Lernspiele vermehrt im Kindergarten und in der Primarstufe eingesetzt. Computergestütztes Lernen findet eher in Sekundar I und II statt, wobei auch einige Primarschulen bereits damit beginnen. Es hängt vom Thema, der Ausrüstung der Schule und dem technischen Interesse bzw. ‚Know-How‘ der jeweiligen Lehrkräfte ab, sowie möglicherweise von der Leistungsstufe der Klasse und den technischen Fähigkeiten. Referate werden häufiger in Sekundar I und II durchgeführt, wobei es auch in diesem Fall lehrerabhängig ist und teilweise in der Primarstufe angewandt wird. Die Tatsache, dass Debatten und Diskussionen nur gelegentlich verwendet werden, kann dem Umstand geschuldet sein, dass die Schüler im Umgang mit der Fremdsprache noch nicht die nötige sprachliche Sicherheit besitzen, im Laufe der Schulzeit sollte diese jedoch zunehmen und ein freieres Sprechen bzw. diskutieren ermöglichen. Der klassische Frontalunterricht erscheint sich nach wie vor größerer Beliebtheit zu erfreuen, liegt jedoch prozentual gesehen hinter den Gruppen- und Partnerarbeiten. Inwieweit eine Aussage über die Entwicklung hin zum

selbstständigeren Lernen getroffen werden kann, ist an dieser Stelle nicht abschließend zu beurteilen und bedürfte einer weiteren detaillierten Untersuchung in diesem Bereich.

9.5.2 Sprachpolitische Vorgaben und Veränderungen

Frage 7: Gibt es lehrplanunabhängige Aktivitäten, um die Mehrsprachigkeit der Schüler/innen zu fördern? (z. B. Arbeitsgruppen, Orchester, Sport etc.)

Bei dieser Frage soll die Haltung der Schulen zur Mehrsprachigkeit in Erfahrung gebracht werden. Die Mehrsprachigkeit zählt in der Schweiz nicht so sehr zur Identität wie die eigene Landessprache, dementsprechend war ein mögliches Angebot seitens der Schulen nicht zwingend zu erwarten.

Die befragten Lehrkräfte gaben eine ganze Liste an lehrplanunabhängigen und teilweise außerschulischen Aktivitäten an, die die Mehrsprachigkeit der Schüler fördern sollen. Allerdings sind diese Angebote auf freiwilliger Basis und müssen dementsprechend aus eigenem Interesse bzw. aus eigener Motivation wahrgenommen werden.

Zunächst können einige Aktivitäten innerhalb der Schule ausgeführt werden, wie die Mitarbeit in der Schülerzeitung¹⁵³, in der beispielsweise Interviews mit Schülern aus anderen Sprachregionen geführt und abgedruckt werden. Im Rahmen eines Freifachs können Sprachdiplome erworben werden, sowie der Heimatkundliche Sprach- und Kulturunterricht (HSK) besucht werden. Diese Kurse werden von externen Lehrpersonen unterrichtet und dienen hauptsächlich den Schülern mit Migrationshintergrund zum Erwerb oder zur Festigung ihrer Muttersprache sowie der Vermittlung der Werte und Bräuche ihrer Kultur. In einigen Schulen besteht die Möglichkeit, Immersionskurse an einer Partnerschule zu belegen. Teilweise werden auch einzelne Immersionskurse in den Schulen vor Ort angeboten. Zusätzlich wird mehrsprachiges Material von den Schulen bzw. der jeweiligen EDK zur Verfügung gestellt, in Form von Broschüren¹⁵⁴, Büchern, Online-Kursen usw.

¹⁵³ Trifft nicht auf jede Schülerzeitung zu.

¹⁵⁴ Beispielsweise EOLE.

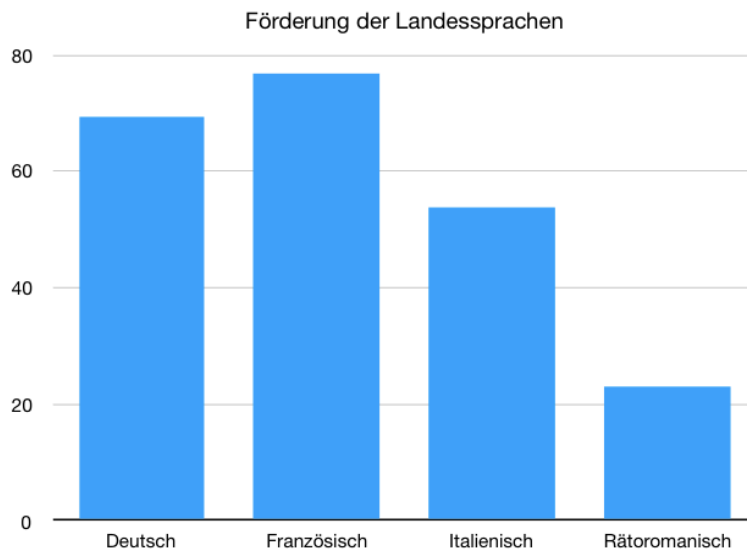
Zudem werden Wochenendreisen nach Frankreich oder Klassenlager¹⁵⁵ in die Romandie bzw. die Deutschschweiz organisiert. In diesem Rahmen werden auch Projektwochen angeboten, die sich neben dem Spracherwerb auch mit der jeweilig anderen Kultur befassen. Durch Sport-, Tanz-, Spiel- und Musikveranstaltungen sowie Projekte im Bereich Kunst und Werken kann ebenfalls ein Zugang zu anderen Sprachgruppen innerhalb der Schweiz hergestellt werden. Der Besuch von fremdsprachigen Film- und Theateraufführungen ist ebenso ein beliebtes Mittel im Rahmen des Spracherwerbs.

Frage 8: Sind Sie der Meinung, dass Landessprachen gefördert werden sollten?

Diese Frage wurde von der Mehrheit der Befragten mit 88,5 % bejaht.

Die Befragten konnten daraufhin die zu fördernde/n Landessprache/n markieren, Mehrfachnennungen waren möglich. Insgesamt wurden besonders Französisch und Deutsch mit 76,9 % bzw. 69,2 % hervorgehoben. Italienisch schnitt mit 53,9 % etwas schlechter ab, wohingegen Rätoromanisch nur an dem jeweiligen Standort gefördert werden sollte, sprich im rätoromanischen Sprachgebiet auch in Bezug auf die Geschichte und Tradition. Es gab unterschiedliche Ansichten zur Sprachförderung: ein Teil der Befragten sprach sich für die Förderung der beiden großen Landessprachen kantonsübergreifend aus, wohingegen der andere Teil eher zur Förderung der jeweiligen Kantonssprache tendierte, d. h. Deutsch in der Deutschschweiz, Französisch in der Romandie usw.

¹⁵⁵ Klassenfahrten.



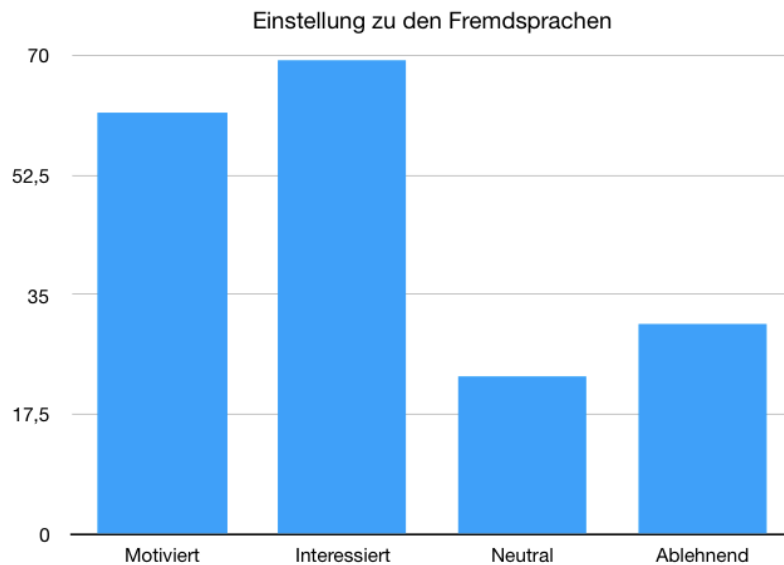
(Das Total übersteigt 100 %, Mehrfachnennungen waren möglich.)

Abbildung 54: Förderung der Landessprachen (eigene Darstellung)

Frage 9a: Wie ist Ihrer Meinung nach die Einstellung der Schüler/innen zu Fremdsprachen?

Bei dieser Frage konnten die Befragten zwischen den folgenden Kategorien wählen: motiviert, interessiert, neutral und ablehnend. Mehrfachnennungen waren möglich.

Insgesamt sahen 69,2 % der Lehrkräfte ihre Schüler als interessiert an und 61,5 % als motiviert. Dagegen wurden 30,8 % der Schüler mit einer ablehnenden Haltung gegenüber Sprachen wahrgenommen. Die Lehrkräfte kommentierten ihre Auswahl teilweise durch die Angaben von Sprachen. In den Kategorien motiviert und interessiert wird mehrfach Englisch angeführt, wohingegen die Kategorien neutral und ablehnend häufig auf den französischen Fremdspracherwerb bezogen werden. Englisch wird teilweise schon in der Kita angeboten und in vielen Bereichen von Eltern und Schülern bevorzugt. Das Schweizerhochdeutsch ist neben dem Schweizerdeutsch ein Teil der nationalen Identität der Deutschschweizer.



(Das Total übersteigt 100 %, Mehrfachnennungen waren möglich.)

Abbildung 55: Einstellung zu den Fremdsprachen (eigene Darstellung)

Frage 9b: Gibt es Leistungsunterschiede der Schüler/innen in den Fächern Englisch und Französisch bzw. Englisch und Deutsch?

Diese Frage wurde von 88,5 % mit Ja beantwortet. Drei Teilnehmer machten keine Angaben. Die Lehrkräfte konnten ihre Antworten im Kommentarfeld begründen.

Die Lehrer gaben übereinstimmend an, dass der Erwerb der englischen Sprache den Schülern leichter fällt, sowohl in der Deutschschweiz, als auch in der Romandie. Englisch ist den Schülern im Alltag ‚näher‘ und vertrauter, sei es durch Musik, Filme, Serien oder die im deutschen Sprachraum verwendeten Anglizismen. Insgesamt ist die Motivation für den englischen Spracherwerb höher als für andere Sprachen, dementsprechend sind die Noten der Schüler in Englisch häufig besser als in anderen Fremdsprachen. Lehrkräfte aus der Romandie beschreiben den Umgang mit deutschsprachigen Medien ebenfalls als Vorteil für den deutschen Spracherwerb der Schüler, ähnlich wie den Kontakt zu englischen Medien (Musik etc.).

Englisch fällt vielen Schülern deutlich leichter als Französisch, insbesondere bezüglich der Aussprache, zudem fehlt oft der Bezug zum Französischen. Die

Vokabeln bzw. die grammatische Struktur wird von den Schülern, sowohl von deutschen als auch von französischen Muttersprachlern, als näher an ihrer jeweiligen Muttersprache empfunden. Die Deutschschweizer bzw. die Romands empfinden den französischen bzw. den deutschen Spracherwerb schwieriger als den englischen, dies macht sich auch in den Leistungsunterschieden in der Schriftlichkeit bemerkbar. Nach Angaben der Deutschschweizer Lehrer sind die Bewertungskriterien im Fach Französisch relativ ‚human‘ gehalten, es ist durchaus möglich, eine gute Note zu erzielen, da häufig nur im Unterricht erworbene Strategien angewendet werden müssen und in den unteren Klassenstufen zunächst mündliche und schriftliche Aspekte in den Hintergrund rücken. Ebenso ist der Deutschunterricht in der Romandie anfangs einfach gehalten, die Schwierigkeit wird im Laufe der Schuljahre gesteigert.

Insgesamt muss aber angemerkt werden, dass Probleme beim Fremdspracherwerb häufig sprachübergreifend zu beobachten sind.

An den Antworten auf diese Frage wird eines der Unterrichtsziele deutlich: es wird eine funktionale Mehrsprachigkeit angestrebt und kein perfekter Sprachgebrauch in allen Fremdsprachen.

Frage 10: Welche Rolle spielen die Fremd- bzw. Landessprachen bei der Maturaprüfung? Sind sie Teil der Pflichtprüfungen?

Diese Frage diene zur Ermittlung des ‚Stellenwertes‘, den die Regierung den jeweiligen Sprachen zuweist.

Diese Frage unterscheidet sich je nach Kanton und teilweise auch je nach Schwerpunkt der einzelnen Schulen.

Englisch und Französisch sind in Basel-Stadt und Zürich in der Maturaprüfung verpflichtend, sowie alle weiteren Fremdsprachen. In St. Gallen und Thurgau wird Englisch, Französisch und Deutsch verpflichtend geprüft. In Luzern Deutsch und Englisch schriftlich, Französisch nur mündlich. Es bestehen kleine Unterschiede und Details in den kantonalen Lehrplänen, insbesondere im Bereich Sekundarstufe II, der sich nicht nach dem Lehrplan 21 richtet, sondern kantonal geregelt wird. In Graubünden sind Französisch, Italienisch und Englisch Pflicht, wobei hier je nach Sprachregion auch Deutsch verpflichtend

sein kann. In Bern sind Französisch und Deutsch Teil der Pflichtprüfung, Italienisch ist nicht vorgesehen. In der Romandie werden in Waadt, Freiburg und Wallis Französisch, Deutsch und Englisch verpflichtend geprüft. Kleine regionale Unterschiede können auch zu einer Auswahl der Prüfungsfächer zwischen Deutsch, Italienisch und Englisch im Kanton Waadt führen.

Frage 11: Kann die Sprachkenntnis der Maturaschüler/innen in der ersten Fremdsprache anhand des europäischen Referenzrahmens GER bestimmt werden?

Die Sprachkenntnisse der Maturaschüler können nach dem GER bestimmt werden. Im Lehrplan 21 bzw. dem PER werden die Lern- und Kompetenzziele konkret festgelegt. Die Lehrkräfte konnten in einer eingeblendeten Tabelle die jeweiligen Kenntnisse der Schüler eintragen. Das Ziel dieser Frage war es, Einblicke über den Leistungsstand der Schüler zum Zeitpunkt ihres Maturaabschlusses zu erhalten, da nicht alle Schüler das vorgegebene Niveau erreichen werden. Die meisten Lehrkräfte bescheinigten ihren Schülern ein B2-Niveau, gefolgt von B1 und A2, ob es sich hierbei um das Erreichen der Vorgaben oder den tatsächlichen Leistungsstand handelt, kann nicht mit Sicherheit bestimmt werden.

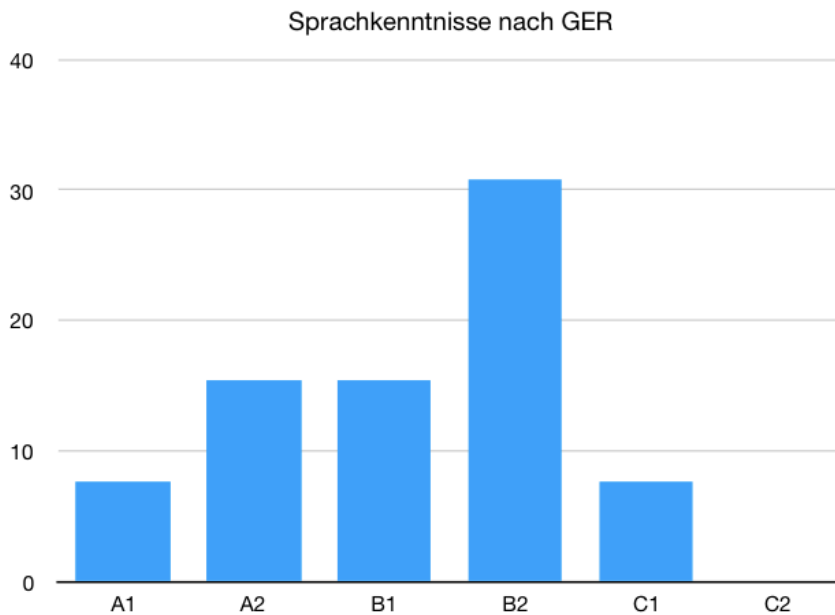


Abbildung 56: Sprachkenntnisse nach GER (eigene Darstellung)

Frage 12a: Werden vom Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) einheitliche Lehr- und Lernmaterialien zur Verfügung gestellt?

Bei dieser Frage steht die Vergleichbarkeit des Fremdspracherwerbs in den einzelnen Kantonen im Fokus.

Diese Frage wurde von etwa der Hälfte der Befragten mit Nein beantwortet. In einigen Kantonen wie St. Gallen, Zürich, Bern, Wallis und Waadt wurde eine einheitliche Bereitstellung bestätigt. Bei dieser Frage ist zu berücksichtigen, dass zum Zeitpunkt der Erhebung der Lehrplan 21 noch nicht in allen teilnehmenden Kantonen umgesetzt bzw. vollständig umgesetzt war, aus diesem Grund könnte die Reaktion heute etwas differenzierter ausfallen. Fakt ist, dass durch den Lehrplan 21 bzw. den PER einheitliche Lehrmittel für die jeweiligen Sprachregionen zur Verfügung stehen. Es bestehen allerdings kantonale Unterschiede in den Lehrplänen, die sich auch auf die Wahl der Lehrmittel auswirken. Die Interkantonale Lehrmittelzentrale ilz stellt eine Liste der Lehrmittel¹⁵⁶ zur Verfügung und bietet eine Übersicht, welches Lehrmittel für

¹⁵⁶ <https://www.ilz.ch/lehrmittelspektrum/>.

welche Sprache und welche Klassenstufe in den jeweiligen Kantonen verwendet wird. Die Kantone konnten durch die Umstellung des Lehrplans somit aus einem ‚Materialpool‘ das passende Lehrmittel für die Anforderungen des jeweiligen Kantons auswählen. Es bestehen Unterschiede bei der Selektion der Lehrbücher je nach Sprachenreihenfolge der Kantone sowie individuellen Kriterien der Kantone. Dabei werden teilweise noch alte Lehrmittel eingesetzt, zudem beinhaltet die Zusammenstellung verpflichtende Schulbücher sowie ergänzende Zusatzmaterialien für den Unterricht.

Frage 12b: Welche Unterrichtsmaterialien werden Ihnen zur Verfügung gestellt?

Zur Auswahl standen Schulbücher, Arbeitshefte und Lernspiele, Mehrfachnennungen waren möglich. Insgesamt gaben mehr als die Hälfte der Befragten mit 61,5 % an, dass Schulbücher und Arbeitshefte gestellt werden, wobei nur 46,2 % die Bereitstellung von Lernspielen bestätigten. Teilweise werden zu den Schulbüchern auch CDs geliefert, die insbesondere im Fremdsprachenunterricht bei Ausspracheübungen zum Einsatz kommen. Der Kanton Basel-Landschaft gibt beispielsweise ergänzende Faktenblätter¹⁵⁷ an die Lehrkräfte aus, um eine Vertiefung des Unterrichtsstoffes zu ermöglichen bzw. zu gewährleisten. In der Sekundarstufe II sind die Schulen in der Auswahl der Materialien etwas freier und richten sich nach kantonalen Absprachen, nicht jedoch nach überregionalen Vorgaben.

Frage 12c: Wie beurteilen Sie die Qualität dieser Unterrichtsmaterialien?

Bei dieser Frage konnten die Befragten zwischen den folgenden Kategorien wählen: sehr gut, gut, neutral, mäßig, schlecht, sehr schlecht. Mehrfachnennungen waren möglich.

¹⁵⁷ Informationsbroschüren.

Die Lehrmaterialien wurden von 19,2 % als sehr gut bzw. von 42,3 % als gut eingestuft, von 23,1 % als neutral und nur 7,7 % beurteilten die Lehrmittel mäßig. Die Qualität der Lehrmittel hängt nach Angaben der Lehrkräfte aber auch vom Leistungsniveau der Schüler ab. Teilweise sind die Bücher sehr gut für starke Schüler geeignet, aber bieten keine ausreichenden Fördermöglichkeiten für schwächere Schüler.

Frage 12d: Ergänzen Sie den Unterricht durch eigene Materialien?

Die verpflichtenden und alternativen Lehrmittel werden von 84,6 % der Lehrkräfte durch eigene Materialien ergänzt.

Frage 13: Sind die fremdsprachlichen Leistungen der Schüler/innen mit denen anderer deutschsprachiger/ französischsprachiger Kantone vergleichbar?

Die fremdsprachlichen Leistungen der Schüler sind mit anderen Kantonen der gleichen Sprachregion vergleichbar.

Die Gemeinsamkeiten der einzelnen Kantone der jeweiligen Sprachregion sind eidgenössisch festgelegte Lernziele. Durch die Umsetzung des Lehrplans 21 bzw. des PER sind die Stundentafeln der einzelnen Kantone vergleichbar, wenn auch individuell an die Kantone angepasst. Der Beginn und die Reihenfolge des Fremdspracherwerbs sind einheitlich und ermöglichen somit einen Vergleich der Schülerleistungen. Die Auswahl der abgestimmten Lehrmittel hat die kantonsübergreifend identischen Lehr- und Lerninhalte zur Folge. Dementsprechend sind die Kompetenzen der Schüler ungefähr auf demselben Niveau.

Es bestehen jedoch auch Unterschiede bezüglich der fremdsprachlichen Leistungen in den Kantonen. Durch die Einführung eines einheitlichen Lehrplans erübrigen sich der unterschiedliche Fremdsprachenbeginn und die verschiedenen Lehrmittel. Einige Lehrkräfte gaben konkrete

Leistungsunterschiede der Schüler an. Nach Angaben der Lehrkräfte entspricht die Sprachkompetenz der Schüler bei der Maturaprüfung oft nicht dem gleichen Niveau in Englisch und Französisch. Zudem scheint die Abneigung gegenüber dem französischen Sprachunterricht in einigen Fällen mit der Entfernung zur Sprachgrenze zu wachsen. Der Erwerb von Deutsch als Fremdsprache hängt von der Sprache im Umfeld ab. In zweisprachigen Kantonen wie beispielsweise Freiburg ist der Zweitspracherwerb tendenziell erfolgreicher, da diese Kantone teilweise bilingual sind. Insgesamt haben viele deutschsprachige Schüler in der Romandie weniger Angst vor Fehlern und verfügen über eine gute mündliche Kompetenz, französischsprachige Schüler sind präziser in ihrem schriftlichen Ausdruck.

Frage 14: Welche Rolle spielt die kantonale Bildungsdirektion in Bezug auf die Sprachpolitik an Ihrer Schule bzw. innerhalb des Kantons?

Die kantonale Bildungsdirektion gibt die Lehrmittel und die Studentafel, entsprechend in Abstimmung mit den Vorgaben des Lehrplans 21 vor. Zudem bestimmt die Direktion, welche Fächer unterrichtet werden, auch hier im Rahmen des Lehrplans 21, sowie die Anzahl der Unterrichtsstunden bzw. Lektionen pro Fach – diese können je nach Kanton sehr unterschiedlich ausfallen, insbesondere im Fremdsprachenunterricht. Ein weiterer Aspekt ist die Auswahl der Fremdsprachenreihenfolge, die mittlerweile sprachregional einheitlich ist. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Kontrolle und Evaluierung des Bildungssystems sowie beispielsweise auch der Abschlussprüfungen, Maturaprüfungen etc. Die kantonale Bildungsdirektion ist ein wichtiges ‚Organ‘ in der Sprachendiskussion und arbeitet kontinuierlich an der Verbesserung und Weiterentwicklung des Bildungssystems.

Frage 15a: Wird der französische Fremdspracherwerb an Ihrer Schule/ in Ihrem Kanton besonders gefördert?

Diese Frage wurde im Hinblick auf inländische Kommunikation gestellt, insbesondere zwischen der Deutschschweiz und der Romandie.

Die Antworten zu dieser Frage fielen unterschiedlich aus. Etwa die Hälfte der Lehrer gab an, dass der Fremdspracherwerb in ihrem Kanton bzw. an ihrer Schule gefördert wird, wohingegen die andere Hälfte die jeweilige Förderung verneinte. Möglicherweise sind die Fördermaßnahmen nicht in jedem Kanton vorhanden oder die Lehrkräfte waren teilweise nicht informiert. Unter den teilnehmenden Kantonen wurden Waadt, Freiburg, Wallis, Jura, Zürich und Bern als sprachfördernd beschrieben. Die Schulen fördern teilweise individuell, eine Sprachförderung ist jedoch nicht verpflichtend. Die Fördermaßnahmen sind jedoch oft wirkungslos, besonders in den Minderheitensprachen und Französisch, da die Präferenz für das Englische dominant ist.

Frage 15b: Welche Fördermaßnahmen werden hierzu ergriffen?

In den Kantonen werden diverse Fördermaßnahmen ergriffen:

Die Schulen im Kanton Basel-Stadt bieten Profilwochen¹⁵⁸ und Austauschprogramme in die Romandie bis zu sechs Wochen an, der Kanton offeriert zusätzlich Austauschprojekte nach Frankreich (Elsass).

Der Kanton Luzern bildet kantonale Kommissionen und Arbeitskreise für die Aufnahme- und Abschlussprüfungen. Zudem werden den Schülern das DELF-Diplom und Austauschprogramme angeboten.

Der Kanton St. Gallen arbeitet mit Halbklassenunterricht¹⁵⁹, um in kleineren Gruppen den Spracherwerb zu verbessern und effektiver zu gestalten.

Der Kanton Zürich hat hohe Qualitätsansprüche an die Lehrmittel, bietet individuelle Förderung und sehr gut ausgebildete Sprachlehrer an den Volksschulen.

¹⁵⁸ mehrwöchige Sprachkurse.

¹⁵⁹ Unterricht in halber Klassengröße.

Die Kantone Bern, Wallis, Waadt, Jura und Freiburg bieten Austauschprogramme an, teilweise auch unterstützend Immersionsunterricht. Zudem werden in den französischsprachigen Gebieten Deutsch-Fortbildungskurse für Lehrkräfte gefördert.

Frage 16: Sind Sie der Meinung, dass durch den *Lehrplan 21* Verbesserungen/ Verschlechterungen/ sonstige Veränderungen bezüglich des Fremdsprachenunterrichts und der schulischen Leistungen eingetreten sind?

Verbesserungen: Durch den Lehrplan 21 ist der Fremdsprachenunterricht kompetenzorientierter geworden. Der obligatorische Halbklassenunterricht in Französisch verbessert den Spracherwerb deutlich. Die Aktualisierung der Lehrmittel führt zu einer Differenzierung und die Kompetenz rückt vermehrt in den Fokus. Die Einführung der ersten Fremdsprache ab der 3. Klasse und die Vereinheitlichung von Lehrplan und Lehrmitteln erleichtern Umzüge und ermöglichen einen allgemein gültigen Standard in der Eidgenossenschaft. Zudem wird Deutsch bzw. der Deutschunterricht wieder mehr gefördert. Die Umstellung des Lehrplans fordert die Interaktivität, die Freude an der Sprache steht vermehrt im Zentrum, weniger die Grammatik. Der frühe Kontakt mit den Fremdsprachen führt zu einer längeren Unterrichtsdauer, auf die gesamte Schulzeit betrachtet, und ermöglicht so eine Kompetenzerweiterung sowie eine Öffnung für Immersion seitens der Schüler.

Verschlechterungen: In einigen Kantonen wurden vor der Reform Intensivwochen für eine Verbesserung der Sprachkompetenz angeboten, diese entfallen nun. Die Sprachen werden durch den Lehrplan 21 gefördert, aber Handwerk und Zeichnen werden beispielsweise eingeschränkt.

Die Lehrmittel werden von einigen Lehrern als schwammig, unübersichtlich und überladen beschrieben. Grundlegende grammatische Inhalte und der Wortschatz werden zu knapp behandelt und ermöglichen keine Vertiefung des Stoffs. Es müssen zu viele Zusatzmaterialien herangezogen werden. Zudem sind technische Zusatzlehrmittel häufig nicht auf dem neuesten technischen

Stand und erschweren somit den Unterricht. Die Online-Lehrmaterialien sind nicht einfach in der Handhabung und weisen technische Mängel auf.

Veränderungen: Je nach Ausgangslage in den jeweiligen Kantonen brachte der Lehrplan 21 kaum Veränderungen. Insgesamt wird die Individualisierung noch mehr gefördert. Nach der Meinung einiger Lehrer sind zwei Fremdsprachen in der Primarstufe zu viel, der Beginn der zweiten Fremdsprache sollte in Sekundarstufe II verlegt werden. Die Zeit für die zweite Fremdsprache sollte lieber für Auslandsaufenthalte genutzt werden, um den Bezug zur Sprache herzustellen bzw. zu erhalten. Andere Lehrer empfinden die frühe erste Fremdsprache, sowie eine zweite Fremdsprache in der Primarstufe als Bereicherung. Der mündliche Fremdsprachenunterricht sollte mehr gefördert werden, besonders alltags- und situationsbezogene Themen und Vokabeln. Zudem sprachen sich Lehrkräfte für die französische Sprache aus und bemängelten die Qualität des Englischunterrichts bezüglich Kreativität und Horizonterweiterung der Schüler.

9.6 Erhebungsgrundlage der Expertenfragebögen

Die Expertenfragebögen umfassen 10 Fragen inklusive Metadaten der Teilnehmer. Die Fragen sind sprachpolitischer Natur und beinhalten zudem Meinungen und persönliche Wahrnehmungen von sprachlichem Verhalten in der Schweiz.

Nicht beantwortete Fragen wurden in beiden Befragungen bei der Auswertung nicht berücksichtigt bzw. bei Fragen, bei denen ‚Keine Information‘ als Antwortmöglichkeit zur Verfügung stand, in diese Kategorie gezählt.

9.6.1 Teilnehmerkreis

Die Teilnehmer der Studie wurden durch das Anfragen einzelner Bildungsdirektionen und Lehrkräfte in verschiedenen Kantonen ausgewählt. Die Teilnehmer sind Experten innerhalb des Bildungssystems, sowohl aktive Lehrkräfte als auch Mitarbeiter verschiedener Bildungsdirektionen, die die Fragen basierend auf den praktischen schulischen und politischen Erfahrungswerten deskriptiv aus ihrer eigenen Sicht erläutern.

Insgesamt wurden 5 Teilnehmer befragt. Von den befragten Lehrkräfte und Mitarbeiter der Bildungsdirektionen waren 60 % weiblich und 40 % männlich, wobei dieser kleine Teilnehmerkreis rein qualitativen Zwecken dient, mit dem Ziel, gehaltvolle Informationen und Hinweise sowie subjektive Einblicke in die Thematik der eidgenössischen Schulreform und Sprachpolitik zu erhalten. Die Altersgruppen 38-55 waren vertreten, wobei die Altersgruppe der 40er überwiegt.

Die Befragten stammen alle aus der Schweiz, genauer gesagt aus der Deutschschweiz und arbeiten zwar teilweise in anderen Kantonen, jedoch alle im deutschsprachigen Gebiet.

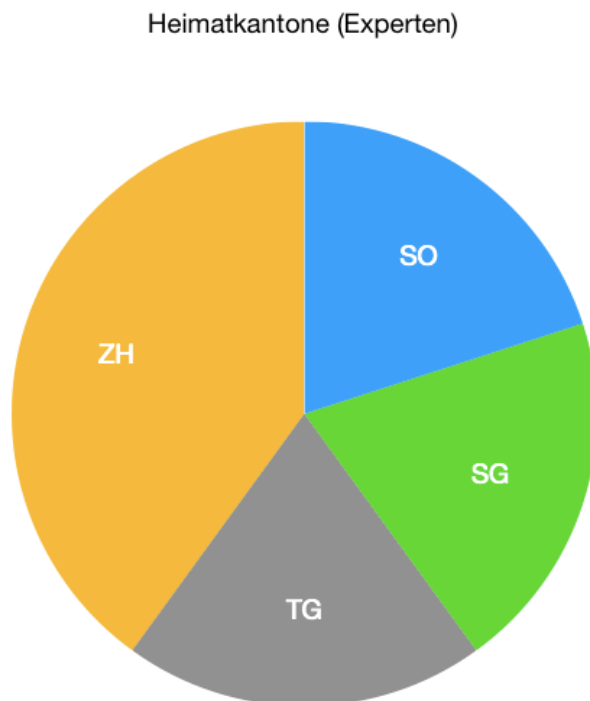


Abbildung 57: Heimatkantone Experten (eigene Darstellung)

Kantone Arbeitsplatz (Experten)

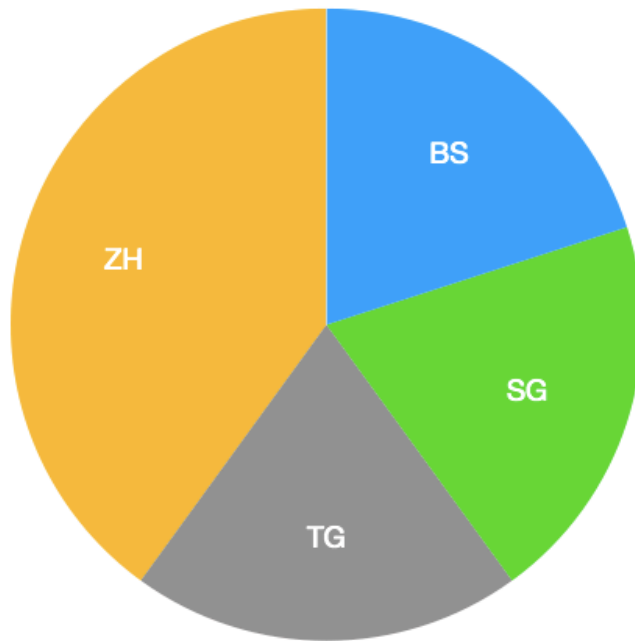


Abbildung 58: Kantone Arbeitsplatz Experten (eigene Darstellung)

Bei den Muttersprachen wurden Deutsch sowie Deutsch und Italienisch von einem bilingualen Sprecher angegeben.

9.6.2 Arbeitsplatz der Teilnehmer

Die beiden teilnehmenden Lehrkräfte arbeiten jeweils an einer Primarschule in Zürich bzw. Thurgau. Bei den übrigen Teilnehmern handelt es sich um Mitarbeiter des Erziehungsdepartements ¹⁶⁰ Basel-Stadt – Abteilung Volksschulen/ Amt für Volksschulen, Bildungsdepartement des Kantons St. Gallen sowie der Bildungsdirektion Zürich.

9.6.3 Fremdsprachliche Kenntnisse

Die fremdsprachlichen Kenntnisse der Mitarbeiter der Bildungsdirektionen bzw. der Lehrkräfte entsprechen weitestgehend den Angaben der teilnehmenden Lehrkräfte der vorangegangenen Untersuchung. Es wurden diverse Abschlüsse genannt: Lehrdiplom in Deutsch, Englisch und Französisch, Angaben des

¹⁶⁰ Erziehungsdepartement, Bildungsdepartement und Bildungsdirektion sind vergleichbar mit dem deutschen Kultusministerium.

Sprachniveaus nach GER beispielsweise C1 für Englisch und Französisch, sowie die Zertifikate Alliance française, Proficiency und Cambridge Certificate.

9.7 Erhebungsergebnisse und -analyse

Einige Fragen gleichen den Fragen aus den vorangegangenen Fragebögen, da diese von einigen Lehrkräften gar nicht oder nur teilweise beantwortet werden konnten. Diese Fragen bzw. die Antworten waren administrativer Natur und den Experten im Vergleich zu einigen Lehrkräften bekannt.

Frage 1: Sind die fremdsprachlichen Leistungen der Schüler/innen mit denen anderer deutschsprachiger Kantone vergleichbar?

Nach Aussage der Experten sind die fremdsprachlichen Leistungen der Schüler in den deutschsprachigen Kantonen vergleichbar.

Die Gemeinsamkeiten sind ein einheitlicher Lehrplan in der Deutschschweiz sowie gleiche bzw. entsprechende Lehrmittel in mehreren Kantonen und ähnliche Lektionendotationen. Mit der Umsetzung des Lehrplans 21 bzw. des PER wurde der Harmonisierungsgrad¹⁶¹ des Bildungssystems bzw. der Kantone weitreichend erreicht und soll nun weiter erhalten und ausgebaut werden.

Zunächst existierten aufgrund der unterschiedlichen Einführung des Lehrplans 21 Unterschiede bezüglich Lehrmittel, Studentafeln und Fremdsprachenreihenfolge, durch die mittlerweile erfolgte Einführung in allen Kantonen sind die Unterschiede nicht mehr vorhanden.

Frage 2a: Wird der französische Fremdspracherwerb an den Schulen in Ihrem Kanton besonders gefördert?

Die Förderung des französischen Fremdspracherwerbs ist je nach Kanton unterschiedlich und hängt von der vorherrschenden Spracheinstellung ab. Die

¹⁶¹ vgl. HarmoS.

Befragten der Kantone Basel-Stadt und St. Gallen bejahten eine Förderung des Französischen in ihrem Kanton. Die Teilnehmer aus Zürich und Thurgau verneinten eine gezielte Förderung. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Erkenntnissen aus der Sprachendiskussion bezüglich der Sprachenreihenfolge in den Schulen. Zürich war einer der ersten Kantone, der Englisch als erste Fremdsprache einführte, Thurgau sprach sich explizit gegen Französisch aus und musste sich nun dem Lehrplan beugen. Basel-Stadt, als Pässepartout-Kanton ist sehr an der Förderung des Französischen interessiert. St. Gallen beginnt zwar mit Englisch als erster Fremdsprache, es wird aber dennoch Wert auf den französischen Spracherwerb gelegt.

Frage 2b: Welche Fördermaßnahmen werden hierzu ergriffen?

In St. Gallen findet, wie bereits im Fragebogen von den Lehrkräften erwähnt, ab der 5. Klasse Halbklassenunterricht statt, um die Sprachkenntnisse zu vertiefen. In Basel-Stadt und allen weiteren Pässepartout-Kantonen bzw. den Kantonen entlang der Sprachgrenze werden gemeinsame Entscheidungen getroffen und Maßnahmen koordiniert, darunter die Didaktik der Mehrsprachigkeit, Studententafeln, die kantonale Variante des Lehrplans, die Auswahl der Lehrmittel, die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte sowie Sprachbegegnungs- und Austauschprogramme ab dem ersten Französisch-Lehrjahr.

Frage 3: Sind die Abschlussprüfungen kantonübergreifend einheitlich?

Die Abschlussprüfungen sind nicht kantonübergreifend einheitlich. Es besteht eine gemeinsame Kompetenzvorgabe seitens der Bildungspolitik, die im Lehrplan 21 bzw. dem PER festgeschrieben ist. Die Prüfungsordnung fällt jedoch in die jeweilige Kantonshoheit, sowohl in Bezug auf die Ausführung der Prüfung als auch auf die Benotung. Die Kantone sind allgemein für die Vorgaben für Bewertung und Benotung im gesamten Bereich des Bildungssystems in ihrem Wirkungsgebiet zuständig.

Frage 4: Kann die Sprachkenntnis der Maturaschüler/innen in der ersten Fremdsprache anhand des europäischen Referenzrahmens GER bestimmt werden?

Diese Frage wurde im Rahmen des Expertenfragebogens wiederholt, konnte aber nur von den teilnehmenden Lehrkräften beantwortet werden. Wie bereits bei der Auswertung des Fragebogens festgestellt wurde, können die Sprachkenntnisse der Maturaschüler in der ersten Fremdsprache nach dem GER bestimmt werden. Die sprachliche Ausbildung orientiert sich an diesem Referenzrahmen und fordert das entsprechende Sprachniveau mit dem Erlangen der Matura sowohl für die erste als auch für alle weiteren Fremdsprachen ein.

Frage 5: An welchen Vorgaben orientieren sich die Lehrpläne für Berufsschulen?

Diese Frage mag zunächst nicht in den Kontext der Bildungsreform und des Lehrplans 21 passen. Diese Frage wurde aus persönlichem Interesse gestellt, da sich unter den Teilnehmern des Fragebogens neben den Lehrkräften der Sekundarstufe II auch Berufsschullehrer befanden, die Hinweise auf die Unterschiede in ihrem Schultyp gab. Da der Expertenfragebogen erst nach Beendigung des Fragebogens erstellt wurde, musste diese Frage mitaufgenommen werden.

Die Sekundarstufe II folgte den Vorgaben des jeweiligen Kantons, sowohl bezüglich Lehrplan, Lehrmittel, Stundentafeln und Prüfungsordnung. Sekundar II orientiert sich nicht am Lehrplan 21. Die Berufsschulen werden ebenso kantonal geführt und unterliegen den Vorgaben einer eigenen Abteilung des jeweiligen Erziehungsdepartements, beispielsweise der Abteilung Mittelschulen und Bildung in Basel-Stadt oder dem Amt für Berufsbildung in St. Gallen. Die Lehrpläne sind nach den Kompetenzen und Kenntnissen, die für die jeweilige Berufspraxis benötigt werden, ausgerichtet.

Frage 6: Welche Rolle spielt die kantonale Bildungsdirektion in Bezug auf die Sprachpolitik an den Schulen in Ihrem Kanton?

Die kantonale Sprachpolitik spielt eine zentrale Rolle, beispielsweise im Kanton Basel-Stadt bezüglich der Kooperation mit den anderen Pässepartout-Kantonen und den Austauschprogrammen. Zudem werden verbindliche Lektionentafeln erarbeitet und die Lehrmittel ausgewählt. Die kantonale Sprachpolitik entscheidet über die unterrichteten Fächer in Sekundar II im Wahlbereich, z. B. die Fremdsprachen Latein und Italienisch. Die Bildungsdirektion hat eine Koordinationsfunktion auf strategischer Ebene, die auch durch die Einführung des Lehrplans 21 bzw. des PER bestehen bleibt und gefestigt wird.

Frage 7: Sind Sie der Meinung, dass durch den *Lehrplan 21* Verbesserungen/ Verschlechterungen/ sonstige Veränderungen bezüglich des Fremdsprachenunterrichts und der schulischen Leistungen eingetreten sind/ eintreten werden?

Der Lehrplan 21 bringt einige Verbesserungen mit sich: der neue gemeinsame Lehrplan, die Harmonisierung im Bildungssystem über die Kantonsgrenzen hinaus, die feste Sprachenreihenfolge sowie die Festlegung von allgemein gültigen Standards und Kompetenzniveaus von der EDK. Die neuen und überarbeiteten Lehrmittel verbessern die schulischen Leistungen, vereinheitlichen den Unterricht und werden auch von den Lehrkräften gerne verwendet. In einigen Kantonen wurde der Lehrplan bereits vor der Einführung des Lehrplans 21 überarbeitet, dementsprechend waren die Verbesserungen bzw. Neuerungen eher gering. Da der neue Lehrplan schrittweise eingeführt wurde, lagen zum Zeitpunkt der Befragung noch keine vollständigen Daten vor. Die meisten teilnehmenden Kantone der Deutschschweiz hatten zunächst mit der Einführung und Umsetzung in der Primarstufe begonnen, um dann im nächsten Schritt die Neuerungen in der Sekundarstufe I einzuführen.

Eine Verschlechterung des neuen Lehrplans ist die Vernachlässigung anderer Fächer im Bereich Kunst und Gestaltung zugunsten der Sprachförderung. Insgesamt können die Verschlechterungen so kurz nach der Einführung aber noch nicht abschließend beurteilt und bewertet werden.

Sonstige Veränderungen, die durch die Einführung des Lehrplans eintraten, waren die Emotionalisierung der Sprachendiskussion und eine Verpolitisierung von Bildungsfragen, die über Jahre hinweg zu einem Dauerthema in den Medien wurden und die Gemüter in weiten Teilen des Landes durchaus erhitzten, sowohl unter den Befürwortern als auch unter den Gegnern. Dieser Umstand führte wiederum zu etlichen Volksinitiativen, besonders im Bereich des Fremdsprachenunterrichts an Schulen.

Frage 8: Welchen Einfluss hat die Bildungsreform (HarmoS/ PER/ Lehrplan 21) sowie die politische Debatte auf den Spracherwerb, den Sprachunterricht bzw. die Sprachenwahl der Schüler/innen?

Zunächst war es zum Zeitpunkt der Erhebung schwierig eine abschließende Antwort auf diese Frage zu geben. Nach Ansicht eines Befragten vergisst die Politik gerne, dass die angestrebten Veränderungen des Sprachunterrichts politisch gewollt sind. Die Diskussionen und Probleme, die anfänglich im Rahmen der Reformierung des Bildungssystems auftraten, waren eine Reaktion auf die politischen Entscheidungen. Durch den Druck der Medien und der Öffentlichkeit entstand viel Arbeit für die kantonalen Behörden, durch die Initiativen, Stellungnahmen etc.

Der Einfluss der Bildungsreform und die politische Debatte führten zur Festlegung der verpflichtenden Fremd- und Schulsprachen, sowie der Sprachenreihenfolge. Zudem wurde HarmoS bzw. in den Nicht-HarmoS Kantonen die Harmonisierung umgesetzt. In einigen Kantonen wie St. Gallen gründeten sich Initiativen, die den Austritt aus HarmoS forderten, die Bürger

bestätigten die Reform jedoch mit 70 % an der Urne, und bekräftigten somit auch die Sprachenwahl und –reihenfolge.

Frage 9a: Welche Rolle spielen die französische Sprache in der Deutschschweiz bzw. die deutsche Sprache in der Romandie im Bildungssystem?

Die Befragten beschrieben die Rolle der französischen Sprache in ihrem Kanton unterschiedlich. Im Kanton Basel-Stadt ist Französisch von großer Bedeutung. Als Kanton, der den Pässepartout-Vertrag unterschrieben hat, und als Brückenkanton zwischen der Deutschschweiz und der Romandie fungiert, spielt die französische Sprache eine sehr wichtige Rolle, genau wie in der gesamten Nordwestschweiz.

Der Teilnehmer aus St. Gallen stellt die Rolle des Französischen als eher gering dar. Die französische Sprache wird kaum gehört oder gesprochen und es besteht kein Alltagsbezug, da die Romandie weit entfernt ist. Französisch ist jedoch als anspruchsvolle romanische Sprache ein Vorteil für den Erwerb weiterer Sprachen aus dieser Sprachfamilie. Insgesamt schätzt der Befragte die Bedeutung des Französischen für den Landeszusammenhalt hoch ein.

Im Thurgau wird die Rolle des Französischen ebenfalls gering eingeschätzt und Englisch favorisiert und gefördert.

Ähnlich verhält es sich in Zürich. Französisch wird von vielen Deutschschweizern als Randsprache wahrgenommen, die hinter dem Englischen zurücktritt. Dennoch sind sowohl Deutsch als auch Französisch wichtig für die nationale Kohäsion.

Frage 9b: Hat sich diese Rolle in den letzten Jahren verändert?

Die Mehrheit der Befragten ist der Meinung, dass sich diese Rolle in den letzten Jahren verändert hat. Durch HarmoS, den Passepartout-Vertrag und den Lehrplan 21 und die damit verbundenen Elemente wie Fördermaßnahmen ist der Sprachunterricht mehr in den Fokus getreten. Die Öffentlichkeit hat durch die neuen Lehrmittel die Veränderungen des Sprachunterrichts wahrgenommen. Insgesamt ist die Diskussion über die Rolle des Französischen intensiver geworden.

Frage 10a: In welcher Sprache kommunizieren Personen aus der Deutschschweiz und der Romandie gegenwärtig miteinander?

Zu dieser Frage schilderte jeder Teilnehmer seine persönliche Sicht, es gibt keine allgemeingültige Antwort.

Die französischen Schweizer schätzen es sehr, wenn Eidgenossen aus anderen Sprachregionen Französisch mit ihnen sprechen. Es fällt auf, dass jüngere Menschen eher auf Englisch kommunizieren, wohingegen ältere Französisch verwenden. Ein Grund dafür könnten die besseren Französischkenntnisse der älteren Generation sein bzw. die besseren Englischkenntnisse der jüngeren Generation. Es kommt jedoch immer situativ auf die Sprachkenntnisse an. Häufig wird Englisch als ‚neutrale‘ Sprache gewählt, um auf beiden Seiten keine sprachlichen Nachteile zu haben. Ein, nach Angaben der Befragten, weiter verbreitetes Problem ist das geringe Selbstvertrauen in die sprachlichen Fähigkeiten. So sprechen beispielsweise Familienmitglieder, die in verschiedenen Sprachregionen leben, jeweils ihre Muttersprache.

Auf nationaler Ebene wird die Mehrsprachigkeit betont und eingefordert, im Alltag ist die Umsetzung jedoch nicht immer möglich.

Frage 10b: Könnte sich die Kommunikationssprache in Zukunft verändern?

Die Befragten gehen nicht davon aus, dass sich die Kommunikationssprache in Zukunft verändern wird. Dieses Thema wird in der Schweiz viel diskutiert und

Englisch immer wieder als mögliche lingua franca vorgeschlagen. Nach Ansicht eines Teilnehmers wäre eine funktionale Mehrsprachigkeit für drei Landessprachen von Vorteil und würde die Wichtigkeit des Englischen nicht einschränken, die Dominanz innerhalb des Landes aber möglicherweise etwas abschwächen.

Frage 10c: Gibt es Bestrebungen, den Erwerb dreier Landessprachen zu fördern?

Es gibt keine Bestrebungen, den Erwerb von drei Landessprachen explizit zu fördern. Die dritte Landessprache kann im Rahmen eines Wahlfachs in der Sekundarstufe erlernt werden. In den Pässepartout-Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft gibt es spezielle Förderprogramme für Italienisch, die auf freiwilliger Basis wahrgenommen werden können. Die beiden Kantone erhalten vom Bundesamt für Kultur einen einmaligen finanziellen Beitrag, weil sie eine Umsetzungshilfe für das Fach Italienisch ausgearbeitet haben.

Frage 11: Ist es vorgesehen, neben der zweiten Landessprache und dem Englischen eine andere europäische oder außereuropäische Fremdsprache zu erlernen?

Ab der 8. Klasse kann Italienisch oder Latein an Volksschulen erworben werden. Weitere Sprachen können je nach Schule, Kanton und Angebot in der Sekundarstufe II erlernt werden.

Insgesamt wird die Harmonisierung der Schulen bzw. des Bildungssystems hervorgehoben, dieses Ziel wird durch den Lehrplan 21 bzw. PER verfolgt. Durch HarmoS und den Lehrplan wird das Kompetenzniveau der Schüler in den Fokus gerückt, wobei die Mindestanforderungen für die Kompetenz verbindlich festgelegt sind. Für das Ende der Schulzeit ist ein gleichwertiges Kompetenzniveau für alle Fächer vorgegeben. Der Zeitpunkt der Umsetzung

bzw. Einführung der neuen Lehrpläne hat aktuell noch Einfluss auf das Erreichen der Bildungsziele. In einigen Jahren, wenn alle Schulen und Schulstufen die neuen Lehrpläne über einen längeren Zeitraum verwendet haben, ist eine Untersuchung zum Erreichen der Bildungsziele möglich.

Der Sprachunterricht ist in den letzten Jahren durch die Reform, die Politik und medialen Aufmerksamkeit vermehrt in den Vordergrund getreten, beispielsweise durch die Diskussion über neue Lehrmittel. Das Problem der Sprachenfrage wurde letztendlich jedoch in Abstimmung mit der jeweiligen Sprachregion geklärt und die Sprachenreihenfolge in den Schulen umgesetzt.

Der Fremdspracherwerb und die inländische Kommunikation spielen eine zentrale Rolle in der heutigen Schweizer Sprachpolitik. Französisch ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Aspekt bezüglich der nationalen Kohäsion. Dennoch ist Englisch in der Deutschschweiz sehr dominant und französisch eher untergeordnet. Schweizerdeutsch stellt sicher ein großes Problem bei der Verständigung auf Deutsch dar, weil die anderen Sprachregionen Standarddeutsch erlernen und die Deutschschweizer oft nicht bereit sind auf Schweizerdeutsch zu verzichten. Das führt zu einem Verständigungsproblem, welches von den Probanden nicht aufgegriffen wurde, aus meiner Sicht aber einen zentralen Aspekt in der inländischen Kommunikation darstellt. Die englischfreundlichen Deutschschweizer Kantone bevorzugen möglicherweise die Kommunikation mit den Romands auf Englisch, aber die Romands müssen gegebenenfalls auch auf Englisch ausweichen, wenn die Deutschschweizer kein Standarddeutsch und kein Französisch sprechen oder sprechen wollen. Eine Lösung wäre die Bereitschaft der Deutschschweizer Standarddeutsch mit anderssprachigen Schweizern zu sprechen oder Kurse in Schweizerdeutsch in den anderen Landesteilen anzubieten. In jedem Fall könnte eine Veränderung in diesem Bereich die Kommunikationsfrage bzw. –sprache beeinflussen, da die Tessiner, Graubündner und Romands den Fokus eher auf eine andere Landessprache als auf Englisch legen.

10. Fazit

Mit Hilfe dieser Ergebnisse lassen sich die anfänglich gestellten Fragen beantworten bzw. erlauben eine mögliche Schlussfolgerung.

-Welche Rolle spielt die französische Sprache gegenwärtig und wie wird sich ihr Stellenwert in Zukunft, insbesondere in den deutschen und den französischen Sprachgebieten, entwickeln bzw. verändern?

-Liegen Kompetenzunterschiede in den jeweiligen Sprachgebieten vor?

-Wie werden Fremdsprachen im Schulunterricht vermittelt?

-Welche Rolle spielt die englische Sprache – auch hinsichtlich der Kommunikation der Schweizer untereinander?

-Welche Bedeutung hat der Spracherwerb für den zukünftigen Zusammenhalt der Schweiz und welche Folgen hat bzw. hätte eine mögliche Sprachbarriere?

-Ist es notwendig, alle Landessprachen zu sprechen?

-Wie soll die Kommunikation der Schweizer untereinander in Zukunft aussehen?

Die Untersuchung im Bereich des Fragebogens lieferte einige Erkenntnisse bezüglich der Schulsprache und des Fremdspracherwerbs sowie über die Unterrichtsmethoden und Lehrmittel. Ein großer Teil des Fragebogens befasste sich mit sprachpolitischen Vorgaben und Veränderungen.

Die Einführung der frühen ersten Fremdsprache sowie die Festlegung der Fremdsprachenreihenfolge führten zu einer Vereinheitlichung der einzelnen Kantone, die trotz einiger Hürden und Proteste durchaus Vorteile mit sich bringt, wie beispielsweise die Vergleichbarkeit der Leistungen und Abschlussprüfungen der Schüler.

In der Deutschschweiz spielt der lokale und regionale Dialekt eine wichtige Rolle im Alltag der Menschen und ist auch Teil des Schulalltags, jedoch nicht im Sprachunterricht, die Schriftsprache ist verpflichtend und Voraussetzung für den Schulabschluss. Das Schweizerdeutsche ist Teil der nationalen Identität und wird von den Eidgenossen gepflegt, dementsprechend erlernen auch die

Migranten und häufig auch Zugezogene die regionale Varietät, neben der Schriftsprache. In der Schweiz wird zudem Wert auf den Erhalt und die Förderung der jeweiligen Muttersprachen der Migranten gelegt, die im Rahmen eines freiwilligen Sprach- und Kulturunterrichts unterstützt werden.

Der Sprachunterricht wird sowohl klassisch lehrerzentriert als auch interaktiv gestaltet; um den Schülern in den unteren Klassenstufen die Materie näherzubringen, werden auch häufig Lernspiele eingesetzt. Weitere Aspekte der schulischen bzw. außerschulischen Sprachförderung sind Freizeitangebote wie Sprachreisen, Projektwochen in einem anderen Sprachgebiet oder der Besuch von fremdsprachigen Film- und Theatervorführungen.

Die Sprachlehrer sind der Auffassung, dass Landessprachen gefördert werden sollten, es herrscht jedoch Uneinigkeit über die Auswahl der Sprachen. Die jeweilige Kantonssprache sollte gefördert werden, insgesamt hauptsächlich Deutsch und Französisch. In den Pässepartout-Kantonen wird das Französische im Gegensatz zu den meisten anderen deutschsprachigen Kantonen besonders gefördert. Die Sprachförderung ist kantonal unterschiedlich.

Die Schüler sind dem englischen Spracherwerb gegenüber positiv eingestellt, dem französischen wird häufig eher mit Ablehnung begegnet. Diese Erkenntnis entspricht dem Meinungsbild in den Medien und den Ergebnissen einiger Studien zur Rolle des Englischen in der Schweiz. Aus dieser Grundeinstellung lassen sich die Leistungsunterschiede der Schüler im englischen und französischen Spracherwerb erklären. In Bezug auf die Romandie wird der englische Spracherwerb dem deutschen von vielen Schülern ebenfalls vorgezogen. Dennoch sind die verpflichtenden Fremdsprachen in den meisten Kantonen Teil der Abschlussprüfungen und müssen somit erlernt werden. Inwiefern sich die Schüler und Lehrkräfte in Bezug auf ihre individuelle Einstellung zum Fremdspracherwerb oder einer bestimmten Sprache von der öffentlichen Meinung beeinflussen lassen, geht aus der Studie nicht explizit hervor und kann nur erahnt werden. Sicherlich hat der Standpunkt des Elternhauses sowie des Freundeskreises eine Auswirkung auf die persönliche Haltung zum Fremdspracherwerb, sowie die Motivation der Lehrer, die allgemein eine große Rolle im Sprachenunterricht spielt und diesen durchaus positiv oder negativ beeinflussen kann. Seitens der Lehrkräfte ist davon

auszugehen, dass innerhalb der Schulen bzw. Kantone eine vorherrschende Meinung existiert, die häufig geteilt wird, wobei zugezogene Lehrkräfte aus anderen Sprachregionen möglicherweise durch die Meinung oder Sprachpolitik in ihrer Heimat differenzierte Ansichten haben.

Durch die Einführung des Lehrplans 21 wurden auch einheitliche Lehr- und Lernmaterialien erstellt, die von den meisten Lehrkräften als qualitativ gut empfunden, jedoch auch durch eigene Materialien ergänzt werden. Die festgelegte Auswahl der Schulbücher ist ein weiterer Aspekt, der die Vergleichbarkeit der Kantone ermöglicht.

Die kantonale Sprachpolitik hat trotz des überregionalen Lehrplans nach wie vor Einfluss auf die kantonale Bildungspolitik, sowohl in der Ausarbeitung der Stundentafeln und der Lektionendotationen als auch im Bereich der Sekundarstufe II.

Der Lehrplan 21 bringt Verbesserungen wie die Kompetenzorientierung, die Harmonisierung über die Kantonsgrenzen hinaus, neue Lehrmittel und einen einheitlicheren Sprachunterricht mit sich. Dennoch werden auch Verschlechterungen sichtbar, wie die fehlende Tiefe im Grammatikunterricht, bedingt durch die geforderte funktionale Mehrsprachigkeit oder die Einschränkung einiger Fächer im Bereich Kunst. Insgesamt können die Auswirkungen zu diesem Zeitpunkt aber nicht vollständig beurteilt und betrachtet werden, da die Umsetzung des Lehrplans in Teilen des Landes noch nicht abgeschlossen ist bzw. erst zwei bis vier Jahre nach der jeweiligen Einführung durch ständige Kontrolle und Evaluierung bewertet werden kann.

Die Ergebnisse der Expertenfragebögen gaben tiefere Einblicke in sprachpolitische Fragen und ermöglichten ein besseres Verständnis bezüglich der Rolle der Landessprachen, der Bildungsreform und der lokalen und überregionalen Bildungspolitik in der Schweiz.

Die Vergleichbarkeit der fremdsprachlichen Leistungen ist ein zentrales Thema der Bildungsreform und wurde von den Experten nochmals ausführlich behandelt. Die vielen Ausnahmen und Unterschiede, die vor der Einführung des gemeinsamen Lehrplans vorlagen, sind durch die Umsetzung und Durchsetzung der nationalen Bildungsziele hin zu einer gleichwertigen

Grundkompetenz bzw. zu einem vorgegebenen Kompetenzniveau ausgeglichen. Dennoch bestehen Unterschiede, beispielsweise bei den Abschlussprüfungen, die zwar einer einheitlichen Vorgabe bezüglich Kompetenzniveau, bei den Sprachen entsprechend dem GER, unterliegen, jedoch von den einzelnen Kantonen individuell gestaltet werden können.

Die kantonale Bildungsdirektion spielt eine wichtige Rolle in Bezug auf die Sprachpolitik der Kantone. Dies zeigt sich unter anderem deutlich im Bereich der Fremdsprachen, beispielsweise durch die Kooperation mit anderen Kantonen hinsichtlich der Austauschprogramme oder des Angebots der dritten Fremdsprache im Wahlbereich der Sekundarstufe. Insgesamt nehmen die Bildungsdirektionen eine Koordinationsfunktion ein.

Die Bildungsreform und die politische Debatte haben, entsprechend den ausgeführten Veränderungen, Verbesserungen und Verschlechterungen, einen großen Einfluss auf den Spracherwerb und den Unterricht und haben in einigen Kantonen eine völlige Neuordnung des Lehrplans und der Struktur der Stundentafeln bewirkt, wohingegen andere Kantone bereits frühzeitig mit einer Umstrukturierung begonnen haben und nur noch kleine Veränderungen vornehmen mussten.

Eine entscheidende Frage im Rahmen dieser Arbeit betraf die Rolle der französischen Sprache in der Deutschschweiz und entsprechend die Rolle der deutschen Sprache in der Romandie, innerhalb des Bildungssystems. Die französische Sprache spielt in den Pässepartout-Kantonen eine zentrale Rolle im Bildungssystem, ebenso wie die deutsche Sprache, die in den Pässepartout-Kantonen in der Romandie besonders gefördert wird. Außerhalb der Gebiete entlang der Sprachgrenze ist Englisch die vorherrschende und beliebte Fremdsprache in den Schulen. Der französischen Sprache wird allerdings eine hohe Bedeutung in Hinsicht auf den Landeszusammenhalt gegeben, diese Rolle hat sich in den letzten Jahren beispielsweise durch den Pässepartout-Vertrag verstärkt. Die öffentlichen Diskussionen zum Sprachunterricht intensivierten die Debatten über die Rollen der Sprachen, sowohl positiv als auch negativ, die tatsächliche Rolle der Sprachen innerhalb der Schweiz hat sich aber nicht signifikant verändert. Nach Ansicht der Befragten wird sich diese Rolle in den nächsten Jahren auch nicht verändern.

Ein interessanter Aspekt ist die Kommunikationssprache der Schweizer untereinander. Diese Frage war letztendlich ausschlaggebend für die Entstehung dieser Arbeit. Die Experten konnten keine klare Antwort geben. Insgesamt sprechen viele Deutschschweizer in der Romandie Französisch, besonders ältere Bürger, die Französisch noch intensiver in der Schule erlernt haben. Es ist aber immer abhängig von den jeweiligen Sprachkenntnissen und dem Selbstvertrauen in die sprachlichen Fähigkeiten. Dennoch ist Englisch durchaus eine verbreitete Kommunikationssprache in der Eidgenossenschaft, dominant in Bildung und Wissenschaft. Dies wird sich durch die Veränderung der Sprachenreihenfolge zukünftig noch verstärken. Zudem wird Englisch als neutralere Sprache angesehen, die keinem Beteiligten einen sprachlichen Nachteil bringen soll.

Es gab in den letzten Jahren immer wieder Diskussionen über Englisch als mögliche fünfte Landessprache und/ oder als *lingua franca*. Die Schweizer entschieden sich jedoch gegen eine offizielle Rolle des Englischen und setzten auf den Erhalt der Landessprachen und die Förderung der Mehrsprachigkeit im Rahmen einer funktionalen Mehrsprachigkeit. Die Mehrsprachigkeit als Teil der schweizerischen Identität soll eine mögliche Sprachbarriere verhindern und den Zusammenhalt stärken. Der Spracherwerb hat somit eine große Bedeutung für die zukünftige Kohäsion der Schweiz. Ein mögliches Kommunikationsmodell, neben der Verwendung einer dritten Sprache wie Englisch, wäre eine Verständigung in den jeweiligen Muttersprachen bzw. Landessprachen, wobei jeder in seiner Muttersprache kommuniziert und auf die passiven Sprachkenntnisse in der jeweils anderen Sprache zurückgreift. Die in der Schule erworbenen Sprachkenntnisse umfassen mindestens zwei Landessprachen und bieten dadurch eine ausreichende Basis für den passiven oder teilweise auch aktiven Gebrauch einer Landessprache.

Hypothese: ‚Der Fremdsprachenunterricht hat Auswirkungen auf die gegenwärtige und zukünftige Kommunikationssprache innerhalb der Schweiz, insbesondere zwischen den Deutschschweizern und den Romands‘.

Im Rahmen der Studie wurde der Fremdsprachenunterricht ausgiebig betrachtet. Der Erwerb einer oder mehrerer Landessprachen bildet die Grundlagen für die Kommunikation der Schweizer untereinander, ohne eine

dritte Sprache zu bemühen. Die Änderung der Sprachenreihenfolge in einigen Deutschschweizer Kantonen wirkt dieser Entwicklung zunächst entgegen. Die Vorteile des frühen Spracherwerbs der englischen Sprache sind positive Auswirkungen auf den anschließenden Französischerwerb, da grundlegende grammatikalische Sprachenlernmuster den Schülern bereits bekannt sind und auf die nächste bzw. die folgenden Sprachen übertragen werden können. Die Romands und die Deutschschweizer in den Pässepartout-Kantonen erlernen zuerst eine weitere Landessprache und erfüllen damit den Anspruch der Schweizer Mehrsprachigkeitsbestrebungen. Im Tessin und Graubünden stehen im Schulsystem Französisch bzw. Deutsch zunächst im Mittelpunkt des Sprachenunterrichts. Im Austausch mit Schweizern aus anderen Sprachgebieten muss meist auf eine der ersten Fremdsprachen zurückgegriffen werden.

Der Fremdspracherwerb im Schulsystem ist ein zentraler Aspekt der schweizerischen Bildungs- und Sprachpolitik. Die eingeführten Maßnahmen werden hauptsächlich mit Hilfe der Schulen umgesetzt, kontrolliert und verbessert.

Die zukünftige inländische Kommunikation der Schweiz wird nach den Erkenntnissen der Fallstudie sowie nach dem allgemeinen Tenor des Landes mehrsprachig sein. Die Eidgenossenschaft hat sich von einem viersprachigen zu einem vielsprachigen Land entwickelt, in dem neben den Landessprachen und Englisch viele Migrantensprachen gesprochen und gelebt werden.

Abstract

Die vorliegende Dissertation befasst sich mit dem deutschen und französischen Fremdspracherwerb im Schweizer Bildungssystem im Hinblick auf die Bildungsreform und die Auswirkung auf die inländische Kommunikation. Die Arbeit beruht auf einem soziolinguistischen Hintergrund und einem empirischen Teil und untersucht die folgende Hypothese: ‚Der Fremdsprachenunterricht hat Auswirkungen auf die gegenwärtige und zukünftige Kommunikationssprache innerhalb der Schweiz, insbesondere zwischen den Deutschschweizern und den Romands‘.

Die Schweiz wurde durch die Invasion der Franzosen unter Napoleon nach der Unterzeichnung des Mediationsvertrags im Jahr 1803 erstmals viersprachig durch die Gründung des Kantons Graubünden. Im 19. Jahrhundert waren jedoch nur Deutsch, Französisch und Italienisch Amtssprachen, Rätoromanisch wurde lediglich in einigen Gebieten gesprochen. Die offizielle Anerkennung des Rätoromanischen als vierte Landessprache erfolgte erst 1938.

Das Territorialitätsprinzip und das Sprachengesetz regeln die Verwendung der Sprachen im Staat, sowohl in den Sprachregionen als auch im öffentlichen Bereich, zudem wird die Förderung der Minderheitensprachen und die Sprachenfreiheit gewährleistet.

Das Bundesamt für Statistik erhebt regelmäßig Daten zu den verwendeten Hauptsprachen, wobei Deutsch die meistverbreitete Sprache ist, gefolgt von Französisch, Italienisch und Rätoromanisch. In den Medien sind alle Landessprachen vertreten. Ein Sender jeder Sprachregion muss je in allen Sprachregionen ausgestrahlt bzw. gesendet werden, Rätoromanisch bildet hierbei einen Sonderfall.

Die Mehrsprachigkeit ist in der Schweizer Sprachpolitik ein zentrales Thema und gilt als wichtiges Merkmal der eidgenössischen Identität. Ein Schwerpunkt der Bildungsreform war die Modernisierung und Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts. Mit dem Lehrplan 21 bzw. dem PER veränderte sich der Beginn des Fremdsprachenunterrichts und teilweise auch die Sprachenreihenfolge. Die Lehrmittel und der Lehrplan wurden einheitlich und überregional vergleichbar, dennoch behalten die Kantone Einfluss auf die Bildungspolitik in Bezug auf die individuelle Ausarbeitung der Stundentafeln, Lektionendotationen und der Prüfungsordnung.

Die Erkenntnisse des soziolinguistischen Hintergrunds dienen als Grundlage für die empirische Untersuchung, die unter Verwendung eines qualitativen Ansatzes mit einigen quantitativen Aspekten mit Hilfe von Fragebögen und Expertenfragebögen durchgeführt wurde. Bei den Befragten im Rahmen der Fragebögen handelte es sich um Lehrkräfte an öffentlichen Schweizer Schulen der Primar- sowie Sekundarstufe I und II aus der Deutschschweiz und der

Romandie. Die Teilnehmer der Expertenfragebögen waren neben Lehrkräften Mitarbeiter verschiedener Deutschschweizer Bildungsdirektionen.

Die durchgeführte Fallstudie untersuchte den deutschen und französischen Fremdspracherwerb der Schweizer Schüler in Hinblick auf die Rolle der französischen Sprache, die Spracheinstellung der Schüler, mögliche Kompetenzunterschiede in den Sprachregionen, die Unterrichtsmethoden sowie die Bedeutung des Spracherwerbs für den zünftigen Zusammenhalt der Schweiz und die inländische Kommunikation.

Die Ergebnisse der empirischen Studie untermauern die Wichtigkeit des Fremdspracherwerbs im Rahmen des Bildungssystems, um eine Grundlage für die späteren Sprachkenntnisse und den möglichen Erwerb weiterer Sprachen zu schaffen. Des Weiteren hat der schulische Spracherwerb durchaus Einfluss auf die inländische Kommunikation der Schweizer. Die geänderte Sprachenreihenfolge in einigen Deutschschweizer Kantonen begünstigt die Dominanz des Englischen gegenüber dem Französischen, nichtsdestotrotz bleibt Französisch im Lehrplan als Pflichtfach erhalten und wird in einigen Kantonen weiterhin als erste Fremdsprache unterrichtet. In der Romandie ist Deutsch nach wie vor die erste Fremdsprache. Die Bildungsreform hat somit gewisse Auswirkungen auf die inländische Kommunikation. Welche Sprache tatsächlich für die inländische Kommunikation aktuell bzw. zukünftig eingesetzt wird, ist jedoch nicht endgültig zu bestimmen und hängt von den Sprachkenntnissen, sprachlichen Vorlieben sowie der muttersprachlichen Konstellation der Gesprächsteilnehmer ab. Es kann eine Kommunikation in einer oder mehreren Landessprachen stattfinden, auf Englisch oder einer dritten Sprache. In jedem Fall ist das charakteristische Merkmal der Schweiz, die Vier- bzw. Vielsprachigkeit, ein zentraler Aspekt jeglicher Kommunikation in der Schweiz.

Literaturverzeichnis

Genereller Hinweis: Die Literaturangaben beziehen sich jeweils auf den vorausgehenden Text bzw. die vorangegangenen Abschnitte und sind im Abspann des laufenden Textes vermerkt.

Altermatt, Bernhard. (2008): „Koreferat zum vierten Abschnitt: Föderal-territoriale Sprachenpolitik in der Schweiz: Ein Zielkonflikt zwischen Sprachenfrieden und Minderheitenschutz?“, in: Lüdi, Georges. Seelmann, Kurt. Sitter-Liver, Beat (Hrsg.): *Sprachenvielfalt und Kulturfrieden. Sprachminderheit – Einsprachigkeit – Mehrsprachigkeit: Probleme und Chancen sprachlicher Vielfalt*. Freiburg Schweiz: Academic Press Fribourg/ Kohlhammer Stuttgart.

Ammon, Ulrich. (2012): „Language policy in the European Union (EU)“, in: Spolsky, Bernard (Hrsg.): *The Cambridge Handbook of Language Policy*. Cambridge: Cambridge University Press.

Aschwanden, Erich. Au revoir, Welschlandjahr, in: Neue Zürcher Zeitung (16.07.2014),

<http://www.nzz.ch/schweiz/au-revoir-welschlandjahr-1.18344910>

(Stand: 30.05.2016)

BAK (Bundesamt für Kultur): Erläuterungen zur Verordnung über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachenverordnung, SpV). (2014),

https://www.bak.admin.ch/dam/bak/de/dokumente/kulturpolitik/gesetze_-_kommentare/erlaeuterungen_zurverordnungueberdielandessprachenunddieverstaen.pdf.download.pdf/erlaeuterungen_zurverordnungueberdielandessprache_nunddieverstaen.pdf

(Stand: 20.05.2017)

BAK (Bundesamt für Kultur): Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen. (09.01.2017),

[https://web.archive.org/web/20170512224921/http://www.bak.admin.ch/kultursc
haffen/04245/04246/04248/index.html?lang=de](https://web.archive.org/web/20170512224921/http://www.bak.admin.ch/kultursc
haffen/04245/04246/04248/index.html?lang=de)

(Stand: 08.01.2021)

Balz, Andrea. Limbach, Dina. (2017): „Lernaufgaben und Unterrichtsmaterialien zum neuen Schweizerischen Lehrplan 21“, in: Haushalt in Bildung & Forschung (Hrsg.): Verlag Babara Budrich. Opladen: 6/1.

Basel Landschaft: Lehrplan Volksschule Basel Landschaft,

<https://www.baselland.ch/politik-und-behorden/direktionen/bildungs-kultur-und-sportdirektion/bildung/handbuch/unterricht/studentafeln-lehrplaene/volksschule>

(Stand: 04.07.2021)

Bundesamt für Statistik:

BFS (Bundesamt für Statistik): Ständige Wohnbevölkerung nach Hauptsprache(n), 1970-2018. (27.02.2020),

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/sprachen-religionen/sprachen.assetdetail.11887090.html>

(Stand: 28.12.2020)

BFS (Bundesamt für Statistik): Als Hauptsprachen genannte Sprachen 2018. (27.02.2020),

<https://www.plurilingua.admin.ch/plurilingua/de/home/themen/mehrsprachigkeit-der-schweiz.html>

(Stand: 28.12.2020)

BFS (Bundesamt für Statistik): Üblicherweise bei der Arbeit gesprochene Sprachen, 2015-2017. (27.02.2020),

<https://www.plurilingua.admin.ch/plurilingua/de/home/themen/mehrsprachigkeit-der-schweiz.html>

(Stand: 28.12.2020)

BFS (Bundesamt für Statistik): Konfessionszugehörigkeit 2012-2014. (2016),
<https://web.archive.org/web/20160522004614/http://www.bfs.admin.ch/bfs/porta/de/index/themen/01/05/blank/key/religionen.html>

(Stand: 08.01.2021)

BFS (Bundesamt für Statistik): Dominierende Konfessionszugehörigkeit 2010.
(2010),
https://web.archive.org/web/20140714224839/http://www.bfs.admin.ch/bfs/porta/de/index/regionen/thematische_karten/maps/bevoelkerung/sprachen_religionen.NewWindow.parsys.26294.2.Preview.html

(Stand: 08.01.2021)

BFS (Bundesamt für Statistik): Volkszählung,
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/grundlagen/volkszaehlung.html>

(Stand: 08.01.2021)

BFS (Bundesamt für Statistik): Bevölkerung: Panorama 2020. (23.07.2020),
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung.assetdetail.13695287.html>

(Stand: 08.01.2021)

Bossart, Marie-Nicole: Mehrsprachigkeit und Sprachenlernen aus Sicht von Schülerinnen und Schülern und deren Lehrpersonen – Eine qualitative Studie zur Situation vor und nach dem Stufenübertritt von der Primar- in die Sekundarstufe. (16.03.2011),
<https://edudoc.ch/record/108431>

(Stand: 04.05.2021)

Budde, Berthold. Zentner, Christian. (2016): *Chronik der Schweiz*. Stäfa: OTUS Verlag.

Camartin, Iso. (1982): „Die Beziehungen zwischen den schweizerischen Sprachregionen“, in: Schläpfer, Robert (Hrsg.): *Die viersprachige Schweiz*. Zürich: Benziger Verlag.

Cassidy, Alan. Der grosse Kampf um die Schulreform ist lanciert, in: Tages Anzeiger (22.04.2016),

<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/der-grosse-kampf-umdieschulreform-ist-lanciert/story/27662928>

(Stand: 30.04.2016)

Charnley, Joy. (2002): „Le point de vue suisse romand: the French Language in Switzerland“, in: Salhi, Kamal (Hrsg.): *French in and out of France – Language Policies, Intercultural Antagonisms and Dialogue*. Bern: Peter Lang.

Christen, Helen. (2005): „Die Deutschschweizer Diglossie und die Sprachdiskussion“, in: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (Hrsg.): *Sprachendiskurs in der Schweiz – Vom Vorzeigefall zum Problemfall*. Bern: Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften.

CIIP: Plan d'études romand (PER).

<https://www.ciip.ch/Plans-detudes-romands/Plan-detudes-romand-scolarite-obligatoire-PER/Plan-detudes-romand-PER>

(22.05.2021)

Clyne, Michael. (2000): „Matching Lemmas in a Bilingual Language Competence and Production Model: Evidence from Intrasentential Code-Switching“, in: Wei, Li (Hrsg.): *The Bilingualism Reader*. London: Routledge.

Coray, Renate. (1999): „Sprachliche Minderheit – ein Grundbegriff der Schweizerischen Sprachenpolitik“, in: Dazzi Gross, Anna-Alice (Hrsg.): *Les langues minoritaires en contexte – Minderheitensprachen im Kontext*. Bulletin suisse de linguistique appliquée. Neuchâtel: 69/1.

D-EDK 1: Umsetzung der EDK-Sprachenstrategie in der Deutschschweiz – Einschätzungen der AG Sprache zum aktuellen Stand des Fremdsprachenunterrichts und Überlegungen zum Handlungsbedarf. (31.10.2014),

https://www.regionalkonferenzen.ch/sites/default/files/2019-02/d-edk_ag_sprachen_einschaetzung_fremdsprachen_2014-10-31.pdf

(Stand: 08.05.2021)

D-EDK 2: Fachbereiche.

<https://www.lehrplan21.ch/fachbereiche>

(Stand: 22.05.2021)

De Pietro, Jean-François. (2020): „De la didactique intégrée aux approches interlinguistiques Comment l'école de la Suisse francophone conçoit-elle le plurilinguisme?“, in: Schädlich, Birgit. (Hrsg.): *Perspektiven auf Mehrsprachigkeit im Fremdsprachenunterricht – Regards croisés sur le plurilinguisme et l'apprentissage des langues*. Berlin: J.B. Metzler.

Der Bundesrat – Das Portal der Schweizer Regierung: Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften. (02.07.2017),

<https://web.archive.org/web/20170705020230/https://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/20062545/index.html>

(Stand: 08.01.2021)

Dingwall, Silvia. Murray, Heather. (1999): „The future of English in Switzerland: a majority/minority problem?“, in: Dazzi Gross, Anna-Alice (Hrsg.): *Les langues minoritaires en contexte – Minderheitensprachen im Kontext*. Bulletin suisse de linguistique appliquée. Neuchâtel: 69/2.

Doppagne, Albert. (1978): *Les régionalismes du français*. Belgien: Duculot.

Dovalil, Vít. Šichová, Kateřina. (2017): *Sprach(en)politik, Sprachplanung und Sprachmanagement*. Heidelberg: Universitätsverlag Winter.

Duden. „Reisläufer“ auf Duden online,
<https://www.duden.de/rechtschreibung/Reislaeufer>
(Stand: 30.08.2016)

Duff, Patricia A. (2007): „Second Language Socialization as Sociocultural Theory: Insights and Issues“, in: Cambridge University Press (Hrsg.): *Language Teaching*. Cambridge: 40/4.

Dürmüller, Urs. (1996): *Mehrsprachigkeit im Wandel – Von der viersprachigen zur vielsprachigen Schweiz*. Zürich: Pro Helvetia.

Educa – Fachagentur für den digitalen Bildungsraum Schweiz:

Educa 1: Das schweizerische Bildungssystem. (2016),
<https://bildungssystem.educa.ch/de>
(Stand: 05.04.2021)

Educa 2: Sprachregionale Lehrpläne. (2021),
<https://bildungssystem.educa.ch/de/sprachregionale-lehrplaene>
(Stand: 18.04.2021)

Educa 3: Das schweizerische Bildungswesen. (2021),
<https://bildungssystem.educa.ch/de/schweizerische-bildungswesen>
(Stand 25.04.2021)

Erziehungsdirektorenkonferenz:

EDK 1: Schule und Bildung in der Schweiz. (2020),
<https://www.edk.ch/de/bildungssystem/beschreibung>
(Stand: 25.04.2021)

EDK 2: Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat). (14.06.2007),

https://edudoc.ch/record/24711/files/HarmoS_d.pdf.

(Stand: 02.07.2018)

EDK 3: Empfehlungen zum Fremdsprachunterricht (Landessprachen und Englisch) in der obligatorischen Schule. (26.10.2017),

https://edudoc.ch/record/128697/files/empfehlungen_sprachenunterricht_d.pdf.

(Stand: 02.07.2018)

EDK 4: Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule: Strategie der EDK und Arbeitsplan für die gesamtschweizerische Koordination. (25.03.2004),

https://edudoc.educa.ch/static/web/aktuell/medienmitt/ref_b_03312004_d.pdf

(Stand: 02.07.2018)

EDK 5: Grundkompetenzen für die Fremdsprachen. (16.06.2011),

https://edudoc.ch/record/96780/files/grundkomp_fremdsprachen_d.pdf

(Stand: 02.07.2018)

EDK 6: Erste obligatorische Fremdsprache. (2020),

https://edudoc.ch/record/212586/files/vis_B11_1.pdf

(Stand: 14.05.2021)

EDK 7: Zweite obligatorische Fremdsprache. (2020),

https://edudoc.ch/record/212587/files/vis_B11_2.pdf

(Stand: 14.05.2021)

EDK 8: Fremdsprachen: Zertifikate.

<https://www.edk.ch/edk.ch/platform/de/de/bildungssystem/kantonale-schulorganisation/kantonsumfrage/b-13-fremdsprachen-zertifikate>

(Stand: 14.05.2021)

Eichenberger, Isabelle: Der „Röstigraben“ , die verbindende Kluft der Helvetier. (31.12.2014),

http://www.swissinfo.ch/ger/deutsch-vs--franzoesisch_der--roestigraben---die-verbindende-kluft-der-helvetier/41177160

(Stand: 08.01.2021)

Eidg. Departement des Innern. (1989): *Zustand und Zukunft der viersprachigen Schweiz – Abklärungen, Vorschläge und Empfehlungen einer Arbeitsgruppe des Eidgenössischen Departement des Innern*. Bern: Eidg. Departement des Innern.

Ellis, Rod. (1994): *The Study of Second Language Acquisition*. Oxford: Oxford University Press.

Elmiger, Daniel. (2008): „L'introduction de l'anglais comme L3 à l'école primaire romande: vers l'application d'une didactique intégrée des langues“, in: Gibson, Martha. Hufeisen, Britta. Personne, Cornelia (Hrsg.): *Mehrsprachigkeit: lernen und lehren – Multilingualism: Learning and Instruction – Le Plurilinguisme: apprendre et enseigner – O Plurilinguismo: aprender e ensinar*. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.

Everett, Daniel L. (2005): „Cultural Constraints on Grammar and Cognition in Pirahã“, in: The University of Chicago Press (Hrsg.): *Current Anthropology*. Chicago: 46/4.

Flaugergues de, Amélie. (2016): *Sprachliche Praktiken in der Schweiz – Erste Ergebnisse der Erhebung zur Sprache, Religion und Kultur 2014*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

Frommberger, Dietmar. Schmees, Johannes K.: Berufsmaturität und höhere Berufsbildung in der Schweiz,

https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/13_Chance_Ausbildung/Durchlaessigkeit/Fallstudie_Schweiz.pdf

(Stand: 06.04.2021)

Fuchs, Gabriela: Sprachstrategie der EDK 2004-2014 – La stratégie les langues de la CDPI de 2004 à 2014. (01.12.2014),
<https://edudoc.ch/record/217580/files/sprachenstrategie-babylonia-2014.pdf>

(Stand: 02.07.2018)

Furer, Jean-Jacques. (2005): *Eidgenössische Volkszählung 2000 – Die aktuelle Lage des Romanischen*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

Generalsekretariat EDK. (05.04.2018): *Faktenblatt – Nationale Bildungsziele für die obligatorische Schule: in vier Fächern zu erreichende Grundkompetenzen*. Bern: EDK.

Grossenbacher, Silvia. Urs Vögeli-Manovanti: Sprachenpolitik und Bildungsstrategien in der Schweiz. (2010),
https://www.pedocs.de/volltexte/2012/5133/pdf/Grossenbacher_Voegeli_Mantovani_2010_Sprachenpolitik_und_Bildungsstrategien_D_A.pdf

(Stand: 02.07.2018)

Gut, Katrin. Badertscher, Hans. (2002): „Formen und Funktionen des Unterrichts moderner Fremdsprachen in der Schweiz des 20. Jahrhunderts“, in: Lechner, Elmar (Hrsg.): *Formen und Funktionen des Fremdsprachenunterrichts im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Peter Lang.

Haas, Walter. (1982): „Sprachgeschichtliche Grundlagen“ / „Die deutschsprachige Schweiz“, in: Schläpfer, Robert (Hrsg.): *Die viersprachige Schweiz*. Zürich: Benziger Verlag.

Haenni Hoti, Andrea. Werlen, Erika: *Schlussbericht – Der Einfluss von Englisch auf das Französisch Lernen*. (2009),
http://www.snf.ch/SiteCollectionDocuments/nfp/nfp56/nfp56_schlussbericht_haenni-hoti.pdf

(Stand: 02.07.2018)

Häfliger, Markus. Burri, Anja: Sprachenstreit – Berset setzt Kantone ein Ultimatum. (07.07.2016),
<http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/sprachenstreit-ber-setz-kantone-ein-ultimatum/story/31408712>
(Stand: 20.07.2016)

Haudenschild, Roland. (2010): „Mehrsprachigkeit in der Armee“, in: Schweizerischer Fourierverband (Hrsg.): *Armee-Logistik: unabhängige Fachzeitschrift für Logistiker*. Zürich: 83/12.

Henseler Stierlin, Iris. (2015): *Frischer Wind fürs Bildungssystem – Eine organisations-entwicklerische Fallstudie zur Steuerung einer Bildungsreform*. Heidelberg: Carl-Auer Verlag.

Johnson, David Cassels. (2013): *Language Policy*. Basingstoke/ New York: Palgrave Macmillan.

Jurt, Josef. (2008): „Globalisierung und sprachlich-kulturelle Vielfalt (unter anderem aufgezeigt am Beispiel Schweiz)“, in: Lüdi, Georges. Seelmann, Kurt. Sitter-Liver, Beat (Hrsg.): *Sprachenvielfalt und Kulturfrieden. Sprachminderheit – Einsprachigkeit – Mehrsprachigkeit: Probleme und Chancen sprachlicher Vielfalt*. Freiburg Schweiz: Academic Press Fribourg/ Kohlhammer Stuttgart.

Knecht, Pierre. (1982): „Die französischsprachige Schweiz“, in: Schläpfer, Robert (Hrsg.): *Die viersprachige Schweiz*. Zürich: Benziger Verlag.

Kofler, Karolina. Peyer, Elisabeth. Barras, Malgorzata. (2020): „Wie wird die Mehrsprachigkeitsdidaktik in Lehrwerken umgesetzt? Eine Analyse der mehrsprachigkeitsdidaktischen Ansätze in Englisch- und Französisch-Lehrwerken der Deutschschweiz“, in: Schädlich, Birgit. (Hrsg.): *Perspektiven auf Mehrsprachigkeit im Fremdsprachenunterricht – Regards croisés sur le plurilinguisme et l'apprentissage des langues*. Berlin: J.B. Metzler.

Lehrplan 21: Lern- und Unterrichtverständnis. (29.02.2016),

<https://v-fe.lehrplan.ch/index.php?code=e|200|2>

(Stand: 22.05.2021)

Lengert, Joachim. (1994): *Regionalfranzösisch in der Literatur: Studien zu lexikalischen und grammatischen Regionalismen des Französischen der Westschweiz*. Basel und Tübingen: Francke Verlag.

Lenneberg, Eric H. (1969): „On Explaining Language“, in: JSTOR (Hrsg.): *Science, New Series*. 164/3880.

Lettau, Antje. Breuer, Franz: Kurze Einführung in den qualitativ-sozialwissenschaftlichen Forschungsstil.

<https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/psyifp/aebreuer/alfb.pdf>

(Stand: 06.06.2021)

Lötscher, Andreas. (2017): *Areale Diversität und Sprachwandel im Dialektwortschatz – Untersuchungen anhand des Sprachatlas der deutschen Schweiz*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Loukovitou, Antigoni: Lehrplan 21 – Diskussion einer umfassenden Reform des Schulsystems in der deutschsprachigen Schweiz. (2014),

<https://d-nb.info/1063752582/34>

(Stand: 22.05.2021)

Lüdi, Georges. Werlen, Iwar. (2005): *Eidgenössische Volkszählung 2000. Sprachenlandschaft in der Schweiz*. Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

Lurati, Ottavio. (1982): „Die sprachliche Situation in der Südschweiz“, in: Schläpfer, Robert (Hrsg.): *Die viersprachige Schweiz*. Zürich: Benziger Verlag.

Manno, Giuseppe. (1994): *Le Français non conventionnel en Suisse Romande – étude sociolinguistique menée à Neuchâtel et à Genève*. Bern: Peter Lang.

Marten, Heiko F. (2016): *Sprach(en)politik – Eine Einführung*. Tübingen: Narr Francke Attempto.

Maurer, Ernst. (2015): *Echo – Informationen zur Schweiz*. Zug: Klett und Balmer.

McRae, Kenneth Douglas. (1983): *Conflict and Compromise in Multilingual Societies – Switzerland*. Waterloo: Wilfrid Laurier University Press.

Mitchell, Rosamond. Myles, Florence. Marsden, Emma. (2013): *Second Language Learning Theories*. New York: Routledge.

Moneta Mazza, Elisabetta. (2008): „Deutsche juristische Terminologie für italienisch Studierende – Englisch ist die halbe Miete“, in: Gibson, Martha. Hufeisen, Britta. Personne, Cornelia (Hrsg.): *Mehrsprachigkeit: lernen und lehren – Multilingualism: Learning and Instruction – Le Plurilinguisme: apprendre et enseigner – O Plurilinguismo: aprender e ensinar*. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.

Moraldo, Sandro M. (2008): „Sprachkontakt und Mehrsprachigkeit. Zur Anglizismendiskussion in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien – Editorial“, in: Moraldo, Sandro M. (Hrsg.): *Sprachkontakt und Mehrsprachigkeit. Zur Anglizismendiskussion in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien*. Heidelberg: Universitätsverlag Winter.

Moser, Francesca. (2012): „Projekt Lehrplan 21“, in: Haushalt in Bildung & Forschung (Hrsg.): Verlag Babara Budrich. Opladen: 1/3.

Moser, Philippe. (2020): *Linguistic Landscape als Spiegelbild von Sprachpolitik und Sprachdemografie? – Untersuchungen zu Freiburg, Murten, Biel, Aosta, Luxemburg und Aarau*. Tübingen: Narr Francke Attempo.

Moser, Urs. Bayer, Nicole. Tunger, Verena. Berweger, Simone. (2008): *Entwicklung der Sprachkompetenzen in der Erst- und Zweitsprache von Migrantenkindern*. Zürich/ Bern: Schweizerischer Nationalfonds.

Müller, Gabriele M. (2008): „Koreferat zum dritten Abschnitt: Rechte der Minderheitsgesellschaften zur Pflege von Kultur und Sprache“, in: Lüdi, Georges. Seelmann, Kurt. Sitter-Liver, Beat (Hrsg.): *Sprachenvielfalt und Kulturfrieden. Sprachminderheit – Einsprachigkeit – Mehrsprachigkeit: Probleme und Chancen sprachlicher Vielfalt*. Freiburg Schweiz: Academic Press Fribourg/ Kohlhammer Stuttgart.

Ó Duibhir, Pádraig. (2009): *The Spoken Irish of Sixth-Class Pupils in Irish Immersion Schools*. Dublin: University of Dublin.

O' Malley, J. Michael. Chamot, Anna Uhl. (1990): *Learning Strategies in Second Language Acquisition*. Cambridge: Cambridge University Press.

Papaux, Alexandre. Andrey, Georges. Cherix, François. Villard, Jean-Pierre. (2015): *La Suisse Romande – Quatre Regards*. Genf: Slatkine.

Porcar, Elena Prats. (2013): *Early Introduction of Trilingual Education in Primary Schools in Ireland and Catalonia: A Comparative Study*. Ireland: National University of Ireland Maynooth.

Pressdienst Generalsekretariat EDK: Faktenblatt – Fremdsprachenunterricht in der obligatorischen Schule. (11.04.2018),
https://edudoc.educa.ch/static/web/arbeiten/sprach_untterr/fktbl_sprachen_d.pdf
(Stand: 23.04.2021)

Ramseier, Markus. (1988): *Mundart und Standardsprache im Radio der deutschen und rätoromanischen Schweiz – Sprachformgebrauch, Sprach- und Sprechstil im Vergleich*. Aarau: Verlag Sauerländer.

Rash, Felicity. (2002): *Die deutsche Sprache in der Schweiz – Mehrsprachigkeit, Diglossie und Veränderung*. Bern: Peter Lang.

Schmid, Carol L. (2001): *The politics of Language – Conflict, Identity, and Cultural Pluralism in Comparative Perspective*. New York: Oxford University Press.

Reinhardt, Volker. (2013): *Die Geschichte der Schweiz – Von den Anfängen bis heute*. München: Verlag C.H. Beck.

Richter, Dagmar. (2005): *Sprachenordnung und Minderheitenschutz im schweizerischen Bundesstaat – Relativität des Sprachenrechts und Sicherung des Sprachenfriedens*. Heidelberg: Springer.

Rohlf, Gerhard. (1975): *Rätoromanisch – Die Sonderstellung des Rätoromanischen zwischen Italienisch und Französisch – Eine kulturgeschichtliche und linguistische Einführung*. München: C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.

Schädlich, Birgit. (2020): *Perspektiven auf Mehrsprachigkeit im Fremdsprachenunterricht – Regards croisés sur le plurilinguisme et l'apprentissage des langues*. Berlin: J.B. Metzler.

Schaller-Schwaner, Iris. (2008): „'Everything is like something: what is this like?' – On finding a *tertium comparationis* for L3/L4 English used as an academic lingua franca at Freiburg-Fribourg University“, in: Gibson, Martha. Hufeisen, Britta. Personne, Cornelia (Hrsg.): *Mehrsprachigkeit: lernen und lehren – Multilingualism: Learning and Instruction – Le Plurilinguisme: apprendre et enseigner – O Plurilinguismo: aprender e ensinar*. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren.

Schläpfer, Robert. (1982): „Mundart und Standardsprache“, in: Schläpfer, Robert (Hrsg.): *Die viersprachige Schweiz*. Zürich: Benziger Verlag.

Schweizerische Nationalbibliothek: Amts- und Landessprachen des Schweiz. (27.08.2013),

<https://web.archive.org/web/20160413141911/https://www.nb.admin.ch/dienstleistungen/swissinfodesk/03034/03232/04411/index.html?lang=de>

(Stand: 08.01.2021)

Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung NFP (2006): *Sprachenvielfalt und Sprachkompetenz in der Schweiz*. Bern: Schweizerischer Nationalfonds SNF.

Schweizerischer Verein für die deutsche Sprache SVDS: Was ist der Schweizerische Verein für die deutsche Sprache (SVDS), <http://www.sprachverein.ch/svds.htm>

(Stand: 08.01.2021)

Spolsky, Bernard. (2012): *The Cambridge Handbook of Language Policy*. Cambridge: Cambridge University Press.

Spolsky, Bernard. (1989): *Conditions of Second Language Learning*. Oxford: Oxford University Press.

Stickel, Gerhard. (2008): „Europäische Hochsprachen in der Klemme: Zwischen globalem Englisch, Dialekten, Minderheits- und Regionalsprachen“, in: Lüdi, Georges. Seelmann, Kurt. Sitter-Liver, Beat (Hrsg.): *Sprachenvielfalt und Kulturfrieden. Sprachminderheit – Einsprachigkeit – Mehrsprachigkeit: Probleme und Chancen sprachlicher Vielfalt*. Freiburg Schweiz: Academic Press Fribourg/ Kohlhammer Stuttgart.

Stotz, Daniel. (2008): *Die Einführung des Englischen als erste Fremdsprache an Schweizer Schulen: vom Mythos zur Realität*. Bern: SNF.

Swain, Merrill. Lapkin, Sharon. (1998): „Interaction and Second Language Learning – Two Adolescent French Immersion Students Working Together“, in: *Modern Language Journal* (Hrsg.). 82/3.

Swisskarte: Karte der Schweiz. (2016),

<https://swisskarte.ch/karte-der-schweiz.jpg>

(Stand: 01.11.2020)

Tacke, Felix. (2015): *Sprache und Raum in der Romania – Fallstudien zu Belgien, Frankreich, der Schweiz und Spanien*. Berlin: De Gruyter.

Thürer, Daniel. Burri, Thomas. (2006): „Zum Sprachenrecht in der Schweiz“, in: Pan, Christoph. Pfeil, Beate Sybille (Hrsg.): *Zur Entstehung des modernen Minderheitenschutzes in Europa – Handbuch der europäischen Volksgruppen Band 3*. Wien: Springer-Verlag.

Thürer, Georg. (1990): *Die viersprachige Schweiz – Vortrag*. Karlsruhe: Badische Bibliotheksgesellschaft.

Towell, Richard. Hawkins, Roger. (1994): *Approaches to Second Language Acquisition*. Großbritannien: Multilingual Matters.

Trebbe, Joachim. Schönhagen, Philomen. (Hrsg.) (2008): *Fernsehen und Integration – Eine Studie zur sprachregionalen und ethnischen Repräsentation in der Schweiz*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Verfassungen der Schweiz: Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1848. (2002-2005),

<http://www.verfassungen.ch/verf48-i.htm>

(Stand: 08.01.2021)

Weber, Daniel Erich. (1984): *Sprache- und Mundartpflege in der deutschsprachigen Schweiz – Sprachnorm und Sprachdidaktik im zweisprachformigen Staat*. Frauenfeld: Verlag Huber.

Werlen, Iwar 1 (2008): „Englisch als Fremdsprache bei Erwachsenen in der Schweiz“, in: Moraldo, Sandro M. (Hrsg.): *Sprachkontakt und Mehrsprachigkeit. Zur Anglizismendiskussion in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien*. Heidelberg: Universitätsverlag Winter.

Werlen, Iwar 2: Sprachkompetenzen der erwachsenen Bevölkerung in der Schweiz. (2008),

<https://edudoc.ch/record/26886/files/werlen.pdf>

(Stand: 02.07.2018)

Williams, John N. (2009): „Implicit Learning in Second Language Acquisition“, in: Ritchie, William C. Bhatia, Tej. (Hrsg.): *The New Handbook of Second Language Acquisition*. Bingley: Emerald Group.

Willwer, Jochen. (2006): *Die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen in der Sprachpolitik Frankreichs und der Schweiz*. Stuttgart: ibidem-Verlag.

Anhang



Abbildung: Naturräume (Eisenschmid 2013: 18)



Abbildung: Dialog am Röstigraben (vgl. Dürmüller 1996: 75)

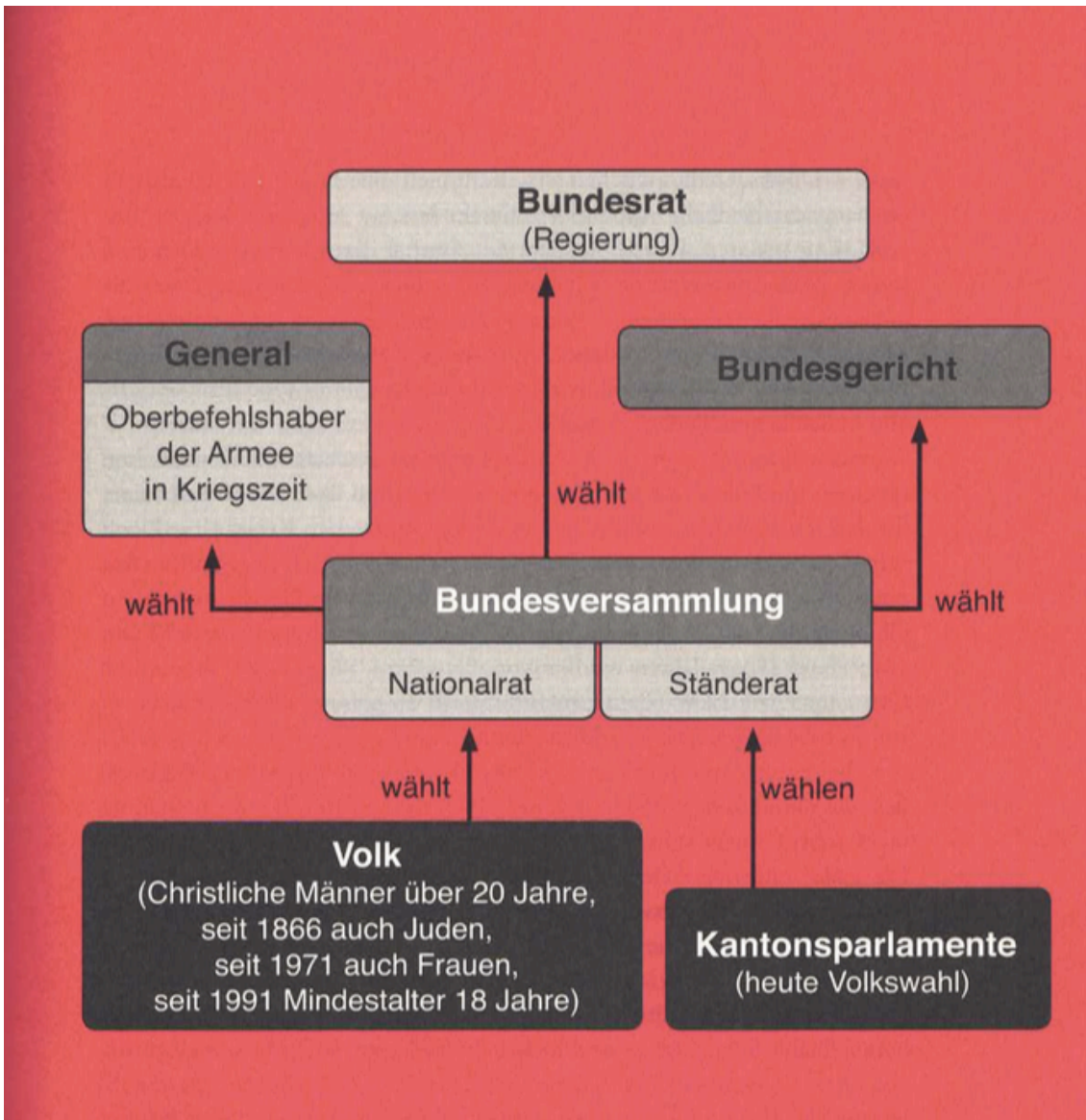


Abbildung: Schaubild zum Wahlsystem (Reinhardt 2013: 377)

Den Grundkompetenzen entsprechendes Kompetenzprofil für das 8. Schuljahr

1. Fremdsprache		Referenzniveaus GER	A1.1	A1.2	A2.1	A2.2	B1.1	B1.2	B2
Kompetenzbereiche	Hörverstehen								
	Leseverstehen								
	Teilnahme an Gesprächen								
	Zusammenhängendes Sprechen								
	Schreiben								

2. Fremdsprache		Referenzniveaus GER	A1.1	A1.2	A2.1	A2.2	B1.1	B1.2	B2
Kompetenzbereiche	Hörverstehen								
	Leseverstehen								
	Teilnahme an Gesprächen								
	Zusammenhängendes Sprechen								
	Schreiben								

Abbildung: Den Grundkompetenzen entsprechendes Kompetenzprofil für das 8. Schuljahr (vgl. EDK 5 2011: 6)162

Die Kompetenzen in den beiden Fremdsprachen sind zunächst gleich zu bewerten, da im Rahmen der ersten Fremdsprache Spracherwerbsstrategien erlernt werden, die das Erlernen der ersten Fremdsprache zunächst etwas verlangsamen, bei dem Erwerb der zweiten Fremdsprache hingegen zu einem schnelleren Lernerfolg führen sollen. (vgl. EDK 5 2011: 6)

Die Grundkompetenz soll sich durch die Umsetzung der Sprachenstrategie verbessern und so ein mögliches höheres sprachliches Niveau fördern.

Den Grundkompetenzen entsprechendes Kompetenzprofil für das 8. Schuljahr – Perspektive

1. Fremdsprache	Referenzniveaus GER	A1.1	A1.2	A2.1	A2.2	B1.1	B1.2	B2
Kompetenzbereiche	Hörverstehen							
	Leseverstehen							
	Teilnahme an Gesprächen							
	Zusammenhängendes Sprechen							
	Schreiben							

2. Fremdsprache	Referenzniveaus GER	A1.1	A1.2	A2.1	A2.2	B1.1	B1.2	B2
Kompetenzbereiche	Hörverstehen							
	Leseverstehen							
	Teilnahme an Gesprächen							
	Zusammenhängendes Sprechen							
	Schreiben							

Abbildung: Den Grundkompetenzen entsprechendes Kompetenzprofil für das 8. Schuljahr – Perspektive (vgl. EDK 5 2011: 6)163

Den Grundkompetenzen entsprechendes Kompetenzprofil für das 11. Schuljahr

1. und 2. Fremdsprache	Referenzniveaus GER	A1.1	A1.2	A2.1	A2.2	B1.1	B1.2	B2
Kompetenzbereiche	Hörverstehen							
	Leseverstehen							
	Teilnahme an Gesprächen							
	Zusammenhängendes Sprechen							
	Schreiben							

Im 11. Schuljahr ist das Kompetenzniveau für die beiden Fremdsprachen identisch. Der vergleichsweise schnellere Lernfortschritt in der zweiten Fremdsprache ist durch die in der ersten Fremdsprache aufgebauten Kompetenzen begründet, von der die zweite Fremdsprache profitiert.

¹⁶² Für weitere Informationen über die detaillierten Leistungserwartungen nach dem 8. Schuljahr siehe: EDK 5 2011: S. 15-20.

¹⁶³ Für weitere Informationen über die detaillierten Leistungserwartungen nach dem 8. Schuljahr – Perspektive siehe: EDK 5 2011: S. 35-39.

Abbildung: Den Grundkompetenzen entsprechendes Kompetenzprofil für das 11. Schuljahr (vgl. EDK 5 2011: 7)¹⁶⁴

Die Sprachmittlung kann im mehrsprachigen Umfeld von Bedeutung sein, um die Kommunikation beispielsweise von Schülern aus verschiedenen Sprachregionen zu sichern.

Kompetenzprofil für die Niveaus des 11. Schuljahres | 1. und 2. Fremdsprache

Kompetenzbereich	Referenzniveaus GER	A1.1	A1.2	A2.1	A2.2	B1.1	B1.2	B2
	Sprachmittlung							

Bei Aktivitäten zur Sprachmittlung mit einem schriftlichen Endprodukt wird mindestens Niveau A2.1 erwartet, bei denen mit einem mündlichen das Niveau A2.2.

Abbildung: Kompetenzprofil für das Niveau des 11. Schuljahres | 1. und 2. Fremdsprache (vgl. EDK 5 2011: 9)¹⁶⁵

¹⁶⁴ Für weitere Informationen über die detaillierten Leistungserwartungen nach dem 11. Schuljahr siehe: EDK 5 2011: S. 23-27.

¹⁶⁵ Für weitere Informationen über die detaillierten Leistungserwartungen nach dem 11. Schuljahr siehe: EDK 5 2011: S. 9-11.

Der deutsche und französische Fremdspracherwerb im Schweizer Bildungssystem

Metadaten:

Weiblich

Männlich

Alter:

- Aus welchem Land/ Kanton stammen Sie?

- Was ist Ihre Muttersprache?

- In welchem Kanton arbeiten Sie?

- Unterrichten Sie an einer Schule der Stufe Primar, Sekundar I oder Sekundar II?

- Welche Fächer unterrichten Sie?

- Welche fremdsprachlichen Kenntnisse haben Sie erworben (Zertifikat/ Diplom etc.)?

Fragebogen Lehrkräfte:

1. Welche Fremdsprachen erlernen die Schüler/innen an Ihrer Schule?

2. a) Erlernen die Schüler/innen in der Schulsprache und den Fremdsprachen die Schriftsprache oder eine regional eingefärbte Varietät?

Schriftsprache

Regionale Varietät

2. b) Verfügen die Schweizer Schüler/innen über Kenntnisse der Schriftsprache, obwohl eine lokale Varietät im Unterricht vermittelt wird?

Ja

Nein

Keine

Information

3. a) Erlernen Schüler/innen mit Migrationshintergrund die deutsche Schriftsprache oder die Schweizerdeutsche Varietät?

Deutsche Schriftsprache

Schweizerdeutsche Varietät

3. b) Falls die Schüler/innen mit Migrationshintergrund eine Schweizer Sprachvarietät erlernen: Fällt ihnen der Spracherwerb leichter oder schwerer im Vergleich zum Erlernen einer Standardsprache (bspw. Englisch)?

Leichter

Schwerer

Keine

Information

4. In welcher Sprache kommunizieren die Schüler/innen im Unterricht mit zugezogenen Mitschülern aus einem anderssprachigen Land bzw. einer anderen Sprachregion der Schweiz?

a) In einer Landessprache:

b) In einer dritten Sprache:

5. Welche Sprachen verwenden die Schüler/innen außerhalb des Unterrichts (z. B. auf dem Pausenhof)?

6. Welche Unterrichtsmethoden werden im Fremdsprachenunterricht verwendet?

1. – Häufig verwendet
2. – Gelegentlich verwendet
3. – Kaum verwendet
4. – Nie verwendet

Frontal- unterricht	Debatten/ Diskussionen	Gruppen- arbeit/ Partnerarbeit	Referate	Computer- gestütztes Lernen	Lernspiele

7. Gibt es lehrplanunabhängige Aktivitäten, um die Mehrsprachigkeit der Schüler/innen zu fördern? (z. B. Arbeitsgruppen, Orchester, Sport etc.)

8. Sind Sie der Meinung, dass Landessprachen gefördert werden sollten?

Ja

Nein

Deutsch	Französisch	Italienisch	Rätoromanisch

9. a) Wie ist Ihrer Meinung nach die Einstellung der Schüler/innen zu Fremdsprachen?

motiviert	interessiert	neutral	ablehnend

9. b) Gibt es Leistungsunterschiede der Schüler/innen in den Fächern Englisch und Französisch bzw. Englisch und Deutsch?

Ja*

Nein

*

10. Welche Rolle spielen die Fremd- bzw. Landessprachen bei der Maturaprüfung? Sind sie Teil der Pflichtprüfungen?

11. Kann die Sprachkenntnis der Maturaschüler/innen in der ersten Fremdsprache anhand des europäischen Referenzrahmens GER bestimmt werden?

Ja

Nein

A1	A2	B1	B2	C1	C2

12. a) Werden vom *Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)* einheitliche Lehr- und Lernmaterialien zur Verfügung gestellt?

Ja

Nein

12. b) Welche Unterrichtsmaterialien werden Ihnen zur Verfügung gestellt?

Schulbücher

Arbeitshefte

Lernspiele

12. c) Wie beurteilen Sie die Qualität dieser Unterrichtsmaterialien?

sehr gut	gut	neutral	mäßig	schlecht	sehr schlecht

12. d) Ergänzen Sie den Unterricht durch eigene Materialien?

Ja Nein

13. Sind die fremdsprachlichen Leistungen der Schüler/innen mit denen anderer deutschsprachiger Kantone vergleichbar?

Ja Nein Keine Information

a) Gemeinsamkeiten:

b) Unterschiede:

14. Welche Rolle spielt die kantonale Bildungsdirektion in Bezug auf die Sprachpolitik an Ihrer Schule bzw. innerhalb des Kantons?

15. a) Wird der französische Fremdspracherwerb an Ihrer Schule/ in Ihrem Kanton besonders gefördert?

Schule: Ja Nein Kanton: Ja Nein

15. b) Welche Fördermaßnahmen werden hierzu ergriffen?

16. Sind Sie der Meinung, dass durch den *Lehrplan 21* Verbesserungen/
Verslechterungen/ sonstige Veränderungen bezüglich des
Fremdsprachenunterrichts und der schulischen Leistungen eingetreten
sind?

a) Verbesserungen:

b) Verschlechterungen:

c) Sonstige Veränderungen:

Anmerkungen:

L'apprentissage du français et d'allemand en Suisse

Les métadonnées :

féminin

masculin

âge:

- De quel pays/ canton suisse venez-vous ?
-

- Quelle langue est votre langue maternelle ?
-

- Dans quel canton travaillez-vous ?
-

- Dans quel type d'école (école primaire/ secondaire I/ secondaire II) travaillez-vous ?
-

- Quelle(s) matière(s) enseignez-vous ?
-

- Quelles sont les langues étrangères que vous maîtrisez (certificat/ diplôme etc.) ?
-

Questionnaire pour le personnel enseignant :

1. a) Quelles langues étrangères apprennent les élèves ?

2. a) Apprennent les élèves dans la langue scolaire et dans les langues étrangères la langue écrite ou une variété régionale ?

langue écrite

variété régionale

2. b) Disposent les élèves de la connaissance de la langue écrite bien qu'une variété régionale soit transmise en cours ?

oui
information

non

aucune

3. a) Apprennent les élèves étrangers le français écrit ou une variété suisse ?

français écrit

variété suisse

3. b) Lorsque les élèves étrangers apprennent une variété suisse : est-ce que l'apprentissage d'une langue est plus facile ou difficile par rapport à une langue normée (par exemple l'anglais) ?

plus facile
information

plus difficile

aucune

4. Dans quelle langue communiquent les élèves suisses avec les élèves étrangers (issus d'un autre pays ou d'une autre région linguistique en Suisse) en cours?

a) langue nationale :

b) autre langue :

5. Quelle langue utilisent les élèves en dehors de la classe (par exemple en cours de récréation) ?

6. Quelles méthodes pédagogiques utilisez-vous dans l'enseignement des langues étrangères ?

1. l'usage fréquent
2. l'usage à l'occasion
3. l'usage à peine
4. l'usage d'aucune façon

enseignemen t frontal	débats/ discussion s	travail en group e	expos é	enseignemen t assisté par ordinateur	jeux d'apprentissag e

7. Y-a-t-il des activités hors du plan d'études favorisant le multilinguisme dans les écoles ?) (par exemple groupes de travail, sport etc.) ?

8. Pensez-vous que l'apprentissage des langues nationales devrait d'être encouragé ?

oui

non

l'allemand	le français	l'italien	le rhéto-roman

9. a) Que pensez-vous de l'attitude des élèves à l'égard des langues étrangères ?

motivée	intéressée	neutre	déclinatoire

9. b) Y-a-t-il une différence dans la performance scolaire des élèves concernant l'apprentissage de l'anglais et le français ou bien l'anglais et l'allemand ?

oui*

non

*

10. Quel rôle jouent les langues étrangères ou bien les langues nationales pour la maturité ? Font-elles partie l'objet d'un examen obligatoire ?

11. Est-il possible de déterminer les connaissances linguistiques de la première langue étrangère des élèves inscrits dans un cursus de maturité en se fondant sur le Cadre Européen de Référence pour les langues ?

oui non

A1	A2	B1	B2	C1	C2

12. a) Est-ce que le département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche met à disposition des professeurs le matériel didactique et pédagogique de façon uniforme ?

oui non

12. b) Quel matériel didactique est mis à votre disposition ?

manuels scolaires fiches de travail jeux
d'apprentissage

12. c) Comment jugez-vous la qualité de ce matériel didactique ?

très bien	bonne	neutre	moyenne	mauvaise	piètre

12. d) Utilisez-vous en cours votre propre matériel pédagogique ?

oui
 non
 aucune information

13. Les performances scolaires en langues étrangères des élèves sont-elles comparables à celles des élèves d'autres cantons francophones et alémaniques ?

oui
 non
 aucune information

a) les points communs :

b) les différences :

14. Quel rôle joue la direction de l'éducation cantonale en matière de politique linguistique dans votre école ou bien dans votre canton ?

15. a) Est-ce que l'apprentissage de l'allemand est particulièrement encouragé dans votre école/ votre canton ?

école:

oui

non

canton:

oui

non

15. b) Quelles mesures ont été prises afin d'encourager l'apprentissage de l'allemand ?

16. Pensez-vous que la stratégie CDIP pour l'enseignement des langues de 2004 a des effets positifs ou bien négatifs sur l'enseignement des langues et les performances scolaires ?

a) effets positifs:

b) effets négatifs:

c) autres effets:

Remarques:

Der deutsche und französische Fremdspracherwerb im Schweizer Bildungssystem – Expertenfragebogen

Metadaten:

Weiblich

Männlich

Alter:

- Aus welchem Land/ Kanton stammen Sie?

- Was ist Ihre Muttersprache?

- In welchem Kanton arbeiten Sie?

- In welcher Bildungseinrichtung arbeiten Sie?

- Welche fremdsprachlichen Kenntnisse haben Sie erworben (Zertifikat/ Diplom etc.)?

Expertenfragebogen:

1. Sind die fremdsprachlichen Leistungen der Schüler/innen mit denen anderer deutschsprachiger Kantone vergleichbar?

Ja

Nein

Keine Information

a) Gemeinsamkeiten:

b) Unterschiede:

2. a) Wird der französische Fremdspracherwerb an den Schulen in Ihrem Kanton besonders gefördert?

Ja

Nein

b) Welche Fördermaßnahmen werden hierzu ergriffen?

3. Sind die Abschlussprüfungen kantonübergreifend einheitlich?

Ja

Nein

4. Kann die Sprachkenntnis der Maturaschüler/innen in der ersten Fremdsprache anhand des europäischen Referenzrahmens GER bestimmt werden?

Ja

Nein

A1	A2	B1	B2	C1	C2

5. An welchen Vorgaben orientieren sich die Lehrpläne für Berufsschulen?

6. Welche Rolle spielt die kantonale Bildungsdirektion in Bezug auf die Sprachpolitik an den Schulen in Ihrem Kanton?

7. Sind Sie der Meinung, dass durch den *Lehrplan 21* Verbesserungen/ Verschlechterungen/ sonstige Veränderungen bezüglich des Fremdsprachenunterrichts und der schulischen Leistungen eingetreten sind/ eintreten werden?

a) Verbesserungen:

b) Verschlechterungen:

c) Sonstige Veränderungen:

8. Welchen Einfluss hat die Bildungsreform (HarmoS/ PER/ Lehrplan 21) sowie die politische Debatte auf den Spracherwerb, den Sprachunterricht bzw. die Sprachenwahl der Schüler/innen?

9. a) Welche Rolle spielen die französische Sprache in der Deutschschweiz bzw. die deutsche Sprache in der Romandie im Bildungssystem?

b) Hat sich diese Rolle in den letzten Jahren verändert?

Ja

Nein

10. a) In welcher Sprache kommunizieren Personen aus der Deutschschweiz und der Romandie gegenwärtig miteinander?

b) Könnte sich die Kommunikationssprache in Zukunft verändern?

Ja Nein Keine
Information

c) Gibt es Bestrebungen den Erwerb dreier Landessprachen zu fördern?

Ja Nein Keine
Information

11. Ist es vorgesehen neben der zweiten Landessprache und dem Englischen eine andere europäische oder außereuropäische Fremdsprache zu erlernen?

Ja* Nein

*

Anmerkungen:
